

Ausg. Springer Verlag AG, Postf. 10 05 64, 4900 Essen 1, Tel. 0 20 547-10 11  
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (0 40) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Belgien 35,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 100 Dr.  
Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 140,00 Din., Luxemburg 25,00 Fr.  
Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 12,45 Sch., Portugal 100 Esc.  
Schweden 6,50 Skr., Schweiz 1,50 Sfr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Stützpunkt:** Sowjetische Besatzungstruppen haben nach Angaben des afghanischen Widerstands in Samarkand nahe der pakistanischen Grenze eine Garnison eingerichtet. Damit wollen sie offensichtlich den Nachschub für die Moslem-Rebellen in der Provinz Ningarhar abschneiden.

**Bergarbeiter:** Unter den streikenden britischen Bergarbeitern nimmt der Trend zurück zum Arbeitsplatz deutlich zu. Allein gestern fuhr mehr als 1750 wieder in die Zechen ein, mehr als 78 000 Mitglieder der Gewerkschaft NUM arbeiten wieder.

**Druck:** Japan hat die Fischerei-Verhandlungen mit der UdSSR bis auf weiteres abgebrochen. Tokio fühlte sich in der Diskussion um die Festlegung neuer Fangquoten von Moskau immer stärker unter Druck gesetzt. (S. 5)

**Dementi:** Die Botschaften der Bundesrepublik und der USA haben Spekulationen dementiert, wonach deutsche und amerikanische Diplomaten in den in Indien bekanntgewordenen Spionagefall verwickelt seien.

**Sacharow:** Für die Ehrenbürgererschaft der Stadt Bonn hat die Menschenrechtsorganisation „Kontinent“ den sowjetischen Regimekritiker Sacharow vorgeschlagen.

**Sympathie:** Bundeswirtschaftsminister Bangemann sieht eine „neue Welle von Berlin-Sympathie“ bei einflussreichen deutschen Industrie-Managern, Bankern und Unternehmern. Die Stimmung in Westdeutschland gegenüber Berlin sei umgeschlagen. (S. 4)

**Arbeitszeit:** Die IG Metall will auch für die rund eine Million Beschäftigten im Metall-Handwerk eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden durchsetzen. Noch in diesem Jahr sollen sämtliche Mantelarbeitersitzungen gekündigt werden.

**Streik:** Die FDP will die bestehende Autonomie der Gewerkschaften in der Frage der Beschlüsse über Arbeitskämpfe gesetzlich eingrenzen. Ziel ist nach den Worten des designierten FDP-Vorsitzenden Bangemann, darauf hinzuwirken, daß die Gewerkschafts-Mitglieder über Streikentscheidungen abstimmen können. (S. 10)

**Umweltschutz:** Als ein Staatsziel soll der Umweltschutz in der saarländischen Verfassung verankert werden. Darauf haben sich alle Fraktionen im Landtag geeinigt. In dem Gesetzentwurf heißt es, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sei der besonderen Fürsorge des Staates und jedes einzelnen anvertraut.

### ZITAT DES TAGES



„Weil das Vier-Mächte-Abkommen funktioniert und sich dadurch die Spannungen um die Stadt stark vermindert haben, empfehle ich Berlin auch als Beobachtungsplatz für den Ost-West-Geschäftsverkehr für ausländische Banken“

Berlins Finanzsenator Gerhard Kruiz (S. 4)  
FOTO: DPA

### WIRTSCHAFT

**Ruhrgebiet:** Mit einer „Neuen Wirtschaftspolitik“ wollen die Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets dem Revier neue Investitions-Impulse geben. Als Instrument dieser Politik schlagen sie die Gründung einer privaten Gesellschaft zur Erneuerung des Ruhrgebietes vor. (S. 11)

**Unruhe:** Positive Signale für die Bauern fordert der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Freiherr Heereman, in diesem Jahr von Brüssel. Eine Nullrunde dürfe es 1985 nicht geben, sonst werde die Unruhe unter den Landwirten noch wachsen. (S. 11)

**US-Etat:** Für das Finanzjahr 1986 will Präsident Reagan dem Kongress

groß einen Haushalts-Entwurf vorlegen, der die Bundesausgaben auf dem Stand des Vorjahres einfrümt. Um dieses einseitige Ziel zu erreichen, müssen alle Haushaltsmittel mit Ausnahme des Verteidigungs-Etats und des Zinsendienstes um 50 Milliarden Dollar zurückgeschnitten werden. (S. 11)

**Börse:** Bei schleichendem Geschäft zeigten sich die Aktienmärkte zu Wochenbeginn nur wenig verändert. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 168,1 (168,1). BHF-Index 102,626 (101,596). Performance-Index 100,148 (100,088). Dollarmittelkurs 3,1680 (3,1711) Mark. Goldpreis pro Feinunze 307,25 (308,00) Dollar.

### KULTUR

**Gennä:** Zu einem großen Opernabend geriet Massenets „Werther“ unter der Stahlführung von Leonard Slatkin in Stuttgart. Musikalische Prägnanz und Dramatik begeistern das Publikum. (S. 15)

**Tranermusik:** Polens Starkkomponist Penderecki schreibt an einer Tranermusik zum Gedenken an den ermordeten Priester Popieluszko. In einem Interview bekannte er sich zur „Solidarität“.

### SPORT

**Funktionäre:** Ski-Verbandspräsident Erl wandte sich gegen die Kritik des Bundesausschusses für Leistungssport an den Trainern im nordischen Bereich. (S. 8)

**Ski:** Anette Bøe aus Norwegen gewann bei den Nordischen Ski-Weltmeisterschaften in Seefeld die Goldmedaille im 5-Kilometer-Langlauf. (S. 8)

### AUS ALLER WELT

**Schuldfeld:** Die Berliner „Versöhnungskirche“, mitten im sogenannten Todesstreifen der Ostberliner Grenze gelegen, soll heute gesprengt werden - freies Schuldfeld wird geschaffen. (S. 16)

**Todesfälle:** Aus dem Risiko machte er ein Geschäft, jetzt kostete es ihn das Leben - der Stuntman Karel Soucek starb, als er sich in einem Faß aus 54 Meter Höhe in einen Wassertank stürzte und das flache Becken knapp verfehlte. (S. 16)

**Wetter:** Plus 2 bis 6 Grad, Glatteisgefahr, weiter mild.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Meinungen:** Was für, was gegen Kontakte der beiden deutschen Parlamente spricht S. 2

**Fernsehen:** Günter Kumerits TV-Spiel „Der Schiedsrichter“ - Anpfiff im Altersheim S. 9

**Hansestadt Hamburg:** Chinas Tor nach Europa - Handelszentrum wird am 7. Februar eröffnet S. 3

**Polen:** Ukrainer fordern von Gilep eine eigene Hierarchie - Innerkatholischer Konflikt S. 10

**Landesbericht:** Bonner Erfolge zwingen Rau zu neuer Taktik in Nordrhein-Westfalen S. 4

**Frankreich:** Ertragslage besser - Löhne stiegen geringer als Preise - Von J. Schaufuß S. 12

**Nicaragua:** Managua wieder auf Konfliktkurs - Sandinisten zeigen keine Dialogbereitschaft S. 5

**Sammlung Pommern:** Was einst in Stettin zu sehen war - Mainz zeigt Kunstwerke S. 15

**Ferret:** Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT Wort des Tages S. 8

**Justiz am Niederrhein:** Den Glauben an die Gerechtigkeit nicht verloren - Von Armin Reck S. 16

Glatteis behindert den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

## Der Smog kam nicht aus dem Auspuff - Warum Fahrverbot?

### Die Wirtschaft sieht eine „beträchtliche Rufschädigung“ des Ruhrreviers

D. GURATZSCH, Essen

Bei der Bekämpfung des Smogs in Nordrhein-Westfalen sind möglicherweise nützliche Mittel angewandt worden. Wie die WELT durch Rückfrage bei verschiedenen öffentlichen Dienststellen und Fachinstituten des Landes erfahren hat, sind die Abgase des Kraftfahrzeugverkehrs offensichtlich zu keiner Zeit an der hohen Schadstoffbelastung im Ruhrgebiet beteiligt gewesen. Statt dessen wurden in den kritischen Tagen überhöhte Werte für Schwefeldioxid und Staub gemessen, die zu mehr als 90 Prozent aus den Rauchgasen der Kraft- und Fernheizwerke, der Industrie und der Müllverbrennungsanlagen stammen.

„Man könnte jetzt sagen, Ihr seid ja verrückt. Warum habt ihr den Kraftfahrzeugverkehr stillgelegt?“ meinte der Sprecher der Landesanstalt für Immissionsschutz in Essen, Gregor Scheich, gegenüber der WELT. Allerdings könne man die Maßnahmen der zweiten und dritten Alarmstufe auch als Vorsorge verstehen: Durch Stilllegung des Verkehrs sei verhindert

worden, daß auch noch „andere Komponenten“ weiter angestiegen sind.

Diese hauptsächlich durch Autoabgase erzeugten Komponenten, nämlich Stickoxide und Kohlenmonoxid, haben nach übereinstimmender Auskunft der Messstellen, Krisenstäbe und auch des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministeriums die Grenzwerte der nordrhein-westfälischen Smog-Verordnung freilich „nicht annähernd erreicht“. Bei Stickstoffdioxid blieben sie um 50 Prozent, bei Kohlenmonoxid um 80 Prozent unter den Grenzwerten.

Werner Knoche vom Gesundheitsministerium in Düsseldorf: „Bei der Auslösung der Smog-Alarmstufen haben tatsächlich nur die Schwefeldioxidwerte und Schwefelstaub eine Rolle gespielt.“ An diesen Schadstoffen ist der Autoverkehr bei Schwefeldioxid jedoch nur zu 3,4, bei Staub zu höchstens 9,4 Prozent beteiligt.

Die von Medizinern als gesundheitsbelastend eingestufte aggressive Mischung von Schwefeldioxid und Staub konnte deshalb durch Still-

legung des Autoverkehrs entsprechend den Alarmstufen II und III so gut wie überhaupt nicht beeinflusst werden. Eine Einschränkung bestimmter Produktionsverfahren der Industrie, bei denen es zur Freisetzung erheblicher Mengen von Schwefeldioxid und Staub kommt, sind nach der novelierten nordrhein-westfälischen Smog-Verordnung jedoch erst bei Alarmstufe III vorgesehen - zu spät, um das Schlimmste zu verhindern.

Zwar hatte der Länderausschuß für Immissionsschutz, ein im Auftrag der Umweltminister der Bundesländer arbeitendes Gremium, im neuen Musterentwurf einer „Smog-Verordnung“ derartige Einschränkungen ausdrücklich bereits für Alarmstufe II empfohlen. Die Regierung von Nordrhein-Westfalen jedoch ist dieser Empfehlung nicht gefolgt. Sie übernahm aus dem Musterentwurf lediglich die neuen Grenzwerte in ihre novelierte Smog-Verordnung, die just mit dem Beginn der Smog-Situation im Ruhrgebiet in Kraft trat.

• Fortsetzung Seite 10

## Reagan-Parade wegen Kälte abgesagt

### Zum ersten Mal wurde die Vereidigung des US-Präsidenten in das Kapitol verlegt

FRITZ WIRTH, Washington

Ein plötzlicher Kälteeinbruch aus der Arktik hat gestern die große Inaugurationsschau für Präsident Reagan zu einem Kammerspiel gemacht. Bei 20 Grad unter Null wurde seine geplante öffentliche Vereidigung von der Westseite des Kapitols ins Innere des Gebäudes verlegt. Zu gleich mußte zum ersten Mal in der fast 200jährigen Geschichte dieses Ereignisses die Inaugurationsschau durch die Pennsylvania Avenue abgesagt werden.

Der Präsident hätte diese Entscheidung persönlich. Er wollte nicht das Risiko eingehen, daß einer der 12 000 Teilnehmer und 1 300 000 erwarteten Zuschauer gesundheitlichen Schäden nehmen könnte. Zu den Opfern einer unterkühlten Inaugurationsfeier gehörte im Jahre 1841 sogar ein Präsident selbst. Henry Harrison hielt damals bei eisiger Kälte ohne Hut und Mantel die längste öffentliche Rede in der Inaugurationsgeschichte, zog sich dabei eine Lungen-

entzündung zu und starb vier Wochen später.

Für die Organisatoren ist die Absage ein schwerer Schlag. Sie haben seit zwei Monaten Tribünen an der Pennsylvania Avenue aufgebaut, die größte direkt vor dem Weißen Haus, wo Reagan die 75minütige Parade der Teilnehmer aus allen 50 Staaten abnehmen wollte. Allein die Kosten die

SEITE 2:  
Wir, das Volk

ser Tribüne, die mit schwerem Panzerglas gesichert war, werden mit mehr als einer Million Dollar angegeben.

Völlig vergeblich waren auch die intensiven Sicherheitsmaßnahmen entlang der Paradestraße. Die Polizei hatte jedes Gebäude an dieser Straße überprüf und hatte alle Kanäledeckel in der Pennsylvania Avenue aus Furcht vor Bombenanschlägen aus dem Untergrund zuschweißen lassen.

## Kohl und Genscher sollen sich für Sacharow einsetzen

dpa, Frankfurt

Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher sollen bei ihrer heutigen Zusammenkunft mit dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej Antonow in Bonn auch die Lage des in Gorki isolierten Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow zur Sprache bringen. Diese Aufforderung hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) gestern an die beiden deutschen Politiker gerichtet. Heute jähre sich zum fünften Mal der Tag, an dem Sacharow festgenommen und verschleppt worden sei.

Antonow hält sich noch bis zum Wochenende zu Gesprächen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bonn und Moskau in der Bundesrepublik Deutschland auf.

## Papst-Attentäter in Syrien an Waffen geschult?

DW, Rom

Der türkische Papst-Attentäter Mehmet Ali Aaga hat nach Darstellung der italienischen Zeitung „Corriere della Sera“ ausgesagt, er sei 1978 in Syrien von bulgarischen Experten ausgebildet worden.

Aaga habe vor dem römischen Untersuchungsrichter Mario Martella erklärt, so heißt es in der in Mailand erscheinenden Tageszeitung, er sei Anfang jenes Jahres von bulgarischen Spezialisten in der syrischen Hafenstadt Latakia im Umgang mit leichten Waffen und Sprengstoff unterrichtet worden. Er habe auch eine ideologische Schulung erhalten. Martella hat im Oktober vorigen Jahres gegen drei Bulgaren und vier Türken Anklage wegen Komplizenschaft beim Papst-Attentat vom Mai 1981 erhoben.

## Hupka sprach eine halbe Stunde mit dem Kanzler

DW, Berlin

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Rande der CDU/CSU-Fraktionsitzung in Berlin den Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, den Unionsabgeordneten Herbert Hupka, zu einem Gespräch über das Motto des Schlesterfestes 1985 empfangen. Das bisherige Motto „40 Jahre Vertreibung - Schlesien bleibt unser“ war Kohl so mißverständlich erschienen, daß er eine Änderung wünschte. Wie es hieß, hatte der Vorstand der Landsmannschaft Hupka eine Liste von drei Themenvorschlägen mit auf den Weg zum Kanzler gegeben. Nach der rund halbstündigen Begegnung bemühte sich Hupka, das Gesprächsergebn mit seinen Vorstandskollegen abzustimmen. Eine Festlegung auf ein Motto stand zu diesem Zeitpunkt offenbar noch aus.

## Mit der „Transall“ gegen den Hunger

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Hilfsflüge der Bundesluftwaffe in Äthiopien werden wahrscheinlich bis weit in den Sommer hinein fortgesetzt. Denn die Hungerkatastrophe in Afrika verlangt nach dem Urteil der Fachleute zualerster die Linderung des akuten Mangels an Grundnahrungsmitteln, bevor später vom Ausland dazu beigetragen werden kann, den Menschen in den afrikanischen Dürreregionen „Hilfe zur Selbsthilfe“ anzudeihen zu lassen.

Auch der „Africa-Tag“, an dem die deutschen Hilfsorganisationen morgen die Bevölkerung zu Spenden aufrufen, soll dazu dienen, den weiteren direkten Kampf gegen den akuten Hunger in Äthiopien zu finanzieren. Die Menschen brauchen Weizen, Mais und Reis. Seit November fliegt auch die deutsche Luftwaffe dort und hilft - neben Teams aus den USA, der Sowjetunion, Großbritannien, Italien und der „DDR“ - dabei, die Nahrungsmittel, die mit Schiffen in den Häfen von Assab und Massawa gelöst werden, auf dem Luftweg in den schwer zugänglichen Gebirgsstäben zu verteilen.

Die Bundeswehr hat im Wechsel ständig zwei Transportflugzeuge vom Typ „Transall“ im Einsatz. Bis An-

fang Januar wurden die Maschinen vom „Lufttransportgeschwader 63“ in Hohn bei Bendsburg gestellt. Seit knapp zwei Wochen kommen sie zusammen mit mehr als 40 Mann fliegerischem und technischem Personal vom Landsberger Geschwader „LTG 61“. Vom Diredawa aus, einem mit technischem Minimalstandard ausge-

HUNGRERNOT IN AFRIKA:

Schreckensbilder ohne Ende: In mindestens 22 Staaten Afrikas sind 30 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. Auf einer Sonderseite zeigt das WELT-Ressort „Umwelt-Forschung-Technik“ die Ursachen der Katastrophe auf. Welche Auswege gibt es? Bundesentwicklungsminister Jürgen Wornke gibt darauf in einem Interview Antwort. Seite 6

gestützten Flugplatz, rund 350 Kilometer nordöstlich der äthiopischen Hauptstadt, operieren gegenwärtig die bayerischen Transporter. Jeden Tag zwischen sieben und neunzehn Uhr sind sie zwischen den beiden Hafenstädten und den Lagern in Aksum, Lalibela und Makalla unterwegs. Die Flugzeuge können bis zu knapp 300 Ein-Zentner-Säcke aufnehmen. Die Ladung besorgen äthio-

pische Helfer. Maschinen dafür gibt es nicht. Manchmal muß der Lademeister der Crew die Mannschaft antreiben. Ihm geht es darum, Zeit zu sparen, damit möglichst viele Flüge pro Tag sichergestellt werden können. Meist aber ist das gar nicht nötig. Die Äthioper, ohnehin froh, Arbeit zu haben und nicht zu den Hungertoten zu gehören, verrichten das Verladen mit Gesang.

Oberst Gutzeit, der Kommodore vom „LTG 63“, zur WELT: „Die Motivation unserer Soldaten war außerordentlich.“ Selbst für die Wehrmachtzeit fanden sich genügend Freiwillige für den nicht nur körperlich harten Job. Auch aus Gemüt geht den Soldaten das, was sie an Not in Äthiopien zu sehen bekommen, obwohl sie aus Zeitmangel nicht einmal Gelegenheit haben, die Lager selbst zu besuchen. Gutzeit berichtete von apathischen Kindern, die so kraftlos sind, daß ihre Stimmen kaum zu verstehen sind.

Solche bewegenden Begegnungen mit den Menschen sind allerdings selten. Sie landen mit ihrer Transall auf sehr kurzen und steinigten Pisten unter heißer Sonne, sehen zu, daß die Ladung schnell die Maschine verläßt, und sind bald wieder in der Luft zur nächsten Beladung an der Küste.

## DER KOMMENTAR

### Lehrgeld

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Smog-Alarm der Stufe III darf kein Profilerungsexperiment von Politikern sein, schon gar nicht im Vorraum von Landtagswahlen. Es wäre gut, wenn man sich wenigstens auf diese Einsicht verständigen könnte. Die kritische Aufarbeitung der im Ruhrgebiet gemachten Erfahrungen fiel dann leichter.

Die Industrie- und Handelskammern melden sich zu Wort. Ihr Hauptvorwurf ist, daß die Landesregierung in Düsseldorf die Herabsetzung der Grenzwerte ohne hinreichend gründliche Vorbereitung angeordnet habe. Es sei zu ungleicher Behandlung von Unternehmen gekommen, was heißen soll, daß manchen Unternehmen möglicherweise ungerechtfertigter Schaden verursacht wurde. Dieser Einwand macht deutlich: Smog-Alarm ist eine Güterabwägung zwischen der Abwendung von Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung einerseits und den wirtschaftlichen Auswirkungen andererseits. Aus der Wirtschaft wird geltend gemacht, der Smog habe in den Krankenhäusern des Reviers nicht zu auffälligen Zugängen an Patienten geführt. Nachträglich stellt sich auch heraus, daß die regionale Stilllegung des Autoverkehrs wahrscheinlich eine wenig hilfreiche

Maßnahme war. Der Smog bestand aus Schadstoffen in der Luft, die aus den Schornsteinen und nicht aus dem Auspuff kamen. Für die Abgase der Autos wurden keine alarmierenden Werte gemessen. Da stellt sich die Frage: War es wirklich notwendig, ungezählten Autofahrern den Verzicht auf ihr geeignetstes Verkehrsmittel zu zumuten? Es geht nicht um die Klage, einem Teil der Deutschen sei das liebste Spielzeug zeitweilig vorenthalten worden; es geht auch nicht darum, daß da eine verdeckte Schlacht gegen das Privatauto zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs geschlagen worden sei. Viele Bürger haben jedoch wegen des Fahrverbots schwere Nachteile auf sich nehmen müssen, und das muß auch dann ernst genommen werden, wenn sich niemand die Mühe machen wird, sich im nachhinein wenigstens eine grobe Übersicht über diese unübersehbaren individuellen Schäden zu verschaffen.

Natürlich kann Minister Farthmann sagen, vorbeugen sei allemal besser als heilen. Doch das befreit nicht von der Pflicht, aus Erfahrungen zu lernen. Katastrophenstimmung ist ein schlechter Ratgeber für helfende Umweltpolitik.

## Terrorist Thimme starb bei Bombenattentat in Stuttgart

### Minister Eyrych: „Wir werden uns nicht erpressen lassen“

DW, Stuttgart

Die Sicherheitsbehörden sehen in den Anschlägen von Stuttgart-Vaihingen, Karlsruhe und Berlin einen Zusammenhang mit dem Hungerstreik inhaftierter Mitglieder oder Sympathisanten der RAF. Die CDU-CSU-Fraktion erklärte, sie befürchte weitere schwere Terroranschläge. Baden-Württemberg Justizminister Heinz Eyrych (CDU) hat vor diesem Hintergrund versichert, ein Nachbar gegenüber den Forderungen der im Hungerstreik befindlichen Terroristen komme „auf keinen Fall in Betracht“. Wörtlich: „Wir wollen, dürfen und werden uns nicht erpressen lassen.“ Im Zuge der Terroristenfahndung wurden in der Nacht zu Montag sechs Wohnungen durchsucht, die von RAF-Sympathisanten bewohnt werden. Elf Personen wurden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und später wieder freigelassen.

Erstmalig ist seit den Terroranschlägen der letzten Wochen ein Todesopfer zu verzeichnen. Der in der Terrorzone nicht unbekannt 28jährige Johannes Thimme fand den Tod, als er am Sonntagabend in Stuttgart eine Bombe scharf machen wollte. Eine mutmaßliche Komplizin, die 23jährige Claudia Margarete Wandersdorfer, wurde bei dem Anschlag auf das Gebäude der Firma Rechenzentrum Bau GmbH schwer verletzt. Sie befindet sich jedoch außer Lebensgefahr. Bei dem Anschlag war Millionen Schaden entstanden. Hohe Sachbeschädigungen richteten auch

zwei Bombenanschläge auf Bürohäuser in Karlsruhe und Berlin an.

Im Vaihinger Industriegebiet am Walgraben wurde am Sonntag gegen 18.15 Uhr eine heftige Detonation kilometerweit gehört. Von dem Gebäude Nr. 28 in der Schulz-Delitzsch-Straße war ein schwerer Sprengsatz in die Luft gegangen. Nur 150 Meter vom Tatort entfernt befindet sich eine Polizeidienststelle des „Personen- und Objektschutzes“, der möglicherweise der Anschlag galt. Nicht ausgeschlossen wird ferner, daß die Bombe, die offensichtlich zu früh explodiert war, einer Außenstelle der deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt gegolten haben könnte. Allerdings hat diese Forschungsrichtung vor wenigen Wochen ihre Räume im vierten Stock eines Gebäudes in unmittelbarer Nähe des Tatorts verlassen.

Nach bisherigen Erkenntnissen wurde der Sprengsatz, bei dem es sich nach Angaben des Stuttgarter Staatsanwalts, Helmut Kronbacher, um eine „kleine selbstgebastelte Bombe“ gehandelt haben dürfte, in einem Kinderwagen transportiert. Das umgestürzte Fahrzeug war am Tatort gefunden worden. Die Leichentelle von Thimme wurden in einem Umkreis von 50 Metern gefunden. Der durch die Explosion abgerissene Kopf des getöteten Terroristen wurde zum sechsten Stockwerk des Rechenzentrums geschleudert. Aufgrund von Schmauchspuren an einer ihm gehörigen Hand konnte festgestellt werden, daß der Tote auch der Täter sein mußte.

Seite 10: Alte Verbindungen?

Ihre Entscheidung für das Jahr 1985  
Deutsche Kreuzfahrttradition  
»BERLIN«

Februar: Singapur - Bombay - Venedig  
März bis Mai: Ägäis - Schwarzes und Mittelmeer  
Juni bis August: Nordland - Spitzbergen  
September bis November: Ostsee - Atlantik

Ausführliche Prospekte und Auskünfte bei Ihrem Reisebüro oder direkt bei

Scheuten Sie uns diesen Coupon - und die Berlin ist schon auf dem Weg zu Ihnen. Oder machen Sie sich auf den Weg zu ihr.

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE  
RHEIN-REISE  
Postfach 10  
4300 Neuss am Rhein  
Telefon 04 65 61 62 41

SEITENREISE  
Wohnortstraße 3  
4000 Frankfurt am Main 1  
Telefon 089-13331

Name \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
PLZ/Dt. \_\_\_\_\_



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Mehr Kernkraft, sofort!

Von Peter Gillies

Während des Smog-Alarms erhob der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) eine erstaunliche Forderung, nämlich die „sofortige Umstellung der Energieversorgung dahingehend, daß der Grundlastbereich der Stromversorgung von den emissionsgünstigsten Kraftwerken getragen wird“. Abgesehen von dem naiven Wunsch der Sofortigkeit ist die Äußerung aufschlußreich.

Hierzulande wird die kostengünstige Grundlast der Stromerzeugung vor allem aus drei Quellen gespeist: Braunkohle, Wasserkraft und Kernkraft. Die Braunkohle mit ihren hohen Emissionen kann nicht gemeint sein. Laufwasserkraftwerke, deren Stromanteil bei etwa vier Prozent liegt und die bei starkem Frost Probleme haben, bringen den erwünschten Durchbruch kaum. So fordern die Umweltschützer die „sofortige Umstellung“ auf Kernkraft – die Energiequelle, die sie jahrelang bis aufs Messer bekämpft haben. Nehmen die Ökologiebewegten den Vorzug einer der emissionsärmsten Energiequellen jetzt zur Kenntnis?

Vor einem Jahrzehnt wurden lediglich vier Prozent der Elektrizität aus der Kraft der Atome gewonnen. Heute liegt diese Quote bei fünfundsiebzig Prozent. Die Bundesrepublik ist ihrem Ziel eines vernünftigen Energiemix – jeweils ein Drittel aus Öl, eines aus Kohle und eines aus Atomenergie und anderen Trägern – nähergekommen. Wäre sie vor der Antikernkraft-Hysterie in die Knie gegangen, hätte das Smog- und das Waldproblem andere Dimensionen angenommen.

Der BBU macht einen Schritt aus der Ideologie in die Realität. Aber andere Umweltbewegte fordern, zum Beispiel in Hessen, das Abschalten von Kernkraftwerken. Aussteigen aus der Industriegesellschaft, aber mehr Wohlstand; Drosselung des Exports, aber mehr Arbeitsplätze – da gibt es noch einiges zu durchdenken. Vertrauen wir auf die Realität. Sie ist ein vorzüglicher Lehrmeister.

## Raus Appetit

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Erfahrene Politiker huldigen dem Grundsatz, niemals „nie“ zu sagen; denn erstens kommt es anders, zweitens als man denkt. Andererseits wissen erfahrene Politiker, daß sie um eine Sache besser nicht drum herumreden; die Wähler mögen das nicht. In dieser Situation befand sich Johannes Rau, als er zwei Fragen zu beantworten hatte: Wie will er es in Düsseldorf mit den Grünen halten, falls es ihm bei der Landtagswahl am 12. Mai nicht gelingt, die absolute Mehrheit für die SPD zu holen? Und hat er vor, bei der Bundestagswahl 1983 als Kanzlerkandidat gegen Kohl anzutreten?

Rau hielt sich an den Grundsatz erfahrener Politiker: Er antwortete mit außerordentlicher Bestimmtheit – aber deutungsfähig. Eine Koalition mit den Grünen schloß er aus. Das Wort steht nun bis zu der Stunde, da am 12. Mai die Wahlergebnisse bekanntwerden. Doch just in jener Stunde kann er, wenn die absolute Mehrheit verfehlt sein wird, auf zwei eher beiläufige Anmerkungen im selben Interview zurückgreifen. Der SPD fehle es nicht an Koalitionspartnern, meinte er, was wohl heißen soll, daß mehrere Koalitionsmöglichkeiten offenstünden. Außerdem wollte er Hans-Jochen Vogel nicht widersprechen, der in einer Zusammenarbeit mit den Grünen Chancen der Reform für das System und die Partei erblickt hatte. In diesem Zusammenhang erteilte Rau nur den „Fundamentalos“ unter den Grünen eine klare Absage.

Mit ebenso eindrucksvoller Bestimmtheit erklärte Rau, er kandidiere am 12. Mai in Nordrhein-Westfalen nicht, um bessere Chancen für das Amt des Kanzlerkandidaten zu haben, sondern um Ministerpräsident in Düsseldorf bleiben zu können. Ein wenig später jedoch merkte er an, er habe es nie – hier sagte er tatsächlich „nie“ – als ehrenrührig empfunden, als möglicher SPD-Kanzlerkandidat genannt zu werden. In einigen Zeitungen ist ihm das so ausgelegt worden, als habe er mit dem zweiten Satz den ersten weggeschwitzt.

Wähler, die es gern genau wissen wollen, werden Johannes Rau jetzt fragen: Ja – was ist nun? Darauf könnte er wieder mit großer Bestimmtheit, aber deutungsfähig, antworten. Die Wahrheit ist simpel. Im Augenblick steuert Rau einen möglichst hohen Wahlsieg der SPD in Nordrhein-Westfalen an. Sobald das Wahlergebnis vorliegt, wird er sich – mit oder ohne Börners Dachlatte – an die alte Bauernregel halten: „Wie es kömmt, so wird's gefressen“. Der Appetit an der Macht ist allemal gut.

## Machtwort eines Mufti

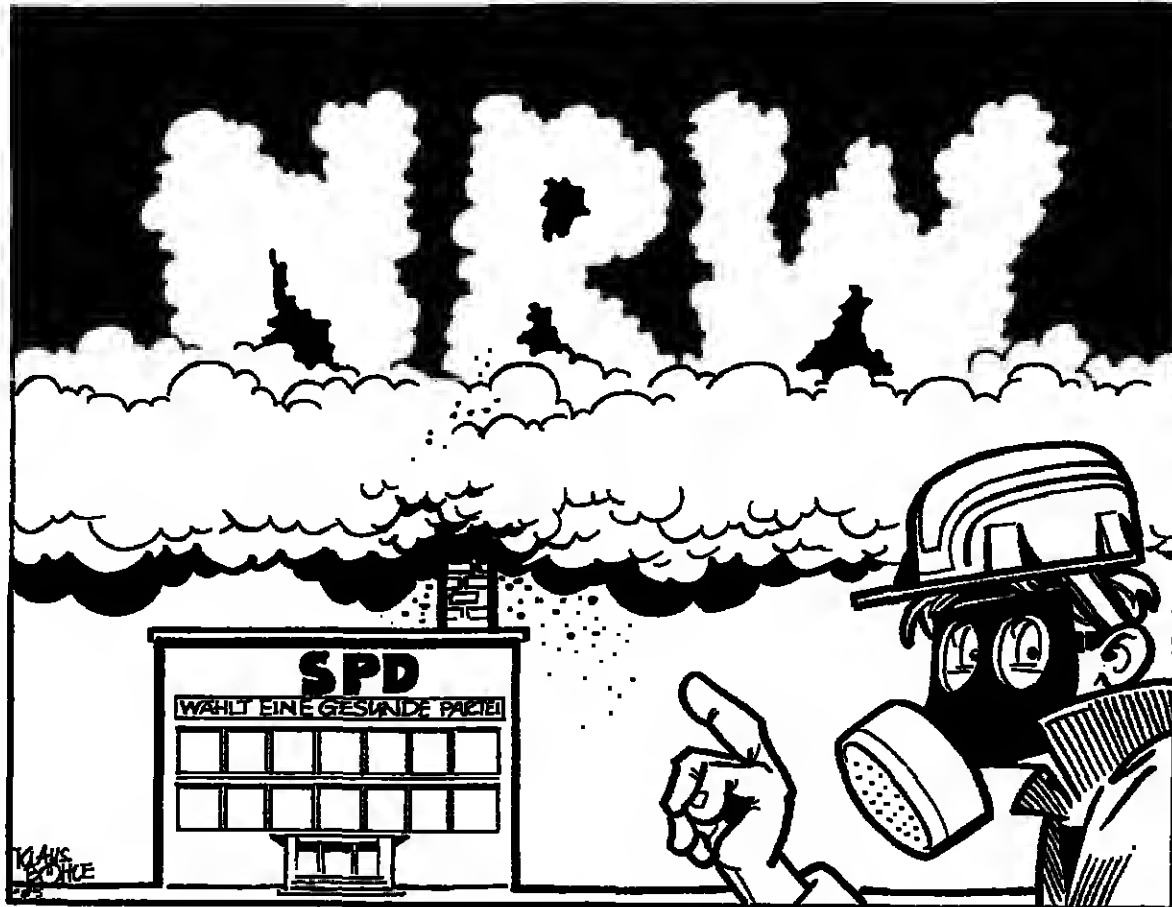
Von Peter M. Ranke

Welk sind die Vorschulbeeren, die UN-Generalsekretär Peres de Cuellar als Zypern-Vermittler gesammelt hatte. Das Gipfeltreffen zwischen Denktaş als Führer der türkischen Zypern und Kyprianou als Präsident der geteilten Inselrepublik und Führer der griechischen Volksgruppe war schlecht vorbereitet. Oder wie ist es zu erklären, daß Denktaş nach vier Verhandlungstagen in New York behaupten konnte, er sei nur zum Unterzeichnen eines Dokumentes über die neue Verfassung gekommen, während Kyprianou meinte, er sei nicht zum Unterzeichnen, sondern zum Verhandeln da?

Wenn während einer Konferenz derartige Unklarheiten über das Procedere herrschen, muß sie scheitern. Die Türken haben zwar im Herbst einige Zugeständnisse für eine föderative Republik Zypern und damit für eine nominelle Wiedervereinigung gemacht. Aber jetzt von Kyprianou fast ultimativ zu verlangen, einen unfertigen Entwurf ohne Garantien zu unterzeichnen, erinnert denn doch an das Machtwort eines Mufti. Oder brauchte Denktaş nur einen Vorwand zum weiteren Ausbau seiner Separat-Republik in Nord-Zypern?

Die Griechen weisen darauf hin, daß ihr historisch verwurzeltes Mißtrauen und die gegenseitige Feindseligkeit nicht durch Papier zu überwinden seien. Sie fordern vereinbarte Zusicherungen über den stufenweisen Abzug der zwei türkischen Divisionen aus Nord-Zypern und eine Schutzmacht mehrerer UN-Staaten für ganz Zypern. Die Griechen lehnen die Türkei als „Schutzmacht“ ab, doch Denktaş besteht darauf. Aber dann könnten die Griechen nie sicher sein, daß sich Krieg und Besetzung von 1974 nicht wiederholen.

Eine Chance ist vertan. Eine neue Konferenz vor den Parlamentswahlen in Griechenland im Herbst macht wohl wenig Sinn. Denn jeder Politiker in Athen oder Nikosia muß den Vorwurf meiden, er unterstütze eine leichtfertige Regelung mit den Türken und „verraete“ die Griechen auf Zypern. Stachelnd und trennend Mauern bleiben – und damit die Frage, ob Griechen und Türken auf der Insel überhaupt noch in einem Staat zusammenleben wollen und können.



Vorwurm! Der nächste Smog kommt ganz bestimmt!

KLAUS BÖHLE

## Wir, das Volk

Von Fritz Wirth

Ein eisklirrender Wind wehte gestern die mit Millionenaufwand vorbereitete Parade für den Präsidenten von den Straßen Washingtons. Die zweite Inauguration Ronald Reagans hatte zu einem Schauspiel aus der Tiefkühltruhe zu erstarren gelehrt. Um so erstaunlicher war es Washington feierte diesen Präsidenten nicht mit klammenden Händen und Gefühlen: es wärmte sich mit ihm an einem offenen Feuer der Emotionen, der gegenseitigen Zuneigung und des Patriotismus.

Dieses bemerkenswerte Phänomen wird nicht abgeklüht durch die Tatsache, daß bei dieser Inauguration die Republikaner zu einer Siegesfeier unter sich waren. Nicht erst die letzten Meinungsumfragen dieses Wochenendes belegen, daß dies kein republikanischer, sondern ein amerikanischer Präsident, nicht der einer Partei, sondern der Nation ist. Es hat mindestens seit Kennedys Tagen keinen Präsidenten mehr gegeben, mit dem sich so viele Amerikaner identifizierten. Reagan hat in seinen ersten vier Amtsjahren diesem seit zwei Jahrzehnten so mißbrauchten und verbrauchten Amt nicht nur neuen Glanz gegeben – er gab der Nation auch neuen Selbstbespekt.

Vor genau vier Jahren war die Inaugurationsszene vom Drama der Befreiung von 52 Geiseln überschattet, die fünf Minuten nach dem Eid Reagans und dem Abgang Carters vom iranischen Regime mit einem Kalkül freigegeben wurden, das die Ohnmacht dieser Weltmacht bloßstellen sollte. Die Erinnerung an dieses Ereignis zeigt, wie weit Reagan die Nation aus dem Tief der Depression und des Selbstzweifels herausgeführt hat.

Einige amerikanische Leitartikel nahmen diese zweite Inauguration zum Anlaß, die Erfolge und Mißerfolge Reagans in den letzten vier Jahren gegeneinander abzuwägen und danach das Urteil zu fällen, ob ihm ein Platz in der Geschichte zustehe. Die Übung ist müßig, die Methode anfechtbar. Ereignisse wie die Grenadainvasion, der Rückzug aus Libanon und die Senkung der Inflations- und Arbeitslosenrate lassen sich nicht gegeneinander aufrechnen. Tatsache ist: Die Reagan-Ära war für eine von Watergate und Vietnam geheilte Nation ein Einschnitt, und allein diese Tat schon sichert Reagan einen Platz in der Geschichte.

Es gibt immer noch Kritiker, die

seine Erfolge als das Ergebnis geschickten politischen Marketings deuten; viel Theater und wenig Regierung. Reagan hat wissen lassen, daß er mit solchen Interpretationen seiner Politik gelassen leben kann. Für die 59 Prozent der amerikanischen Bürger jedoch, die Reagan am 6. November ihre Stimme gaben und denen damit unterstellt wird, daß sie einem politischen Schauspiel zum Opfer fielen, ist es eine Provokation.

Die beginnende zweite Amtszeit hat zugleich ein politisches Geschöpf ins Gespräch gebracht, das versöhnlichen soll, daß diese Inauguration kein Neubeginn, sondern der Anfang vom Ende sei, daß sich nun Schatten auf die „Reagan-Revolution“ senken werden. Die Rede ist von den „jame ducks“, den lahmen Enten. Zweite Amtszeiten haben in der amerikanischen Politik Vorzüge und Belastungen. Der Vorteil: der Präsident kann ohne Rücksicht auf eine Wiederwahl agieren. Der Nachteil: die Amtszeit wird zu einem Wettlauf mit der Zeit.

Das gilt außenpolitisch vor allem für den Abrüstungsdialog mit dem Krenl, dessen Ausgang viele Kritiker als das entscheidende Kriterium betrachten, ob Reagan wirklich zu einem „historischen“ Präsidenten zu werden vermag. Das Mißverständnis dieses Kalküls: Es unterstellt, daß Reagan den Rest seiner Amtszeit dem Ehrgeiz unterwirft, als Friedenspräsident in die Geschichte einzugehen. Die Wahrheit: Reagan will keine schnelle und billige, sondern eine gute Lösung dieses Konflikts.

Abgesehen davon hat die Fisie-



Auf ein neues: Reagon beim zweiten Amtseid, mit seiner Frau

rung auf den Abrüstungsdialog den Eindruck erweckt, als bewege sich die US-Außenpolitik auf einem Schmalspurgleis. Tatsächlich jedoch stehen eine Serie neuer interessanter Züge auf dem außenpolitischen Gleis. Die soben beendete Blitztour des Sicherheitsberaters McFarlane durch fünf mittelamerikanische Staaten läßt auf eine Neuinschätzung dieses Krisenherdes durch die Regierung schließen. Die neueröffneten Handelsgespräche mit der Sowjetunion und der geplante Nahost-Dialog mit dem Krenl lassen politische Öffnungen vermuten, die weit über die bisherige Fixierung auf sicherheitspolitische Themen hinausgehen.

Innenpolitisch ist das gewaltige Budgetdefizit die größte und zugleich gefährlichste Erfolgshemmnisse für diese Regierung, zumal sich abzuzeichnen scheint, daß die gut gemeinten Versätze der letzten Monate, dieses Defizit energisch zu reduzieren, möglicherweise nur Versätze bleiben. Das Budgetproblem ist heute die verwendbarste Stelle der Reagan-Administration, jener Punkt, von dem aus lawienartig die bisherigen Erfolge in der Anti-Inflations- und Beschäftigungspolitik der Regierung zugeschnitten werden konnten.

Reagan geht dennoch mit bemerkenswertem Optimismus in diese nächsten vier Jahre, und es wird erkennbar, aus welcher Quelle dieser Optimismus gespeist wird. Die Inaugurationsfeier standen unter dem Motto „We the People“. Die Formel ist oberflächlich als ein Kontrastprogramm zur ersten Inauguration interpretiert worden, die extravagant eher ein Fest für die reicheren Stände war.

In Wahrheit läßt diese Formel etwas über die politische Strategie vermuten, mit der sich Reagan in den kommenden vier Jahren offensichtlich über bevorstehende Hindernisse hinwegzudenken gedenkt. „We the People“ ist ein Kampf, den er aus dem Wahlerfolg des 6. November ableitet. Er enthält die Botschaft und die Warnung, daß er sich in Zukunft mehr auf den amerikanischen Bürger denn auf vermeintliche Verbündete und laue Mittläufer zu verlassen gedenkt. Sein Echo und sein Respekt beim amerikanischen Bürger werden auch in den nächsten vier Jahren seine stärksten Trumpfkarten bleiben.

## IM GESPRÄCH André Fontaine

### Der Direktor der Welt

Von August Graf Kageneck

Nach langem Marsch durch die Institution „Le Monde“ (Die Welt) ist André Fontaine am Ziel angekommen. Die Redakteure der Pariser Zeitung wählten ihn zum neuen Direktor des Blattes, was im Sprachgebrauch dieser eigenwillig konstruierten Zeitung soviel ist wie Ober-Chefredakteur, Herausgeber und oberster Administrator in einer Person. Über ihn gibt es jetzt nur noch die Nebelzone der Banken und der anonymen Geldspender und dann den lieben Gott.

Der 63jährige ist der vierte Boß des Blattes seit dessen Gründung im Dezember 1946, was auf Stabilität und Kontinuität hinweist. Mit der Stabilität ist es indes seit einigen Jahren nicht mehr weit her. Die ehrwürdige, nicht von Hochmut freie Zeitung, sie ist eine der besten der Welt, hat Schwierigkeiten: die Auflage sinkt, das Defizit steigt. Und interne Trübel des Blattes, lange respektvoll übersehen, wurden offenkundig, als es nach dem Abtritt Jacques Fauvets, des zweiten Chefs des Blattes nach Gründer Hubert Beuve-Mery, 1982 zu Nachfolgekämpfen zwischen den Flügeln der Redaktionsversammlung kam.

Schon damals stieg Fontaine, geachteter Chef des diplomatischen Ressorts, in die Arena, aber man einigte sich auf den eher farblosen André Laurens als kleinsten gemeinsamen Nenner. Laurens scheiterte in aufrechten Bemühen um die Sanierung der Zeitung. In fast auswegloser Situation wählten die Kollegen, bedröht vom Verkauf ihres Hauses in der Rue des Italiens und letztlich vom Konkurs, den Mann, der das Blatt vielleicht schon früher hätte wenden können, hätte die Linke des Hauses ihn, der Rechtsabweichung verdächtig, nicht zwei Jahre vom Chiffessel ferngehalten.

Fontaine war der eigentliche Kronprinz der Zeitung, dessen Wahl zum König in den Ideen geschrieben stand, seit Fauvet den Griffel niedergelegt hatte. Er gehört dem „Monde“ seit 1947 an, nachdem er zwei Jahre Lehrzeit in der christdemokratischen „Temps Présent“ absolviert hatte. Beuve-Mery warf damals ein Auge auf den distinktierten Mann aus einem Pariser Kaufmannshaus, der ein



Von den Redakteuren gewählt: Fontaine

ben seinen Diplomen in öffentlichem und Wirtschaftsrecht und seinem Philosophie-Doktor einen scharfen analytischen Verstand und eine brillante Feder mitbrachte.

Entsprechend steil war seine Karriere, die er ausschließlich im außenpolitischen Ressort zubrachte. Internationale Autorität wurde er mit Büchern über den Bruch der Kriegsalianzen, den Kalten Krieg, das Verhältnis der beiden Supermächte, die Rolle Europas und die Geschichte der Entspannung.

Wie hoch man ihn einschätzt, zeigt das Angebot seines Freundes Jean François Poncet im Frühjahr 1979: Er wollte ihn als Botschafter nach Peking schicken. Fontaine lehnte ab. Er glaubte, an der Spitze eines Weltblattes mehr auf die internationale Politik einwirken zu können. Seine umfassenden Analysen zur Lage werden auch in Bonn aufmerksam gelesen, wo er, ebenso wie in Moskau oder Washington, häufig zu Gast ist: „Man kann Deutschland nicht ewig in den Abgrund stoßen, weil es einen Hitler hervorgebracht hat“, ist eine seiner Thesen zum Nachbarland. Seine abschließende Befassung mit der auswärtigen Politik ersparte ihm bisher Stellungnahmen im innenpolitischen Spannungsfeld Frankreichs. Das wird sich auf dem neuen Posten ändern. Daß seine Frau und seine drei Kinder ihn sehr selten zu Hause haben, wird sich nicht ändern.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Die Bremer Zeitung nicht Smog-Blaues

Das Ruhrgebiet, so lautet die wichtigste Erkenntnis nach dem Smog-Alarm, hat sich nicht in Krisenstimmung versetzen lassen. Das Leben ging weiter, die Arbeit auch. Autofahrer und Industrie zeigten Einsicht in das offenbar Notwendige. Auch ohne Zwang ließen viele ihren Wagen in der Garage und vertrauten sich Busen und Bahnen an, die diese Bewährungsprobe gut bestanden. Am dramatischsten nahm sich das Ganze im Fernsehen aus. Daß es an den Straßensperren weit weniger Zoff gab als heißen Kaffee für die Polizisten, ging leider allzuoft unter, wenn wie von einem Kriegsschauplatz berichtet wurde.

### Neue Zürcher Zeitung

Sie kommentiert die indische Spionageaffäre

Es ist nicht auszuschließen, daß die Ereignisse am Rande auch außenpolitische Auswirkungen haben werden. Sollte sich bestätigen, daß die CIA eine führende Rolle spielte, so könnte dies zumindest in der Öffentlichkeit den tiefliegenden Argwohn gegenüber den Vereinigten Staaten neu beleben. Bereits im Zusammenhang mit der Ermordung Frau Gandhis war von verschiedenen Zeitungen und Politikern scharfe Kritik an den USA geübt worden. Im Gegensatz zu seiner Mutter versuchte Rajiv Gandhi von Anfang an, gegenüber den Vereinigten Staaten einen freundlicheren Ton anzuschlagen.

### Rölnr Stadt-Anzeiger

Er verteidigt die Düsseldorf-Regierung

Der Smog im Ruhrgebiet war noch nicht abgezogen, da wurde er schon dazu mißbraucht, politische Nebelkerzen zu werfen. Bonner Umweltschützer erwecken den Eindruck, als wäre die SPD-Regierung in Düsseldorf schuld an der dicken Luft. Fehler in der Industrie- und Umweltpolitik mögen zwar gemacht worden sein. Aber niemand kann der Landesregierung vorwerfen, sie hätte in der letzten Zeit nicht den Versuch unternommen, für Besserung zu sorgen.

### AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie meist zur Erneuerung Kampelpmanns

Ronald Reagan schick einen Mann in die neue Abrüstungsrunde mit den Sowjets, der sich als überaus schwieriger Gesprächspartner erweisen dürfte. Max Kampelman wird garantieren, daß die Verhandlungen über Lang- und Mittelstreckenraketen sowie über Weltraumwaffen keinen schnellen Erfolg bringen werden. In den Augen der Amerikaner garantiert er aber zugleich auch, daß ein Verhandlungserfolg, wenn er erreicht wird, sich zu Hause sehen lassen kann.

## Die Volkammer vermeidet haarsträubende Fehler

Was für, was gegen Kontakte beider deutscher Parlamente spricht / Von Detlev Ahlers

Die Epoche des bürgerlichen Parlamentarismus ist beendet, die Epoche der Diktatur des Proletariats hat begonnen“, so steht es in Lenins Schrift „Der Radikalismus“. Dennoch sei es „ein haarsträubender theoretischer Fehler“, sich den bürgerlichen Parlamentarismus nicht zu nutzen zu machen. Der Marxismus-Leninismus kritisiert am Parlamentarismus die „formal gleichberechtigenden bürgerlichen Demokratie“, daß die juristischen Freiheitsgarantien zunichte gemacht seien durch ökonomische Ungleichheit – bürgerliche Parlamente seien darum Schwatzbuden (aus Hans-Georg Belz „Marxismus-Leninismus“).

In der Volkammer in Ost-Berlin, zu der nun auch Bundestagspräsident Philipp Jenninger für sein Verfassungsorgan offizielle Kontakte knüpfen will, wird nicht durchinandergeschwatzt. Sie tritt zweimal im Jahr im Palast der Republik zusammen, zuletzt am 30. November, um in vier Stunden den Etat zu verabschieden. Die seltenen Zwischenrufe beschränken sich auf „Jawoll“, Gegenstimmen oder Enthaltungen gab es

nicht. Laut Verfassung entscheidet die Volkammer über die Grundfragen der Staatspolitik, wählt den Präsidenten des Staatsrates und andere Staatsorgane und legt die Hauptziele für das Zusammenwirken der Bürger, Gemeinschaften und Staatsorgane fest – in Wirklichkeit ist sie der Weisungsgewalt der SED-Partei gemessen unterworfen. Die Sitzverteilung ist festgelegt, sie wird von den fünfjährigen Wahlen nicht beeinflusst. Bei den letzten Wahlen, 1981, gab es eine Zustimmung von 99,88 Prozent zu den Listen. Die SED hat 127 Sitze; die CDU, die Demokratische Bauernpartei, die Liberal-Demokratische Partei und die National-Demokratische Partei je 52; außerdem sind der Gewerkschaftsbund, die FDJ, der Frauenbund und der Kulturbund vertreten, meist mit SED-Mitgliedern.

Für Kontakte zwischen dem Bundestag und der Volkammer spricht das Argument, daß möglichst viele Gespräche auf möglichst vielen Ebenen a priori von Nutzen sind. Jenninger sagte in einem Interview der „Welt am Sonntag“: „Es geht uns dar-

um, die Beziehungen unter den Menschen zu revitalisieren. Dazu gehören natürlich auch Begegnungen auf politischer Ebene.“ Zunächst müsse jedoch die Frage der Rechte der Alliierten geklärt werden; zu diesem Schritt hat er sich nun Ende vergangener Woche entschlossen. Hans Bichler (SPD) sagte, es gehe um die „Förderung des gegenseitigen Verständnisses“.

Horst Ehmke (SPD) verweist auf den Grundlagen-Vertrag, in dem der Ausbau der „gutnachbarlichen Beziehungen“ festgeschrieben ist. Es sei „Unsinn“, die gesetzgebenden Körperschaften dabei auszulassen. Allen in der Bundesrepublik ist bekannt, meint Ehmke, daß die Volkammer kein Parlament in unserem Sinne ist, aber dieses Argument halte uns auch nicht davor zurück, zu ändern, unsere Maßstäbe nicht entsprechenden Parlamenten Beziehungen zu pflegen – etwa zum Obersten Sowjet, zu den türkischen und südkoreanischen Parlamenten.

Gegen Kontakte dieser beiden so unterschiedlichen deutschen Parlamente spricht zunächst der Verstoß

der Volkammer gegen das Vier-Mächte-Abkommen; sie behandelt ihre Berliner Abgeordneten – anders als der Bundestag – genauso wie die übrigen (siehe WELT von gestern). Es scheint, als entschlüsse sich der Bundestag, dies hinzunehmen, weil Ost-Berlin in einer anderen Berlin-Statusfrage Zugeständnisse zu machen bereit ist. Im Gegensatz zu früheren Diskriminierungen behandelte die „DDR“ die Westberliner Mitglieder einer SPD-Bundestagsdelegation im März 1984 genauso wie die Abgeordneten aus der Bundesrepublik.

Wie sehen solche Parlamentarier-Treffen aus? Eher zufällig traf der SPD-Abgeordnete Dietrich Sperling bei einem „privaten DDR-Besuch“ im September 1977 auf die Volkammer-Abgeordnete Christel Bednarek, die Gewerkschaftsleiterin in einem Betrieb ist, den er besichtigte. Auf dem Werkshof, so erzählte er später, fing er sie ab und fragte, ob sie Kontakte zwischen den Parlamenten befürworte. Sie antwortete unsicher und ausweichend. Als Sperling nachhakte, drängte der Reiseleiter zum Aufbruch – das Gespräch war beend-

et. Frau Bednarek hinterließ nicht den Eindruck einer souveränen Vertreterin des Volkes; eher den einer Weisungsempfängerin ohne Weisungen.

Im März 1982 reisten zwölf bayrische SPD-Abgeordnete durch die „DDR“. Sie trafen mit mehreren Abgeordneten der Volkammer und von Bezirksparlamenten zusammen. Einmal in Leipzig, so sagte Delegationsleiter Manfred Schmidt nach der Reise, sei es ihm gelungen, die ihn dauernd beschattenden Staatssicherheitsleute abzuschütteln. Für die Volkammer-Abgeordneten gab Karl Eberle den Besuchern einen Wunsch mit auf den Rückweg nach Bonn: Anerkennung der „DDR“-Staatsbürgerschaft. Ehmke brachte aus Ost-Berlin einmal die Forderung nach Abschaffung der Zentralstelle in Salzgitter mit. Insgesamt steht zu befürchten, daß die Volkammer-Abgeordneten solche Treffs zu nichts weiter als zum Wiederholen der jeweils bevorzugten Regierungsforderungen nutzen. Denn es wäre „ein haarsträubender theoretischer Fehler“ (siehe Lenin), dies nicht zu tun.



# Monsieur le Président, das bisher unbekannte Wesen

Wer ist François Mitterrand? Ein Sozialist? Marxist? Bürgerlicher Idealist? Ein Buch von Catherine Nay über den französischen Präsidenten findet zur Zeit reißenden Absatz. Es zeichnet ein Bild des bislang unbekannteren Mitterrand, der einer der durchsichtigsten Politiker Frankreichs nach dem Krieg ist.

Von A. GRAF KAGENECK

Die Situation war ein wenig prekär. Der Fluchtweg zum Zaun des Oflag IX a in Treysa bei Kassel führte über die Latrine. Rittlings auf einem Balken sitzend, der in 2,50 Meter Höhe die Latrine überspannte, unter ihm im Halbdunkel, kaum einen Meter entfernt, ein deutscher Soldat, der seine Notdurft verrichtete - in dieser Lage befand sich der Unteroffizier der Kolonial-Infanterie François Mitterrand in der Nacht zum 28. November 1941. Mitterrand hatte zusammen mit zwei Kameraden zum zweiten Mal seit seiner Gefangennahme bei Verdun im Juni 1940 den Versuch gemacht, aus einem deutschen Gefangenenerlager auszubrechen. Auch dieses Mal hatte er keine Chance. Nur einer der drei kam über den Zaun und konnte seinen Verfolgern entgehen.

Mitterrand versuchte es wenige Wochen später noch einmal, und diesmal hatte er Glück. Von Gießen aus konnte er einen Zug besteigen, der ihn über viele gefährliche Stationen bis Metz brachte. Dort nahm ihn eine Gruppe Widerstandskämpfer in Empfang und schleppte ihn weiter nach Paris, wo er noch im selben Jahr 1942 eine politische Karriere als Präsident der Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener begann.

Diese Zeugnisse über einen bisher wenig bekannten Mitterrand stehen neben vielen anderen, in dem neuesten Buch über den französischen Präsidenten. Es wurde von einer jungen Frau geschrieben, die seit Jahren zu den bestinformierten französischen Journalisten zählt. Catherine Nay war in ihren jungen Jahren als

Volontärin der Wochenzeitung „Express“ wegen ihrer ungewöhnlichen Schönheit von ihren Chefs auf das Ausspionieren von Geheimnissen angesetzt worden, welche alle Politiker im Busen zu tragen glauben.

Es gelang ihr dank ihres verführerischen Charms auf so glänzende Weise, daß sie eine der rasantesten Karrieren im französischen Journalismus machte. Allerdings war sie mehr auf die Chefs der Rechten, der Gaullisten vor allem, angesetzt, deren Schrecken sie nicht viel im Sinn. François Mitterrand nahm sie erst richtig zur Kenntnis, als er, schon seit mehr als einem Jahr an der Spitze Frankreichs, auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Versailles „wie ein Bourbonenkönig“ die Großen dieser Welt empfing.

Der Sozialist, der sich in den vergoldeten Stukturen des Spiegelsaal offensichtlich so wohl fühlte wie ein Fisch im Wasser, der so gar nicht zu dem Bild paßte, das sie sich von dem Wahlkämpfer Mitterrand gemacht hatte, dieser französische Dr. Jeckyll und Mister Hyde in Frack und Ordenskordons verblüffte Catherine Nay so sehr, daß sie ihren Job beim Sender „Europa 1“ an den Nagel hängte und ein Buch über „Frankreich rätselhaftesten Politiker“ zu schreiben begann. Es prangt heute mit seinem dosojewskisch anmutenden Titel „Le Noir et le Rouge“ und dem Bild der attraktiven Autorin von allen Litfaßsäulen der Hauptstadt und ist ein vorzügliches Instrumentarium zur Auslotung des François Mitterrand.

Catherine Nay hat ihr „Sujet“ nicht ein einziges Mal getroffen noch etwa interviewt. Sie hat es mit unzähligen Zeugenvernehmungen und dem Wälzen von Tonnen von Dokumenten zwei Jahre lang eingekreist und gestellt, ohne es jedoch ganz greifen zu können. Auch die Nay muß, wie Dutzende anderer vor ihr, die den Mann beschreiben, am Schluß gestehen, daß Mitterrand für sie ein Rätsel bleibt.

Das beginnt mit der Geburt in Jar-

nac in der Charente, einem Ort, der geheimnisvoll mit der Geschichte der französischen Könige aus dem Hause Valois verbunden ist. Man hat immer wieder gesagt, Mitterrand sei der Sohn eines „Eisenbahners“ gewesen, aber der Vater war höherer Beamter der Staatsbahnen, und er stammte aus einem gut mittelständischen Milieu mit streng katholischem Moralcode und einer gehörigen Portion Bürgerstolz, der sich auch den sehr viel reicheren Land- und Weinbauersfamilien der Charente gegenüber zu behaupten wußte.

Man war stramm rechts und katholisch-konservativ. In den Händen von Vätern des Palatiner-Ordens, mit einem Hang zur Mystik und Transzendenz, ist auch der junge François Mitterrand aufgewachsen. Anwälte, Grundbesitzer, Militärs und Aristokraten standen an seinem Schul- und Universitätsweg, und Genealogen haben sogar nachgewiesen, daß sich einer seiner Vorfahren Jean de Barbezières nannte, dessen Urenkelin Léonore zur Frau des Herzogs Georg-Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg wurde. François Mitterrand wäre damit ein sehr entfernteter Vetter des künftigen englischen Königs Charles ...

Über Mitterrands Fluchtversuche im Zweiten Weltkrieg gab es bisher sehr widersprüchliche Angaben. Sie seien total erfunden, behauptete im Wahlkampf 1981 die rechtsextreme Pariser Postille „Minute“. Im „Lexikon der Politik“, einem Nachschlagewerk über alle französischen Politiker, wird angeführt, Mitterrand sei von einem einflußreichen Freund seines Vaters bei den Deutschen freigelegt worden. Catherine Nay weist als erste einwandfrei nach, daß der damals 24 Jahre alte Unteroffizier de facto unter Einsatz seines Lebens ausreichte (erst der dritte Versuch gelang).

Mitterrand selbst machte niemals ein Aufheben davon. Auch wenn die Autorin Nay andeutet, Mitterrand habe seine Tatkraft weniger aus patriotischen denn aus amourösen Triebkräften bezogen (er fürchtete, seine Braut werde mit einem anderen durchgehen) - der Nachweis einer authentischen „Widerstandstätigkeit“ ist bis heute wichtig, um in Frankreich Karriere zu machen.

Wie kam der Mann, der Mitte 1943 für seine Tatkraft zum Wohl entlassener Kriegsgefangener von Marschall Pétain mit der „Francisque“, einem hohen Verdienstorden, ausgezeichnet wurde, zum Sozialismus? Laut Catherine Nay war es seine spätere Frau, Danielle Gouze, und ihre Familie, die ganz im traditionell linken Milieu des mittleren Lehrstandes verwurzelt war, die ihn allmählich, halb hingezogen, halb hingezogen, für die Ideale eines humanitären Sozialismus begeisterte.

Die hübsche kleine Danielle war es auch, die ihn mit Widerstandskämpfern in Verbindung brachte, rechtzeitig genug, um 1944 nach der großen Befreiung im richtigen Lager zu stehen. Und es begann eine der brillantesten Karrieren, die ein Franzose in diesem Jahrhundert in Politik und Literatur vollbracht hat.

Gegen schärfste nationale und internationale Konkurrenz ist es dem Hamburger Senat gelungen, in langen und zähen Verhandlungen die Regierung in Peking von den Standortvorteilen der Hansestadt für dieses bedeutende Handelszentrum zu überzeugen. Düsseldorf, Frankfurt/Main und München machten ihrerseits erst zu nehmende Offerten. Und auch Paris und London bemühten sich intensiv. Denn das neue Zentrum wird für ganz West- und Nord-europa zuständig sein. Der EG-Bereich ist den Chinesen ebenso wichtig wie die Efta-Staaten.

Bisher unterhält die Volksrepublik Handelszentren in New York, zuständig für die USA und Kanada, in Panama City für die Handelsbeziehungen mit Mittel- und Südamerika sowie in Dubai als ökonomisches Tor in die arabische Welt. Im Zuge einer stetigen Expansion des Außenhandels war es nach Darstellung von Generalkonsul Wang Yani nur konsequent, sich mit einem weiteren Handelszentrum auch in Westeuropa zu etablieren. Daß sich die Verantwortlichen in Peking schließlich für Hamburg entschieden, hat gute Gründe.

Wichtigen Anteil an dieser Entscheidung hat zweifellos der Generalkonsul selber. Denn mit Wang Yani entsandte das chinesische Außenministerium einen der fähigsten und erfahrensten Diplomaten für den deutschsprachigen Bereich in die Alt-er. Wang hat lange und gründliche Erfahrungen in beiden Teilen Deutschlands sammeln können. So studierte er in Leipzig von 1955 bis 1959 Germanistik. Anfang der sechziger Jahre kam er dann als junger Diplomat an die chinesische Botschaft in Ost-Berlin, lernte hier seine Frau Jiang kennen, die Heirat war 1962.

Nach zwei Jahren kehrte das Paar nach Peking zurück, sie als Journalistin in die Zentrale der Nachrichtenagentur Xinhua, er als „DDR“-Referent im Außenministerium. Im Jahre 1972 kamen dann neue Aufgaben für die Wangs.

In Bonn wurde der Diplomat Korrespondent für die Nachrichtenagentur, seine Frau unterstützte ihn bei dieser Arbeit. Wang war nicht nur Agenturjournalist, sondern auch diplomatischer Mittler zwischen beiden Regierungen mit wichtigen Sonderaufgaben, wie der Begleitung hoher deutscher Politiker und Wirtschaftsdelegationen bei ihren Reisen nach China. Nach weiteren Tätigkeiten im Außenministerium kam dann die Berufung auf den wichtigen Posten des Generalkonsuls in Hamburg. Sein Amtsbezirk umfaßt die beiden Stadt-



Seit Mai 1974 ist Wang Yani Hausherrin des chinesischen Generalkonsulats an Hamburgs Außenalster. FOTOS: KUATH/BRINCKMANN



# Hamburg - Chinas Tor nach Europa

Paris und London, München, Düsseldorf und Frankfurt bewarben sich; aber Hamburg machte das Rennen: Am 7. Februar eröffnet Peking in der Freien und Hansestadt das chinesische Handelszentrum für Europa. Höhepunkt der traditionell guten wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Hamburg und dem Reich der Mitte.

Von DIETHARD GOOS

Die rote Flagge mit einem großen und vier kleinen gelben Sternen im linken Oberack kontrastiert markant mit der weißen Villa aus der Gründerzeit: Wenn das Nationalemblem fremd ist, dem gibt ein großes Messingschild am Gartenzaun Auskunft über die Bewohner dieses Hauses am Harvestehuder Weg 39 im feinen Hamburger Stadtteil Eppendorf: Generalkonsulat der Volksrepublik China.

Mit tatkräftiger Unterstützung des Senats haben sich die Chinesen in dieser noblen Gegend an der Außenalster nicht weit von den Konsularkollegen Frankreichs und Großbritanniens etabliert. Im Mai letzten Jahres wurde das Generalkonsulat eröffnet, und jetzt kann Hausherr Wang Yani nicht ohne Stolz über eine bevorstehende bedeutende Ausweitung der Aktivitäten seines Landes in der Hansestadt berichten.

Im nächsten Monat eröffnet das chinesische Handelszentrum auf der anderen Seite der Außenalster im Stadtteil Uhlenhorst.

Gegen schärfste nationale und internationale Konkurrenz ist es dem Hamburger Senat gelungen, in langen und zähen Verhandlungen die Regierung in Peking von den Standortvorteilen der Hansestadt für dieses bedeutende Handelszentrum zu überzeugen. Düsseldorf, Frankfurt/Main und München machten ihrerseits erst zu nehmende Offerten. Und auch Paris und London bemühten sich intensiv. Denn das neue Zentrum wird für ganz West- und Nord-europa zuständig sein. Der EG-Bereich ist den Chinesen ebenso wichtig wie die Efta-Staaten.

Bisher unterhält die Volksrepublik Handelszentren in New York, zuständig für die USA und Kanada, in Panama City für die Handelsbeziehungen mit Mittel- und Südamerika sowie in Dubai als ökonomisches Tor in die arabische Welt. Im Zuge einer stetigen Expansion des Außenhandels war es nach Darstellung von Generalkonsul Wang Yani nur konsequent, sich mit einem weiteren Handelszentrum auch in Westeuropa zu etablieren. Daß sich die Verantwortlichen in Peking schließlich für Hamburg entschieden, hat gute Gründe.

Wichtigen Anteil an dieser Entscheidung hat zweifellos der Generalkonsul selber. Denn mit Wang Yani entsandte das chinesische Außenministerium einen der fähigsten und erfahrensten Diplomaten für den deutschsprachigen Bereich in die Alt-er. Wang hat lange und gründliche Erfahrungen in beiden Teilen Deutschlands sammeln können. So studierte er in Leipzig von 1955 bis 1959 Germanistik. Anfang der sechziger Jahre kam er dann als junger Diplomat an die chinesische Botschaft in Ost-Berlin, lernte hier seine Frau Jiang kennen, die Heirat war 1962.

Nach zwei Jahren kehrte das Paar nach Peking zurück, sie als Journalistin in die Zentrale der Nachrichtenagentur Xinhua, er als „DDR“-Referent im Außenministerium. Im Jahre 1972 kamen dann neue Aufgaben für die Wangs.

In Bonn wurde der Diplomat Korrespondent für die Nachrichtenagentur, seine Frau unterstützte ihn bei dieser Arbeit. Wang war nicht nur Agenturjournalist, sondern auch diplomatischer Mittler zwischen beiden Regierungen mit wichtigen Sonderaufgaben, wie der Begleitung hoher deutscher Politiker und Wirtschaftsdelegationen bei ihren Reisen nach China. Nach weiteren Tätigkeiten im Außenministerium kam dann die Berufung auf den wichtigen Posten des Generalkonsuls in Hamburg. Sein Amtsbezirk umfaßt die beiden Stadt-

staaten Hamburg und Bremen sowie Niedersachsen.

Aber es war nicht nur das diplomatische Geschick des Generalkonsuls, das schließlich den Ausschlag für Hamburg als Sitz des neuen Handelszentrums gab. Intensiver Handel mit China und dementsprechend vielfältige Beziehungen zu China haben in Hamburg lange Tradition. Seit Öffnung des Reiches der Mitte zum Westen im Anfang der siebziger Jahre haben sich die Handelsbeziehungen neu belebt und für beide Seiten erfolgreich entwickelt.

Aus einer langen Liste von Aktivitäten greift der Generalkonsul einige heraus: Seit Mai 1980 ist in Hamburg die Repräsentanz der chinesischen Außenhandelsgesellschaften tätig. Sie konzentriert sich auf Geschäfte mit Öl, Getreide, Produkte der chemischen Industrie und des Maschinenbaus. Dazu gehört auch „China-charts“, die staatliche Schifffahrtsgesellschaft.

Zum 1. Januar 1983 nahm die „Sunny“-Gesellschaft im malerischen Waldschlösschen im Stadtteil Harburg jenseits der Elbe ihre Tätigkeit im Import-Exportgeschäft auf, die Deutsche Sinochemie beschäftigt sich seit Oktober 1981 mit deutsch-chinesischen Joint-ventures, und bereits seit Frühjahr 1981 ist in Hamburg die Cosco, die staatliche chinesische Übersee-Schiffahrtsgesellschaft, ansässig.

Chinesische Handelsschiffe sind im Hafen ständige Gäste. Am Diebstahl in Waltershof wurde ein besonderer China-Terminal errichtet.

den, um möglichst effektiv arbeiten zu können. Generalkonsul Wang Yani berichtet: „Das Zentrum hat drei Abteilungen für Wirtschaft, Beratung und Verwaltung. Sie gliedern sich in insgesamt zehn Sektionen und vertreten sowohl unsere Außenhandelsunternehmen wie die wichtigsten chinesischen Provinzen und Städte.“ Neben Peking, Shanghai und Tientsin nennt Wang die Provinzen Heilongjiang, Jiangsu und Shandong. Dies ist das sichtbare Zeichen einer neuen Außen- und Außenhandelspolitik, in deren Rahmen die wichtigsten Städte und Provinzen mehr Selbstständigkeit erhalten haben.

Zuständig ist das Handelszentrum für die breite Palette der Ein- und Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen. Dabei setzen die Chinesen große Erwartungen in die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit gemeinsamen Außenhandelsprojekten in China wie in Drittländern.

Mit Nachdruck widerspricht der Generalkonsul Besorgnissen in der Hamburger Wirtschaft, das Handelszentrum könnte das traditionelle China-Geschäft in Hamburg, an dem etwa hundert Firmen beteiligt sind, an sich ziehen. „Das Handelszentrum wird für sie keine Konkurrenz sein. Wir wollen vielmehr Partner werden.“ Für eine Ausweitung des chinesischen Außenhandels sieht der Generalkonsul in den nächsten Jahren große Möglichkeiten. Sein Land hat großes Interesse daran, das noch bestehende Außenhandelsdefizit mit der Bundesrepublik Deutschland abzubauen.

neralkonsul versichert. Doch die Devisen seien im Moment wichtiger.

Auch wenn die Bundesrepublik noch an vierter Position rangiert, hat sich der deutsch-chinesische Handel gut entwickelt. Im Jahre 1970 betrug der Wert der aus China importierten Waren 137 Millionen Mark, 1983 waren es bereits 632 Millionen Mark. Im vorletzten Jahr - die endgültigen Zahlen für 1984 liegen noch nicht vor - erreichte die Warenausfuhr der Bundesrepublik nach China ein Volumen von 2,8 Milliarden Mark, ein Drittel der Exporte ging über Hamburg. Der Warenumschlag von und nach China im Hamburger Hafen erreichte fast 1,7 Millionen Tonnen, allein die Ausfuhr erreichte dabei 1,3 Millionen Tonnen. Knapp 30 Prozent des in Hamburg angelandeten Tees kommt aus China, 1983 waren das 4386 Tonnen.

Diese Zahlen zeigen nach Überzeugung führender Hamburger Wirtschaftsvertreter die richtige Standortentscheidung der Chinesen für ihr neues Handelszentrum. Bei der Beschaffung geeigneter Räume und Wohnungen sowie der Regelung komplizierter politisch-wirtschaftlicher Fragen haben sich die Hamburger Behörden einfallreich und flexibel gezeigt. Sie hatten gelernt, denn mangelndes Engagement und auch ein gewisser Hochmut trugen vor Jahren entscheidend dazu bei, daß sich die Japaner gegen Hamburg entschieden und ihr großangelegtes Handelszentrum in Düsseldorf errichteten.

Generalkonsul Wang Yani beschränkt seine Tätigkeit nicht nur auf den politisch-wirtschaftlichen Bereich. Sein Konsulat betreut allein in Hamburg etwa 1800 Chinesen, und die Förderung der kulturellen Beziehungen ist dem exzellenten Deutschlandkenner ein besonderes Anliegen. Der Austausch von Wissenschaftlern und Studenten der Hamburger Universität mit entsprechenden Einrichtungen in China läuft reibungslos und wird weiter ausgebaut. Eine chinesische Filmwoche im Oktober letzten Jahres fand in Hamburg großes Interesse, das jüngste Gastspiel der Peking Oper nach langer Abwesenheit war ein triumphaler Erfolg. Seit einigen Tagen läuft im Dritten Fernsehprogramm der Nordsee eine Folge zur chinesischen Kultur. Die ersten Sedungen fanden bereits ein großes Echo, wie der Generalkonsul berichtet. Er freut sich auf die Sendung am 8. März um 20.15 Uhr mit Live-Übertragungen und Korrespondentenberichten aus China.

Die Chinesen in Hamburg sind also gut gerüstet für die Errichtung ihres Handelszentrums. Und auch die deutsche Seite knüpft daran große Erwartungen. So veranstaltet die in Hamburg ansässige Vereins- und Westbank als Außenhandelsbank mit langer China-Erfahrung am 13. Februar für Außenhandelsunternehmen aus Norddeutschland ein China-Seminar mit namhaften Experten. Diese Veranstaltung und weitere Aktivitäten der Hamburger Handelskammer sollen dazu beitragen, deutschen Kaufleuten für das interessante China-Geschäft das nötige Know-how zu vermitteln. Denn beide Seiten haben nicht nur große Erwartungen, sondern setzen auf eine beträchtliche Ausweitung der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen.



François Mitterrand (X) kämpfte als Soldat der Kolonialinfanterie im 2. Weltkrieg gegen Deutschland. Er wurde gefangen und floh. FOTO: LOCHONSTUDIO X

# Als vor 25 Jahren in Bonn die Kostendämpfung verspielt wurde

Von ALBERT MÜLLER

Im Konzert der Kostenkritiker des Medizinbetriebs ist jetzt (endlich) auch die Stimme der Deutschen Bundesbank erklingen: Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 1984 um acht Prozent zu erhöhen, wenn die Einnahmen nur um 0,9 Prozent wüchsen, passe nicht in die konjunkturpolitische Landschaft. Ärzte, Pharmaindustrie, Krankenhäuser und Versicherte müßten finanziell an die Kandare genommen werden.

Die Ermahnung kommt 25 Jahre zu spät. Am 20. November 1959 hatte das Kabinett Adenauer dem Entwurf des Arbeitsministers Theodor Blank zur Reform der Krankenversicherung anstandslos zugestimmt. Einen Monat später folgte der Bundesrat, jedoch mit 138 Änderungsansuchen. Am 4. Februar 1960 empfing der Bundeskanzler die ärztlichen Standesführer Rolf Berensmann, Ernst Fromm, Siegfried Häußler, Kaspar Roos und Friedrich Voges zur Entgegennahme ihres Protestes.

Der Vorgang war ungewöhnlich, weil das Gesetzgebungsverfahren schon lief. Blank vor der Presse: „Halten Sie mich für so töricht, daß ich die Absicht haben könnte, einen so wertvollen Berufsstand wie den der Ärzte materiell zu drücken? Nein, ich will, daß der Arzt genügend Zeit für seine Patienten hat und daß er dafür natürlich auch entsprechend honoriert wird. Und so glaube ich, daß die Ärzte eine Einkommensminderung gar nicht zu befürchten haben. Aber sie haben es nicht mehr notwendig, ihr Einkommen von der Zahl der Krankenscheine abhängig zu machen. Das ist mir der entscheidende Punkt.“ (Der Entwurf sah den

Übergang von der Pauschal- zur Einzelleistungshonorierung vor.)

Über mehr als zehn Stunden erstreckte sich am 17. Februar 1960 die erste Lesung des Entwurfs im Bundestag. Vom Höhenflug seiner Überzeugungen fortgerissen, schloß Blank seine mit starkem Beifall aufgenommene Einführungsrede mit einer Gratulation an die Abgeordneten: „Ich glaube, daß wir mit dem heutigen Tage den Anfang gemacht haben, auf dem Wege der Sozialreform ein gro-

## WIE WAR DAS?

ßes Stück fortzuschreiten. Zu der Arbeit, die jetzt vor Ihnen liegt, möchte ich Sie beglückwünschen.“

Doch war der Anfang schon das Ende. Eine Einigung ließ sich weder in der CDU/CSU-Mehrheitsfraktion noch zwischen den Fraktionen erzielen. Quätend schleppten sich die Ausschussberatungen hin. Eine zweite und dritte Lesung im Plenum gab es nicht mehr. Das Parlament brach, ein knappes Jahr war vergangen, die Beratungen ah.

Der Untergang Blanks hat dazu beigetragen, daß sich das so vielbeschwerene Kostenbewußtsein aller Beteiligten im Medizinbetrieb auf ein literarisches Phänomen reduzierte. Dem Entwurf, von viel Dramatik begleitet, hat kein Politiker eine Träne nachgeweiht. Das Gefühl, versagt zu haben, wurde verdrängt.

Persönliches Uobehagen formulierte gerade noch der CSU-Abgeord-

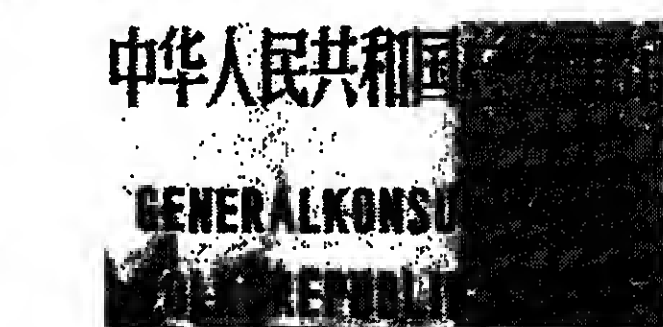
nete Hans Schütz mit den Worten, Theodor Blank sei seiner Zeit um eine Generation voraus.

Damals konnte das so scheinen. Doch die heutigen Politiker sind in dieser Frage machtloser als jene vor 25 Jahren. Mehr Selbstbestätigung der Versicherten zu beschließen, wovon seinerzeit alle Fraktionen zurückschreckten, wäre vielleicht noch möglich. Aber hinter diesem ungeklärten Schlagwort stand im Entwurf die viel wichtigere Umstrukturierung des Versicherungssystems, und dafür ist heute erst recht keine Mehrheit denkbar.

Nachdem im Anschluß an Blank im Lauf der Jahre alle Schleißen geöffnet worden waren, kam die konzentrierte Aktion, um dem System ein paar Bremsen einzusetzen. Die Kostenfluten spülten darüber hinweg. Natürlich mußten, schon wegen des sich ändernden Altersaufbaus und des diagnostisch-therapeutischen und medizintechnischen Fortschritts, die Ausgaben steigen. Aber in diesem Maße?

Blank rauhete 1959 Gesamtkosten den Schlaf, die auf 8,3 Milliarden Mark gestiegen waren. Bis heute hat man sich bequem an den Zuwachs auf rund 100 Milliarden (ohne Entgeltfortzahlung) gewöhnt, und nur wegen der anhaltend hohen Steigerungsrate stößt die Bundesbank Alarmrufe aus.

Als die Politik sich der Aufgabe verweigerte, zu der Blank sie beglückwünschte, hätten Umsatzgrößen von heute ausgereicht, am Verstand der Prognostiker zu zweifeln. Für die Zukunft läßt sich die Ärzteschwemme, die heranrollt, keine brauchbare Voraussage zu.



Wer den Elbtunnel in Richtung Süden passiert hat, sieht rechter Hand fast immer mehrere Frachter mit ihrem charakteristischen roten Band sowie den goldenen Sternen und Wellen am Schornstein an den Containerbrücken liegen.

Seit einigen Tagen ist Generaldirektor Li Shude in der Hansestadt, um die offizielle Eröffnung der „China United Trading Corporation GmbH“, wie der offizielle Titel des Handelszentrums lautet, vorzubereiten. In den Büros mit einer Fläche von 1200 Quadratmetern in einem Hochhaus an der Mundsburg werden 55 Fachkräfte tätig sein. Die Inauguration findet am 7. Februar im Rahmen eines Empfangs im Hotel Atlantic statt.

Die chinesischen Gastgeber machen daraus ein großes Ereignis. Ehrerregt aus Peking wird die stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für Außenhandel und Außenwirtschaft, Frau Chen Muhua sein. Erwartet werden zahlreiche Repräsentanten nicht nur aus der Bundesrepublik, sondern auch aus allen anderen EG- und Efta-Staaten.

Die Organisation des Handelszentrums ist gründlich vorbereitet worden.



Die „Tand“-Buchhandlung in Hamburg ist mit 40 000 Titeln die größte deutsch-chinesische Fachbuchhandlung. FOTO: CHRISTA KUATH



### „Sowjetkampagne dient nicht der Entspannung“

DW, Kiel

Die Sowjetunion verfolgt nach Ansicht des Rechtswissenschaftlers Wolfgang Seiffert vor dem Hintergrund des bevorstehenden 40. Jahrestages der Niederlage des Nationalsozialismus das Ziel, durch ihre Revanchismus-Kampagne die Stellung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis in Frage zu stellen.

Die Sowjetunion, so erläuterte Seiffert in seinem Referat auf einer Konferenz im Institut für Sicherheitspolitik der Universität Kiel, erkenne im westlichen Deutschland zu nächst dessen überragende Bedeutung im atlantischen Verteidigungssystem.

Auch die wirtschaftliche Stärke des Landes innerhalb der EG werde nicht unterschätzt. Wichtig ließe für die sowjetische Betrachtungsweise aber nicht zuletzt die Funktion der Bundesrepublik als „Starttrappe amerikanischer Raketen“, wie der Krenl-Sprachgebrauch formuliert.

Aus diesen Einschätzungen heraus habe Moskau in den siebziger Jahren vor allem über eine starke wirtschaftliche Zusammenarbeit Wege der Einflußnahme gesucht. Die Methodik änderte sich nach dem Bonner Regierungswechsel und der planmäßig erfolgten Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden.

Seiffert schloß jedoch aus der sich abzeichnenden Schwächung der Sowjetunion, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, daß Moskau die deutsch-sowjetischen Beziehungen wieder zu normalisieren versuchen werde.

Er warnte in diesem Zusammenhang davor, daß mögliche Zugeständnisse in den deutsch-deutschen Beziehungen als ein weiteres sowjetisches Druckmittel zur Isolation der Bundesrepublik im westlichen Bündnis verwandt werden könnten.

Wie ein roter Faden zog sich durch die Diskussionen der Tagung, zu der der Direktor des Instituts, Werner Kaltefleiter, 45 Fachwissenschaftler aus Westeuropa und den USA geladen hatte, die Prämisse, daß die sowjetische Strategie der friedlichen Koexistenz immer als langfristiges und dynamisches Konzept globaler Machtentfaltung verstanden werden muß. Das stellt dieses Konzept in fundamentalem Gegensatz zu dem eher statisch ausgelegten Begriff der Entspannung.

Skandinavische Teilnehmer der Kieler Konferenz erinnerten daran, daß die nordeuropäische NATO-Flanke von 40 Prozent der gesamten sowjetischen Flotte und ca. 65 Prozent der sowjetischen nuklearen U-Boote bedroht sei. Heimathafen dieser Schiffe ist Murmansk. Die Region erhalte ihre Bedeutung auch durch die großen Erdölvorkommen im russischen nördlichen Eismeer.

Der Norweger Finn Sollie wies im Zusammenhang mit diesen Erdölreserven auf ein traditionelles Dilemma der sowjetischen Wirtschaft hin: Erst fehlten ihr die Technologien, um diese Vorkommen zu erschließen; habe sie die Technologien erhalten, fehlten Fachkräfte, um die neue Technik nutzen zu können.

### Gericht: IG Metall soll im Fall Gaßmann zahlen

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Der wegen Agententätigkeit verurteilte Hamburger Gewerkschaftsfunktionär Hermann Gaßmann soll wegen der von der IG Metall ausgesprochenen Entlassung hoch entschädigt werden. Fachleute der Gewerkschaft haben errechnet, daß ein Vergleichsvorschlag des Arbeitsgerichts Hamburg die IG Metall rund 500 000 Mark kosten würde.

Die 24. Kammer des Arbeitsgerichts unter Vorsitz der Richterinnen Eveline von Hoffmann setzte den Parteien eine Frist bis zum 18. Februar. Bis dahin müssen sie erklären, ob Gaßmann bis August dieses Jahres weiterbeschäftigt und anschließend in den Vorruhestand versetzt werden kann. Der Bildungssekretär der Gewerkschaft wird dann 58 Jahre alt. Die Vorruhestandsregelung der IG Metall sieht eine Weiterzahlung von 75 Prozent des bisherigen Gehalts vor. Gaßmann bezog ein Bruttogehalt von 5600 Mark.

Über den Vergleichsvorschlag muß der Bundesvorstand der Gewerkschaft in Frankfurt beraten. Ihr Hamburger Bildungssekretär war von ihm fristlos entlassen worden. Das Hanseatische Oberlandesgericht hatte ihn im Februar 1983 wegen Agententätigkeit für die „DDR“ zu zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Die Richter sahen es als erwiesen an, daß Gaßmann seit 1968 bei Reisen in die „DDR“ regelmäßig Informationen über den DGB an den Staatssicherheitsdienst weitergegeben hat. Der Bundesgerichtshof bestätigte das Urteil. Doch Gaßmann saß nur von Januar bis Mai 1984 in Haft, dann wurde er vom Hamburger Senat begnadigt.

## Bonner Erfolge zwingen Rau zu neuer Taktik

Von WILM HERLYN

Überraschend hat die nordrhein-westfälische SPD ihr Konzept für die Landtagswahl am 12. Mai geändert. Sie verzichtet auf die bundespolitische Komponente und will den Wahlkampf ganz auf ihren Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Johannes Rau zuschneiden. Außerdem räumt sie den landespolitischen Themen absoluten Vorrang ein. Zuvor hatte es in der SPD geheißen, die Sozialdemokraten im bevölkerungsreichsten Land müßten die Bonner Koalition von CDU/CSU und FDP auf den Prüfstand stellen. Nachdem die WELT ein Gespräch mit dem Oppositionsführer Bernhard Worms veröffentlicht hatte, der dabei zum ersten Mal bekanntgab, daß Bundeskanzler Helmut Kohl und die gesamte CDU-Führung den NRW-Wahlkampf „mit vollem Einsatz fahren wird“, will die SPD die

### Landesbericht Nordrhein-Westfalen

Konfrontation auf dieser Ebene jetzt offensichtlich vermeiden.

Rau selbst zeigte sich überrascht von dieser Entwicklung, denn auch der FDP-Bundesvorsitzende Hans-Dietrich Genscher bestätigte, seine Partei werde ebenfalls die Nordrhein-Westfalen-Wahl „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ führen. Noch vor einer Woche erklärte Rau vor Journalisten in Bonn unglücklich: „Ich kann mir nicht denken, daß Bundeskanzler Helmut Kohl die NRW-Wahl zu einer Schicksalswahl für sich machen will.“

In diesem Schwenk der SPD zeigt sich deutlich, daß auch die Sozialdemokraten jetzt intern erkennen, daß die bürgerliche Koalition in Bonn durchaus Erfolg aufzuweisen hat. Vor allem sehen sie, daß die Wahlbevölkerung den beginnenden Aufschwung und die Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der CDU/CSU und der FDP zuschreibt. Das von ihnen gemalte Schreckensgespenst von drei Millionen Arbeitslosen erwies sich in der Zwischenzeit als reine Propaganda. Dazu kommt eine derart niedrige Inflationsrate, wie sie die Bundesrepublik nach dem Krieg noch nicht er-

reicht hat. Auch auf dem empfindlichen Gebiet des Umweltschutzes wird der Initiative der Bundesregierung zugeschrieben, daß sie sich in der Frage des Katalysators durchgesetzt hat wie bei dem Problem der Luftreinhaltung durch die Großfeuerungsverordnung.

Entscheidend für den Sinneswandel ist aber auch der negative Trend, den die Bundespartei aufweist. Nach allen Umfragen stagniert die SPD im Bundesgebiet im Ansehen der Bürger bei 36 bis 39 Prozent. In Düsseldorf wird nicht ausgeschlossen, daß diese Zustimmungserwartung eher noch sinkt. Dagegen bewegen sich die Umfragedaten für die Sozialdemokraten in NRW - vor allem dank der Popularität von Rau auch bei CDU oder FDP-Wählern - stets bei 45 Prozent. Aus diesem Grund gibt die Wahlkampfführung die Devise aus: Abkoppeln vom schlechten Image der Bundespartei, damit die NRW-SPD nicht in den Bonner Sog gerät.

Der rührige Landesgeschäftsführer Bodo Hombach sagte dazu, von Düsseldorf müßten jetzt die entscheidenden Impulse und Anregungen kommen, „die die Bonner Opposition befruchten“. Und Rau erklärte, in Bonn werde es keine Wende der Wende geben, „wenn wir es in Düsseldorf nicht schaffen“.

Hombach kündigte an, der SPD-Wahlkampf solle argumentativ mit „vorzeigbaren Leistungen“ geführt werden. Dabei nannte er Anstrengungen beim Umweltschutz auf Landes- und Bundesebene oder den Preisstopp für Sozialmieten.

Er verspricht sich von einer Telefonaktion eine besondere Mobilisierung: SPD-Mitglieder sollen zum Hörer greifen und für ihre Partei werben. In einer internen Anweisung heißt es: „Höflichkeit ist dabei selbstverständlich oder „Nicht zur Tagesschau- oder zur Abendtrozetz anrufen“ oder „Ist aber ein eingetragener CDU-Wähler am Apparat, Gespräch höflich und schnell beenden. Alles andere kostet zuviel Zeit und Nerven.“

Die Telefonaktion wurde schon bei der Bundestagswahl 1983 in Millheim getestet. Dort schafften zwölf Mitarbeiter im Schichtdienst an sechs Telefonanschlüssen 6557 Gespräche - im Durchschnitt 13 Anrufe pro Mann und Tag. Seite 2: Raus Appetit

## Kohl: Es geht darum, ob auch in Zukunft der Kompaß stimmt

Großer Wahlkampfauftritt der Berliner CDU / Das „Wallmann-Syndrom“ sitzt tief

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Show und professionelle „action“ für ein Massenpublikum, aber eher Nachdenklichkeit und eine gewisse Besorgnis über den möglichen Wahlausgang am Sonntag den furiosen Kampf und Sammel-Appell der Berliner CDU. Bundeskanzler Helmut Kohl warnte die rund 10 000 Besucher in der überfüllten Deutschlandhalle davor, auf rosaroten Wolken des Optimismus zu segeln: „So günstig die Prognosen auch sind - diese Wahl ist in gar keiner Weise bereits gewonnen!“

Kohl schloß an den immer mehr Boden gewinnenden Trend in der Berliner Union an, das gesamte bürgerliche Potential unter den 1,5 Millionen Wählern ausschöpfen für die CDU auszuschnüpfen und der FDP freiwillig nichts zu überlassen: „Der 10. März ist ein entscheidender Markstein der Zukunft Berlins“, rief Kohl aus: „Wir brauchen jede Stimme!“

Der Regierungschef machte deutlich, welche Weststrecke auch bei einem erfolgreichen Wahlausgang vor einem CDU-geführten Senat läge: „Niemand sollte glauben, daß Berlin bereits in einer Lage sei, in der es sich irgendwelche Experimente erlauben könnte. Es geht auch nicht um irgendwelche Zahlenspielerien im Abgeordnetenhaus, sondern darum, ob auch in Zukunft der Kompaß stimmt!“

### FDP wurde ausgespart

Der Kanzler sparte in seiner Rede sowohl die Liberalen als Komponenten des Senatsbefehls als auch den Namen von Weizsäcker als Vorsitzender der Aufwärtlinie seit 1981 aus: „Der Erfolg ist keine milde Gabe des Himmels, sondern das Ergebnis harter Arbeit unserer Freunde und Übernahme des Senats durch die CDU“, sagte er knapp. In der politischen Zukunft Berlins kommt seinen Worten nach die FDP nicht vor, denn: „Zukunft ist bei dieser Wahl sowas das Syndrom für Eberhard Diepgen und die Mannschaft der CDU“, stellte der Kanzler ohne Seitenblick fest.

Die nach wie vor nicht mit letzter Klarheit entschiedene Frage, wie der Koalitions-„David“, der nach eigener Lesart den CDU-„Elefanten“ vier Jahre lang lenkte, behandelt werden soll, spielte am Wochenende in der Berliner CDU-Führung und bei Gesprächen mit Kohl und anderen Bonner Gästen eine wesentliche Rolle. An der Spree ist die Union durch Kenntnis einer allerjüngsten Umfrage aufgeschreckt, wonach die Liberalen zur Zeit unter drei Prozent Wählerzustimmung liegen sollen.

Den naheliegenden und von vielen Diepgen-Freunden forcierten Versuch des „Alleinmarschs“ dürfte jedoch der Kanzler schon mit Rücksicht auf die wechselseitige Bonner Abhängigkeit der Regierungspartner zu bremsen suchen.

Die Distanz zum Partner, dessen Name „FDP“ in den vierenhundert Stunden frisch-fröhlicher Familienfeier-Atmosphäre nicht einmal fiel, machte sich jedoch auch bei Eberhard Diepgen bemerkbar: Zweimal sprach er zwar von der „bürgerlichen Koalition“, aber: „Wir kämpfen für eine starke Union. Nicht eine einzige Stimme haben wir zu verschenken, auch nicht an die Koalitionspartner. Wir sind nicht die Sinfänger anderer. Wir lassen auch keine Wilderei in unseren Stimmen zu.“ Das „Wallmann-Syndrom“, sich selbst Wasser abzugraben, sitzt tief.

Diepgen, dessen Redeteil „vom Blatt“ vor einem nach Attacke und doziertem Sentiment dürstenden Publikum nichts hergibt, ließ an einem keinen Zweifel: „Wer die Politik der Union will, der muß die Union auch wählen, gerade mit der Zweitstimme, mit der allein die Entscheidung getroffen wird.“ Eben an diese Zweitstimme auf heiligem Stimmzettel heftet die FDP, begünstigt durch das Berliner Wahlsystem à la Bundestag, ihre ganze Hoffnung...

Diepgens umfangreiche Ansprache führte auch das Dilemma der CDU in diesem Wahlkampf vor Augen: Als früher von einer aggressiven, erfolgreichen Oppositionsrolle geprägt

Partei fällt ihr, nun im Amt, das „Um-schalten“ auf den staatstragenden, seriösen Part schwer, den nun einmal eine Regierungspartei angesichts ihrer Verantwortung für alle spielen muß.

Auch in der Deutschlandhalle vermißte womöglich die Basis das noch vor vier Jahren enthusiastische Gefühl, endlich die „Wende“ gegen einen verschissenen SPD/FDP-Senat erzwingen zu wollen und es auch zu schaffen. Pflege des Gewonnenen statt Schläge auf die Häupter der Parteigegner lautet nun aber die Parole. Diepgens Wort von der „Zuversicht“, mit der die Union in den Wahlkampf ziehen könne, wurde durch seine erkennbare Sorge relativiert, die CDU-Anhänger könnten sich zu früh in Siegesgewißheit wiegen.

### Viele Jugendliche

Die SPD-Taktik im breiten Strom des Wohlwollens und des Optimismus gleichsam bis ins Wahllokal „mitzuschwimmen“, beunruhigt ihn wohl: „Das alles soll einschläfern“, sagte er in Richtung der „regierungsunfähigen“ SPD-Opposition. Ein rotrügendes Bündnis hätte „katastrophale Folgen“ für die Stadt. Von seinem Kontrahenten sprach Diepgen an diesem Nachmittag nur als von jenem zu „Herrn aus Hamburg“. Desto mehr bemühte sich Diepgen jedoch, die klassischen Ernst-Reuter- oder Schmidt-Wähler zu gewinnen.

Im berstenden Hallenrund fiel - neben Nerz und Stola, „Mittelalter“ und Rentner-Jahrgängen - der hohe Anteil an Jugend auf. Selbst rasierte „Skinheads“ und mild gefärbte Punker machten der Union ihre unauffällige Aufwartung.

Und die Applausstürme zeigten, wie die Favoriten der CDU-Basis sind: Heinrich Lummer und Hannarene Laurien (Dreyer): „Diese kluge und tapfere Frau“. Vor einem Jahr wollte Diepgen sie noch auf Wahl-Tandem heben. Heute, wo es ums Ganze geht, wird die eigene Popularität nicht mehr geteilt.

## „Stimmung eindeutig umgeschlagen“

Wirtschaftsminister Bangemann sieht eine „neue Welle an Berlin-Sympathie“

hrk, Berlin

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann sieht eine „neue Welle von Berlin-Sympathie“ bei einflussreichen deutschen Industriemännern, Bankern und Unternehmern: „Die Stimmung in Westdeutschland gegenüber Berlin ist umgeschlagen, und zwar ganz eindeutig zum Besseren hin“, stellt der Ressortchef in einem Beitrag für das Berliner FDP-Blatt „Liberaler Zeitung“ fest. Dies sei auf die Senatspolitik zurückzuführen, die „unter maßgeblicher Mitwirkung“ der FDP betrieben worden sei.

Bangemanns Bewertung der Stadt durch wichtige Geschäftsleute im übrigen Bundesgebiet lautet: „Berlin, das ist wieder was. Da kommt man wieder gerne hin. Da kann man wieder Geld verdienen. Da lohnt es sich wieder, zu arbeiten und zu investieren.“

Er habe diese neue Einordnung der Stadt und ihrer Eigenartlichkeiten „ohne jede Einschränkung“ auf der Berlin-Konferenz von Handel, Banken und Versicherungen im Dezember verspürt: Das war keine Sub-

ventionsveranstaltung. Da hat niemand gefragt, was er denn jetzt bekommt, wenn er in Berlin einkauft oder investiert.

Er habe bei dieser Gelegenheit „keine Kritik mehr, keine Mäkelien über angebliche Nachteile“ der Stadt bemerkt. „Sondern eine große Bereitschaft, aus rein geschäftlichen Erwägungen, sich in Berlin zu betätigen. Weil man inzwischen die Chancen erkennt, die es hier zu nutzen gilt.“

Wegen dieser Entwicklung registrierte er auch ein „ungewöhnliches Interesse“ am Ausgang der Berliner Wahlen, schreibt der Minister. Jetzt komme es darauf an, die „unbestreitbaren Erfolge“ noch mehr auszubauen. Dies sei nur durch die Fortsetzung der bisherigen CDU/FDP-Koalition möglich: „Die rot-grüne Alternative würde alles neu geschaffene Vertrauen in Berlin zerstören. Deshalb darf es sich nicht geben.“

Bangemann strich zugleich das historische Verdienst der FDP heraus: „Sie hat die Politik, die in Berlin und weit darüber hinaus soviel Anerkennung findet, überhaupt erst ermög-

licht.“ Ohne die Liberalen ginge es Berlin „schlechter“, erklärte Bangemann: „Der neue Aufschwung in Berlin wäre gar nicht möglich gewesen, wenn wir nicht unter Zurückstellung mancher innerparteilicher Bedenken bereit gewesen wären, die Koalition der Mitte auch hier einzugehen und zum Erfolg zu führen.“

Die Berliner FDP brauche sich vor dem Wähler „nicht zu verstecken“. Ein Mißerfolg der Koalition am 10. März würde „alles zunichte machen“, was in den vergangenen Jahren für Berlin erreicht worden sei. Es müsse verhindert werden, daß die Stadt in „politische und wirtschaftliche Trübsal“ zurückfalle.

Bangemann kündigte in seinem Beitrag an, sich in seinem Ressort weiterhin für die Belange der Stadt einzusetzen: „Als Bundeswirtschaftsminister sehe ich mit großer Sympathie den politischen Fortschritt, die anhaltende wirtschaftliche Belebung, das gewandete Bild Berlins und unterstütze diese Entwicklung, wo immer ich kann. Dennoch bleibt viel zu tun.“

## Weniger abhängig von Bundeshilfe

Scheidender Finanzsenator Kunz voller Optimismus / Berlin steigerte Leistungskraft

hrk, Berlin

Das seit Richard von Weizsäckers Amtzeit gewachsene Selbstvertrauen der Berliner in ihre Arbeit und ihre Zukunftserwartungen gründet sich auch darauf, weniger abhängig von Bonner Finanzquellen zu sein. Gegenüber 1981, dem ersten Jahr des damaligen CDU-Minderheitsregimes, ist die Bundeshilfe-Anteil am Berliner Etat bis 1985 zurück. Ein Beweis für die nutzbringende Arbeit der vergangenen Jahre ist auch, daß die Stadt mehr Ausgaben als jemals zuvor aus den in Berlin bleibenden Steuereinnahmen bestreiten kann.

Einen politischen „Kassenbericht“, der diese positive Entwicklung beschreibe, legte jetzt der aus dem Diepgen-Koalitionsrat scheidende Chef der Finanzverwaltung, Gerhard Kunz, vor. Als Gast der „Deutsch-Amerikanischen Handelskammer“ entfaltete der erfolgsgewohnte und selbstbewußte CDU-Politiker - nach der Wahl wechselt er in die Privatwirtschaft - ein Panorama der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins. Kunz nannte folgende Zahlen:

„Belief sich der Bundeshilfe-Anteil am Berliner Etat noch 1981 auf 54,1 Prozent, so sinkt er in diesem Jahr auf 52,5 Prozent. Ebenso verhält es sich mit den Steuereinnahmen, die in Berlin bleiben: Ihr Anteil am Etat stieg von 22,8 Prozent im Jahr 1981 auf 24 Prozent 1985.“ Hierin gründe sich nicht nur der Erfolg des Senats: „Dies ist auch ein Teil des Fundaments für das in Berlin vorhandene neue Selbstvertrauen“, stellte Kunz

fest. Energisch wandte sich der Politiker gegen die in Berlin noch keineswegs verschwundene Subventionsmentalität: „Wer den Erfolg der Finanzpolitik darin sehen wollte, eine immer höhere prozentuale Bundeshilfe zu erhalten und dabei eher geringere Steuereinnahmen in Kauf zu nehmen, der schließe die völlig falsche Richtung ein! Der richtige Weg besteht vielmehr in der Steigerung der Leistungskraft und Steuerkraft durch Berlin selbst!“

Kunz wies in seinem Vortrag mit dem Titel „Interaktion zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Finanzen am Beispiel Berlin“ auf zwei weitere wichtige Erfolgsgrundlagen des Senats hin: Es gelang, den in den Jahren zuvor wachsenden Anteil der Personalausgaben für den an der Spree besonders üppigen öffentlichen Dienst von 35 Prozent am Gesamtetat auf 32,5 Prozent zu drücken.

Es bedürfte harter Anstrengungen und der Kunstfertigkeit von Kunz, ein Drei-Milliarden-Loch bis 1985 zu schließen und den entscheidenden Investitionsanteil im Etat von 16,4 auf 17,3 Prozent zu steigern.

Der Finanzsenator traf eine Reihe weiterer Feststellungen, die den Umbruch in Berlin kennzeichneten: - 38 000 Mitarbeiter in 180 Forschungseinrichtungen sollen zu einer „technologischen Offensive auf breiter Front“ von Berlin aus beitragen. - 1983 wurde nach dem Berlin-Förderungsgesetz ein Gesamtumsatz von 34,8 Milliarden Mark(!) präferenziert. - Berlin wird als künftiger Sitz des

„Deutsch-Japanischen Zentrums“ in Deutschland den engsten Kontakt zur fernöstlichen Vormacht des weltweiten Know-how bekommen.

- Kunz kündigte die Einrichtung eines „Technologie- und Industrieparks“ (TIP) in unmittelbarer Nachbarschaft des neuen Nordorf-Werks (geplant: 8000 Mitarbeiter) an. Eine Senatsgesellschaft kauft das entsprechende Gebäude für 83 Millionen Mark.

- Unternehmensvorstände sind in jüngster Zeit dazu übergegangen, ihre Finanzvorstände in Berlin anzusiedeln - jüngstes Beispiel: SEL. - „Weil das Vier-Mächte-Abkommen funktioniert und sich dadurch die Spannungen um die Stadt stark vermindert haben, empfiehlt sich Berlin auch als Beobachtungsplatz für den Ost-West-Geschäftsverkehr für ausländische Banken“, sagte Kunz.

Kunz wandte sich eindringlich gegen die bekannten Oppositionsvorschläge wie Konjunkturprogramme, staatliche Investitionslenkung oder eine undifferenzierte Arbeitszeitverkürzung. „Diese angeblichen Patentrezepte können nicht funktionieren.“

Zugleich warnte er davor, in eine Art High-Tech-Euphorie zu verfallen: „Auch wenn heute erste Erfolge sichtbar sind, wird es doch Jahre dauern, bis die strukturellen Impulse auch zu erheblicher mehr Arbeitsplätzen und mehr Beschäftigung und damit zu erheblicher weniger Arbeitslosigkeit führen.“

## Lafontaine lehnt Tolerierung durch Grüne ab

dpa, Saarbrücken

Der saarländische SPD-Landesvorsitzende, Oskar Lafontaine, hat ein Tolerierungsangebot der Grünen bereits im Vorfeld der Landtagswahl am 10. März abgelehnt. Er sei nur zu einer Zusammenarbeit mit den Grünen bereit, wenn diese auch Regierungsverantwortung übernehmen wollten.

Nachdem die Grünen ein Koalitionsangebot der SPD bereits vor zwei Wochen abgelehnt hatten, sprach sich die Landesmitgliederversammlung am Sonntag für eine eventuelle Tolerierung aus, nannte aber drei unabdingbare Minimalforderungen für Verhandlungen mit der SPD. So verlangten sie ein sogenanntes „Entgiftungsprogramm“, das unter anderem die Stilllegung von drei Kohlekraftwerken und zwei Müllverbrennungsanlagen sowie den Ausstieg der Saarwerke aus den Uran-Aktivitäten vorsieht. Überdies forderten sie einen sofortigen Stopp des Ausbaus der Saar zur Großschifffahrtsstraße und eine 40prozentige Erhöhung des Sozialhilfesatzes als Ausgleichsabgabe für Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger.

„Entgiftungsprogramm“, das unter anderem die Stilllegung von drei Kohlekraftwerken und zwei Müllverbrennungsanlagen sowie den Ausstieg der Saarwerke aus den Uran-Aktivitäten vorsieht. Überdies forderten sie einen sofortigen Stopp des Ausbaus der Saar zur Großschifffahrtsstraße und eine 40prozentige Erhöhung des Sozialhilfesatzes als Ausgleichsabgabe für Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger.

## Parteispenden: „Alle Instanzen ausschöpfen“

dpa, Bonn

Steuerzahler, die in den Parteispenderverfahren wegen Steuerhinterziehung strafrechtlich verurteilt werden, sollten nach Ansicht des Kölner Kriminologen Professor Günter Kohlmann alle Rechtswege ausschöpfen. Es sei nämlich „eindeutig“ festzustellen, daß Steuerzahler vom Strafgericht wegen Steuerhinterziehung verurteilt würden, das Finanzgericht später aber feststelle, daß gar keine Steuerhinterziehung vorliege.

Sei das Strafverfahren einmal rechtskräftig abgeschlossen und führe das Besteuerungsverfahren später zu einem geltenden Strafprozessrecht kein Grund für eine Wiederaufnahme des Strafverfahrens, meinte Kohlmann. Gebe hier Steuerzahler dagegen in beiden Verfahren durch alle Instanzen, habe er zumindest die Chance, daß sich ein für ihn positiver Richterspruch des Finanzgerichts auch auf das Urteil im Strafverfahren auswirkt.

Kohlmann forderte die Strafrichter auf, die Strafverfahren im Fall von Parteispender aussetzen, bis die steuerlichen Vorfragen im Besteuerungsverfahren rechtskräftig entschieden worden sind. Die Glaubwürdigkeit der Rechtsprechung stehe auf dem Spiel, wenn weiterhin Strafurteile in Parteispender-Verfahren ergingen, ohne daß die steuerrechtlichen Vorfragen durch die Finanzgerichte abschließend geklärt seien.

## Auf Distanz zu Jenninger-Vorschlag

dpa, Berlin

„Größte Skepsis“ gegenüber dem Vorschlag von Parlamentspräsident Philipp Jenninger (CDU), offizielle Kontakte zwischen Bundestag und „DDR“-Volkskammer aufzunehmen, hat der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hans Klein (CDU), geäußert. Generell sei die CDU/CSU „für Kontakte mit jedem, der irgendwo etwas zu sagen hat“. Kontakte zur Volkskammer seien aber nicht mit solchen zu Parlamenten etwa Polens oder Bulgariens vergleichbar.

In einer Mitteilung an die WELT wies das Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages darauf hin, daß für Jenninger die Aufnahme offizieller Kontakte zur „DDR“-Volkskammer von bestimmten Voraussetzungen abhängig sei. Dazu gehörten die Abstimmung mit den drei Westmächten und die Klärung des Status der Berliner Abgeordneten. Jenninger habe betont, es könne „unter gar keinen Umständen“ hingenommen werden, daß sie wie Nichtmitglieder des Deutschen Bundestages behandelt werden.

## „Kritik aus Sorge um die Kirche“

DW, Bonn

Zahlreiche Gemeinden in der nordalbanischen evangelisch-lutherischen Kirche haben inzwischen signalisiert, daß sie den „Aufruf an unsere Bischöfe“ durch Unterschriftensammlung unterstützen werden. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Ingrid Roitzsch erklärte für die elf Unterzeichner, die Behandlung des Aufrufs durch die Synode und die Kirchenleitung „hat uns sehr betroffen gemacht“. Die in dem Aufruf gestellten Fragen seien aus Sorge und Liebe zur Kirche gestellt worden und keineswegs aus „schwerem Mangel an Verantwortlichkeit“, wie dies auf der Synode behauptet worden sei.

DIE WELT (USPS 603-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 34.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 340 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 340 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



### Japan fürchtet Moskaus Spionagesicher

FRED de LA TROBE, Tokio  
Die japanische Delegation hat die seit Mitte Januar in Moskau mit den Sowjets laufenden Fischereiverhandlungen bis auf weiteres abgebrochen und ist gestern nach Tokio zurückgekehrt. Die Russen hatten den bisherigen, seit 1978 zwischen beiden Staaten geltenden Vertrag Ende letzten Jahres gekündigt.

Die scharfen Differenzen bei den Verhandlungen drohen diesen Best der Eintracht zwischen beiden Staaten in den Sog der übrigen Spannungen zu treiben. Für einen neuen Vertrag von diesem Jahr an hatten die Japaner für sich eine Fangquote von jährlich 700 000 Tonnen innerhalb der 200-Meilen-Zone der Sowjetunion und eine Quote von 640 000 Tonnen für die Sowjets in der japanischen 200-Meilen-Zone vorgeschlagen. Das hätte der bisherigen Regelung entsprochen. Zusätzlich war Tokio bereit, eine Summe von 30 Millionen Mark als Ausgleich für seine höhere Quote zu zahlen. Moskau forderte dagegen eine Begrenzung der Fangmengen für beide Seiten auf je 600 000 Tonnen und die japanische Gewährung von Landerechten für sowjetische Fischkutter in einem Hafen auf der Insel Hokkaido und im Großhafen von Yokohama. Sollte Japan das ablehnen, so würde Moskau auf der Kürzung der japanischen Quote auf 400 000 Tonnen bestehen.

Tokio befürchtet, daß die sowjetischen Fischdampfer das Einlaufen in die japanischen Häfen zu Spionageaktivität und zur Beobachtung des Verkehrs amerikanischer und japanischer Kriegsschiffe nutzen wollen. Die Japaner glauben feste Anhaltspunkte zu haben, daß russische Kutter schon im vergangenen Jahr geheimdienstlich tätig waren. Den fernöstlichen Gewässern fällt in der sowjetischen Nuklearstrategie eine vorrangige Rolle zu. Das Ochotskische Meer gilt als ideale Abschlußbasis für mit Interkontinentalraketen bestückte U-Boote. Nahezu die Hälfte der sowjetischen Delta II nuklearbetriebenen U-Boote sind in dieser Region stationiert.

Mit dem drohenden Scheitern der Verhandlungen müssen die japanischen Fischer befürchten, vom Februar an ihre bisherigen Fanggründe in der 200-Meilen-Zone der Sowjetunion zu verlieren. Das würde allein auf Hokkaido 200 000 Arbeitsplätze gefährden. (SAD)

### „Paris und Bonn sollten mehr Ehrgeiz entfalten“

Von EVI KEIL

Jean-Pierre Chevènement, Frankreichs Erziehungsminister, hat auch in Bonn seine „Lieblingsrolle“ als Enfant terrible gespielt: Er scheute sich bei seinem jetzigen Besuch nicht, unangenehme Wahrheiten offen auszusprechen. Für Chevènement war es in Bremen und am Rhein die bittere Erkenntnis, daß „der Französisch-Unterricht in den deutschen Schulen einen immer niedrigeren Stellenwert hat“. „Es ist mir sogar aufgefallen, daß man nicht einmal in der Bundeshauptstadt Bonn das Französische als erste Sprache wählen kann“, klagte er.



Jean-Pierre Chevènement

Angesichts des dezentralisierten deutschen Bildungssystems bleibe nur ein Ausweg: „Heute mit einem klar definierten politischen Willen die Verantwortlichen zu mehr Anstrengungen für das Französische in den Schulen zu bewegen.“ Denn: „Jede enge Zusammenarbeit setzt doch die Kenntnis von Sprache und Kultur des anderen voraus.“

Daß es aber nur wenig Ansatzpunkte für große Hoffnungen gibt, erfuhr der Gast bei seinen beiden Gesprächspartnern Dorothee Wilms und Hans Koschnick Frau Wilms: „Unsere Eltern können oft besser Französisch als die Enkel. Man kann bei uns eben nicht alles mit gesetzlichen Regelungen machen.“ Die beiden Deutschen hatten mit dem Gast keine Verständigungsschwierigkeiten: Chevènement hat ein Diplom für Deutsch an der Universität in Wien erworben.

Die Person des französischen Erziehungsministers, der als Nachfolger von Alain Savary im Auftrag von Präsident Mitterrand den französischen Schulstreit vorerst beigelegt hatte, hielt auf Schloß Ernich, der französischen Botschafterresidenz, auch ein Plädoyer für die „Elitebildung“. Das ist nur auf den ersten

Blick verwunderlich. Denn der schlaue Linke ist selbst das beachtliche Produkt einer elitären Erziehung. In Belfort 1938 geboren, ging er zunächst mit vier Jahren auf eine einklassige Zwergschule, in der nur seine Mutter Unterricht erteilte. Die Mutter, die der kleine Jean-Pierre, einer der ganz wenigen Schüler der Schule, mit „Madame“ im Unterricht anredete, hatte mit ihrem Sohn viel im Sinne: Jean-Pierre Chevènement besuchte später die Verwaltungshochschule „ENA“ und studierte Politische Wissenschaften.

„Wir müssen doch“, sagte er zum Thema Elitebildung in einem WELT-Gespräch, „einen Unterschied machen zwischen guter und schlechter Arbeit. Ich spreche von republikanischer Elite. Für mich heißt das, daß alle Kinder, gleich wie der soziale Hintergrund aussieht, die gleichen Ausgangschancen haben sollen. Allen am Anfang die gleichen Chancen geben, das ist für mich der einzig wirksame Weg, um zu einer Erneuerung der Elite zu kommen und um eine solide Demokratie zu gründen.“

Der frühere Minister für Forschung und Industrie bedauert es, daß sich die Bundesregierung bisher nicht für eine Beteiligung am Projekt der von Mitterrand vorgeschlagenen Raumstation „Hermès“ ausgesprochen habe. Chevènement: „Die deutsche Entscheidung über bisher darin, keine Entscheidung zu treffen.“

Er sagte weiter, „wenn das Projekt 12 Milliarden Franc kostet, drei bis vier Milliarden Mark sind natürlich nicht wenig, so sind diese Investitionen in die Entwicklung unserer Technologie und unserer Sicherheit in Wirklichkeit doch wenig. Es ist schade, daß Frankreich und Deutschland nicht zusammen einen größeren Ehrgeiz entfalten. Wir können es uns in Europa nicht erlauben, im Weltraum abwesend zu sein.“

### Managua wieder auf Konfliktkurs

Seit der Wahl zeigen Sandinisten keine Dialogbereitschaft mehr / Einsatz von Giftgas

W. THOMAS, Rio de Janeiro  
Zwei Wochen nach der Einführung des bisherigen Junta-Chefs Daniel Ortega in das Präsidentenamt stehen die Zeichen wieder auf Sturm. Die Sandinisten beschuldigen die Vereinigten Staaten, „alle Türen zum Frieden geschlossen“ zu haben. Die Vorwürfe beziehen sich auf die Entscheidung der Reagan-Regierung, die bilateralen Verhandlungen in der mexikanischen Pazifikmetropole Manzanillo abzubrechen, „weil sie uns bisher keinen Schritt weiterbrachten“ – so ein Vertreter des State Department. Die Schlagzeilen, die diese Entscheidung lieferte, verdrängten die anderen Probleme der Comandantes.

So hat sich zum einen der Konflikt mit der katholischen Kirche zuspitzt. Nachdem Erziehungsminister Fernando Cardenal im Dezember aus dem Jesuitenorden ausgeschlossen worden war, wurde nun sein älterer Bruder Ernesto, der Kulturminister, seiner priesterlichen Funktionen enthoben. Sie dürfen sich auch nicht mehr Priester nennen. Möglicherweise werden auch Außenminister Miguel d'Escoto und Edgar Parrales, der Botschafter bei der Organisation Amerikanischer Staaten, jetzt ihren Priester-Status verlieren.

Zum zweiten haben sich die Hoffnungen der Comandantes auf eine Einigung mit dem gemäßigten Indianerführer Brooklyn Rivera zerschlagen. Rivera brach die von dem amerikanischen Senator Edward Kennedy vermittelten Gespräche mit Managua über eine Autonomie für die Indio-

Bevölkerung an der Atlantik-Küste aus Protest gegen die „brutalen“ militärischen Aktionen der sandinistischen Volksarmee in diesen Gebieten ab. Er berichtete nach einem Besuch in den von seiner Guerrilla-Organisation Misurata kontrollierten Regionen über „Massaker“ und den Einsatz von Giftgas durch die sandinistischen Truppen.

Zum dritten ist das Verhältnis der Sandinisten zu Costa Rica, dem demokratischsten Land der Region, durch den Fall Urbina schwer belastet. Sandinistische Sicherheitskräfte waren im Dezember in die costa-ricanische Botschaft in Managua eingedrungen, um einen politischen Flüchtling zu verschleppen. José Manuel Urbina (26). Sie verletzten das auf dem lateinamerikanischen Halbkontinent besonders geschätzte Asylrecht.

Die sozialdemokratische Regierung Costa Ricas will so lange die Verhandlungen der Contadora-Gruppe boykottieren, bis die Sicherheitskräfte den jungen Mann zurückbringen. Als sich vergangene Woche wieder Grenzzwischenfälle ereigneten, informierte Costa Ricas Außenminister Carlos José Gutiérrez, seine Regierung erwäge die Bitte um Waffenlieferungen „befreundeter“ Nationen. Costa Rica besitzt keine Armee. In der costarikanischen Hauptstadt San José werde mittlerweile die Entwicklungen in Nicaragua ähnlich beurteilt wie in Kreisen der Reagan-Regierung. Fidel Castros Besuch in Managua verstärkte den Eindruck,

daß Nicaragua immer tiefer in das Ostblock-Lager abdriftet. Nirgendwo in der Region, auch nicht in Honduras und El Salvador, herrscht unter der Bevölkerung eine so feindselige Stimmung gegen das sandinistische System.

Der nun abgebrochene Dialog in Manzanillo, im Juni vergangenen Jahres nach einem überraschenden Besuch des amerikanischen Außenministers George Shultz in Managua eröffnet, war von den Sandinisten immer optimistischer geschildert worden als von der Reagan-Regierung. Die Verhandlungspartner hatten sich nie näherkommen und ihr tiefes Mißtrauen überbrücken können. Haupthindernis war die kubanische Präsenz (3000 Militärberater) in Nicaragua.

Diplomatische Beobachter der mittelamerikanischen Region befürchten nun eine weitere militärische Eskalation. Die Sowjets haben die sandinistische Volksarmee seit November letzten Jahres mit riesigen neuen Waffenlieferungen versorgt. Im Februar wollen die Comandantes zum ersten Mal die in Afghanistan erprobten sowjetischen Kampftruckschrauber Mi-24 Hind gegen die „Contra“-Rebellen einsetzen. In Washington beginnen gerade die Beratungen des Kongresses über eine Wiederaufnahme der gestoppten CIA-Hilfe für diese Guerrilla-Verbände. In den nächsten Wochen werden amerikanische Truppen in Honduras und Panama mit Soldaten dieser Länder gemeinsame Manöver durchführen. (SAD)

### Giscard will Opposition bis 1988 einigen

v. K. PARIS

Der frühere Präsident der französischen Republik, Valéry Giscard d'Estaing, will im Falle eines Wahlsieges der Rechtsopposition bei den nächsten Parlamentswahlen im Frühjahr 1988 nicht Premierminister unter Mitterrand werden. Statt dessen schloß er auf einer Pressekonferenz eine neue Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 1988 nicht aus. Bis dahin will Giscard die Opposition auf ein Regierungsprogramm einigen und Maßnahmen vorbereiten, die zum „Liberalismus in Frankreich“ führen sollen. Hierzu hat er seine Konkurrenten Chirac und Barre zu einer „Einigungskonferenz“ im Juni eingeladen. „Die Franzosen haben in 400 Tagen die Möglichkeit, eine andere Politik herbeizuführen“, sagte Giscard unter Anspielung auf den Wahltermin.

### Warschau: Keine Hintermänner

dpa, Thorn

Der bisherige Verlauf des Prozesses um die Entführung und Ermordung des oppositionellen polnischen Priesters Jerzy Popieluszko hat nach Darstellung des polnischen kommunistischen Parteilorgans „Trybuna Ludu“ gezeigt, daß die vier angeklagten Sicherheitsoffiziere keine Hintermänner gehabt hätten. Nichts lasse bei der Beweisaufnahme darauf schließen, „daß es außer den vier Angeklagten noch andere Personen gibt, die bewußt diese rechtswidrige Aktion unterstützten, befahlen oder bekräftigten“, so das Blatt.

Unterdessen hat auch Barbara Story, die Sekretärin des Hauptangeklagten Grzegorz Piotrowski, den jede Mitwisserschaft abstreitenden ranghöchsten Angeklagten Oberst Adam Pietruszka belastet. Sie gab zu, im Polizeiverhör anfangs verschiedene Dinge verschwiegen zu haben. Piotrowski habe am Tag der Tat frühmorgens das Büro verlassen und gesagt, Pietruszka wisse, wo der Priester sei. Die Zeugin sagte aus, nach der Tat habe sie im Auftrag von Piotrowski anonym bei der Polizei angefragt und versichert, sie habe Popieluszko zusammen mit drei Männern gesehen. Dieser Anruf sei Teil der Aktion zur Verwischung der Spuren gewesen.

### Kaledonien: Paris verstärkt Militär

dpa, Paris

Frankreich wird seine Militärbasis auf der Pazifikinsel Neukaledonien verstärken, um seine strategische Präsenz im südlichen Pazifik aufrechtzuerhalten. Das kündigte Staatspräsident François Mitterrand nach der Rückkehr von seiner Blitzreise nach Neukaledonien an. Mitterrand sagte in Paris, er habe mit der Reise sein Ziel erreicht, den Dialog zwischen den weißen Gegnern der Unabhängigkeit und den melanesischen Separatisten wieder anzuknüpfen. Wegen der gespannten Lage auf der Insel soll das Parlament in Paris aber bald über die Verlängerung des Ausnahmezustandes entscheiden.

### Syrien: Minister verliert Parteiamt

rtt, Damaskus

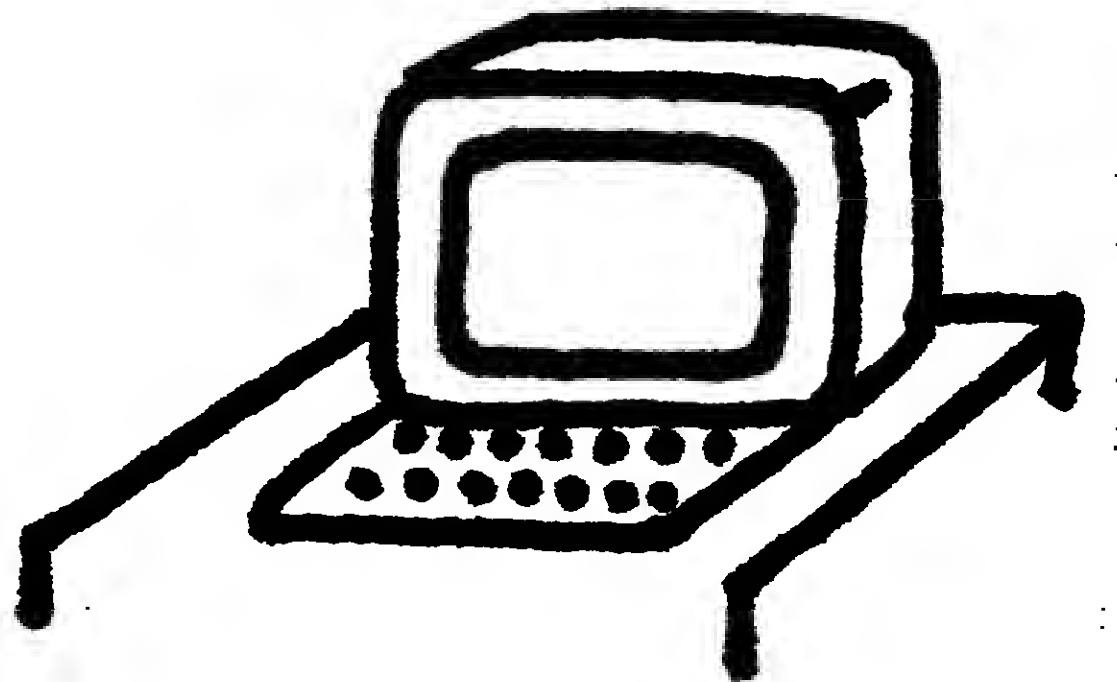
Der syrische Innenminister Nassereddin Nasser und Sicherheitschef Ahmed Diab sind nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Sana ihrer Ämter in der Führung der sozialistischen Baath-Partei enthoben worden. Nach den offiziellen syrischen Informationen sind Nasser und Diab mit drei anderen Angehörigen der Parteiführung nicht wieder in das 21 Mitglieder zählende „Regionalkommando“ gewählt worden. Sie behielten aber ihre Regierungsämter. Wie Sana weiter meldete, wurde eine Vergrößerung des Zentralkomitees von 75 auf 90 Mitglieder beschlossen.

### UNO will neue Zypern-Runde

rtt, New York

Ohne Ergebnis sind die Gespräche über eine Wiedervereinigung Zyperns bei den Vereinten Nationen zu Ende gegangen. Zyperns Präsident Kyprianou und der Führer der türkischen Volksgruppe, Denktaş, machten sich gegenseitig für das Scheitern der Gespräche verantwortlich. UN-Generalsekretär Pérez de Cuellar, der Schirmherr des Treffens war, erklärte, er wolle Kyprianou und Denktaş im Februar zu einer neuen Verhandlungsrunde einladen. Die Aussichten für eine Lösung des Zypern-Problems beurteilte Pérez trotz des gescheiterten Verständigungsversuchs optimistisch.

## Computer sind einsam.



Ihr teurer Kollege, der Computer, schuffet von morgens bis abends. Er kalkuliert und kombiniert, optimiert und organisiert, berechnet und bestellt. Dafür sorgen sein Datenmaterial und das Programm, mit dem Sie ihn gefüttert haben. Aber diese Aufgaben allein langweilen Ihren Computer. Viel lieber würde er Karriere machen und zeigen, was er noch auf Lager hat. Kann er aber nicht. Denn Ihr Computer ist Selbstversorger. Was ihm fehlt, sind Kontakte zu anderen Computern und Datenbanken. Aktuelle und wichtige Daten bekommt Ihr Computer in Null Komma nichts über die Datendienste der Post. Sie können entscheiden, welche Art der Datenübertragung für Ihr Unternehmen am besten ist. Soll Ihr Computer immer mit ein und demselben Kollegen bei ein und derselben Firma arbeiten? Braucht er nationale oder weltweite Kontakte? Wie

schnell und wie viele Daten werden ausgetauscht? Tut's der Einfachanschluß oder ist ein Mehrfachanschluß erforderlich? Für all diese individuellen Anforderungen und zusätzlich noch einige technische Übertragungsrassinessen gibt es jeweils eine optimale Variante. Man unterscheidet zwischen dem DATEX-P-Netz, dem DATEX-L-Netz, dem Direktnetz und dem Fernsprechnet. Ganz gleich, wie Sie sich entscheiden, eines ist sicher: Erst mit den Datendiensten der Post können Sie Ihren Computer so richtig ausnutzen. Ausführliche Informationen und eine maßgeschneiderte Beratung bekommen Sie vom Technischen Vertriebsberater oder dem Datennetzkoordinator bei Ihrem Fernmeldeamt. Nutzen Sie Ihren Computer aus. Mit den Datendiensten der Post.



# Hungersnot in Afrika - der Höhepunkt der Tragödie ist noch nicht erreicht

Geht man von den Ressourcen aus, ist Afrika einer der reichsten Kontinente der Welt. Reich und trotzdem arm. Das Afrika von 1985 ist in ein völkervernichtendes Chaos verstrickt. Die „Freiheit“, die das Ende der Kolonialzeit verhieß, hat die meisten Afrikaner nicht frei gemacht; vielmehr wurden sie in einen Strudel der Verelendung getrieben, durch Mißwirtschaft, Korruption und unbedachten Umgang mit der Natur. 30 Millionen Afrikaner hungern, sechs Millionen sind Treibgut zwischen den Grenzen. Ihnen muß geholfen werden, wichtig ist aber, daß die Ursachen des Hungers erkannt werden.

**Korruption und Selbstsucht:** „Watch the butter cup“ (Achte auf die Butterdose) heißt das Motto vieler schwarzafrikanischer Herrscher. Sie achten darauf, daß es ihnen nicht schlecht geht, die ihnen gefährlich werden könnten: Offiziere und Soldaten, Industriearbeiter, die Bildungselite und die Staatsfunktionäre. In Zeiten des Mangels haben jene Vorrang, die in Schubweite des Präsidentenpalastes wohnen. Die Landbevölkerung hat wenig Drahtpotential und wird von den Machthabern vernachlässigt.

**Das demographische Problem:** Die afrikanische Agrarproduktion stieg im vergangenen Jahrzehnt um jährlich knapp zwei Prozent, die Bevölkerungszahl dagegen um drei Prozent. Viele Länder Schwarzafrikas müssen Lebensmittel importieren, die sie früher exportiert haben. Kinder werden häufig als einzige Alterssicherung betrachtet. Das Bevölkerungswachstum läuft der Nahrungsmittelproduktion davon. Mehr Kinder, das heißt mehr landlose Arme. Sie drängen vom Land in die Städte, die bereits überfüllt sind.

**Die Agrarwirtschaft:** Bis zum Jahr 2000, so schätzt man, werden sich 65 Prozent Schwarzafrikaner nicht mehr aus eigener Kraft ernähren können. Viele Länder haben sich auf „cash crops“ eingestellt, exportierbare landwirtschaftliche Güter, die Devisen einbringen. Außer „cash crops“ haben diese Länder nichts mehr anzubieten. Schwierigkeiten gibt es selbst dann, wenn das Klima günstig ist. Erzeugerpreise sind so niedrig angesetzt, daß sich für die Landbevölkerung die Arbeit nicht mehr lohnt.

**Die Dürre:** Kaum ein Land, von der Sahelzone bis zum südlichen Afrika, ist verschont geblieben. Dürre hat es immer gegeben in Afrika, der Hunger wurde immer als Schicksal akzeptiert. Wenn Afrika seine Menschen nicht mehr ernähren kann, so liegt das nicht am Wetter, sondern an verfehlter Politik. Viel zu spät wurden „Grüne Revolutionen“ gestartet, viel zu spät sah man ein, daß ehrgeizige Industrialisierungsprojekte auf Kosten der auf den inländischen Markt ausgerichteten Nahrungsmittelproduktion keine Lösung sind.

**Wüstenbildung:** Jedes Jahr wandeln sich in Afrika rund sechs Millionen Hektar Land in Wüste. Insgesamt zeigen bereits 3,5 Milliarden Hektar Verwüstungserscheinungen. Damit ist die Lebensgrundlage von 135 Millionen Menschen gefährdet. Der Westen versucht zu helfen, der Erfolg jedoch ist gering. Von 4,8 Milliarden Dollar, die 1981 in die betroffenen Länder in Form von Entwicklungshilfe flossen, wurden von den Regierungen nur drei Prozent ausdrücklich gegen die Wüstenbildung eingesetzt.

## Der mühsame Weg der Hilfe zum Mund der Bedürftigen

Erreicht die Nahrungsmittelhilfe für Afrika, die aus Spenden finanziert wird, in korrekter Abwicklung den Mund der Hungernden? Diese Frage wird von den großen Hilfsorganisationen, die häufig auch für die kleineren Hilfswerke den schwierigeren Teil der Transportleistung ab Schiff oder Flugzeug ins Landesinnere übernehmen, eindeutig positiv beantwortet.

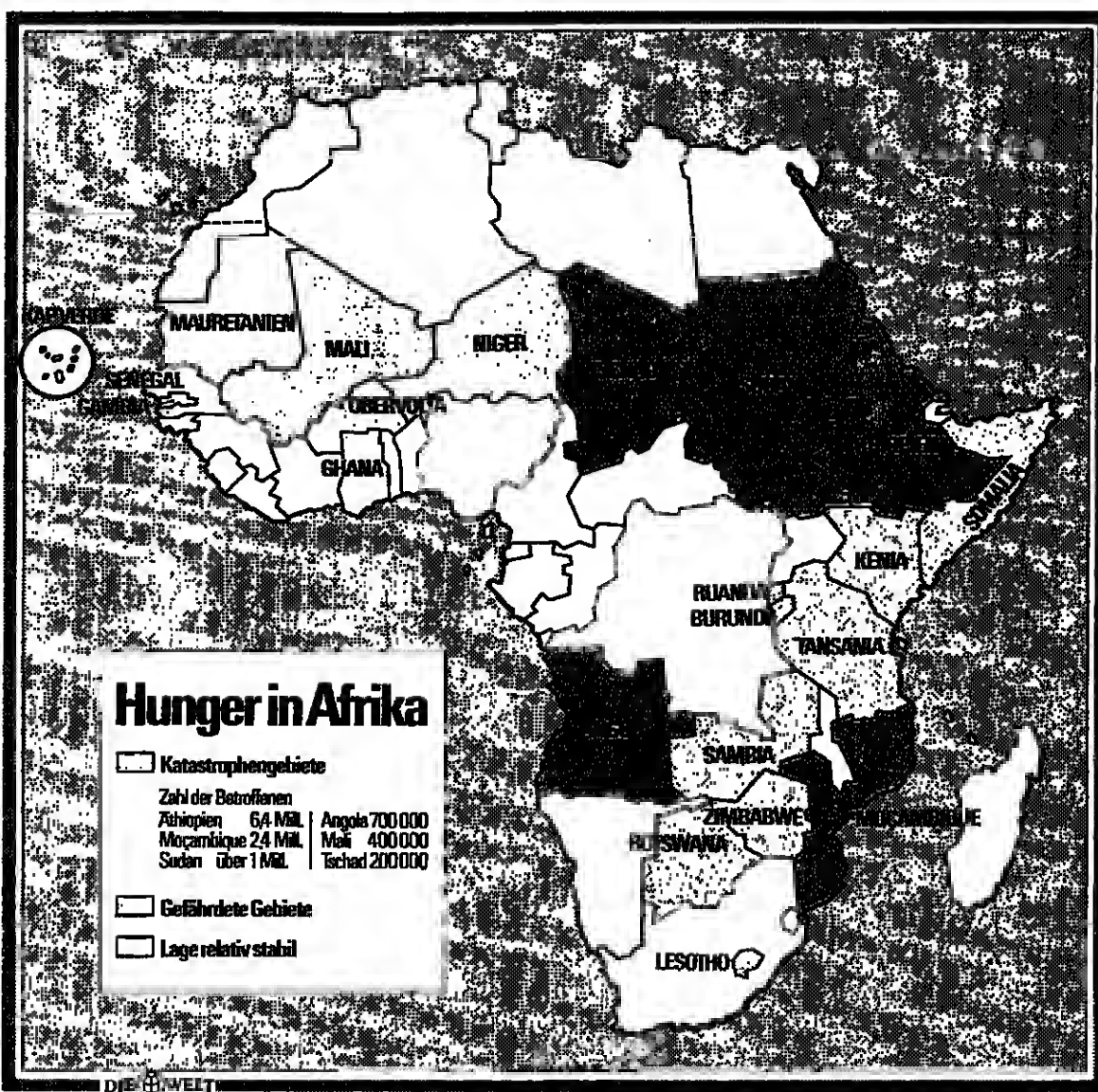
Die Kombination Caritas/Misereor stützt sich bei der Endverteilung zum Beispiel in Äthiopien, wo derzeit 6,4 Millionen Menschen auf ausländische Lebensmittelhilfe angewiesen sind, auf das gemeinsame Büro der christlichen Kirchen in Addis Abeba. Lebensmittel werden, so ein Sprecher der Caritas, nach Möglichkeit nicht in Europa gekauft (von dort nimmt man nur geschenktes Getreide oder Pflanzenöl), sondern oft nur wenige hundert Kilometer vom Katastrophengebiet entfernt in Afrika. Das Problem der Milchpulverlieferungen - schwierig, da man nicht weiß, mit welcher Qualität Wasser das Pulver beim Verbraucher aufbereitet wird - umgeht die Caritas durch ein in Zusammenarbeit mit einer Keksfabrik entwickeltes Milchpulver-Bisquit, das Kindern zum Lutschen gegeben wird.

Finanziellen und materiellen Schwund beim Transport über lange Strecken versucht auch „Brot für die Welt“ dadurch zu vermeiden, daß in

Nachbarregionen von Hungerzonen Lebensmittel gekauft werden - falls das heute noch möglich ist. So habe man, erklärt die Leiterin der Katastrophenhilfe dieser Organisation auf Anfrage, zum Beispiel Hirse aus Niger nach Ghana geliefert. Das Milchpulver geht auch bei der Caritas nicht direkt an den Verbraucher. In Äthiopien zum Beispiel wird es in der Bahynahrungsfabrik „Fafa“ aufbereitet.

Da allein in Äthiopien zur Zeit Menschen in mehr als 200 riesigen „Speisungszentren“ versorgt werden, bekräftigt auch das Deutsche Rote Kreuz aufgrund seiner vielfachen und langjährigen Erfahrung, daß die Nahrungsmittelhilfe den Mund der Hungernden erreicht. Der Leiter des Referats Katastrophen- und Entwicklungshilfe, Jürgen Kronenberger, hat festgestellt, daß der Ankauf von Nahrungsmitteln in Afrika selbst immer schwieriger wird. Weizenmehl, Protein-Nahrung, Milchpulver und Speiseöl - diese vier Hauptnahrungsmittel kommen aus Europa.

Das „Deutsche Aussätzigen-Hilfswerk“ hat aufgeschlüsselt, was das kostet. Sieben Tonnen Basis-Lebensmittel für Äthiopien im Wert von 10 415 Mark erforderten 29 355 Mark Luftfracht; der Schifftransport im Wert von 55 500 Mark kostet 38 000 Mark. EBERHARD NITSCHKE



## Minister Warnke: Afrika bleibt noch lange unser Sorgenkind

Im vergangenen Jahr flossen 1,2 Milliarden Mark an technischer und finanzieller Hilfe aus der Bundesrepublik nach Afrika. Für 1985 sind 1,56 Milliarden eingeplant. In einem Interview mit der WELT erläutert Minister Jürgen Warnke die Ziele der deutschen Entwicklungspolitik. Mit Warnke sprach Achim Rende.

**WELT:** Wie reagiert die deutsche Entwicklungspolitik auf die Katastrophennachrichten aus Afrika?

**Warnke:** Schwarzafrika wird sicher bis zum Ende dieses Jahrhunderts unser Sorgenkind bleiben. Es ist unsere Pflicht, nicht zuletzt als Christen, auch den Völkern zu helfen, die im Augenblick noch keine erkennbaren Ansätze von Entwicklung zeigen. Hier bedeutet Hilfe zunächst einmal Überlebenshilfe, eine Art von Sozialhilfe. Mit fortschreitender Entwicklung werden wir ein Instrumentarium an, das Entwicklungshilfeleistungen mit Eigenleistungen der Entwicklungsländer verknüpft, etwa in der Form der Mischfinanzierung.

**WELT:** Unterscheidet sich dabei die Politik dieser Regierung von der der vorhergehenden?

**Warnke:** Die deutsche Entwicklungspolitik ist entkräftigt, entideologisiert und vom schlechten Gewissen befreit worden... Wer die Länder der Dritten Welt in ihrer Unabhängigkeit ernst nimmt, muß ihnen auch das Recht zubilligen, Fehler zu machen. Wenn sie Fehler machen, tragen sie auch selbst die Verantwortung dafür. Ein großer Teil der Sorgen, die Schwarzafrika heute hat, sind auf politische Fehler der Regierungen zurückzuführen. Die Tendenz, uns dafür verantwortlich zu machen, Hilfe als eine Art Wiedergutmachung etwa für die Kolonialzeit anzusehen, weisen wir zurück.

Zur Erhöhung der Wirksamkeit von Entwicklungshilfe ist es erforderlich, mit dem jeweiligen Empfängerland in einen politischen Dialog einzutreten mit dem Ziel, sicherzustellen, daß die Entwicklungshilfe im Rahmen einer vernünftigen Politik sinnvoll und möglichst optimal verwendet werden. Das bedeutet nicht, daß wir dem Empfängerland unsere politischen Vorstellungen aufzuzwingen wollen. Ich habe beispielsweise Präsident Mengistu von Äthiopien erklärt: „Wenn Sie sich zum Marxismus-Leninismus bekennen, so ist das Ihre Sache. Aber wenn Sie auf unsere Unterstützung bei der Entwicklung Äthiopiens Wert legen, müssen Sie eine Politik betreiben, die die Sicherstellung der Selbstversorgung Äthiopiens mit Nahrungsmitteln zum Ziel hat.“ Das bedeutet, daß Äthiopien nicht weiterhin aus ideologischen Gründen seine Wirtschaft so organisiert, daß der Anreiz zur Pro-

duktion bei der Landbevölkerung im Keim erstickt wird.

**WELT:** Deckt sich die Entwicklungspolitik Bonn in ihren Grundzügen mit der Politik des Internationalen Währungsfonds?

**Warnke:** Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird von den Entwicklungsländern mitgetragen und ist deshalb besser qualifiziert als ein einzelnes Industrieland, Ländern der Dritten Welt wirtschaftspolitische Ratschläge zu erteilen. Natürlich ist er nicht unfehlbar. Wir haben beispielsweise im Falle von Tansania eine vermittelnde Rolle gespielt, damit nicht durch allzu starre Bedingungen des IWF die Reformbereitschaft Tansanias überfordert wird.

**WELT:** Ist die Politik des IWF nicht durch eine unsoziale Komponente charakterisiert? In Nordafrika hat sie zu Brotunruhen geführt.

**Warnke:** Man darf nicht das Thermometer dafür verantwortlich machen, wenn die Temperatur unangenehm ist. Die Brotunruhen in Nordafrika waren die Folge einer langjährigen verfehlten Politik. Es gibt dort Länder mit dem höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an Weizen in der Welt. Brot hat dort in der Vergangenheit zum Teil als Viehfutter gedient, weil sein Preis so stark subventioniert war. Die Forderungen des IWF nach Streichung dieser Subventionen waren also vollkommen richtig. Eine andere Frage ist, ob es politisch möglich ist, sich von heute auf morgen von einer verfehlten Politik abzuwenden.

**WELT:** Muß Deckung der Grundbedürfnisse als Ziel jeder Entwicklungspolitik nicht weitgehend eine Illusion bleiben? Wir erleben tagtäglich, daß Menschen überall in der Welt ihre Prioritäten nicht nach ausschließlich rationalen Gesichtspunkten setzen.

**Warnke:** Unsere Politik ist es, dafür zu sorgen, daß die Menschen in der Dritten Welt sauberes Trinkwasser, genug zu essen und ein Mindestmaß an Behausung, Kleidung und Bildung haben. Wenn ein Land andere Prioritäten setzt, wollen und können wir ihm nicht hineinreden. Aber unser Angebot beschränkt sich darauf, bei der Erreichung eines menschenwürdigen Lebensstandards behilflich zu sein.

**WELT:** Wie kann Äthiopien die noch immer anhaltende Dürre überwinden?

**Warnke:** In Äthiopien wie in anderen Ländern der Sahelzone steht trotz der Dürre genug Wasser, genug landwirtschaftlich nutzbarer Boden sowie eine arbeitswillige und arbeitsfähige Bevölkerung zur Verfügung. Das Land könnte sich selbst ernähren. Das Wichtigste ist, daß die politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit ein Anreiz zur Produktion entsteht.

## „Sind sie schon tot?“

„Schon während der Fahrt von Addis Abeba in die Provinz Wollo werden wir mit der großen Not konfrontiert. Auf einer kilometerlangen Strecke wird unser Wagen von einer unübersehbaren Menge hungernder Kinder gestopt. Sie werfen sich auf den Boden, küssen die Straße und verhindern die Weiterfahrt. Mit tief eingesunkenen Augen, abgemagert bis auf das Skelett, strecken sie uns flehend ihre Hände entgegen und jammern: „Rah, Rab“ - Hunger.“

Wo wir auch hinschauen, links und rechts der Straße, auf den Marktplätzen, in jedem Ort: Aber tausende von Menschen, die vom Hunger gezeichnet sind. In zerrissene Lumpen gekleidet sitzen oder liegen sie apa-

thisch auf den Straßen und warten auf den Tod. Zu Skeletten abgemagerte Säuglinge saugen an den trockenen, schlaffen Brüsten ihrer Mütter. Siebenjährige Kinder ähneln in Größe und Gewicht zweijährigen. Ihre greisenhaften Gesichter drücken mehr menschliches Leid aus, als wir je beschreiben könnten. Überall ist ein ständiges Schreien, Jammern und Weinen zu hören, doch sind die meisten bereits zu schwach, um noch zu klagen. Alte Menschen liegen halbnackt auf der Straße, unfähig, auch nur die Hand zu heben. Leben sie noch, oder sind sie schon tot?

Aus dem Bericht eines Delegierten des Deutschen Roten Kreuzes

## Leere Speicher und verödete Felder

Schreckensbilder ohne Ende: Mindestens 22 Staaten Afrikas sind in den Sog der Hungerskatastrophe geraten. 30 Millionen Menschen drohen zu sterben. Die Ernährungskrise Afrikas hat sich in den letzten Wochen dramatisch verschlimmert. Eine Tragödie, die ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat.

Afrikas Maltspeicher sind leer, die Felder verödet, die Bauern zermürbt und ohne Hoffnung, 1985 benötigt Afrika etwa sechs bis sieben Millionen Tonnen Nahrungsmittelhilfe. Am härtesten betroffen sind die Länder Äthiopien, Tschad, Sudan, Mali, Angola und Moçambique. Allein in Äthiopien sind über sechs Millionen

Menschen vom Hungertod bedroht. Der Norden des Landes ist verwüstet, eine Landschaft des Sterbens. Auch das Internationale Hilfsprogramm wird den Tod von einigen hunderttausend Menschen nicht verhindern.

Bürgerkrieg und politische Fehler der neuen Machthaber haben die Hungersnot eskalieren lassen. Aber auch in Äthiopien rächt sich die Mißbrauch an der Natur, an Wald und Boden, die ökologische Zerstörung der landwirtschaftlichen Reserven. Dürre und Umweltschäden, der ökologische Kollaps einer ausgezeherten Landschaft, Bodenerosion und Schädlingsbefall haben die Ernten ruiniert.

Diese Entwicklung hat zudem Länder erfaßt, die seit Jahren durch Guerrillakriege gelähmt sind und als politische Einheit oft nur noch auf der Landkarte existieren. So wird auch die Bekämpfung der Dürre und des Hungers für sie zu einem fast unlösbaren Problem.

Fast die Hälfte der Ernten Afrikas ist von Schädlingen vernichtet oder verfault bei Transport oder Lagerung. So bleibt der Hunger eine Bedrohung für Menschen, die seit Jahren unterernährt sind: Etwa 1500 Kalorien täglich erhielt ein Äthiopier in „guten Zeiten“ - ein Mittelereuropäer hingegen nimmt pro Tag bis zu 4000 Kalorien zu sich.

## Mit Waffen wird der Machthunger gestillt

Die Unabhängigkeit hat den afrikanischen Staaten nicht den Frieden gebracht. Es ist viel Blut geflossen in Afrika, seit die „Uhrur“-Rufe auf dem schwarzen Kontinent verhallt sind: In Stammeskriegen, Grenzkriegen, Guerrillakriegen und in jenen Kriegen, die Teil des Ost-West-Konflikts sind.

Die Spur der Gewalt zieht sich von Tschad bis hinter nach Zimbabwe. In Zaire und in Nigeria sind die Narben auf dem Antlitz Afrikas besonders groß. Im kongoleischen Bürgerkrieg starben 20 000 Menschen, im Kampf um Biafra mehr als eine Million.

In den siebziger Jahren wurde Afrika mehr und mehr zu einem Nebenschauplatz des Ringens der Supermächte. Als Portugal über Nacht seine Zelte in Afrika abbrach, schlug die Stunde Moskaus: Mit Hilfe einer kubanischen Streitmacht von zeitweise mehr als 30 000 Soldaten wurde Portugals reichste Afrika-Provinz Angola erobert. Östliche Devisen: „Kalaschnikow, nicht Coca-Cola, bringt Selbstbestimmung für Angola!“ Sowjetische Waffen und kubanische Soldaten entschieden den zweiten äthiopisch-somalischen Grenzkrieg 1977/78. „DDR“-Verteidigungsminister Hoffmann zeigte sich 1979 sehr angetan davon, daß er in einem Ausbildungslager der äthiopischen Volksmiliz „Tausende Söhne der ehemaligen Sklaven und landlosen Bauern mit der Maschinenpistole und dem Stahlhelm aus der DDR den Sturmangriff üben sah“.

Äthiopien - eines der zehn ärmsten Länder der Erde - läßt mehr als eine Viertelmillion Bürger unter Waffen. Mindestens 500 000 Dollar pro Tag wenden die Machthaber in Addis

Abeba für die Streitkräfte auf. Mit einem stetig anschwellenden Strom von Waffen versorgt Moskau auch seine Statthalter in Luanda und Maputo. Die Waffen vermögen den Vormarsch der Befreiungsbewegungen Unita und Renamo nicht zu stoppen, aber sie zementieren die Abhängigkeit.

Kaum weniger wichtig: Sie bringen dem Krenel Devisen. Im Zeitraum von 1975 bis 1982 lieferte die Sowjetunion 1580 Panzer nach Afrika, die USA 54 westeuropäische Staaten 110. Ähnlich das Zahlenverhältnis bei Artilleriewaffen: UdSSR 3450, USA 287, Westeuropa 300. Insgesamt 1830 von der Sowjetunion nach Afrika gelieferte Boden-Luft-Raketen stehen 210 aus westeuropäischen Staaten und nicht eine einzige Rakete aus den USA gegenüber. Gesamtbilanz der Exporte von schweren Waffen nach Afrika von 1975 bis 1982: UdSSR 9974, Westeuropa 2425, USA 531.

Seit 1970 sind die Waffenkäufe Schwarzafrikas um das Zwanzigfache angestiegen. Der Not gehorchend, reduzierten die Länder Schwarzafrikas ihre Militärausgaben während der letzten fünf Jahre allerdings um 20 Prozent. Eine gut gerüstete Armee dient jedoch nach wie vor vielerorts in Afrika einseitig als Prestigeobjekt, andererseits als Garant für das Überleben unpopulärer Regime.

Diktatoren kümmern es wenig, wenn die Bevölkerung hungert, solange der eigene Machterwerb gestillt bleibt. Das ist sicher nicht allein in Afrika so. Aber in Afrika hat diese Entwicklung besonders verheerende Folgen. Die einzigen, die davon profitieren, sind die Lieferanten der Waffen. Sie machen - im wahrsten Sinne des Wortes - ein „Bombengeschäft“.

## Malawis Weg aus dem Elend

„Food in the village“ (Lebensmittel in den Dörfern) heißt das politische Motto des greisen Präsidenten Malawis, Kamuzu Banda. Anders als die meisten schwarzafrikanischen Führer hat der Staatschef auf Lebenszeit konsequent die Schaffung eines gesunden Bauerntums betrieben. Und so konnte Banda Ende 1984, dem schlimmsten Jahr für Afrika seit der großen Depression, stolz verkünden, daß die 6,4 Millionen Malawier auch 1985 genügend zu essen haben werden.

Banda regiert das ehemalige britische Protektorat Njassaland seit 1966 in viktorianisch-puritanischer Denkart. Als einziger schwarzafrikanischer Politiker unterhält er diplomatische Beziehungen zu Südafrika. Pretoria dankte es ihm mit großzügiger Wirtschaftshilfe, trug wesentlich zum Aufbau der neuen Hauptstadt Lilongwe bei und baute den einzigen Schienenweg des Binnenstaates zum Seehafen Nacala im Norden Moçambiques.

Malawi verfügt über keine nennenswerten Bodenschätze. Als das Protektorat 1964 unabhängig wurde, hatte es auf dem Weltmarkt lediglich Tabak und Tee anzubieten, beides Güter, die Preisschwankungen unterliegen. Die Land-

## Angola hat seine Chance vertan

Der Guerrillakrieg gegen die portugiesische Kolonialmacht von 1961 bis 1974 konnte die Wirtschaft Angolas, eines der potentiell reichsten Länder Afrikas, nicht in die Knie zwingen. Immense Bodenschätze und eine florierende Landwirtschaft ließen Angola noch bei der Unabhängigkeit 1975 als eines der vielversprechendsten jungen Länder Schwarzafrikas erscheinen. Heute aber gehört es zu den großen Armenhäusern.

Die Wirtschaftsmisere hat viele Gründe. Die neuen Herrscher in Luanda setzten konsequent das marxistisch-sozialistische System und die Planwirtschaft durch. Hinzu kam die Massenflucht von 350 000 Portugiesen und der Ausbruch eines neuen Krieges, diesmal zwischen

der marxistischen Regierung und der prowestlichen Untergrundbewegung Unita.

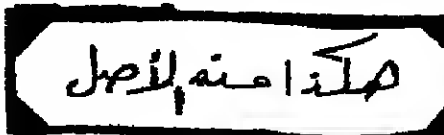
Angola muß horrenden Summen aufbringen für Rüstungsgüter aus dem Ostblock und die bis zu 30 000 kubanischen Soldaten, die das Regime in Luanda an der Macht halten. Diese Posten verschlingen bis zu 60 Prozent aller Staatseinnahmen. Zusätzlich ist Angola noch mit 3,4 Milliarden Mark im Ostblock verschuldet.

1974 war Angola mit 300 000 Barrel täglich vierter größter Erdölproduzent der Welt. 1963 war die Produktion auf 135 000 Barrel gesunken. Ähnlich verhielt es sich mit der Diamantenindustrie. Wurden 1974 noch jährlich rund zwei Millionen Karat geschürft, so sind es derzeit knapp 700 000. Die Kaffeeproduktion sank auf 20 Prozent des früheren Niveaus, die Weizenerte gar auf fünf Prozent. „Wenn hört die Unabhängigkeit auf“, fragte ein Schwarzer einen nach Deutschland zurückkehrenden Pflanzler. Und ein anderer sagte: „Früher waren wir Hurensöhne - und hatten was zu essen. Heute sind wir Camaradas“ - und haben nichts zu essen.“

## Um Spenden bitten

- DIAKONISCHES WERK/ BROT FÜR DIE WELT Sparkassen, Banken, Postgiro Köln 500 500 500
  - DEUTSCHES ROTES KREUZ Sparkassen, Banken, Postgiro Karlsruhe 41 41 41
  - CARITAS / MISEREOR DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE Sparkassen, Banken, Postgiro Köln 111
  - GEMEINSCHAFTSAKTION AFRIKA Bank für Gemeinwirtschaft Osnabrück 125
- (Anm. d. Redaktion: Der Verwaltungsaufwand bei den großen Spendensommern beträgt im Durchschnitt zwischen drei und sieben Prozent.)

MONIKA GERMANI





*Willkommen an Bord.*

Damit auch der kleinste  
Schluck zum Genuß wird,



servieren wir nur aus  
großen Originalflaschen.

Der beste Tropfen fließt bekanntlich aus der echten Flasche.

Deshalb werden Sie in unserer Executive Class, auch beim Wein, nur solche zu Gesicht bekommen. Mehr über uns in Ihrem IATA-Reisebüro. Oder unter: 0 69/25 01 31.

*Air Canada. Flüge, die wie im Flug vergehen.*





SKI-WM / Der Leidensweg des Steve Collins - Viel Ärger um deutsche Trainer

Ein Star kämpft um sich

MARTIN HÄGELE, Seefeld
Der Trainer nimmt den Burschen noch mal väterlich in die Arme, streicht ihm über die schwarzen Locken. „Ja“, sagt Bill Bakke, „wir sind sehr stolz auf Steve.“ Steve Collins lächelt, ein bißchen verlegen. 42 ist er geworden beim Spezialspringen von der 90-m-Schanze am Berg Isel. Früher hätte sich der Kanadier nach einem solchen Ergebnis grün und blau gegergt. Früher, mit 15 und 16 Jahren, war Steve ein großer Star auf den Schanzen gewesen. So berüchtigt wie der Finne Matti Nykänen oder Jens Weissflog aus der „DDR“. Jetzt, als 19jähriger, nimmt Steve Collins den zweiten Anlauf zu seiner Karriere. Nach drei Jahren, die die Hölle gewesen sind.

band kommt zu Geld, zu technischer Ausrüstung, Bill Bakke: „Da haben wir begonnen, Steves Springs mit Videoaufzeichnungen zu analysieren, aber ihm war das zu kompliziert.“ Das Naturtalent wehrt sich gegen die Bevormundung durch die Technik, gegen alles Wissenschaftliche. „Ich hatte keinen Spaß mehr“, so Steve. „Ich hatte häufig eine Wut auf mich und andere. Alles klappte nicht mehr so wie am Anfang. Aber ich wollte mehr Spaß haben.“ Deshalb griff Steve zur Flasche, deshalb rauchte er auch Marihuana. Steves Dilemma sei es gewesen, daß er in seinem Kopf alles negativ aufgefaßt habe, meint der Trainer. Die ständige Frage: „Was ist los mit Steve?“ Wachstumsprobleme - aus dem Kind wurde ein junger Mann. Manchmal hat sich Bill Bakke selbst gefragt, ob man es verantworten konnte, Steve diesem Erfolgsdruck ausgesetzt zu lassen. Ein Wunderkind zu sein, das die eigenen und fremden Ansprüche nicht mehr erfüllen konnte. Drei Jahre litt Steve so, dann schickten sie ihn zu den Ärzten. Die Entzugsanstalt in Minneapolis genoss einen außerordentlichen Ruf. Topmanager und amerikanische Profisportler gehören zur bevorzugten Klientel. Die Chance, hinterher von der Sucht befreit zu sein, liegt bei 70 Prozent. Dort hat Steve die letzten Tage des alten Jahres, dort hat er auch Weihnachten verbracht. Der Dezember ist zwar der wichtigste Monat in der Saisonvorbereitung eines Springers. Doch für Bill Bakke zählten andere Dinge: „Als wir Steve in die Klinik schickten, ging es für uns in erster Linie um den Menschen Steve, nicht um den Athleten“, sagt er. „Eine solche Therapie verändert

die Persönlichkeit eines Menschen. Wir wußten also, daß Steve danach ein anderer Mensch sein würde. Und wir wußten nicht, ob er hinterher überhaupt noch Interesse am Springen haben würde.“ Die 10 000 Mark für die Kur hätten die kanadischen Springer aus ihrem knappen Etat bezahlt. Sie mußten es nicht tun, weil eine Versicherung dafür einsprang, Bill Bakke: „Wir müssen Steve helfen, weil er uns geholt hat. Steves Erfolge haben unseren Sport ja in Kanada populär gemacht.“ Der Trainer hofft, daß der Fall Steve Collins nicht nur in Kanada, sondern in der gesamten Ski-Szene zum positiven Beispiel wird. Steve sei in Kopf und Herz viel ruhiger geworden. Sein Gefühl sage ihm, meint Bill Bakke, daß sich Steve wieder zu einem guten Springer, jedoch nicht unbedingt zu einem Topmann entwickeln werde. Das deutlichste Anzeichen dafür sei die Tatsache, daß Steve während seiner Behandlung, die wie ein Studium aufgebaut war, gelernt habe, zu diskutieren. Über sein persönliches Problem, über Filme, über alles. Bill Bakke: „Und das ist sehr untypisch für ihn.“ Wie sieht Steve selbst seine Zukunft? „Ich möchte wieder so gut springen, wie ich das als Junge einmal konnte. Ich bin sicher, das Gefühl wird zurückkommen. Mit meinem kleinen Körper (1,68 m, 52 Kilo, die Red.) habe ich ja noch viel Zeit.“ Oh die Lust am und die Angst vor dem Fliegen eine Rolle in Steves Sichtgesicht gespielt hat, das bezweifelt Bill Bakke. Ein Rausch, glaubt er, könne höchstens einem Rennfahrer vermittelt werden - durch Geschwindigkeit.



Welterwisch: Steve Collins FOTO: RAUCHENSTEINER

Hilfe für Springer und Läufer aus der „DDR“?

HANS ALT, Seefeld
Funktionäre und Trainer des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) haben in den letzten Tagen schlaflose Nächte gehabt. Einmal galt es, Weltmeister Hermann Weinhuber, dessen Sieg in der Nordischen Kombination viele Schwächen in der Mannschaft nur andeutungsweise verdeckt, zu feiern, zum anderen dreht sich das Personalratskassell. Da sind einmal die Springer, „Burschen, die brav gesprungen sind“, wie BAL-Sportdirektor Eduard Friedrich an der Schanze feststellte und indirekt eine Ablösung von Bundestrainer Ewald Roscher fordert: „Ich glaube nicht, daß er die Kraft hat, dieser Mannschaft neue Impulse zu geben, obwohl er ein exzellenter Fachmann ist.“ Als Ewald Roscher 1980 die DSV-Springergruppe übernahm, gab es bald ein Leistungstocher, dann wurde es aber immer schlechter. „Wir vom BAL haben in die Tätigkeit von Ro-

schers große Hoffnungen gesetzt, haben alle Forderungen erfüllt, das nötige Geld steht zur Verfügung, und wir haben auch für Millionen-Beträge moderne Schanzen gebaut.“ Der BAL ist in Sachen Skispringen, aber auch im Langlauf-Bereich offensichtlich mit seiner Geduld am Ende und fordert, daß der DSV handelt. Nach Sarajewo wurde eine Analyse erstellt und alle Schwachpunkte dargestellt. Eine Reaktion des DSV, so Friedrich, sei nicht erfolgt. Dazu ein DSV-Trainer: „Vom Schreibtisch her sieht alles ganz anders aus als hier an der Front.“ Wenn jemand meinen Rücktritt fordert, dann kann dies nur der DSV sein, von dort habe ich noch nichts gehört, mein Vertrag läuft bis 1988“. Auch der 57jährige Trainer, der nach wie vor die Meinung vertritt, daß seine Schützlinge mehr können, als sie bisher gezeigt haben. Nun klammert man sich beim DSV an die Hoffnung,

daß der neue Skisprung-Weltmeister Per Bergerud aus Norwegen bereits 28 Jahre alt ist und man mit den jungen Athleten, wie etwa Andreas Bauer (20), nur Geduld haben muß. Und im Langlauf-Bereich? Der Ausstieg des autoritären Trainers Toni Reiter hat bei Jochen Behle und Karin Jäger „den psychologischen Druck genommen“. Der liberale Führungsstil von Detlef Nirschl „hat sich jetzt abgenutzt, wir haben nichts gegen Nirschl, er kann aber nicht führen“, heißt es. Im Langlauf wird den Verantwortlichen des Ski-Verbandes angekreidet, daß sie die Entwicklung in der Technik verschlafen haben. Ein Vergleich mit der UdSSR und der „DDR“, die ebenfalls in Seefeld den Schlittschuh-Schritt-Läufern hinterherhinken, läßt Friedrich nicht los. „Es stellt sich die Frage, warum es immer wir sein müssen, die etwas nicht haben oder können.“ Auch der nordische Sportwart des

DSV, Dr. Dietrich Martin, sieht im Kreuzfeuer der Kritik. Hier bietet sich ein Ex-Langlauftrainer Toni Reiter, heute Repräsentant einer großen Sportartikel-Firma, bereits ein neuer Mann an, der von den Landesverbänden im DSV ins Gespräch gebracht wurde. „Ich könnte mir Reiter auf diesem Posten gut vorstellen“, sagte Friedrich, der auch durchblicken ließ, daß man für den Langlauf-Bereich gute Fachleute in der Hinterhand habe. Aus der „DDR“ sind im vergangenen Jahr zwei Trainer gekommen, die sich schon ins Gespräch gebracht haben. Hans-Peter Fleischer, ehemaliger Stützpunktleiter für Langlauf und Kombination in Oberhof, und Blathorn- und Langlauftrainer Peter Häntzschel. Die nächsten Wochen werden das Personalratskassell im DSV heftig kreisen lassen, und man darf gespannt sein, wer dabei im Gleichgewicht bleibt.

NACHRICHTEN

SKI
Nordische Weltmeisterschaften in Seefeld. Frauen, 5 km Langlauf: 1. Bøe (Norwegen) 15:14,8 Minuten, 2. Hämmäläinen (Finnland) 15:25,1, 3. Nykkelmo (Norwegen) 15:36,6 Minuten. Jäger (Deutschland) 16:08,8 Minuten.
EISHOCKEY
Bundesliga: Köln - Landshut 6:3, Rießersee - Rosenheim 6:15, Düsseldorf - Isrohn 8:2, Essen-West - Kaufbeuren 6:6, Mannheim - Schwenningen 9:2.
VOLLEYBALL
Bundesliga, Herren, 14. Spieltag: SSV Bonn - München 2:3, Passau - Leverkusen 0:3, Gießen - Friedrichshafen 1:3, Hamburg - Berlin 3:0. Damen: Feuerbach - Lohhof 0:3 (kampflos), Wiesbaden - Stuttgart 3:1.
HANDBALL
Bundesliga, Herren, 12. Spieltag: Reinkendorf - Lemgo 18:18, Bergkamen - Essen 16:16.
FECHTEN
Deutsche Meisterschaften in Taubertschheim. Herren-Florett 1. Mannschaft, Einzel: Taubertschheim - Bonn 8:7, Platz drei: Koblenz - Heidenheim 8:2, 5. Waldkirch, 6. Heidenheim, 7. Speyer, 8. Hannover, - Damen: Offenbach - Taubertschheim 8:5, Platz drei: Heidenheim - Bonn 8:8, 58:90 Gegentreffer für Heidenheim, 5. Waldkirch, 6. Hannover, 7. Koblenz, 8. Frankfurt, - 4. Weltcup-Turnier der Junioren im Deutscher Bundestag um Platz eins: Martin (Frankreich) - Recogotti (Italien) 10:8, Platz drei: Pop (Rumänien) - Prumier (Frankreich) 11:3, ... 13. Wagner, ... 17. Schmitt (beide Deutschland).
TENNIS
Kingscup in Essen, Endspiel: Schweden - Schweiz 3:0 (Högstedt - Stadler 6:3, 6:2, Gunnarsson - Hasek 7:5, 4:6, 6:2, Hans und Stefan Simonsson - Hasek/Stadler 6:3, 3:6, 6:3).
FUSSBALL
Internationale Junioren-Turnier „Unter 18 Jahren“ in Leiningrad, vierter Spieltag: Deutschland - UdSSR 8:0, Frankreich - Polen 2:1, UdSSR A - Belgien 3:1. - Freundschaftsspiel: Nationalmannschaft El Salvador - Köln 0:2. - Nehru-Goldeup-Turnier, Eröffnungsspiel: Indien - Jugoslawien 1:3.
REITEN
78. Turnier in Münster, Großer Preis, Springprüfung Klasse S: 1. Bettinger (Aidjonburg) Sania Cruz 0 Fehler/31,4 Sek., 2. Koof (Willich) Lovely Boy und Willfang (Theedinghausen) Piccolly 0,5, 3. - Großer Dressurpreis: 1. Klümke (Münster) Pascal 1012 Punkte, 2. Schulten-Baumer (Meitingen) Silbovitz 987, 3. Hinemann (Voerde) Malte 985.
GEWINNZAHLEN
Auswahlwette „6 aus 45“: 12, 19, 23, 25, 31, 37, Zusatzzahl: 17 (ausgelost). (Ohne Gewähr).

STAND PUNKT

Mit Erfolg ohne Arbeit
Vom Feinsten war es, was die deutschen Motorradrennfahrer 1984 boten - die Erfolge rissen gar nicht mehr ab. Doch Erfolge sind keine Garantie für weitere Erfolge. Dafür steht das Beispiel Hubert Abold, 26 Jahre alt, 1983 Europameister, 1984 Vizeweltmeister in der Kategorie bis 80 Kubikzentimeter, ehemals Werksfahrer bei Zündapp. Abold ist seit der Zündapp-Pleite im Herbst vergangenen Jahres arbeitslos. Der Mann aus Dillingen an der Donau hat alles versucht: Er hat sich die Hacken angelaufen, er hat sich die Finger fast wunde telefoniert und geschrieben - doch nichts hat geklappt. Zurück in seinen Beruf als Kraftfahrzeug-Elektriker kann er auch nicht - entsprechende Stellen sind dort, wo er wohnt, äußerst knapp. Abold war deshalb schon einmal über ein Jahr lang arbeitslos. Das war 1982 auch einer der Gründe, vom Mechaniker in den Rennfahrerberuf zu wechseln. Was ihm zwar über die Maßen erfolgreich gelang, doch auch nicht vor Arbeitslosigkeit bewahrt. Weil Motorradrennfahrer zwar viel Profis leben und arbeiten, mitunter aber nur wie Amateure verdienen, ist Hubert Abolds Lage ziemlich hoffnungslos. Seine Frau Ellen hält ihn und sich mit ihrer Anstellung als Bürokaufmann über Wasser. Aber das hat sie ja auch schon getan, als ihr Ehemann noch von Erfolg zu Erfolg raste... Wie kann es weitergehen? Abold versucht sich daheim als Hausmann, trainieren kann er nicht, denn er hat als arbeitsloser Motorradrennfahrer kein Motorrad. Er sucht jetzt nach Geldgebern, um als Privatfahrer an den Weltmeisterschaftsläufen teilzunehmen. Rund 100 000 Mark würde er dafür brauchen, das ist knapp kalkuliert. Anfangs meinte er, für einen Vizeweltmeister müßte das zu machen sein. Von wegen. KLAUS BLUME

SKI ALPIN

Girardelli jetzt vorn
In der Weltcup-Gesamtwertung der alpinen Herren gibt es einen neuen Spitzenreiter. In Abwesenheit des verletzten Schweizer Pirmin Zurbriggen gewann der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli den Weltcup-Slalom in Wengen und setzte sich damit an die Weltcup-Spitze. Beim zehnten Slalom-Weltcup-Sieg seiner Laufbahn dominierte Girardelli schon im ersten Durchgang vor dem überraschend starken Schweden Ingemar Stenmark. Trotz dem fuhr Girardelli auch im zweiten Durchgang wieder risikofreudig und erzielte erneut absolute Bestzeit. Mit einer Gesamtzeit von 1:36,23 deklassierte er Stenmark (1:37,61) und den Österreicher Paul Frommelt (1:37,85) deutlich. Ingemar Stenmark, der in den Vorjahren die Slalom-Konkurrenz ebenso beherrschte hatte wie Girardelli in diesem Winter, erreichte mit dem zweiten Platz sein bestes Resultat in dieser Saison. Girardelli darf bei der WM allerdings nicht starten, weil er nicht Staatsbürger des Verbandes ist, für den er startet. Mit dem Triumph der 19jährigen Schweizerin Michaela Figinj endete der Riesenslalom in St. Gervais. Einen Tag nach ihrem Abfahrtsieg gewann die junge Ausnahmläuferin auch den Riesenslalom, obwohl sie nach dem ersten Durchgang nur auf Rang sieben lag. Im zweiten Lauf erkämpfte sie sich mit der absolut besten Zeit den Sieg in 2:47,61 Minuten vor der Österreicherin Elisabeth Kirchner (2:47,85) und der Französin Anne Flore Rey (2:47,93). Für die größte Überraschung sorgten die 17jährige Österreicherin Ingrid Salvenmoser und Traudi Hächer aus Schleching, die mit Startnummern 45 und 46 ganz vorn landeten. Salvenmoser wurde 5., Traudi Hächer 8. hinter Maria Epple-Beck (Seep) und vor Michaela Gerg (Lengries), die nach dem ersten Lauf auf Platz zwei lag. In diesem Winter bisher erfolgreichste deutsche Rennläuferin, Martina Kiehl aus München, war diesmal nicht am Start. Sie fuhr nach Hause, um eine Grippe suszukurieren.

PERSONALIEN

Sein Nachfolger als Chef der Dachgesellschaft für die gewerkschaftseigenen Unternehmen wird vom 1. April dieses Jahres an der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Alfons Lappas, Lappas - 1929 in Wiesbaden geboren - gehört seit 1977 dem BGAG-Vorstand an. Im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes war er von 1969 bis 1977 für Finanzen und Vermögensverwaltung verantwortlich. Als dritter Mann in der BGAG-Spitze - neben Rolf J. Freyberg - ist Manfred Wessmeyer in den Vorstand der Holding aufgerückt. Bisher war er bei der Bank für Gemeinwirtschaft (BKG) - einer BGAG-Tochter - zuständig für Betriebsorganisationen. Der Bonner Professor für Chirurgie, Alfred Göttemann, ist im Alter von 77 Jahren in Bonn gestorben. Göttemann, 1907 in Miehlem bei Bonn geboren, war seit seiner Habilitation 1941 bis zu seiner Emeritierung 1977 ununterbrochen an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität tätig, an der er auch selbst studiert und promoviert hatte. Der internationale Durchbruch gelang dem Mediziner 1968, als er zum erstenmal in der Bundesrepublik Deutschland eine Lebertransplantation vornahm. Er plante damals einem an Leberkrebs erkrankten 30jährigen Mann die Leber eines Gleichaltrigen ein, der einem Gehirnschlag erlegen war.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Außenamt in Not

„Reserveliste für den Auswärtigen Dienst“, WELT vom 11. Januar
Als ehemaliger Angehöriger des Auswärtigen Dienstes habe ich den Bericht mit großem Interesse gelesen. Die angeschnittenen Fragen sind zum großen Teil nicht neu. Sie haben mich (damals war ich Haushaltsreferent des Auswärtigen Amtes), meine Vorgesetzten, aber auch den Haushaltsausschuß und den Auswärtigen Ausschuß des Bundestags schon vor über 20 Jahren beschäftigt. Lösungen schätzten damals, ebenso wie vermutlich 1985, am Zwang zu sparen, aber auch - wenn man ehrlich sein will - an der gewissen Abneigung einer Behörde und ihren Angehörigen, die ohnehin als „bevorzugt“ gelten, zusätzliche Vorteile gegenüber den anderen Bundesbehörden zuzukommen zu lassen. Die Forderung nach Schaffung einer „Personalreserve“ ist alt. In der Praxis aber dürfte eine solche Reserve schwierig einzusetzen sein. Die kurzfristige Entsendung eines „Ersatzbeamten“ oder auch nur eines Ersatzmanns für einen erkrankten Wirtschaftsreferenten dürfte gar nicht so einfach sein. Einführung und Einarbeitung eines solchen Ersatzmanns brauchen Zeit. Im übrigen haben die Botschafter normalerweise einen „Ständigen Vertreter“, an dem besser besetzten Botschaften gilt das auch für die Fachreferenten. Zur Vermeidung längerer Vakanzzeiten ist es praktischer, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß bei Versetzungen freigewordene Posten unverzüglich wieder besetzt werden können, unabhängig davon, ob der bisherige Inhaber noch Urlaub, Heimaturlaub, eine Kur zu nehmen hat. Das Problem wäre zu lösen, wenn dem Auswärtigen Amt eine gewisse Anzahl sogenannter Leerstellen zur Verfügung stünden. Auch die Frage der Einstufung der Botschafter kann nicht leicht beantwortet werden. Es liegt auf der Hand, daß die 136 Botschaften in ihrer Bedeutung höchst unterschiedlich sind. Entsprechend wird der Botschafter etwa in Washington rangmäßig und finanziell anders gestellt sein müssen

Mitgefühl

„Festung-Udarn“, WELT vom 11. Januar
Sehr geehrte Herren, die ausgewogene Darstellung und Kommentierung des Raketen-Unfalls von Heilbronn in der WELT hebt sich in vorteilhaftester Weise von den Verlautbarungen anderer Zeitungen bzw. des Fernsehens ab. Das Ergebnis der Untersuchungen des Vorfalls steht noch aus, aber die Vorverurteilung ist schon erfolgt. Und sie geschieht mit solcher Härte und Börsartigkeit, daß man annehmen könnte, es handle sich um ein Ereignis fast feindlichen Streitkräften. Ganz unabhängig davon, wie das Untersuchungsergebnis ausfallen wird, sind zwei Tatsachen zu berücksichtigen. Zum einen: Es fördert die Absichten der friedensfeindlichen Kräfte in unserem Land, zum Beispiel Terroristen und ihr Umfeld, wenn die hiesigen Medien journalistische Fairness gegenüber dem Verbündeten vermissen lassen. Zum anderen: Bei dem Unfall sind Menschen in Erfüllung ihrer der Allgemeinheit dienenden Berufspflicht getötet oder schwer verletzt worden. Die Opfer und ihre Angehörigen haben - schon aus rein menschlichen Erwägungen - Anspruch auf unser Mitgefühl. Es wäre schön, wenn unsere Politiker diese Anteilnahme verdeutlichten. R. v. Plessen, Bonn 1

Sie lebt noch

Sehr geehrte Herren Kollegen, mit außerordentlichem Erstaunen lese ich in der WELT, Ausgabe vom 22. Dezember, Seite 19, unter der Überschrift „Heimatliche für die Emigranten“, daß wir, i.e. die „Staats-Zeitung“, bereits anno 1954 vertrieben sind. Diese Nachricht von unserem frühzeitigen Tod erscheint mir maßlos übertrieben: Wir leben noch immer und beabsichtigen auch in den kommenden Jahren munter am Leben zu bleiben und die Aufgaben zu erfüllen, die wir uns in dem Artikel „Die Staats“ in Deutschamerikas Zukunft selbst gesetzt haben. Dieser Artikel erschien - neben vielen anderen und zahlreichen Grußworten von höchsten Stellen, auch bundesdeutschen - in der Sonderbeilage der ganz und gar nicht unten „Staats-Zeitung“ vom 17./18. November. Mit kollegialen Grüßen: Egon Stadelman, Managing Editor, Staats-Herald Corp., Long Island City, New York

Fahrprüfung eigener Art

„Fortgeschrittene“, wie es das Institut für Fortgeschrittene Kraftfahrer (Fischerhof, Advanced Motorists IAM, England) ermöglicht und propagiert? Dort legt man bereits etwa 250 000 Kraftfahrer diese Fortgeschrittenen-Fahrprüfung ab; Kosten je Fahrer: circa 45 Mark. Hersteller, Auto-Clubs, TÜV und Kfz-Versicherer könnten sich darum verdient machen, die Einführung einer ähnlichen Zusatzprüfung bei uns zu fordern. Englische Kfz-Versicherer gewähren Fahrern, die sich dieser Prüfung unterzogen, bereits einen Rabatt in Höhe von 20 Prozent auf ihre Kfz-Versicherungsprämien. Die Zahl der Unfälle und Unfallfolgen ließe sich mit großer Wahrscheinlichkeit dramatisch senken. Mit freundlichem Gruß: Dr. H. Kollai, Nürnberg 1 Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntreffend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Wenn man nur glücklich sein wollte, das wäre bald getan. Aber man will immer glücklicher sein als die andern, und das ist fast immer schwierig, weil wir die andern für glücklicher halten, als sie sind. Um glücklicher zu sein, darf man deshalb nicht begehren, glücklicher zu sein als die andern.“ Charles de Montesquieu; französischer Autor (1689-1755)

GEBURTSTAG

Der in Stuttgart lebende Professor Manfred Pahl feierte seinen 85. Geburtstag. Pahl ist der letzte noch lebende Meisterschüler von Adolf Hölzel, der im Jahre 1928 die „Stuttgarter Neue Sezession“ gegründet hat. Während der Zeit zwischen 1933 und 1945 war Pahl zeitweise im Konzentrationslager. Nach dem Krieg entdeckte Pahl für sich die Landschaftsarchitektur und wurde in Berlin zum Leiter des Entwurfsbüros für Grünplanung berufen. 1947 kehrte er nach Stuttgart zurück, wo er bis 1966 Leiter der Abteilung Grünplanung war. Pahl baute von 1975 bis 1983 mit eigenen Mitteln das nach ihm benannte „Pahl-Museum“ in Mainhardt-Gallsbach im Kreis Schwäbisch-Hall.

AUSZEICHNUNGEN

Der mit 20 000 Mark dotierte Max-Ophüls-Preis 1985 der Stadt Saarbrücken ist dem österreichischen Wettbewerbsbeitrag „Raffi“ von Christian Berger zuerkannt worden. Außerdem erhielt der Film über den Kleinbauern Raffi, der aus Not den Nationalhelden Andreas Hofer vereint, zusammen mit dem österreichischen Film „Malambo“ von Milan Dor die mit 2000 Mark dotierten Hauptpreise der Interfilm-Jury.

KIRCHE

Die Synode der Evangelischen Kirchen in West-Berlin hat ihren bisherigen Präses, Dipl.-Ing. Helmut Reithelm (50), mit großer Mehrheit wiedergewählt. Reithelm, 1934 in Bergisch Gladbach geboren, studierte von 1954 bis 1960 Eisenhüttenwesen an der Technischen Hochschule Aachen und der Bergakademie Clausthal bis zur Diplomhauptprüfung. Von 1960 bis 1970 war er bei der DEMAG-Aktiengesellschaft tätig und erhielt seine Promotion 1963. Reithelm ist Direktor des Deutschen Instituts für Normung (DIN). 1977 wurde er Mitglied des Verwaltungsrates der Stiftung Warentest.

VERÄNDERUNG

Walter Hesselbach, seit 1974 Vorstandsvorsitzender der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG (BGAG), gibt nach seinem 70. Geburtstag sein Spitzenamt auf.



# Günter Kunerts Fernsehspiel „Der Schiedsrichter“ Anpiff im Altersheim

Bereits 1969 hatte sich Günter Kunert mit „Der Kaiser von Hondu“ an einen Fernsehspiel versucht. Der Film „Der Schiedsrichter“, unter der Regie von Rolf von Sydow, weist ihm erneut als Fernsehautor aus. Es ist ein Thema nach der Art Kunerts, der mit nichterlogischen Befunden menschlichen Verhalten, Skepsis und nachgefragter Zuversicht in seiner „DDR“-Heimat wiederholt bei parteilichen Optimismuspredigern aneckt.

Die menschliche Natur hat der heute 53jährige Autor in seinen Gedichten wiederholt sezziert. Das trug ihm durch Parteidoktrinen den vernichtendsten Ruf ein, er arbeite an der „Zerstörung der Vernunft, sei ein intellektuell hilfloser Spätbürgerlicher in einer „hochgradigen Isolierung“ von der „Menschengemeinschaft“.

Kunert hat derartige Dummheiten mit Fassungsvermögen. Sind sie doch gerade Ausdruck jener menschlichen Begrenztheiten, um die es auch in dem Film „Der Schiedsrichter“ mittelbar geht: man macht sich ein falsches Bild der Wirklichkeit und stellt jene an den Pranger, die frei von Scheuklappen und daher „unnormal“ sind.

Die zentrale Figur des Fernsehfilms ist der alte Schiedsrichter Karl Bist. Seit er aus Versehen seine Frau mit dem Auto überfährt, flüchtet er sich in die Scheinwelt des Fußballreglements, das er auf alle Lebensbereiche überträgt - mit sich selbst als unumstößlichem Interpreten. In den Gewölben unter einem alten Fußballstadion versteckt er sich. Als ihn dort Bauarbeiter aufstöbern, hält er sie für eine Abordnung des Internationalen Schiedsrichterverbandes und seine große Stunde der Reaktivierung für gekommen.

Die nun heranrollende Lawine des Grotesken läßt nur oberflächlich zum

Schmunzeln über einen Dummkopf, über Komödiantisches ein. Denn der beachtlich starrsinnige Schiedsrichter, den Wolfgang Kieling mitsch prägnant verkörpert, ist auch unseren Schicksalen angelehnt. Egoismus und die Flucht vor der eigenen Verantwortung lassen den Karl Bist des Films nur zu besonders drastischen Mitteln greifen, um sich der übermächtigsten Umgebung, der gegläubten Meinte von Fußballfans, in triumphaler Einfalt zu wehren.

Etwa im Altersheim: ungünstig bis neugierig beugen die Bewohner der Kloten, der in Schiedsrichterjoppe den einen Netz voller Bällen sein neues Domizil betritt. Der Anpiff der Spiele der Altersmannschaften ist ihm ein sechser Ersatz für den herberechtigten Start in höchster Liga. Auf dem Wege zu einem erwarteten, höchst geheimen Qualifikationspiel stößt Bist erst einmal die Assistentin des Anstaltleiters zu Boden.

Kein Wunder, daß Bist sich auch mit der Staatsgewalt, mit Polizisten und Richtern anlegt und sich dabei immer mehr verrennt. Selbst seinen Pflichtverteidiger lehnt er ab: Schiedsrichterentscheidungen sind sowieso unumstößlich. Ein Fall für die Psychiatrie wäre das gewiß in der Wirklichkeit. Doch Kunert wäre eine derartige „Lösung“ zu platt - er läßt ihn unverwundlich Kicken und Pfeifen in den Alltag entkommen.

Die Romanvorlage unter dem trockenen Titel „Die Wahrheit des K. Bist“ schrieb der 1945 geborene Schweizer Lorenz Lotnar, der sich 1980 in München das Leben nahm. Günter Kunert verspürte bei der Lektüre das Gefühl von Askese, Atemlosigkeit, als habe der Autor „keine Zeit gehabt“. Die Beschränkung auf das Wesentliche, auf eine Partitur mit Raum für Ausfüllung in der eigenen Phantasie erleichterte die Verwandlung im filmische Bild.

HERMANN SCHMIDTENDORF

# TV-Zuschauerforschung: Wer sieht was wie lange? Eine Taste für die Gäste

Für morgen abend ist Konflikt programmiert: Während das Erste Programm den Sendeabend der Not in Afrika widmet, spitzt das „Denver-Biest“ Joan Collins auf dem zweiten Kanal weiter an seinen Intrigen. Wie viele Zuschauer um 21 Uhr aus der äthiopischen Elendwahl durch Knopfdruck hinüber in die Glitzerwelt von Denver flüchten, wissen die zuständigen Redakteure bereits am nächsten Vormittag um 10.45 Uhr: dank einem unauffälligen Meßgerät, das wie ein Radiowecker aussieht und von der Nürnberger „Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung“ (GfK) in 2613 Haushalten aufgestellt wurde.

Nacht für Nacht werden die in dem sogenannten „GfK-Meter“ gespeicherten Daten von der Nürnberger Computer-Zentrale telefonisch abgerufen. Das geschieht leise; die Testfamilien werden durch den diskreten Revisor ihres Sehverhaltens nicht gestört. Das Telefon klingelt nicht, es ist in dem „flexiblen Zeitfenster“ zwischen eins und fünf Uhr lediglich 30 Sekunden besetzt. Die Musterzuschauer werden für ihre Mitarbeit honoriert: die GfK bezahlt ihre monatlichen Fernsehgebühren in Höhe von 11,20 Mark.

In den Morgenstunden des 18. Januar erreichten die Zentrale zum Beispiel folgende Rückmeldungen: Die „heute-Sendung“ sahen am vorigen Abend 8,78 Millionen Bundesbürger, die „Tagesschau“ 5,84 Millionen. Nur 4,91 Millionen haben sich für die Dokumentation „Krieg der Bomber“ (ARD) interessiert, aber fast dreimal so viel (13,15 Millionen) vergnügten sich mit Schnellsprecher Heck und seinen „Hits des Jahres '84“ (ZDF).

Der Auftrag für diese seit 1. Januar laufende Zuschauerforschung stammt von der Medienkommission ARD/ZDF, doch die Einschaltquoten werden in der Bundesrepublik schon seit 1963, seit dem Sendebeginn des ZDF, ermittelt. Das jetzt noch präzi-

ser arbeitende GfK-System, das dieser Tage in Nürnberg der Presse vorgestellt wurde, reagiert auf die Neugestaltung der deutschen Fernsehlandschaft: Der GfK-Meter kann bis zu 98 Sender (also auch die Kabel-Programme) erfassen. Angenommen, ein Haushalt verfügt über vier Videorecorder, Telespiele, Home-Computer und Bildschirmschreiber. Dem GfK-Meter geht auch nicht das „zeitversetzte Fernsehen“, also das Abspielen von Kauf-Kassetten oder selbst aufgenommenen Sendungen. Das Gerät wird fernbedient, sieben Familienmitglieder melden ihre Anwesenheit vor dem Bildschirm per Namen-Taste, die achte Taste ist für Gäste reserviert.

Man fragt sich nur, was diese so umfangreichen, pannenfrei und vollautomatisch ermittelten Ergebnisse bewirken. Führen denn bessere Methoden auch zu attraktiverer Programmgestaltung? Ist es nicht letzten Endes doch wieder die Werbewirtschaft, die davon profitiert und ihre Spots noch besser den Fernseh-Konsumenten verkauft? Im übrigen wird auch das neue System den Redakteuren nicht malen können, ob der Musterzuschauer, nachdem er sich angemeldet hat, interessiert vor seinem Bildschirm sitzt, ob er strickt oder gar schlummert.

Seit 1974 war mit der Zuschauerforschung das Bad Godesberger Institut „Teleskopie“ exklusiv beauftragt. Entscheidend dafür, daß die GfK (die älteste Marktforschungsfirma der Bundesrepublik, 1943 gegründet) dieses Monopol gebrochen hat, war ihr Kostenvoranschlag - für die fünfjährigen Dienste hat sie rund 31 Millionen berechnet. Die „Teleskopie“ hat wegen unzureichender Werbespotts bei der Angebotsabgabe Klage eingereicht. Sie wurde jedoch gestern vom Oberlandesgericht Stuttgart abgewiesen. DANA HORÁKOVA

Der Schiedsrichter - ZDF, 19.30 Uhr

gerade Ausdruck jener menschlichen Begrenztheiten, um die es auch in dem Film „Der Schiedsrichter“ mittelbar geht: man macht sich ein falsches Bild der Wirklichkeit und stellt jene an den Pranger, die frei von Scheuklappen und daher „unnormal“ sind.

Die zentrale Figur des Fernsehfilms ist der alte Schiedsrichter Karl Bist. Seit er aus Versehen seine Frau mit dem Auto überfährt, flüchtet er sich in die Scheinwelt des Fußballreglements, das er auf alle Lebensbereiche überträgt - mit sich selbst als unumstößlichem Interpreten. In den Gewölben unter einem alten Fußballstadion versteckt er sich. Als ihn dort Bauarbeiter aufstöbern, hält er sie für eine Abordnung des Internationalen Schiedsrichterverbandes und seine große Stunde der Reaktivierung für gekommen.

Die nun heranrollende Lawine des Grotesken läßt nur oberflächlich zum

Schmunzeln über einen Dummkopf, über Komödiantisches ein. Denn der beachtlich starrsinnige Schiedsrichter, den Wolfgang Kieling mitsch prägnant verkörpert, ist auch unseren Schicksalen angelehnt. Egoismus und die Flucht vor der eigenen Verantwortung lassen den Karl Bist des Films nur zu besonders drastischen Mitteln greifen, um sich der übermächtigsten Umgebung, der gegläubten Meinte von Fußballfans, in triumphaler Einfalt zu wehren.

Etwa im Altersheim: ungünstig bis neugierig beugen die Bewohner der Kloten, der in Schiedsrichterjoppe den einen Netz voller Bällen sein neues Domizil betritt. Der Anpiff der Spiele der Altersmannschaften ist ihm ein sechser Ersatz für den herberechtigten Start in höchster Liga. Auf dem Wege zu einem erwarteten, höchst geheimen Qualifikationspiel stößt Bist erst einmal die Assistentin des Anstaltleiters zu Boden.

Kein Wunder, daß Bist sich auch mit der Staatsgewalt, mit Polizisten und Richtern anlegt und sich dabei immer mehr verrennt. Selbst seinen Pflichtverteidiger lehnt er ab: Schiedsrichterentscheidungen sind sowieso unumstößlich. Ein Fall für die Psychiatrie wäre das gewiß in der Wirklichkeit. Doch Kunert wäre eine derartige „Lösung“ zu platt - er läßt ihn unverwundlich Kicken und Pfeifen in den Alltag entkommen.

Die Romanvorlage unter dem trockenen Titel „Die Wahrheit des K. Bist“ schrieb der 1945 geborene Schweizer Lorenz Lotnar, der sich 1980 in München das Leben nahm. Günter Kunert verspürte bei der Lektüre das Gefühl von Askese, Atemlosigkeit, als habe der Autor „keine Zeit gehabt“. Die Beschränkung auf das Wesentliche, auf eine Partitur mit Raum für Ausfüllung in der eigenen Phantasie erleichterte die Verwandlung im filmische Bild.

HERMANN SCHMIDTENDORF

Für morgen abend ist Konflikt programmiert: Während das Erste Programm den Sendeabend der Not in Afrika widmet, spitzt das „Denver-Biest“ Joan Collins auf dem zweiten Kanal weiter an seinen Intrigen. Wie viele Zuschauer um 21 Uhr aus der äthiopischen Elendwahl durch Knopfdruck hinüber in die Glitzerwelt von Denver flüchten, wissen die zuständigen Redakteure bereits am nächsten Vormittag um 10.45 Uhr: dank einem unauffälligen Meßgerät, das wie ein Radiowecker aussieht und von der Nürnberger „Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung“ (GfK) in 2613 Haushalten aufgestellt wurde.

Nacht für Nacht werden die in dem sogenannten „GfK-Meter“ gespeicherten Daten von der Nürnberger Computer-Zentrale telefonisch abgerufen. Das geschieht leise; die Testfamilien werden durch den diskreten Revisor ihres Sehverhaltens nicht gestört. Das Telefon klingelt nicht, es ist in dem „flexiblen Zeitfenster“ zwischen eins und fünf Uhr lediglich 30 Sekunden besetzt. Die Musterzuschauer werden für ihre Mitarbeit honoriert: die GfK bezahlt ihre monatlichen Fernsehgebühren in Höhe von 11,20 Mark.

In den Morgenstunden des 18. Januar erreichten die Zentrale zum Beispiel folgende Rückmeldungen: Die „heute-Sendung“ sahen am vorigen Abend 8,78 Millionen Bundesbürger, die „Tagesschau“ 5,84 Millionen. Nur 4,91 Millionen haben sich für die Dokumentation „Krieg der Bomber“ (ARD) interessiert, aber fast dreimal so viel (13,15 Millionen) vergnügten sich mit Schnellsprecher Heck und seinen „Hits des Jahres '84“ (ZDF).

Der Auftrag für diese seit 1. Januar laufende Zuschauerforschung stammt von der Medienkommission ARD/ZDF, doch die Einschaltquoten werden in der Bundesrepublik schon seit 1963, seit dem Sendebeginn des ZDF, ermittelt. Das jetzt noch präzi-

ser arbeitende GfK-System, das dieser Tage in Nürnberg der Presse vorgestellt wurde, reagiert auf die Neugestaltung der deutschen Fernsehlandschaft: Der GfK-Meter kann bis zu 98 Sender (also auch die Kabel-Programme) erfassen. Angenommen, ein Haushalt verfügt über vier Videorecorder, Telespiele, Home-Computer und Bildschirmschreiber. Dem GfK-Meter geht auch nicht das „zeitversetzte Fernsehen“, also das Abspielen von Kauf-Kassetten oder selbst aufgenommenen Sendungen. Das Gerät wird fernbedient, sieben Familienmitglieder melden ihre Anwesenheit vor dem Bildschirm per Namen-Taste, die achte Taste ist für Gäste reserviert.

Man fragt sich nur, was diese so umfangreichen, pannenfrei und vollautomatisch ermittelten Ergebnisse bewirken. Führen denn bessere Methoden auch zu attraktiverer Programmgestaltung? Ist es nicht letzten Endes doch wieder die Werbewirtschaft, die davon profitiert und ihre Spots noch besser den Fernseh-Konsumenten verkauft? Im übrigen wird auch das neue System den Redakteuren nicht malen können, ob der Musterzuschauer, nachdem er sich angemeldet hat, interessiert vor seinem Bildschirm sitzt, ob er strickt oder gar schlummert.

Seit 1974 war mit der Zuschauerforschung das Bad Godesberger Institut „Teleskopie“ exklusiv beauftragt. Entscheidend dafür, daß die GfK (die älteste Marktforschungsfirma der Bundesrepublik, 1943 gegründet) dieses Monopol gebrochen hat, war ihr Kostenvoranschlag - für die fünfjährigen Dienste hat sie rund 31 Millionen berechnet. Die „Teleskopie“ hat wegen unzureichender Werbespotts bei der Angebotsabgabe Klage eingereicht. Sie wurde jedoch gestern vom Oberlandesgericht Stuttgart abgewiesen. DANA HORÁKOVA

## KRITIK

### Wer mordet hier mit wem?

In der Tat: Plötzlich und unerwartet (ZDF) kehrte das Hausmädchen Ruth aus dem Urlaub ins Heim seiner englischen Herrschaft zurück, scheinbar betroffen über den Mord an der Dame des Hauses und voll Sorge um das Wohlergehen des huterhiebigen Gatten. Un erwartet aber nur für den Zuschauer. Dem Minuten später schmusen die beiden Ruchlosen miteinander.

Welch perfides Spiel, sagte man sich überrascht. Und sprach damit dem Kriml-Autor Francis Durbridge quasi ein Kompliment für seine geschickt ausgebaute Geschichte aus.

Denn bis dahin hatte er uns glauben lassen, es handle sich um ein Mordkomplott von Ehemann Glenn Howard und seiner hypernervösen,

### Verklärung statt Aufklärung

Für die „DDR“ wünsche sie sich gute Freunde und treue Nachbarn. Ein fast beschwörender Appell der Oberkirchenrätin und hochrangigen CDU-Funktionärin Christa Lewke am Ende des deutsch-deutschen Plauderstündchens mit Günter Gans, die „DDR“ doch endlich richtig zu verstehen.

Die „christliche Sozialistin“ hatte in der Sendung Deutsche (ARD) Gelegenheit, auf die Stichworte des einstigen bundesdeutschen Vertreters in Ost-Berlin breit und ohne Nachfragen zu antworten. Der Gegensatz zwischen Kirche und SED bestehe nur in der unterschiedlichen Stellung in der Gesellschaft. Der „schrämkenlosen individuellen Freiheit“ im Westen wurde die „Freiheit mit sozialem Aus-

### gleich in der „DDR“ gegenübergestellt. Stürzend am Pluralismus ist für Frau Lewke die „Vielzahl der Stimmen“, in der „DDR“ hätten die Kirchen da bessere Möglichkeiten. Grund für die Abneigung gegen den Kommunismus sei die bis heute nachwirkende Goebbels-Propaganda, einen Neuanfang habe es nach 1945 nur in der „DDR“ gegeben. All dies ohne eine einzige kritische Nachfrage des Gastgeber Gans. Die Gemeinden in der „DDR“ allerdings, so räumte sie ein, folgten ihren Einsichten nur zögerlich, schmerzhaft Erfahrungen blieben da nicht aus. Doch auch an dieser wohl einzigen realistischen Stelle faßte Gans nicht nach. Mit dem „Bekenntnis zum real existierenden Sozialismus“ als Grundlage für die „deutsche Identität“ der „DDR“-Kirchenvertreterin schloß die von ihm geleitete Dreiviertelstunde deutsch-deutscher Verklärung. GERD FRON



**ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM**

Nur über die Sender der ARD

10.00 Tagesschau und Tagesschau  
10.25 Tagesschau und Tagesschau  
10.25 Tagesschau und Tagesschau  
Tägliche Folge

11.25 Ruf der Wildgänse  
Österreichischer Spielfilm (1961)

12.55 Presseschau  
13.00 Tagesschau

14.00 Tagesschau  
14.10 Frauen unter einem Himmel  
Indien: Sudeha  
Frauen aus einem Dorf im unteren Himalaja kämpfen mit großem Einsatz gegen die Holzflückertruppe, die ihnen mit dem Abholzen der Bäume die Lebensgrundlage zu nehmen drohen. Dieser Film berichtet über eine dieser Frauen, die für ihren Protest bei einer Hungeraktion ins Gefängnis mußte.

14.25 Spatz am Dienstag  
Tagesschau  
17.50 Dazwischen Regionalprogramme

20.00 Tagesschau  
20.15 Anruf des Bundespräsidenten zur Aktion „Ein Tag für Afrika“  
20.20 Der Sommer ausgehen  
Eine schillernde Fernsehserie 3. Teil: Der alte Mann und sein Schiff

21.05 Monitor  
Die Hintergründe des Perahing-Unfalls / Urteile vom Fließband - Mutlangen-Blockierer vor Gericht / Zivilschutz oder Kriegsvorbereitung - Die Bunkerpläne des Friedrich Zimmermann  
Moderation: Klaus Bednarz

21.50 Magnum  
Tod auf Probe  
Tagesschau  
22.05 Kulturwortspeigel  
Hansjürgen Rosenbauer berichtet diesmal über die Athener Kulturszene, steht den international anerkannten deutschen Musiker Jolger Czuyko vor und geht der Frage nach, warum zunehmend mehr Filme in New York und immer weniger in Hollywood gedreht werden.

23.50 Tagesschau

9.25 Nordische Ski-WM  
16.00 heute  
16.04 Planwand  
16.20 Piff  
17.05 heute / Aus den Ländern  
17.15 Tele-Illustrierte  
17.45 Mein Name ist Hausat  
Anschl. heute-Schlagzeilen  
18.20 Eine Klasse für sich  
19.05 heute  
19.20 Anruf des Bundespräsidenten zur Aktion „Ein Tag für Afrika“  
19.50 Der Schiedsrichter  
Fernsehfilm  
Der Alpensteinbock  
21.15 WISO  
Spenden gegen den Hunger: Was machen die Hilfsorganisationen mit unserem Geld? / Das Ruhrgebiet verändert sein Gesicht: Neue Wege - neue Hoffnungen / Das Wirtschaftsimperium des Pierre Cardin - Ein Name wird vermarktet  
Moderation: Friedhelm Ost  
21.45 heute-Journal  
22.05 Superessenssation der Herren Iu  
22.25 Europäisches Filmfestival in ZDF  
Das Geld  
Französischer Spielfilm (1983)  
Von Robert Brasson  
Als Yvon nach einem Banküberfall festgenommen wird, verteidigt er sich nicht und läßt sogar die hohe Strafe widerspruchslos über sich ergehen. Durch die grossenmütigen Hartbedingungen wird er zu einem völlig anderen Menschen...  
Anschl. Ratschlag für Kinogänger  
Einmal Kudamm und zurück von Herbert Bollmann  
0.05 heute

13.30 Solid Gold  
(amerikanische Hitparade)

14.00 Die Welt  
Der Verdacht

15.00 Indian River  
Tupper ist verschwunden

15.30 Musikbox  
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stars, Gags und Überraschungen

16.30 Ferrise  
Unvergessliche Freunde

17.00 Die Leute von der Strohkopfschule  
Das Gold am Wasserfall

18.00 Rappe Lucy  
Polizisten  
oder Regionalprogramm

18.30 APF blickt  
Nachrichten und Guck

18.45 Freddy und der Millionär  
Deutsch-ital. Spielfilm (1961)  
Mit Freddy Quinn, Giti Boettcher, Heinz Erhardt, Grete Weiser u. a.  
Regie: Paul May  
Der kleine Angestellte Meyer unternimmt seinen letzten Junggesellenraub und zieht Richtung Italien. Die zufällige Begegnung mit einem Millionär verschafft ihm Eintritt in die Kreise, von denen er am Schreibtisch immer geträumt hat. Ein aufregender Urlaub beginnt!

20.30 Der plötzliche Reichtum der armen Leute von Krombach  
Teil 2  
Deutscher Spielfilm (1970/71)  
Mit Georg Lehmann, Reinhard Hauff, Margaretha von Trotta, Rainer Werner Fassbinder u. a.  
Der Millionär Schenckendorf im Jahre 1821 versuchen sieben arme Bauern und Tagelöhner aus dem hessischen Krombach, durch Betrug des „Geizhalsknechts“, das monatlich mit dem Steuergerdem von Bledenkopf nach Gießen fährt, ihre Situation zu verbessern. Fünfmal scheitert ihr Unternehmen an der eigenen Unberechenbarkeit. Als es schließlich gelingt, werden sie sehr bald festgenommen, weil „Geld bei einem armen Mann Verdacht erregt“.

21.30 APF blickt  
Aktuelle Rundblick  
Sport und Wetter

22.15 Hochzeit auf Italienisch  
Italienischer Spielfilm (1964)  
Mit Sophia Loren, Marcello Mastroianni, Aldo Puglisi u. a.  
Regie: Vittorio de Sica  
Johanna ist Filomena Domenicinis schicksalhaftes Goßelb, bis sie erfährt, daß er ein junges Mädchen heiraten will. Nun stellt sich Filomena sterbenkrank, um noch auf dem Totenbett die Ehe zu ertragen.

0.05 APF blickt  
Letzte Nachrichten

## 3SAT

18.00 Direkt  
Ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer

19.00 heute  
Nachrichten und Berichte  
Stalingrad - 40 Jahre danach  
Überlebende berichten  
Film von Carl-Ludwig Poeschke und Dieter Zimmermann  
Die Meinen wird wieder Kampagnen von Auto-Golmer, der auf Flugzeuge umgestiegen ist. Nach dem Tod des alten Golmer bleibt Karl als Chef der Flugzeugfabrik weiterhin auf dem Weg „nach oben“.

21.15 Zeit im Bild 2  
21.45 Anschl. 3SAT-Nachrichten

**Dr. Dr. h. c. Alfred Gütermann**  
o. Professor für Chirurgie und Urologie  
chem. Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik Bonn  
\* 14. 12. 1907 † 17. 1. 1985

In Liebe und Dankbarkeit  
Ursula Gütermann geb. Geede  
Dieterich und Eike Gütermann  
Volker und Monika Weiß geb. Gütermann  
Jochen Gütermann  
Ulrich und Iris Gütermann  
und sieben Enkelkinder

5300 Bonn 1, Bodelschwingweg 20

Auf Wunsch des Verstorbenen findet die Beisetzung im engen Kreise statt.

An Stelle zugedachter Blumen wird um eine Spende zugunsten des wissenschaftlichen Kontes der Chirurgischen Klinik Bonn gebeten. Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Kontonr. 110 725 579.

**FINANZANZEIGE**

1884 - 1984

100 Jahre Strom für Berlin

**Sichere, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energie**

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1.7.1983 - 30.6.1984 (in Mio. DM)	
Übersatz	
Gesamtleistung	2.158
Materialeinsatz	1.099
Rohbetrieb	1.100
Sonstige Erträge	129
Investitionsaufgabe	42
Übersatz	1.271
Bilanzgewinn	56

Bilanz zum 30. 6. 1984 in Mio. DM (Kurzfassung)	
Aktiva	Passiva
Sachanlagen und Finanzanlagen	Grundkapital
Vorräte	Offene Rücklagen
Forderungen	Sonderposten mit Rücklagenanteil
Liquide Mittel	Wertberichtigungen auf Sachanlagen
Sonstige Aktiva	Bilanzgewinn
2.114	2.114

Die vollständige Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1983/84 werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

**BEWAG**

Berliner Kraft- und Licht (Bewag)- Aktiengesellschaft

**Dr. Mildred Scheel**

Viel ist erreicht. Viel mehr bleibt zu tun: Spendenkonto 909090 bei allen Banken, Sparkassen und Postcheckamt Köln 909090-501. Dem Leben zuliebe. Deutsche Krebshilfe e.V.

**näher dran DIE WELT**

Das Kapital wächst auf ca. 600% (und mehr) in 12 Jahren durch unser KICKSTART-PROGRAMM. Kontakt: Berlin, Postfach 11 21 24, 10711 Berlin.

**Liebe ist...** wenn Sie ein Kind vor dem Verhungern retten.

Wir vermitteln Ihnen die persönliche Patenschaft mit einem hungernden Kind. Das kostet Sie nur ein wenig Liebe und DM 45,- im Monat (steuerlich absetzbar).

**CCF Kinderhilfswerk Deutscher Patenkreis e.V.**

Postfach 1105, 7440 Nürtingen. Postcheckkonto 1710-702 P.S.A. Stuttgart. CCF ist eines der größten überkonfessionellen Kinderhilfswerke der Welt und betreut schon über 200.000 Kinder.

**Wagen**: In der Provinz Dossau entstehen 200 neue Bussen. Dort-bewohner graben sie selbst. Dazu wird ein technisches Gerät und Bau- eine Schweißanlage DM 20,-.

**Post für die Welt**: Postcheck Köln 500 500-500



### Der Smog kam nicht aus dem Auspuff

Fortsetzung von Seite 1

DW, Essen

Die Ruhrwirtschaft äußerte sich weitgehend unzufrieden mit dem Ablauf des Smog-Alarms. Der Hauptgeschäftsführer der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer, Theo Pieper, hält es für unmöglich, daß unterschiedliche Grenzwerte für die einzelnen Ballungsgebiete gelten. Die Thyssen Stahl AG forderte, das Stufenkonzept noch einmal zu überdenken. Bei der Smog-Alarmstufe III habe man es mit Grenzwerten zu tun, die früher für Katastrophenfälle gedacht gewesen seien. Es hätten sich aber an keiner Stelle katastrophale Situationen ergeben. Auch die meisten Krankenhäuser im Revier berichteten nicht von außerordentlichen Patientenzugängen als Folge des Smogs, betonte Thyssen. Durch eine dpa-Umfrage wurde dies bestätigt.

Die Industrie- und Handelskammern in Essen und Bochum sehen in den ausgerufenen Alarmstufen eine "beträchtliche Rufschädigung" des Reviers. Kammerhauptgeschäftsführer Klaus Schilling (Bochum) warf der Landesregierung vor, sie habe mit ihrem Alleingang bei der Grenzwertfestsetzung das Ruhrrevier wieder zum "Problembereich" hochstilisiert. Gespräche über Neuansiedlungen brauche man im Moment gar nicht mehr zu führen.

### FDP für Regeln bei Arbeitskämpfen

dos, Hannover

Für mehr Demokratie bei Streikbeschlüssen hat sich Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann ausgesprochen. Bangemann, der Ende Februar auf dem Bundesparteitag der FDP in Saarbrücken zum Vorsitzenden gewählt werden soll, erklärte gegenüber der in Hannover erscheinenden "Neuen Presse", auch im Bereich der Regelungen bei Streiks werde seine Partei dafür sorgen, daß der einzelne seine Rechte verteidigen kann.

Mit der Einführung eines Verhändlungsgesetzes habe die arbeitsrechtliche Neuregelung nichts zu tun, versicherte der Bundeswirtschaftsminister.

## Ein innerkatholischer Konflikt in Polen

Ukrainer fordern von Glomp eine eigene Hierarchie

KNA/DW, Warschau

Wird ein in Polen seit langem schwelender Konflikt zwischen der mit Rom unierten griechisch-katholischen Kirche, der dort vor allem Ukrainer angehören, und dem polnischen Episkopat bald ein Ende finden? Die Antwort mußte der polnische Primas, Kardinal Jozef Glomp, finden. An ihn richteten die ukrainischen Katholiken in Polen bereits im vergangenen Jahr ein Schreiben, in dem sie den Wunsch äußerten, bald eine eigene Hierarchie zu erhalten, wie es ihnen nach dem Unionsvertrag von Brest aus dem Jahre 1596 zusteht. Der Brief wurde erst jetzt bekannt.

Die Ukrainer hielten in Polen eine Minderheit, die praktisch ihre kirchliche Eigenständigkeit fast verloren hat. Die ukrainischen Katholiken haben keinen eigenen Bischof, auch kein eigenes Priesterseminar, in dem ihre Priester ausgebildet werden könnten, die die Liturgie nach östlichem Ritus feiern. Auch das Recht, Verheiratete zu Priestern zu weihen, steht ihnen - wie den Orthodoxen - zu. Diese und andere Rechte waren seinerzeit Grundbedingung für den Abschluß der Union. In Polen unterstehen sie hingegen Kardinal Glomp, einem "Lateiner", während sie kirchenrechtlich eigentlich ihrem eigenen Oberhaupt, dem Erzbischof von Lemberg, der heute in Rom residiert, zugeordnet sein müßten. Der Papst wird von ihnen als Nachfolger Petri und oberster Leiter der Kirche anerkannt.

### Bischof für Warschau

In dem Schreiben an Kardinal Glomp machen die ukrainischen Katholiken in Polen den Vorschlag, der Papst möge die im 10. Jahrhundert gegründete Diözese Przemyśl als griechisch-katholische Diözese erneuern und einen ukrainischen Bischof sowie Weihbischöfe, möglichst auch für Warschau, ernennen. Diese Bischöfe würden dann dem Oberhaupt der griechisch-katholischen Kirche in Rom, letztendlich aber dem Papst unterstehen. Gleichzeitig sollten sie - wie in der Weltkirche üblich - dem Episkopat des Landes, in dem Falle also Polen, angehören. Weitere Anliegen der Ukrainer an den polnischen Primas signalisieren die seit

langem strittigen Punkte zwischen ihnen und den "Lateinern". So wird der Wunsch geäußert, die aus griechisch-katholischen Familien stammenden Priester wieder in den Gemeindedienst der ukrainischen Gläubigen zu stellen. Demzufolge leiden die griechisch-katholischen Gemeinden an Priestermangel, weil ihr Nachwuchs von den "Lateinern" in ihrer Seelsorge eingesetzt wird.

### Deutsche als Vermittler?

Weiterhin wird in dem Schreiben von Kardinal Glomp gefordert, er solle die Priester des lateinischen Ritus anweisen, die Sakramente der Taufe, der heiligen Kommunion, der Beichte sowie das Ehe-Sakrament nicht den Katholiken des östlichen Ritus zu spenden, sondern sie an Priester dieses Ritus zu verweisen. Offensichtlich liegen die Dinge auch hier im argen. Die griechisch-katholische Kirche, die in der benachbarten Sowjetunion seit 1946 verboten ist und nur noch im Untergrund existiert, wo sie sich gegen das atheistische Regime behaupten muß, sieht sich auch in Polen in ihrer Existenz bedroht - nicht vom Regime, sondern von den eigenen Glaubensbrüdern, die ihrer Eigenständigkeit offenbar wenig Verständnis entgegenbringen.

In den Erklärungen der griechisch-katholischen Kirche kommt auch Skepsis gegenüber Primas Glomp und dessen kirchenpolitischem Kurs zum Ausdruck. Die Auseinandersetzungen haben auch eine deutsche Komponente. Auf dem Kongreß "Kirche in Not" 1983 in Königstein im Taunus waren die Bischöfe der Bundesrepublik Deutschland aufgefordert worden, ihre guten Kontakte zu ihren polnischen Amtskollegen zu nutzen, um eine befriedigendere Regelung für die Angehörigen der griechisch-katholischen Kirche in Polen zu erreichen. Wie verläuft, wurden entsprechende Vorstöße immer wieder verschoben.

In einer Weihnachtsbotschaft hatte der neue Großherzbischof von Lemberg, Miroslaw Iwan Lubatschewskij, auf die psychischen und moralischen Leiden des ukrainischen Volkes hingewiesen und an die Zwangsrußifizierung erinnert.

## Nutzt die RAF alte Verbindungen?

Stuttgarter Bombentäter Thimme gehörte wahrscheinlich seit 1977 zur „Haag-Mayer-Bande“

WERNER KAHL, Bonn

Ein scheinbar zufällig über die Straße rollender Kinderwagen täuschte im Herbst 1977 die Leibwächter des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hanns-Martin Schleyer. Jahre zuvor hatte Ulrike Meinhof als "Schwangere", mit einer auf den Bauch gebundenen Bombe, das Verlagshaus Axel Springer in Hamburg betreten. Bei dem heimtückischen Anschlag wurden 17 Rotationsarbeiter verletzt.

Der Assoziationsbereich "schwangere Frau, Mütter mit kleinen Kindern" ist am Sonntag in Stuttgart erneut von linksradikalen Gewalttätern zur Tarnung mißbraucht worden. Ein Kinderwagen, den Mann und Frau am Sonntag abend durch die Vaihinger Straße zum Anschlagplatz schoben, sollte vor Argwohn und Kontrolle schützen. Die an Stelle des Babys im Wagen liegende Bombe war zur Erpressung des Staates gedacht: Ein glücklicher Anschlag hätte eine nicht absehbare Zahl unschuldiger Opfer gefordert und die Ohnmacht des Staates demonstriert.

In diesem Punkt ist die skrupellose Rechnung nicht aufgegangen. Es bleibt abzuwarten, wer von denjenigen Politikern, Wissenschaftlern und Pastoren, die den erpresserischen Streik von Häftlingen aus der "Rote Armee Fraktion" unterstützten, diese Art von "Solidaritäts-Bekundungen" weiterhin in Kauf nimmt. Zumindest der männliche Teil des Stuttgarter Kinderwagen-Pärchens gehörte seit Mitte der siebziger Jahre zu einer der Banden, die Staat und Gesellschaft den Krieg erklärt hatten. Der Karlsruher Johannes Thimme geriet in den Kreis der Anwälte, die nach dem Scheitern der RAF-Gründer 1972 Nachfolgeorganisationen aufbauten.

### Die „Haag-Mayer-Bande“

Sie bildeten Stützpunkte in Hamburg (zentrales Infosystem), Frankfurt (Kontakte zu den 1973 etablierten "Revolutionären Zellen"), Stuttgart (Büro Croissant) und Heidelberg. In der Universitätsstadt am Neckar entstand eine Gruppierung um den Rechtsanwalt Siegfried Haag, die als "Haag-Mayer-Bande" in die Annalen der Verfolgung terroristischer Verbrechen aufgenommen wurde. Haag war im März 1975 als Nachfolger des Stuttgarter Anwaltes Klaus Croissant zum Pflichtverteidiger Andreas Baader bestellt worden. Anfang Mai

wurde er unter dem Verdacht festgenommen, den Anschlag auf die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland mitgeplant und Waffen beschafft zu haben. Bei dem Anschlag waren zwei deutsche Diplomaten getötet worden.

Der Ermittlungsrichter ließ den Anwalt jedoch wieder frei, weil kein Flichtverdacht vorlag. Haag tauchte unter. Über das Infosystem der terroristischen Gruppierungen verbreitete er die Begründung, "im Kampf gegen den Imperialismus" habe er wichtigere Aufgaben übernommen als die Verteidigung von Häftlingen aus der "Rote Armee Fraktion".

Die Sicherheitsbehörden vermuteten damals, daß Haag zu den Anstiftern der sogenannten "Revolutionären Zellen" (RZ) gehöre, einer Gruppierung neuarigen Stils, die sich zum Teil aus Anhängern des Anfang der siebziger Jahre enttarnen Heideberger "Sozialistischen Patientenkollektivs" (SPK) zum anderen Teil aus dem engeren Terrorismus-Umfeld in Berlin, Rhein-Main und Norddeutschland sowie einigen Orten des Ruhrgebietes zusammensetzte. Der Schwerpunkt dieser auch als "Feierabend-Terroristen" apostrophierten Gewalttäter lag in Süd- und Südwestdeutschland.

Haag selbst hatte nach Ermittlungen der Sicherheitsbehörden Kontakte zu militanten Gruppen der Palästinenser im Nahen Osten; in Trainingscamps der marxistisch orientierten Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP) wurden teilweise unter seiner Aufsicht deutsche und niederländische "Rekruten" gedrillt. Die damaligen Verbindungen veranlaßten Haag auch für den gegenwärtigen Hungerstreik mutzbar zu machen, um die verhältnismäßig schwache Logistik für die Anschlagstrategie zu stärken.

Der Tod in Vaihingen am vergangenen Sonntag macht es für die Polizei schwieriger, wenn nicht unmöglich festzustellen, ob der Bombentransporteur Johannes Thimme bereits auf dem Trainingsfeld Nahost für den Kampf in Deutschland ausgebildet wurde. Die Polizei rechnet ihn mindestens seit 1977 - nach der Ermordung von Hanns-Martin Schleyer und Generalbundesanwalt Siegfried Buback - zur "Haag-Mayer-Bande". Es heißt, auch die Planung für den Anschlag auf Buback gehe auf Vorschläge aus dieser Gruppe zurück.

In einer Untergrundzeitung war zuvor der "Moralismus" gemäßigter wie die Erschießung des Berliner Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann mißbilligten und sich von dem Bundeswehrdeserteur Manfred Grashof vorsichtig distanzieren, weil dieser bei seiner Festnahme in Hamburg den Kriminalkommissar Eckhardt erschossen hatte. "Was die gewaltsamen Formen jedoch betrifft, so ist natürlich klar, daß wir ebenfalls Waffen verwenden und mit Revolvern und Bomben und Erpressung und Entführung arbeiten müssen... Alle Angehörigen der herrschenden Klasse sollen in ihren Villen unsicher sein, sie haben lange genug ruhig geschlafen. Sie sollen gezwungen werden, wirklich alles und jedes Objekt mit ihrem Angebot von Bullen zu schützen."

### Vorbild „Carlos“

Es scheine, als solle das "Defizit an Theorie durch ein um so größeres Maß an Brutalität ausgeglichen werden", bemerkte damals die "Zeit". Und es würde nicht wunder nehmen, wenn sich die deutschen Terroristen der "dritten Generation" ihre Vorbilder allein unter palästinensischen Kommandoführern und in den Unternehmungen des internationalen Terroristen Ramirez Sanches, genannt "Carlos", suchten.

Einige Erkenntnisse bieten Grund zu der Vermutung, daß es von der Haag-Gruppe auch Kontakte zu "Carlos" gab. Unter den Deutschen, die der Venezolaner für Überfälle wie den Anschlag auf die Wiener OPEC-Konferenz 1975 und die Entführung eines Flugzeuges in Entebbe einsetzte, waren einige mit Mitgliedern der Gruppe um Haag bekannt. So ist anzunehmen, daß Johannes Thimme 1977 in Frankfurt mit dem linksradikalen Verlagsbuchhändler und derzeitigen Carlos-Begleiter Johannes Wehrich zusammenkam. Der Bombenleger aus Karlsruhe diente seitdem als Mitglied in einer "Internationalen des Terrorismus", deren Fäden den Sicherheitsbehörden bis heute nur bruchstückhaft bekannt sind. Über den Anwalt Siegfried Haag, der heute eine 15jährige Haft verbüßt und Johannes Thimme in den siebziger Jahren für die neue Terrorgruppe geworben hatte, urteilte ein hoher Polizeibeamter: "Das tödliche Gehirn am Zeichenrett."

## Bonner Protest gegen Kampagne der Sowjets

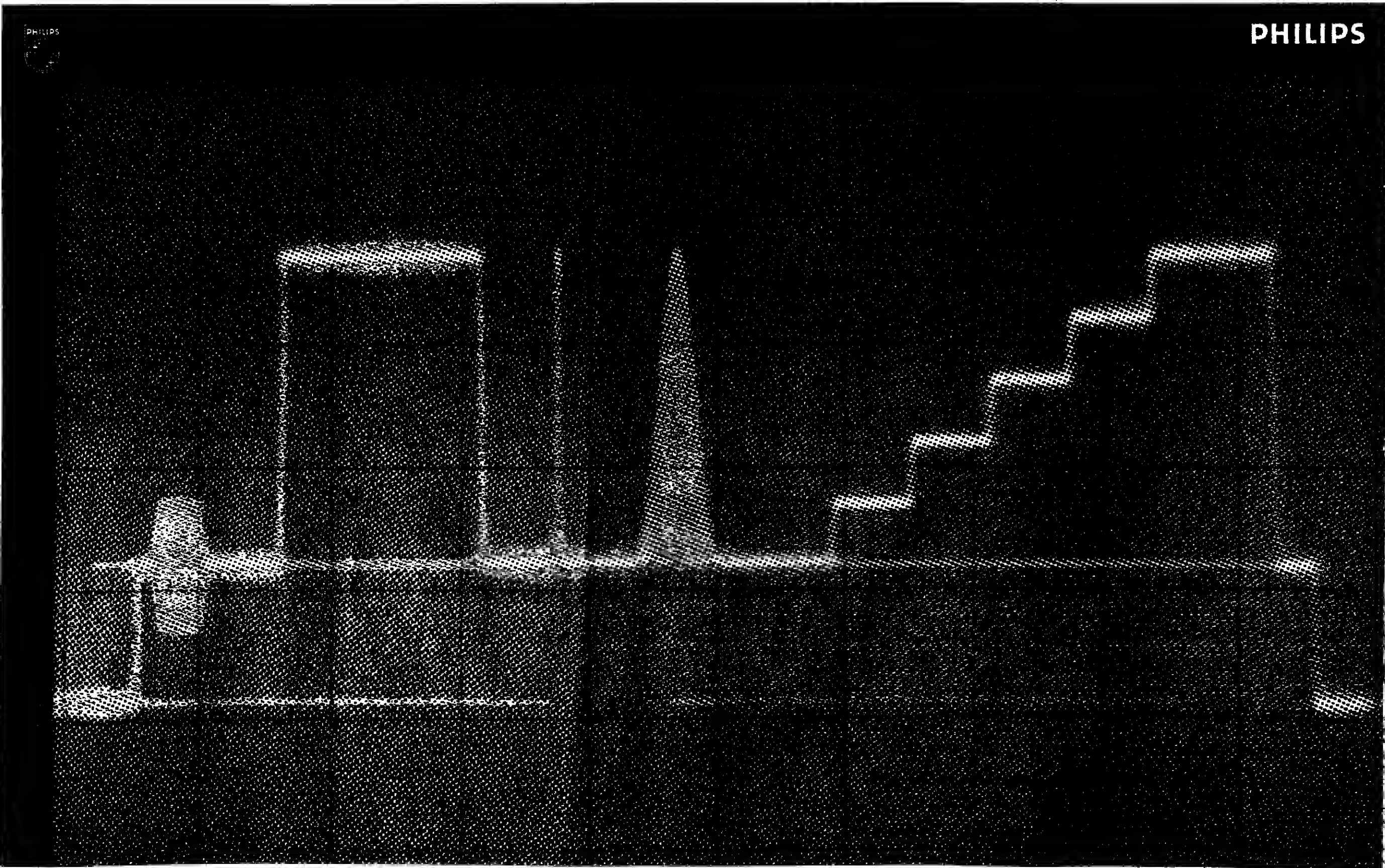
Mk, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat die Eröffnung der 13. Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission zum Anlaß genommen, den Krenl vor einer Fortsetzung der Revanchismus-Kampagne zu warnen. In einer Tischrede betonte er, an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Alexej K. Antonow gewandt: "Keine verantwortliche Kraft in unserem Lande hegt revanchistische Gedanken." Die Bundesrepublik Deutschland halte sich an geschlossene Verträge und verfolge ihre Politik der Friedenssicherung konsequent. "Deshalb empfinden wir die Revanchismus-Vorwürfe als ungerecht und unverdient."

Bangemann forderte Antonow auf, zum Abbau von Mißtrauen und damit zu einem besseren Vertrauen zwischen den Völkern beizutragen. Der Wirtschaftsminister zählte zu den vertrauensbildenden Maßnahmen die Pflege der Wirtschaftsbeziehungen zwischen West und Ost.

Nach dem Verlauf des ersten Tages der Kommissionssitzung gab sich Bangemann zuversichtlich, daß der Handelsaustausch und die Zusammenarbeit intensiviert werden könnten. Bereits zu Beginn der Tagung hatte der Minister darauf hingewiesen, daß es wieder um ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen deutschem Importen und Exporten gehe. Immerhin sei der sowjetische Überschuß im Handel mit der Bundesrepublik von Januar bis Oktober 1984 auf 2,8 Milliarden Mark angeschwollen. Ansatzpunkte dafür seien die Beteiligung der deutschen Industrie an sowjetischen Großprojekten während des nächsten Fünfjahresplans, der 1986 anläuft. Überdies sollten die mittelständischen Unternehmen verstärkt in den Handel einbezogen werden. Möglichkeiten seien im Energiebereich, beim Nahrungsmittel- und Konsumgüterprogramm und bei der Modernisierung sowjetischer Betriebe gegeben.

Die sowjetischen Teilnehmer wiesen in den Gesprächen auf die Bedeutung von Kompensationsgeschäften hin. Eine Ansicht, die von deutscher Seite nur geteilt wird, wenn solche Kontrakte im beiderseitigen Nutzen liegen. Indirekt gingen die Sowjets auch auf die Beschränkungen des Technologietransfers durch das Comec ein. Sie sahen darin jedoch ein internes Problem des Westens.



PHILIPS

Zukunftssicheres Fernsehen kann sich Filmmern, "Schnee" und Unschärfe nicht leisten. Spitzentechnik ist die Voraussetzung, damit der Fernseher zum Videotext- und Btx-Terminal, zum Monitor für Homecomputer, Bildplatte, Video und Bildtelefon werden kann. Integration verschiedener Funktionen ist für Philips ein Schlüsselwort. Das MATCHLINE-TV-System

Ist ein Musterbeispiel dafür: Ein Fernsehempfänger im Mittelpunkt, der alle neuen Medien einerseits, alle Peripheriegeräte andererseits miteinander verbindet und integriert. Ohne Kabelsalat, in bester Technik, perfekt zukunftssicher.

Integration bei Philips: In SOPHOMATION-Netzwerken für die Bürokommunikation. In HiFi-Geräten der Unterhaltungselektronik. In Archivsystemen mit optoelektronischen Speichern, auf der Basis der Bildplatte: Philips.

Interessiert Sie das? Dann sollten Sie MIT PHILIPS ÜBER FARBFERNSEHEN UND VIDEO REDEN: 0-40-329 7500

ملكا امه للاصل



Falsche Sympathie

In London - Der große Krach zwischen der Staatsbahn British Rail und den beiden Eisenbahnergewerkschaften "Nur" und "Aslef" ist wieder einmal vorprogrammiert.

Schon jetzt sind mindestens 120 Bahn-Arbeitsplätze verlorengegangen, weil Straßentransporte die bestreikten Kohletransporte übernommen haben.

Die Staatsbahn hat den Gewerkschaften jetzt angeordnet, sie unter dem neuen Gewerkschaftsrecht von 1984 für die aus den Streikaktionen entstandenen Schäden haftbar zu machen.

Das ein Bahn-Frachtgeschäft bei British Rail vor allem wegen der unzähligen Streiks in der Vergangenheit heute kaum noch existiert und daß der Reiseverkehr arg herumkriecht, spielt bei diesen Gewerkschaftsüberlegungen natürlich keine Rolle.

Schnee-Freuden

hat - Der allgemeinen Meinung nach scheinen die Bauern grundsätzlich mit dem Wetter auf dem Kriegsfuß zu stehen. Mal ist es ihnen zu warm, mal ist es ihnen zu trocken, mal zu naß. Gewiß mag dies oft übertrieben dargestellt werden, zumal solches Klagen manchmal wohl auch berechtigt ist, aber gerade deshalb fällt es auf, wenn wie in diesen Tagen aus landwirtschaftlichen Kreisen positive Aussagen zum Wetter kommen.

Wieder nur ein Programm?

Von HANS BAUMANN

Es ist wieder einmal so weit: Das Ruhrrevier rappelt sich zum unzähligen Male auf aus dem Sumpf der Monokulturen herauszukommen und die verkrusteten Strukturen, die seit der Gründerzeit mit engen Kapitalverflechtungen über das Land gelegt wurden, aufzubrechen.

Daneben schmieden aber auch schon wieder die politischen Gruppierungen links von CDU und FDP an verwaltungswirtschaftlichen Plänen, den "kranken Mann an der Ruhr" mit Investitionsplänen aus dem Steuersäckel - dem leeren - auf die Beine zu bringen, ohne wahrzunehmen, daß diese "Theater" den Puls des Patienten noch nie hat höher schlagen lassen.

Die Kammern dagegen setzen wieder auf Selbstheilung und auf Hilfe dazu. Die öffentliche Zahlungsfähigkeit, so scheint es, hat endlich die richtige Medizin verordnet. "Technologiestraße Ruhr" heißt das Motto des Programms, das zum Magnet werden soll. Diese Straße gibt es längst quer durchs Ruhrgebiet.

Doch nun sollen die einzelnen Straßensegmente miteinander verknüpft werden, soll die Intelligenz der Jugend des größten Hochschulballungsraumes Europas in industrielle Innovation umgesetzt werden. Aus dem bisherigen Nebeneinander von Wissenschaft und Wirtschaft soll ein Miteinander werden, was schon damit beginnen könnte, daß an den Hochschulen dieses Landes auch Dinge gelehrt werden, die im Revier praktisch anzuwenden wären, was bei weitem nicht überall der Fall ist und der eigentliche Grund, warum der Mittelstand an der Ruhr mit Hochschulabgängern immer noch nichts anzufangen weiß.

Überregionale Industrieparks sollen diese Miteinander befähigen, die technische und technologische Infrastruktur verbessern, vornehmlich im immer noch lückigen Bereich der Information und Kommunikation. Wie will ein so großes Industrieland mit starken Auslandsbindungen morgen noch existieren, wenn es sich nicht der Geschwindigkeit moderner Medien bedient?

Was ist das für eine Landesregierung, die die Verkabelung des Mono-

liten Ruhr verhindert, die in geradezu islamischer Rückorientierung seit Jahrzehnten die Anwendung der Kerntechnologie blockiert und stoisch zuseht, wie stromintensive Betriebe des Landes gegen die ausländische Konkurrenz zurückfallen.

Der Zeitpunkt für einen neuen Vorstoß der Kammern, Wirtschaft und Politik aus ihrer Lethargie zu reißen, ist gut gewählt. Die Konjunkturverschärfung ein wenig Luft, was allerdings in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Anlaß war, erst recht die Hände in den Schoß zu legen, weil das Pfister der Auftragseingänge die Symptome der eigentlichen Krankheit verdeckte. Dazu trugen die Montanindustrien mit ihrem politischen Durchgriff heftig bei. Sie duldeten keinen Aufbruch zu neuen Ufern. Sie hielten ihr Gebiet mit Zähnen und Klauen fest, sie verketteten den Gedanken des Fortschritts.

Doch auch hier stehen die Kammern vor neuen Tatsachen. Das Stahlmonument zeigt fragwürdige Züge, die Steinkohle richtet sich darauf ein, noch einen Schritt zurück zu tun. Die Statistik beweist es: In den traditionellen Bereichen der Industrie gingen von 1977 bis 1984 über 100 000 Arbeitsplätze verloren - heute sind es nur noch 561 000. Die Arbeitslosigkeit erreichte im Oktober 1984 mit 14,1 Prozent ihren Höhepunkt.

Dabei sagt es überhaupt nichts, daß dieses Revier mit 1204 Personen je Quadratkilometer das am engsten besiedelte in Europa ist. Menschen an sich machen noch keine blühende Wirtschaft. Intelligenz ist gefragt. Und die wandert nach wie vor ab, obwohl an der Ruhr die höchsten Löhne der Bundesrepublik gezahlt werden, was aber auch bald Vergangenheit sein wird, wenn die Umwelt-euphorie gerade dieses Land der Energie weiter so zukunftsblind zur Ader läßt.

Erkannt sind die Probleme alle - bis hin zu den Wüsten des Industriebrachlandes, die nur die Politik wieder fruchtbar machen kann. So gut die neue Initiative der Kammern gemeint ist, ihr fehlt in Düsseldorf der starke Mann, der ihr Schmeiseln ins dicke Unterholz der Besitzstände und der Egoismen schlägt. Gelingt das nicht, so erhält das Revier-Marathon um neue Strukturen irgendwann einen neuen Starttermin.

RENAULT

Hanon tritt zurück - Besse als Nachfolger erwartet

JOACHIM SCHAUFUS, Paris Die Regie Renaults hat gestern in einem Kommuniqué mitgeteilt, daß Bernard Hanon auf der heutigen Verwaltungssitzung des staatlichen französischen Automobilkonzerns sein seit Dezember 1981 bekleidetes Präsidentenamt niederlegt. Sein Nachfolger würde morgen vom Ministerrat ernannt. In Paris erwartet man, daß dies der Präsident des verstaatlichten Pechiney-Konzerns, Georges Besse, sein wird. Das wäre ein Novum in der Geschichte des Konzerns.

Bisher hatten sämtliche Renault-Präsidenten dem Unternehmen in anderen Funktionen gedient. Außerdem ererben sie sich - vor allem Pierre Dreyfus - einer sehr weitgehenden Autonomie gegenüber der Regierung. Dies könnte sich jetzt schlagartig ändern. Vielen Beobach-

tern erscheint Besse als Regierungs-kommissar, der mit einem rigorosen Sanierungsplan das Unternehmen aus den roten Zahlen bringen soll.

Im Grunde hat die kommunistische CGT-Gewerkschaft Hanon gestützt, indem sie in den letzten Herbst vorgelegten verhältnismäßig milden Sanierungsplan kategorisch ablehnte. Danach sollte die Belegschaft durch Umschulungen abgebaut und die Mitarbeiter sollten im Rahmen einer großen Mobilitätsaktion in denjenigen Werken eingesetzt werden, wo sie gerade benötigt werden.

Entlassungen hatte dieser Plan nicht vorgesehen, obwohl die Regierung den privaten Peugeot-Konzern schließlich solche erlaubte. Peugeot-Präsident Calvet hatte aber schon damals erklärt, daß Renault mit solchen halben Maßnahmen nichts erreicht.

RUHRGEBIET / Strukturprogramm der Industrie- und Handelskammern

Eine „Technologiestraße“ soll dem Montan-Revier neue Impulse geben

Mit einer „Neuen Wirtschaftspolitik“ wollen die Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebietes dem Revier aus seinen montanen Verkrustungen lösen und neue Investitionsimpulse geben. Zum „Tag der Ruhrwirtschaft“ wird den rund 700 Delegierten das Strukturprogramm heute in Dortmund vorgelegt. An der Veranstaltung nehmen auch Außenminister Genscher und Landeswirtschaftsminister Jochimsen teil.

Die Kammern stellen fest, daß jede erfolgreiche Umstrukturierung einen hohen Bedarf an wirtschaftlichen Initiativen, politischen Entscheidungen, an Kapital und öffentlicher Flankierung hat. Um das Ziel der Umstrukturierung zu erreichen, fordern die Kammern eine institutionalisierte Kooperation zwischen Staat (Bund/Land/Gemeinden) und Wirtschaft. „Vor dem Hintergrund der Schwerfälligkeit bürokratischer Abläufe und auch der Trägheit des politischen Raumes bedarf es der Initialzündung durch Einzelleistungen und Initiativen der Wirtschaft, die um so eher unterstützende politische Entscheidungen nach sich ziehen, je größer die Beteiligung der maßgeblichen Kräfte des Reviers ist“, lautet die Grundsatzphilosophie der Aktion unter Federführung der IHK Duisburg.

Als Instrument der „Neuen Wirtschaftspolitik“ für das Ruhrgebiet schlagen die Kammern vor: • Gründung einer privaten Gesellschaft zur Erneuerung des Ruhrgebietes, finanziert aus Mitteln der Wirtschaft, • Aufbau und Ausbeu einer „Technologiestraße Ruhr“

• und dazu eine begleitende öffentliche Rahmenkonzeption. Die private Gesellschaft soll von Banken, Unternehmen und Kammern gegründet werden. Ihre Aufgaben sollen sein: die Gewinnung von Investoren, vorwiegend Neuanstellungen und Neugründungen, Produktionsumstellungen und -erweiterungen und Betriebsverlagerungen verstanden werden; die Beratung der Unternehmen; die Beratung des Landes beim Aufbau und bei der Erschließung von Industriebrachland; die Beratung von Firmen bei der Standortsuche sowie die Vermittlung der besonderen Ruhrmittel des Landes und des Bundes.

Als Ziel der Aktion wurde die Befreiung wachstumswilliger ansässiger Industrie von städtebaulichen und Umweltschutzhemmnissen und die Schaffung von Möglichkeiten zur Betriebsverlagerung, die die Unternehmen wieder investitionsfähig machen sollen, definiert. Die private Gesellschaft übernimmt wesentliche Finanzierungsfunktionen. In Kooperation zwischen Land und Wirtschaft soll darüber hinaus eine Technologiestraße Ruhr gebaut werden.

den. Diese „Straße“ verläuft von Dortmund über Bochum und Essen nach Duisburg. Hier gibt es bereits beachtliche Ansätze von High-Tech-Betrieben, die von anwendungstechnischen Unternehmen entlang der Emscher-Lippe-Zone von Hamm über Recklinghausen, Gelsenkirchen nach Oberhausen flankiert werden. Diese High-Tech-Firmen sollen eng an die zehn Hochschulen in Nordrhein-Westfalen herangeführt werden.

Zum öffentlichen Rahmenkonzept soll nach Kammervorstellung gehören: • Bürgerschaftsrahmen des Landes mit Sonderkonditionen (etwa Risikoübernahme für 90 Prozent des Ausfalls und Zulassung von dreifachem freien Jahren); die Abwicklung soll über die Treuhand erfolgen; • Sonderkreditplafond der Banken ohne Subventionscharakter; • Einsatz der regionalen Förderungsmaßnahmen für Betriebsverlagerungen.

Um die Landnot für Gewerbezwecke zu beseitigen, soll aus dem Landesbodenfund Ruhr Industriebrachland nutzbar gemacht werden, dessen Altlasten die öffentliche Hand tragen soll. Die Mittel des Landesbodenfonds sollen durch den Einsatz von Wohnungsbauförderungsgeplandern „um ein Mehrfaches verstärkt“ und für die Wiederaufbereitung von Brachland und die Deckung von Altlasten verwendet werden.

AUF EIN WORT



Investitionen in der Energiewirtschaft und für Umweltschutz müssen für 30 Jahre im Voraus geplant werden. Soll dabei nicht jede ökonomische Überlegung über Bord gehen, ist das wichtigste Anliegen der Industrie an den Staat: Wir müssen wissen, was er will.

Helmut Wiehn, Vorsitzender des Vorstandes der Deutsche Babcock AG, Oberhausen FOTO: WOLFF P. FRANGE

Mehr Tilgungen von Rententiteln

Der Brutto-Erstabsatz inländischer Rentenwerte hat 1984 zwar mit 227,4 Mrd. DM das bisherige 1983er Rekordniveau (226,7 Mrd. DM) noch leicht übertroffen, doch haben die Tilgungen fälliger Titel von 139 auf 155 Mrd. DM so stark zugenommen, daß der Nettoabsatz mit 72,2 Mrd. DM deutlich unter das Vorjahresergebnis (87,6 Mrd. DM) rutschte und sogar niedriger ausfiel als 1982 (74,5 Mrd. DM). Auch der Aktienabsatz blieb mit 6,2 Mrd. DM merklich hinter dem '83er Spitzenergebnis (7,3 Mrd. DM) zurück. Der Absatz von Publikums-Investmentfonds erhöhte sich von 3,8 auf 4,2 Mrd. DM.

BESTEUERUNG

BDI-Präsident fordert Entlastung der Unternehmen

SABINE SCHUCHART, Köln Eine umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung hat der neue Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Hans Joachim Langmann, zu Beginn seiner Amtszeit von der Bundesregierung gefordert.

Nach erfolgreichen Fortschritten bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte komme es nun vor allem darauf an, „den Unternehmen nicht zuletzt auch über eine Kostensenkung mehr Freiraum und Flexibilität für risikoreiche Zukunftsinvestitionen zu eröffnen.“ Nach Auffassung von Langmann ist es für ein Industrieland wie die Bundesrepublik Deutschland nicht länger tragbar, die gewerblichen Gewinne deutlich höher zu belasten als die anderen Einkommen. Auch sei in den Hauptkonkurrenzländern der deutschen Industrie eine Tendenz zur

drastischen Senkung der Unternehmenssteuern zu beobachten, und das, obwohl diese schon heute weit unter der deutschen Steuerbelastung lägen. Insgesamt könne die deutsche Industrie trotz teilweise erheblicher Schwierigkeiten in einigen Branchen zuversichtlich in das Jahr 1985 gehen, erklärte der BDI-Präsident weiter. Denn vieles deute auf eine Fortsetzung und Verbreiterung des gesamtwirtschaftlichen Erholungsprozesses. Dazu sei es allerdings unerlässlich, daß die Bundesregierung auch in Zukunft an ihrem „Kurs der marktwirtschaftlichen Erneuerung“ konsequent festhalte. Sie stehe weiterhin vor der Aufgabe, die Wirtschaft wieder langfristig auf „einen noch keineswegs gesicherten verlässlichen Wachstumspfad zurückzuführen und die Arbeitslosigkeit beschleunigt abzubauen“.

PRIVATISIERUNG

DIHT: Die Lufthansa darf nicht ausgeklammert werden

PETER JENTSCH, Bonn Bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen soll die Bundesregierung nach Auffassung des Deutschen Industrie- und Handelszweig (DIHT) „endlich Nügel mit Köpfen machen“. Das gelte insbesondere für die Lufthansa, deren Ausklammerung aus den derzeitigen Privatisierungsplänen „nicht gerechtfertigt“ sei. Dies um so mehr, als die bescheidende Bundesbeteiligung an der Lufthansa von 51 oder 55 Prozent noch nicht das sei, „was man eigentlich unter Privatisierung verstehen müsse“.

Der DIHT bekräftigt die Auffassung von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, daß es einer Beteiligung des Bundes in der gegenwärtigen Höhe nicht mehr bedürfe, um die Luftverkehrsrechtlichen Interessen der Bundesrepublik international zu vertreten. Die Lufthansa habe keine Bedienungspflichten, die weiter

US-HAUSHALT

Baker: Defizit-Abbau durch Einfrieren der Ausgaben

H.-A. SIEBERT, Washington Präsident Reagan wird dem Kongreß am 4. Februar einen Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1988 vorlegen, der die Bundesausgaben auf dem Vorjahresstand einfriert. Das bestätigte der Chef des Stabes im Weißen Haus, James A. Baker, der in Kürze nach Zustimmung des Senats Donald Regan als Finanzminister abgelöst wird. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen nach seinen Angaben alle Etats mit Ausnahme der Verteidigung und des Zinsdienstes um 50 Mrd. Dollar (etwa 158 Mrd. Mark) zurückgeschnitten werden.

Auch wenn die Kürzungen im Kongreß durchzusetzen sind, was laut Baker „schwierig, aber machbar“ ist, würde das Defizit im US-Haushalt nur auf 180 Mrd. Dollar sinken. Ohne weitere Korrekturen steigt es jedoch auf 225 Mrd. Dollar. Baker ließ keinen Zweifel daran, daß auch er Steuererhöhungen ablehnt. Mit diesem Versprechen, so betonte er, seien die Wahlen gewonnen worden. Nach Baker wird die Administration auch nicht über ihre Streichhofferte im Militärbereich - 8,7 Mrd. Dollar - hinausgehen.

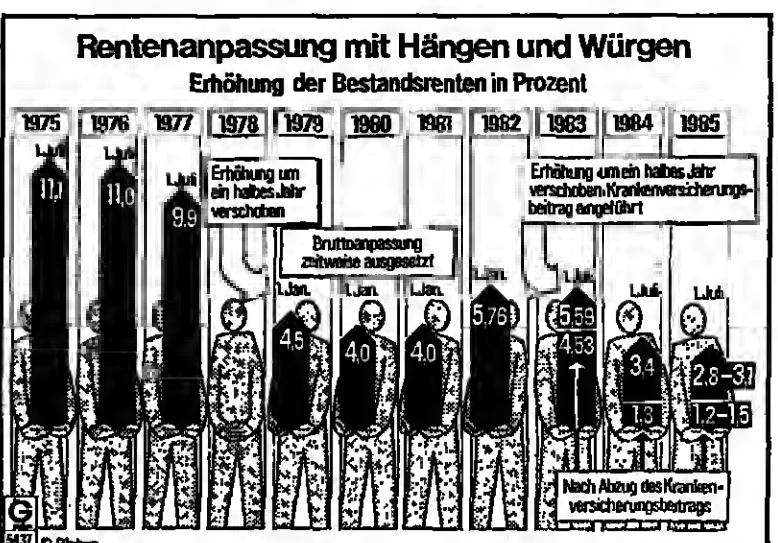
Bei der Haushaltskonsolidierung stellen schon jetzt die Zinsen für Washingtons rapide wachsende Schulden das größte Hindernis dar. Sie machten in den Finanzjahren 1983 und 1984 bereits 89,7 und 111 Mrd. Dollar aus. 1985 reichten sie an 130 Mrd. Dollar heran, wobei sich die Bundesschuld gegenüber 1981,

Reagans erstem Amtsjahr, auf etwa 1800 Mrd. Dollar verdoppelt. Ohne den Zinsdienst müßten demnach die Ausgaben 1986 mit 820 Mrd. Dollar zu Buch schlagen. Baker machte keinen Hehl daraus, daß die Haushaltsbeschlüsse bis zum Herbst gefaßt werden müssen, weil dann der Wahlkampf für die Zwischenwahlen im November 1988 beginnt. Es ist nicht auszuschließen, daß die Republikaner dann ihre Mehrheit im Senat verlieren, so daß beide Häuser von den Demokraten beherrscht würden.

Nach einem Arbeitspapier, das vom Haushaltsbüro des Weißen Hauses erstellt worden ist, erwägt die Administration, den Zugang zur Gesundheitsfürsorge der Rentner zu erschweren. Die Kassen des Medicare-Fonds sind leer und gefährden das gesamte Sozialversicherungssystem. Möglich ist eine Anhebung von Anspruchsaltern von 65 auf 67 Jahre; außerdem sollen vermögendere Amerikaner höhere Prämien zahlen. Zusätzliche Mittel werden durch eine Verdoppelung der Alkohol- und Tabaksteuer beschafft. Aus dem allgemeinen Steuerpotenzial erhält der Fonds bereits 18 Mrd. Dollar.

Aufgegeben haben die Republikaner den Plan, die automatische Inflationsanpassung der Renten für ein Jahr auszusetzen. Statt dessen wird jetzt ein Vorschlag von Martin Feldstein diskutiert, der die Indexierung auf den Teuerungsteil beschränkt, der drei Prozent übersteigt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Es ist noch keine zehn Jahre her, do hat es zweistellige Erhöhungssätze für Renten gegeben. Seitdem ist der Rentenversicherung finanziell der Atem kurz geworden. Je nachdem, welche Lohnverhöhung die Statistik für 1984 ermittelte, wird das Rentenplus 1,95 bis 2,95 Prozent liegen. Quelle: ICBUS

Kartellverfahren gegen Philips eingeleitet

Bonn (hg) - Gegen den niederländischen Philips-Konzern hat das Bundeskartellamt ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Es besteht der Verdacht, daß Philips vor der Übernahme von Grundig dem Amt die wahre Höhe seiner Beteiligung an der Loewe Opta GmbH verschwiegen habe, heißt es dazu in Berlin. Philips hatte dem Amt schriftlich zugesichert, daß seine Beteiligung lediglich 15 Prozent betrage; alle indirekten Beteiligungen seien verkauft worden. In der Wettbewerbsbehörde scheint man sicher zu sein, daß Philips zum Zeitpunkt der Grundig-Übernahme über schweizerische und luxemburgische Tochter noch Mehrheitsgesellschafter bei Loewe Opta gewesen ist.

Marktnische gefunden. Dank der kostengünstigen industriellen Fertigung kann das Unternehmen, das auf rund 22 Mill. DM Jahresumsatz kommt, wieder mit Betondecken konkurrieren, die die Ziegeldecke vom Markt verdrängt hatten.

Abwanderungspläne

Hannover (dpa/VWD) - Die Hanomag Baumaschinen Produktion und Vertrieb GmbH, Hannover, die Nachfolgegesellschaft der in Konkurs geratenen Hanomag GmbH, trägt sich mit Abwanderungsgedanken. Dies wurde von Mitgesellschafter Horst Gassmann auf Anfrage bestätigt. Betroffen von einer Betriebsverlagerung wären knapp 1 000 Mitarbeiter. Zur Zeit wird laut Gassmann über mehrere Standorte verhandelt. Dabei habe das Unternehmen die Nutzung von nicht-unerheblichen Investitionsmitteln des Landes Niedersachsen im Zonenrandgebiet mit berücksichtigt. Diese Mittel seien bedeutend höher als die Förderungen am Standort Hannover, wo außerdem die Gewerbesteuer erheblich höher liege.

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf (Py.) - Die Metropolitan Estate & Property International N. V., Amsterdam, will eine 100-Mill.-DM-Anleihe begeben. Sie soll bei einer Laufzeit von sieben Jahren mit einem Zinssatz von 7,5 Prozent und einem Ausgabekurs von 99,5 Prozent ausgestattet werden (Rendite: 7,59 Prozent). Die Anleihe wird von einem internationalen Konsortium unter Federführung der Westdeutschen Landesbank übernommen. Die Republik Österreich begibt über ein internationales Bankenkonsortium unter der Federführung der Deutschen Bank AG eine 300-Millionen-DM-Anleihe. Der Zinssatz der Anleihe mit einer Festlaufzeit von sieben Jahren beträgt sieben Prozent. Der Emissionskurs ist 100 Prozent.

Neue Kassenobligationen

Frankfurt (cd.) - Der Bund bietet im Ausschreibungsverfahren Kassenobligationen mit dreijähriger Laufzeit (Nominalzins 6,375 Prozent) und vierjähriger Laufzeit (Nominalzins 6,625 Prozent) an, für Zeichnungen über 5000 DM oder einem Vielfachen davon, die bis heute um 11 Uhr bei den Landeszentralbanken eingereicht werden müssen.

Musikmesse in Frankfurt

Frankfurt (dpa/VWD) - Zur internationalen Musikmesse vom 9. bis zum 13. Februar in Frankfurt werden etwa 750 Aussteller aus 32 Ländern erwartet. Nach einem Bericht der Messe Frankfurt GmbH werden die neuesten Angebote an Musikinstrumenten, Orchesterelektronik, Musikzubehör und Musikalien gezeigt. Dem Thema Musik und Computer sei eine eigene Sonderschau gewidmet.

Finanzierung gesichert

Frankfurt (cd.) - Die Finanzierung des deutschen Bauunternehmens der Sierentfertigung des Airbus ist langfristig durch die Verlängerung eines 2,4-Mrd.-DM-Konsortialkredits bis 1986 sichergestellt, der von 50 inländischen Banken gegeben wird.

Constructa vorverlegt

Hannover (dpa/VWD) - Die alle vier Jahre stattfindende Internationale Bau-Fachmesse Constructa in Hannover ist um eine Woche auf den 12. bis 19. Februar 1988 vorverlegt worden. Dies teilte die Messe AG Hannover mit.

AGRARPOLITIK / Heereman fordert von Brüssel positive Signale für die Bauern

„Preispolitik darf nicht untergehen“

HANS-J. MÄHNKE, Bonn „Eine Nullrunde bei den Brüsseler Preisbeschlüssen darf es in diesem Jahr nicht geben“, sonst, so der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman, in einem Gespräch mit der WELT, werde die Unruhe unter den Landwirten noch wachsen. Es müßten wieder „positive Signale“ gesetzt werden, um den Bauern ihre Zukunftsnähe zu nehmen.

Die Preisbeschlüsse des vergangenen Jahres hätten „Wunden geschlagen, die noch nicht verheilt sind“. Die Einkommen der Landwirte sind im am 30. Juni abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1983/84 nach seiner Analyse um 14 bis 16 Prozent gesunken. „Wie solide wir gerechnet haben, zeigt sich daran, daß im Ernährungsministerium der Rückgang auf 18 bis 20 Prozent veranschlagt wird“, betonte Heereman im Vorfeld der „Internationalen Grünen Woche“, die am Frei-

tag ihre Tore öffnet. Trotz der guten Ernte 1984 rechnet er für das laufende Wirtschaftsjahr nur mit einer leichten Verbesserung um „wenige“ Prozente.

Mit einer präzisen Forderung für die Preisrunde hält sich der Bauern-Präsident zurück. Er erwähnt zwar die Forderung des europäischen Dachverbandes nach einer Aufbesserung um sieben bis acht Prozent. Zugleich weist er jedoch darauf hin, daß auch die Besonderheiten jedes Landes, vor allem die unterschiedlichen Inflationsraten, berücksichtigt werden müßten. Mehr als die Inflationsrate müßte herauskommen.

Eine Milchquotenregelung sei ohne höhere Preise nicht durchführbar. Die Senkung der Getreidepreise, die von den Landwirtschaftsministern bereits 1981 für den Fall einer solchen Superernte wie 1984 beschlossen worden war, lehnt er kategorisch ab. Allerdings sieht er die Notwendigkeit, zu einem besseren Marktgleich-

gewicht zu kommen. Ein Vorschlag: die Förderung der Alternativproduktion.

Ausgleichsmaßnahmen der Bundesregierung wie die Anhebung der Mehrwertsteuerpauschale von acht auf 13 Prozent, höhere Zuschüsse im sozialen Bereich und die aufgestockte Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete hätten ein Sinken der Einkommen verhindert. Für Heereman stehe jedoch fest, „die Preispolitik muß vom bleiben“. Wenn die Marktgleichgewichte wiederhergestellt seien, müßten die Preise kostenorientiert angehoben werden. Staatliche Hilfen sollten nur flankierend in den Bereichen eingesetzt werden, „wo das Klassenziel nicht erreicht werden kann“. Eine Renationalisierung der Agrarpolitik würde zu einer Schwächung der europäischen Integration führen. „Die Preispolitik darf nicht untergehen“, so die Forderung Heeremans.



LINOTYPE / Übernahmeangebot an Stempel-Aktionäre

Engere Zusammenarbeit

INGE ADHAM, Frankfurt
Mit einem Übernahmeangebot an die freien Aktionäre der D. Stempel AG, Frankfurt, kommt heute die Mergenthaler Linotype GmbH, Eschborn, die seit Jahren gut 60 Prozent des Stempel-Grundkapitals (8,04 Mill. DM) hält: Linotype bietet 220 DM je 50-DM-Aktie. Das Angebot mit der Bedingung, daß mindestens 20 Prozent der freien Aktionäre annehmen, gilt einen Monat. Die Aktien der Stempel AG, die zuletzt 4 DM Dividende gezahlt hatte, waren vor der

Suchen Sie Fach- und Führungskräfte der Elektronik/EDV-Branche? In der WELT erscheinen am 2. Februar... Sonderseiten mit einer Vielzahl von Stellenangeboten... Anzeigenschluß ist am 30. Januar 1985.

Kursaussetzung am Freitag mit 174 DM notiert worden (Kurs gestern 219 DM). Linotype, der größte europäische Hersteller von Fotosatzmaschinen und EDV-Systemen für die grafische Industrie, arbeitet seit gut 80 Jahren mit der Stempel AG, einst größte Schriftgießerei der Welt, zusammen. Nach dem Vorrücken des Fotosatzes

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: ASAS-Immobilien GmbH, Aschaffenburg: Aviation Supplies Handelsenges. mbH, Mittenberg OT Malsbühl: Augsburg: l. Martin Arnold 2. Klaus Michael Schöneck: Bielefeld: Rixe & Co. GmbH, Fahrrad- u. Motorrad-Fabrikant, Detmold: Friedel Ackermann GmbH & Co. KG, Lügde-Rieschenau: Ackermeier Verwaltungsges. mbH, Lügde-Rieschenau: Daven: Bauunternehmung Zimmer GmbH u. Co. KG, Niederzier, Frankfurt/Main: Nachl. d. Kurt Alfred Kleiner, Backmeister: Gelsenkirchen: CPA Computer-Anwendungen GmbH, Haltern i. B.-ford: Thermo Bau GmbH, Kirchziergen 1: Nordlügen, Bonauwörth: Friedrich Hager jun., Zimmermeister, Hürnheim: Ferdinand Grimm, Schreinermeister, Wallerstein, Inh. d. Holz Grimm, Marktköfing: Nordstedt: Otto Edmund Beutler, Kaufm., Rotenburg a. d. F.: Georg Sandrock, Inh. Rolf Sandrock, Ziegeleiwerk, Altheim-Baumberg: Stuttgart: KF Konservenfleisch Import- u. Vertriebs GmbH, Nürtingen: Nachl. d. Andreas Höller, Wermst Guske u. Jäger, Inh. Paul Jäger, Altheim. Konkurs beantragt: Mainz: Käjg, Kahlmöbelfabrik u. Apparaturbau GmbH, Heidesheim-Ullersborn. Anzeiger-Konkurs eröffnet: Detmold: Richard Koch KG (Möbelfabrik), Oerlinghausen: Frankfurt: AIG Ges. f. Ingenieurleistungen mbH; Hagen a): Autohaus Schilberg GmbH & Co. KG, b) Walter GmbH. Vergleich beantragt: Hiseboch: Maren Löffler Laden GmbH, Kellenhusen: Osterholz Scharnebeck: KG L. Christian Schmidt-Prestin GmbH & Co., Warburg: Ing. Gerd Erwin Stelzer.

FREUDENBERG / Gruppenumsatz ist auf drei Milliarden Mark gestiegen - Dem Sog der Nachfrage gefolgt

Investitionstempo wird deutlich beschleunigt

WERNER NETZEL, Stuttgart
„Wir empfinden es als heilsamen Zwang, keinen Geldhahn anzupfen zu müssen. Vorläufig können wir mit der Haftung noch gut schlafen.“ Mit einem Schuß Selbstironie formulierte Reinhard Freudenberg, persönlich haftender Gesellschafter der Firma Carl Freudenberg, Weinheim/Bergstraße, vor dem Stuttgarter Wirtschaftspresse-Club eine der unternehmerischen Leitlinien dieser aus einer großen Ledergerberei hervorgegangenen und inzwischen breit diversifizierten (z. B. Kunstleder) Unternehmensgruppe. Unter Hinweis auf die relativ hohe Eigenkapitalquote von 36 bis 37 Prozent (per Ende 1984), der noch elf Prozent Pensionsrückstellungen hinzu zu rechnen seien, argumentierten Reinhard Freudenberg und seine persönlich haftenden Gesellschafter-Kollegen Hermann Freudenberg und Siegfried Hinz, man sehe keine Notwendigkeit für einen Schritt an die Börse. Bisher habe man alle Investitionen mit Eigenmitteln finanzieren können. Zur Zeit ist Freudenberg dabei,

den Sog der Nachfrage gefolgt. Berücksichtigt dabei sind nicht die Freudenberg-Aktivitäten in Japan, wo Minderheitsbeteiligungen an zwei Gesellschaften bestehen, die auf zusammen umgerechnet 1,5 Mrd. DM Umsatz kommen. Für die Entwicklung von Umsatz und Ertrag der Freudenberg-Gruppe 1985 zeichne sich, wie es heißt, eine positive Entwicklung ab. Schon im vergangenen Jahr sei der Ertrag besser ausgefallen als im Jahr davor. Genauere Angaben hierzu waren nicht zu entlocken. Immerhin bereitete das Unternehmen für 1984 erstmals die Veröffentlichung einer Weltbilanz (allerdings ohne G + V) vor. Für Forschung und Entwicklung wende man zwischen vier und fünf Umsatzprozente auf. Die Firmengruppe zählt im Inland rund 13 000 und im Ausland etwa 9000 Mitarbeiter. Die Beschäftigtenzahl tendiert im laufenden Jahr eher leicht nach oben. Das 1849 gegründete Unternehmen, einstmalig größte europäische Gerberei, hat sich - ausgehend von

Horst Münzner wird 60 Jahre



Seinen 60. Geburtstag feiert heute Horst Münzner, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Volkswagenwerk AG. Der gebürtige Sachse war nach Kriegsende in der Schiffbauindustrie tätig, bevor er 1963 als Leiter des Einkaufsbereichs Betriebsmittel nach Wolfsburg kam. Im VW-Vorstand, dem er seit 1969 angehört, ist Münzner für das Ressort Einkauf und Logistik zuständig. Im Unternehmen gilt der passionierte Bergsteiger als harter Arbeiter.

NAMEN

Gerhard Beier, Vorstandsvorsitzender der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft AG, Bremen/Bremerhaven, wird am 23. Januar 65 Jahre und tritt Ende 1985 in den Ruhestand. Hans-Joachim König, Alleingesellschafter der Letron GmbH, Aschaffenburg, eine hundertprozentige Herberich-Tochter, vollendet am 23. Januar das 60. Lebensjahr. Eberhard Paech, Hauptgesellschafter von Paech GmbH Brot und Backwaren, Berlin, feiert am 23. Januar das 75. Geburtstag. Dr. Bernhard Schlegelstadl, bisher Sprecher der Geschäftsführung TGW Thyssen Getriebe- und Kupplungswerke GmbH, trat am 1. Januar 1985 als Partner in die Colonia Management & Personal-Beratung GmbH, Köln, ein. Martin Gröbl, bisher Leiter des Geschäftsbereichs Schwäbisch-Gmünd der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG, wurde zum alleinigen Vorstand der Lemförder Metallwaren AG bestellt. Dr. Jürgen Ulderrup, bis zum 31. Dezember 1984 Vorstand der Gesellschaft, ist in den Aufsichtsrat der Lemförder Metallwaren AG berufen und zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates gewählt worden. Klaus Friedrich (49), bis Ende 1984 Bergwerksdirektor der Preußenelektra, ist am 1. Januar 1985 als Vorstandsmitglied in die Unternehmensleitung der Braunschweigische Kohlen-Bergwerke AG (BKB), Helmstedt, eingetreten. Er wird den Aufgabenbereich von Bergwerksdirektor Helmut von Umrath (65) nach dessen Ausscheiden aus dem aktiven Dienst am 1. Mai 1985 übernehmen. Hans J. Schüttlöfel (45) ist als Vorsitzender der Geschäftsleitung für die Gesellschaften Burroughs Deutschland GmbH, Eschborn und Burroughs Datenverarbeitung Ges. m. b. H., Wien, eingetreten. Winfried Hoffmann, bisheriger Geschäftsführer, verläßt Burroughs im gegenseitigen Einvernehmen. Italo Morgera wurde zum Bezirksdirektor für Mittel- und Osteuropa, Frankfurt, der Alitalia ernannt. Er löst Dr. Enzo Cardinale ab, der in die Bezirksdirektion für Mittel- und Südamerika nach Rio de Janeiro überwechselte. Dr. Gerd Müller-van Isem (38) hat zum Jahresbeginn 1985 die Geschäftsführung der Industrievereinigung Gartenbedarf IVG, Düsseldorf, übernommen. Dr. Heinz Gentz, Mitglied des Vorstands der Vebe AG, wurde zum Vorsitzenden der Aufsichtsräte der Vebe Wohnstätten AG, Bochum, und der Westdeutschen Wohnhäuser AG, Düsseldorf, gewählt. Er ist Nachfolger von Hermann Russe. Bernd Gerken, bisher bei der Deutsche BP AG tätig, übernahm zum 1. Januar den Vorstandsvorsitz bei der Thyssen Brennkraft GmbH, Duisburg. Peter Wiede wurde zum Mitglied der Geschäftsführung der Thyssen Rhein Stahl Technik GmbH, Düsseldorf, bestellt.

FRANKREICH / Löhne geringer als Preise gestiegen

Ertragslage wieder besser

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die Stabilisierungspolitik der sozialistischen Regierung hat der französischen Wirtschaft erlaubt, ihre finanzielle Lage fähiger zu verbessern, stellt das Nationalinstitut für Statistik (INSEE) fest. Ende letzten Jahres hätten die Industrieunternehmen aller Größenordnungen mit Ausnahme der Stahl- und Automobilindustrie insoweit ihren Status von Anfang 1980 wiedererlangt. Er hatte sich auf Grund der steuerlichen und sozialen Unternehmensbelastungen unter Präsident Mitterrands ersten Regierungsmonaten verschlechtert. Besonders große Fortschritte waren nach Angaben des INSEE im zweiten Halbjahr 1984 erzielt worden. Trotz der schwachen Binnenkonjunktur konnten dank verstärkter Exporte und des hinter der Inflation zurückgebliebenen Lohnkostenniveaus durchweg höhere Erträge (geringere Verluste) verbucht werden. Dies erlaubte den meisten Unternehmen, ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten zu reduzieren. Obwohl sich im letzten Jahr die Investitionstätigkeit der französi-

US-THINK-TANKS

Steuerreform hat Vorrang

H.A. SIEBERT, Washington
In einer ersten gemeinsamen Studie kommen die amerikanischen „Think Tanks“ zu dem Schluss, daß Präsident Ronald Reagan in seiner zweiten Amtszeit der Reform des Steuersystems Vorrang einräumen muß. Die Konzentration auf den Abbau der Haushaltsdefizite sei politisch falsch, da sich dadurch die notwendigen Fiskalkorrekturen nicht erreichen ließen. Die wichtigsten Forschungsinstitute gehen davon aus, daß sich der Kongreß niemals auf ausreichende Ausgabenbeschränkungen einigen wird. Vielmehr läßt sich die gigantische Einnahmehürde nur durch steuerliche Eingriffe schließen.

Risikokapital für bayerische Firmen

Eine Venture-Capital-Gesellschaft für Bayern haben zehn bayerische Banken und zwei Versicherungen gegründet. Die „Bayerische Wagnisbeteiligungsgesellschaft mbH“, München, ausgestattet mit einem Eigenkapital von 16 Mill. DM, soll die Entwicklung und Vermarktung neuer Technologien und Innovationen nur bei in Bayern ansässigen mittelständischen Unternehmen fördern. Im Einzelfall soll eine Beteiligung an solchen Firmen zunächst 1 Mill. DM nicht übersteigen. Der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann, auf dessen Initiative diese Gründung zurückgeht, erwartet von der Tätigkeit der Gesellschaft weitere Impulse für die Innovationsfähigkeit im Freistaat. Gesellschafter der Wagnisbeteiligung, die mit einem Stammkapital von 9 Mill. DM ausgestattet wurde, sind die Bayerische Hypothek- und Wechselbank, Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, Bayerische Landesbank, Bayerische Raiffeisen-Zentralbank, Bayerische Volksbank, Bayerische Volksbanken, Merck Finck & Co., Bankhaus Reuschel, Bankhaus Carl Schmidt, First Thurn und Taxis Bank, Bayerischer Versicherungsverband und die Bayern-Versicherung.

Karstadt durch Töchter belastet

Der größte deutsche Warenhauskonzern, die Karstadt AG, Essen, konnte 1984 das gute Vorjahresergebnis nicht erreichen. Die gedämpfte Geschäftsentwicklung habe sich erst kurz vor Weihnachten belebt, erklärte das Unternehmen. Außerdem hätten die zum Konzern gehörenden Firmen NUR Touristic GmbH und Neckermann Versand AG Sonderbelastungen verursacht. Der Umsatz des Konzerns (ohne Reisegeschäft) ging 1984 den Angaben zufolge um 2,9 Prozent auf 9,1 Mrd. DM zurück. Die Reisebüro kamen auf einen Umsatz von 413,1 Mill. DM (plus 10 Prozent). Die Verkaufsfläche der AG in insgesamt 163 Häusern blieb mit rund 1,3 Mill. Quadratmeter fast unverändert. Die Zahl der Mitarbeiter ging - auf volle Arbeitszeit umgerechnet - um 1500 auf 53 880 zurück. Der Umsatz der NUR Touristic GmbH verringerte sich im Geschäftsjahr 1983/84 (31. Oktober) um 2 Prozent auf 1,1 Mrd. DM, während die Zahl der Buchungen um 0,8 Prozent auf rund 913 000 sank. Die Neckermann Versand AG setzte einschließlich Mehrwertsteuer mit 1,6 Mrd. DM 0,4 Prozent weniger um als 1983. Flächenbereinigt habe sich jedoch noch ein Plus von 0,6 Prozent ergeben.

HANDEL / Institut für Selbstbedienung: Die Zahl der Cash-und-Carry-Märkte sinkt

Deutliches Nord-Süd-Gefälle

HANNA GIESKES, Bonn
Die Konzentrationswelle, die derzeit durch den Einzelhandel geht, hat den Cash-und-Carry-Größhandel schon vor Jahren erfasst. Eine Untersuchung des Instituts für Selbstbedienung (ISB), Köln, bestätigt, daß die Zahl der C+C-Märkte in der Bundesrepublik deutlich kleiner wird, während die durchschnittliche Verkaufsfläche immer weiter ansteigt. Rund 350 Selbstbedienungs-Großhandelsmärkte zählten die ISB-Forscher im Sommer 1984 in der Bundesrepublik Deutschland; im Jahr 1972 waren es rund 700 Märkte. Die durchschnittliche Verkaufsfläche sei von 3012 Quadratmeter im Jahr 1972 auf inzwischen 4355 Quadratmeter gestiegen, heißt es weiter. Die Forscher ziehen Parallelen zur Entwicklung im Einzelhandel: So nehme auch dort die Zahl der Selbstbedienungs- und Einzelhandelsmärkte bei steigender Verkaufsfläche ab, aber im C+C-Bereich ist diese Tendenz deutlich ausgeprägter. Unterschiede ergäben sich allerdings bei der Entwicklung der Gesamtverkaufsfläche; im Großhandel gehe sie leicht zurück, während der SB-Einzelhandel vermutlich sein Maximum erreicht hat. Die Cash-und-Carry-Landschaft ist durch ein deutliches Nord-Süd-Gefälle geprägt, heißt es weiter. Nach Ermittlungen der Kölner Forscher gibt es die meisten Betriebe in Bayern (86), aber es sind auch die kleinsten. Die größten Märkte existieren in Nordrhein-Westfalen, wo Objekte von 10 000 Quadratmeter und mehr keine Seltenheit sind: Sie allein stellen 55 Prozent der C+C-Verkaufsfläche. In Baden-Württemberg fällt der Anteil der Verkaufsgiganten auf unter 21 Prozent ab; hier liegen die bescheideneren Objekte - 3000 bis 4999 Quadratmeter - deutlich vorn. In Bayern sind die Betriebe bis zu 2000 Quadratmeter am erfolgreichsten. In Berlin hingegen gibt es nur drei „Riesen“: einen mit einer Fläche von knapp 8000 Quadratmeter, die beiden anderen mit jeweils über 10 000. Schwerpunkt in den Umsatzlösungen der Selbstbedienungs-Großhandlung bilden die Lebensmittel; ihr Umsatzanteil liegt in Märkten bis zu 5000 Quadratmeter bei 84 Prozent. In größeren Märkten sinkt er bis auf 50 Prozent. Die Kölner Forscher haben sich sogar mit der Größe der Parkplätze beschäftigt und herausgefunden, daß sehr kleine Märkte je 100 Quadratmeter Verkaufsfläche durchschnittlich 4,7 Parkplätze bereitstellen, während diese Ziffer in größeren Betrieben auf 3,2 sinkt. Cash- und Carry-Märkte können wegen ihrer Großhandelseigenschaft außerhalb der gesetzlichen Ladenöffnungszeiten verkaufen, und sie können die Ware zum Nettopreis ohne Mehrwertsteuer auszeichnen. Von den Einzelhandelsverbänden wird ihnen immer wieder vorgehalten, daß sie ihre Kunden nicht sorgfältig kontrollierten und in großem Maße an Endverbraucher verkaufen. Aus diesem Grund wird zur Zeit die Behandlung der neuen Preisangaben-Verordnung im Bundesrat verzögert. Sollten die mittelstandsorientierten Handelsverbände den C+C-Betrieben ihre Großhandelseigenschaft erfolgreich abschreiben, dann vergrößert sich der Kapazitätsüberhang im deutschen Einzelhandel auf einen Schlag um 1,5 Millionen Quadratmeter.

CDs - Insured Certificates of Deposit
CDs mit Versicherungsschutz: eine flexible Anlage mit hoher Verzinsung
Die durch das Merrill Lynch-Programm offerierten „Versicherten CDs“ bieten
● hohe Renditen ● Liquidität, da Merrill Lynch einen aktiven Sekundärmarkt unterhält
● Sicherheit durch US-Federal Agencies Versicherung
Laufzeit und Renditen\*
6 Monate = 9% 1 Jahr = 9,90% 3 Jahre = 10,80%
\* Berechnet nach den Kursen vom 28.12.1984
„Versicherte CDs“ von Merrill Lynch sind ein vielseitiges Geldmarktinstrument, herausgegeben von US-Geschäftsbanken und Spar- und Darlehenskassen. Sowohl der Nominalbetrag als auch die Zinsen sind bis zu einem Betrag von US-\$ 100.000 je Institution und Käufer durch die der US-Regierung unterstehenden Federal Deposit Insurance Corp. (FDIC) und Federal Savings and Loan Insurance Corp. (FSLIC) versichert. Mit „versicherten CDs“ erhält der Anleger wettbewerbsfähige Renditen, kurz- bis mittelfristige Laufzeiten und die Möglichkeit vorzeitiger Einlösung durch den reggen Merrill-Lynch-Sekundärmarkt. Die Mindestrückelung innerhalb dieses Merrill Lynch-Programms beträgt \$1.000, die sofort voll verzinst werden, da für die Käufer keine zusätzlichen Provisionen anfallen. Verlangen Sie von Merrill Lynch weitere Informationen über das Programm „Versicherte CDs“ mit der attraktiven Verzinsung. CDs gibt es durch Merrill Lynch auch als Zero-Kupon-CDs mit Versicherungsschutz.
Minimum-Einlage: DM 100.000,-
Merrill Lynch
Als Investmentbank eine Institution auf dem US-Kapitalmarkt.
Wenden Sie sich für weitere Informationen an das nächstgelegene Büro des deutschen Repräsentanten Merrill Lynch AG:
4000 Düsseldorf · Karl-Amold-Platz 2 · Tel. 0211/45810
6000 Frankfurt/Main · Ulmenstraße 30 · Tel. 069/71930
2000 Hamburg 1 · Paulstraße 3 · Tel. 040/521491
1000 München 2 · Promenadeplatz 12 · Tel. 089/250560
7800 Stuttgart 1 · Kronprinzstraße 14 · Tel. 0711/22200





Table with multiple columns containing financial data, likely interest rates or bond yields, under the heading 'Bundesschatz'.

Table titled 'Renten stabilisiert' containing financial data, likely related to pension or insurance rates.

Table titled 'Wandelanleihen' containing financial data, likely related to convertible bonds.

Table titled 'Ausländische Aktien in DM' containing financial data, likely related to foreign stocks in Deutsche Marks.

Table titled 'Warenpreise - Termine' containing commodity prices and delivery terms.

Table titled 'Wolle, Fasern, Kautschuk' containing prices for wool, fibers, and rubber.

Table titled 'Zinn-Preis Penang' containing tin prices from Penang.

Table titled 'Deutsche Alu-Gießlegierungen' containing prices for German aluminum casting alloys.

Advertisement for Norbert Heberer, Chairman of the Board of Saarberg Öl und Handel GmbH.

Advertisement for Familienanzeigen und Nachrufe (Family Announcements and Notices).

Advertisement for DIE WELT newspaper, including contact information and subscription details.



# Aktien nur wenig verändert

## Es fehlten größere Kaufaufträge aus dem Ausland

DW. - Am Wochenbeginn verlief das Aktiengeschäft über lange Strecken schleppend. Nennwerte Kaufaufträge aus dem Ausland lagen nicht vor, so daß es dem Berufsband schwerfiel, die am Freitag aufgegebenen Überwachungsbestände auf der bisherigen Kursbasis zu verringern. Versicherungswerte, wie Aachen-Münchener Beteiligung und Allianz haben ihren Höhenflug nicht wieder aufgenommen. Auch die von einigen Kreditinstituten empfohlenen Bankaktien erzielten keine Kursfortschritte mehr.

Erstamlich ständel lagen dagegen die Chemikalien, sie schlossen teilweise leicht über dem Wochenstand. Wenig verändert waren die Spektren der Elektromärkte. Die Verkäufe der Gewinnmaßnahmen zu den empfindlichen Abschlag. Harpen erreichten zeitweise einen neuen Höchststand. Mit nachlassender Käufertätigkeit sanken die Salzsäuregewinnmaßnahmen zu sinkenden Notierungen ein. Der Rückgang der Einzelhandelswerte wird mit Umsatzrückgang begründet, die Unternehmen im Ruhrgebiet wegen der Smog-Alarm am Wochenende erlitten. Das erstmals gehandelte KFD-Bezugsrecht blieb mit 11,20 DM leichter unter der rechnerischen Parität.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten um 3 DM, Banning um 30 DM und Conc. Chemie um 5 DM. Deutsche

# Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Wertpapier	21.1.	18.1.	18.1.	21.1.	18.1.	18.1.	21.1.	18.1.	18.1.
AGF	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5
AGF	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5
AGF	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5

# Inlandszertifikate

Wertpapier	21.1.	18.1.	18.1.
AAR-AMV 1	12,00	12,00	12,00
AAR-AMV 2	12,00	12,00	12,00
AAR-AMV 3	12,00	12,00	12,00

Wertpapier	21.1.	18.1.	18.1.
H. Aach. M. Vert.	10,00	10,00	10,00
H. Aach. M. Vert.	10,00	10,00	10,00
H. Aach. M. Vert.	10,00	10,00	10,00

Wertpapier	21.1.	18.1.	18.1.
H. Aach. M. Vert.	10,00	10,00	10,00
H. Aach. M. Vert.	10,00	10,00	10,00
H. Aach. M. Vert.	10,00	10,00	10,00

Wertpapier	21.1.	18.1.	18.1.
H. Aach. M. Vert.	10,00	10,00	10,00
H. Aach. M. Vert.	10,00	10,00	10,00
H. Aach. M. Vert.	10,00	10,00	10,00

# DM-Anleihen

Wertpapier	21.1.	18.1.	18.1.
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50

# Freiverkehr

Wertpapier	21.1.	18.1.	18.1.
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50

# Umsätze

Wertpapier	21.1.	18.1.	18.1.
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50

# Ausland

Wertpapier	21.1.	18.1.	18.1.
General Electric	10,00	10,00	10,00
General Electric	10,00	10,00	10,00
General Electric	10,00	10,00	10,00

# Amsterdam

Wertpapier	21.1.	18.1.	18.1.
ACF Holding	10,00	10,00	10,00
ACF Holding	10,00	10,00	10,00
ACF Holding	10,00	10,00	10,00

# Madrid

Wertpapier	21.1.	18.1.	18.1.
Banco de Bilbao	10,00	10,00	10,00
Banco de Bilbao	10,00	10,00	10,00
Banco de Bilbao	10,00	10,00	10,00

# Optionshandel

Wertpapier	21.1.	18.1.	18.1.
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50

# Goldmünzen

Wertpapier	21.1.	18.1.	18.1.
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50

# Devisen und Sorten

Wertpapier	21.1.	18.1.	18.1.
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50
1,25 Anleihe 77	102,50	102,50	102,50

Goldmünzen: In Frankfurt wurden am 21. Januar folgende Goldmünzenpreise erzielt (in DM): Gieselerische Goldmünze...

Devisen und Sorten: New York 1,3160, London 1,3170, Zürich 1,3180, Amsterdam 1,3190, Paris 1,3200, Brüssel 1,3210, Frankfurt 1,3220, Bonn 1,3230, Köln 1,3240, Düsseldorf 1,3250, Essen 1,3260, Dortmund 1,3270, Bielefeld 1,3280, Münster 1,3290, Osnabrück 1,3300, Hamm 1,3310, Paderborn 1,3320, Detmold 1,3330, Bielefeld 1,3340, Münster 1,3350, Osnabrück 1,3360, Hamm 1,3370, Paderborn 1,3380, Detmold 1,3390, Bielefeld 1,3400, Münster 1,3410, Osnabrück 1,3420, Hamm 1,3430, Paderborn 1,3440, Detmold 1,3450, Bielefeld 1,3460, Münster 1,3470, Osnabrück 1,3480, Hamm 1,3490, Paderborn 1,3500, Detmold 1,3510, Bielefeld 1,3520, Münster 1,3530, Osnabrück 1,3540, Hamm 1,3550, Paderborn 1,3560, Detmold 1,3570, Bielefeld 1,3580, Münster 1,3590, Osnabrück 1,3600, Hamm 1,3610, Paderborn 1,3620, Detmold 1,3630, Bielefeld 1,3640, Münster 1,3650, Osnabrück 1,3660, Hamm 1,3670, Paderborn 1,3680, Detmold 1,3690, Bielefeld 1,3700, Münster 1,3710, Osnabrück 1,3720, Hamm 1,3730, Paderborn 1,3740, Detmold 1,3750, Bielefeld 1,3760, Münster 1,3770, Osnabrück 1,3780, Hamm 1,3790, Paderborn 1,3800, Detmold 1,3810, Bielefeld 1,3820, Münster 1,3830, Osnabrück 1,3840, Hamm 1,3850, Paderborn 1,3860, Detmold 1,3870, Bielefeld 1,3880, Münster 1,3890, Osnabrück 1,3900, Hamm 1,3910, Paderborn 1,3920, Detmold 1,3930, Bielefeld 1,3940, Münster 1,3950, Osnabrück 1,3960, Hamm 1,3970, Paderborn 1,3980, Detmold 1,3990, Bielefeld 1,4000, Münster 1,4010, Osnabrück 1,4020, Hamm 1,4030, Paderborn 1,4040, Detmold 1,4050, Bielefeld 1,4060, Münster 1,4070, Osnabrück 1,4080, Hamm 1,4090, Paderborn 1,4100, Detmold 1,4110, Bielefeld 1,4120, Münster 1,4130, Osnabrück 1,4140, Hamm 1,4150, Paderborn 1,4160, Detmold 1,4170, Bielefeld 1,4180, Münster 1,4190, Osnabrück 1,4200, Hamm 1,4210, Paderborn 1,4220, Detmold 1,4230, Bielefeld 1,4240, Münster 1,4250, Osnabrück 1,4260, Hamm 1,4270, Paderborn 1,4280, Detmold 1,4290, Bielefeld 1,4300, Münster 1,4310, Osnabrück 1,4320, Hamm 1,4330, Paderborn 1,4340, Detmold 1,4350, Bielefeld 1,4360, Münster 1,4370, Osnabrück 1,4380, Hamm 1,4390, Paderborn 1,4400, Detmold 1,4410, Bielefeld 1,4420, Münster 1,4430, Osnabrück 1,4440, Hamm 1,4450, Paderborn 1,4460, Detmold 1,4470, Bielefeld 1,4480, Münster 1,4490, Osnabrück 1,4500, Hamm 1,4510, Paderborn 1,4520, Detmold 1,4530, Bielefeld 1,4540, Münster 1,4550, Osnabrück 1,4560, Hamm 1,4570, Paderborn 1,4580, Detmold 1,4590, Bielefeld 1,4600, Münster 1,4610, Osnabrück 1,4620, Hamm 1,4630, Paderborn 1,4640, Detmold 1,4650, Bielefeld 1,4660, Münster 1,4670, Osnabrück 1,4680, Hamm 1,4690, Paderborn 1,4700, Detmold 1,4710, Bielefeld 1,4720, Münster 1,4730, Osnabrück 1,4740, Hamm 1,4750, Paderborn 1,4760, Detmold 1,4770, Bielefeld 1,4780, Münster 1,4790, Osnabrück 1,4800, Hamm 1,4810, Paderborn 1,4820, Detmold 1,4830, Bielefeld 1,4840, Münster 1,4850, Osnabrück 1,4860, Hamm 1,4870, Paderborn 1,4880, Detmold 1,4890, Bielefeld 1,4900, Münster 1,4910, Osnabrück 1,4920, Hamm 1,4930, Paderborn 1,4940, Detmold 1,4950, Bielefeld 1,4960, Münster 1,4970, Osnabrück 1,4980, Hamm 1,4990, Paderborn 1,5000, Detmold 1,5010, Bielefeld 1,5020, Münster 1,5030, Osnabrück 1,5040, Hamm 1,5050, Paderborn 1,5060, Detmold 1,5070, Bielefeld 1,5080, Münster 1,5090, Osnabrück 1,5100, Hamm 1,5110, Paderborn 1,5120, Detmold 1,5130, Bielefeld 1,5140, Münster 1,5150, Osnabrück 1,5160, Hamm 1,5170, Paderborn 1,5180, Detmold 1,5190, Bielefeld 1,5200, Münster 1,5210, Osnabrück 1,5220, Hamm 1,5230, Paderborn 1,5240, Detmold 1,5250, Bielefeld 1,5260, Münster 1,5270, Osnabrück 1,5280, Hamm 1,5290, Paderborn 1,5300, Detmold 1,5310, Bielefeld 1,5320, Münster 1,5330, Osnabrück 1,5340, Hamm 1,5350, Paderborn 1,5360, Detmold 1,5370, Bielefeld 1,5380, Münster 1,5390, Osnabrück 1,5400, Hamm 1,5410, Paderborn 1,5420, Detmold 1,5430, Bielefeld 1,5440, Münster 1,5450, Osnabrück 1,5460, Hamm 1,5470, Paderborn 1,5480, Detmold 1,5490, Bielefeld 1,5500, Münster 1,5510, Osnabrück 1,5520, Hamm 1,5530, Paderborn 1,5540, Detmold 1,5550, Bielefeld 1,5560, Münster 1,5570, Osnabrück 1,5580, Hamm 1,5590, Paderborn 1,5600, Detmold 1,5610, Bielefeld 1,5620, Münster 1,5630, Osnabrück 1,5640, Hamm 1,5650, Paderborn 1,5660, Detmold 1,5670, Bielefeld 1,5680, Münster 1,5690, Osnabrück 1,5700, Hamm 1,5710, Paderborn 1,5720, Detmold 1,5730, Bielefeld 1,5740, Münster 1,5750, Osnabrück 1,5760, Hamm 1,5770, Paderborn 1,5780, Detmold 1,5790, Bielefeld 1,5800, Münster 1,5810, Osnabrück 1,5820, Hamm 1,5830, Paderborn 1,5840, Detmold 1,5850, Bielefeld 1,5860, Münster 1,5870, Osnabrück 1,5880, Hamm 1,5890, Paderborn 1,5900, Detmold 1,5910, Bielefeld 1,5920, Münster 1,5930, Osnabrück 1,5940, Hamm 1,5950, Paderborn 1,5960, Detmold 1,5970, Bielefeld 1,5980, Münster 1,5990, Osnabrück 1,6000, Hamm 1,6010, Paderborn 1,6020, Detmold 1,6030, Bielefeld 1,6040, Münster 1,6050, Osnabrück 1,6060, Hamm 1,6070, Paderborn 1,6080, Detmold 1,6090, Bielefeld 1,6100, Münster 1,6110, Osnabrück 1,6120, Hamm 1,6130, Paderborn 1,6140, Detmold 1,6150, Bielefeld 1,6160, Münster 1,6170, Osnabrück 1,6180, Hamm 1,6190, Paderborn 1,6200, Detmold 1,6210, Bielefeld 1,6220, Münster 1,6230, Osnabrück 1,6240, Hamm 1,6250, Paderborn 1,6260, Detmold 1,6270, Bielefeld 1,6280, Münster 1,6290, Osnabrück 1,6300, Hamm 1,6310, Paderborn 1,6320, Detmold 1,6330, Bielefeld 1,6340, Münster 1,6350, Osnabrück 1,6360, Hamm 1,6370, Paderborn 1,6380, Detmold 1,6390, Bielefeld 1,6400, Münster 1,6410, Osnabrück 1,6420, Hamm 1,6430, Paderborn 1,6440, Detmold 1,6450, Bielefeld 1,6460, Münster 1,6470, Osnabrück 1,6480, Hamm 1,6490, Paderborn 1,6500, Detmold 1,6510, Bielefeld 1,6520, Münster 1,6530, Osnabrück 1,6540, Hamm 1,6550, Paderborn 1,6560, Detmold 1,6570, Bielefeld 1,6580, Münster 1,6590, Osnabrück 1,6600, Hamm 1,6610, Paderborn 1,6620, Detmold 1,6630, Bielefeld 1,6640, Münster 1,6650, Osnabrück 1,6660, Hamm 1,6670, Paderborn 1,6680, Detmold 1,6690, Bielefeld 1,6700, Münster 1,6710, Osnabrück 1,6720, Hamm 1,6730, Paderborn 1,6740, Detmold 1,6750, Bielefeld 1,6760, Münster 1,6770, Osnabrück 1,6780, Hamm 1,6790, Paderborn 1,6800, Detmold 1,6810, Bielefeld 1,6820, Münster 1,6830, Osnabrück 1,6840, Hamm 1,6850, Paderborn 1,6860, Detmold 1,6870, Bielefeld 1,6880, Münster 1,6890, Osnabrück 1,6900, Hamm 1,6910, Paderborn 1,6920, Detmold 1,6930, Bielefeld 1,6940, Münster 1,6950, Osnabrück 1,6960, Hamm 1,6970, Paderborn 1,6980, Detmold 1,6990, Bielefeld 1,7000, Münster 1,7010, Osnabrück 1,7020, Hamm 1,7030, Paderborn 1,7040, Detmold 1,7050, Bielefeld 1,7060, Münster 1,7070, Osnabrück 1,7080, Hamm 1,7090, Paderborn 1,7100, Detmold 1,7110, Bielefeld 1,7120, Münster 1,7130, Osnabrück 1,7140, Hamm 1,7150, Paderborn 1,7160, Detmold 1,7170, Bielefeld 1,7180, Münster 1,7190, Osnabrück 1,7200, Hamm 1,7210, Paderborn 1,7220, Detmold 1,7230, Bielefeld 1,7240, Münster 1,7250, Osnabrück 1,7260, Hamm 1,7270, Paderborn 1,7280, Detmold 1,7290, Bielefeld 1,7300, Münster 1,7310, Osnabrück 1,7320, Hamm 1,7330, Paderborn 1,7340, Detmold 1,7350, Bielefeld 1,7360, Münster 1,7370, Osnabrück 1,7380, Hamm 1,7390, Paderborn 1,7400, Detmold 1,7410, Bielefeld 1,7420, Münster 1,7430, Osnabrück 1,7440, Hamm 1,7450, Paderborn 1,7460, Detmold 1,7470, Bielefeld 1,7480, Münster 1,7490, Osnabrück 1,7500, Hamm 1,7510, Paderborn 1,7520, Detmold 1,7530, Bielefeld 1,7540, Münster 1,7550, Osnabrück 1,7560, Hamm 1,7570, Paderborn 1,7580, Detmold 1,7590, Bielefeld 1,7600, Münster 1,7610, Osnabrück 1,7620, Hamm 1,7630, Paderborn 1,7640, Detmold 1,7650, Bielefeld 1,7660, Münster 1,7670, Osnabrück 1,7680, Hamm 1,7690, Paderborn 1,7700, Detmold 1,7710, Bielefeld 1,7720, Münster 1,7730, Osnabrück 1,7740, Hamm 1,7750, Paderborn 1,7760, Detmold 1,7770, Bielefeld 1,7780, Münster 1,7790, Osnabrück 1,7800, Hamm 1,7810, Paderborn 1,7820, Detmold 1,7830, Bielefeld 1,7840, Münster 1,7850, Osnabrück 1,7860, Hamm 1,7870, Paderborn 1,7880, Detmold 1,7890, Bielefeld 1,7900, Münster 1,7910, Osnabrück 1,7920, Hamm 1,7930, Paderborn 1,7940, Detmold 1,7950, Bielefeld 1,7960, Münster 1,7970, Osnabrück 1,7980, Hamm 1,7990, Paderborn 1,8000, Detmold 1,8010, Bielefeld 1,8020, Münster 1,8030, Osnabrück 1,8040, Hamm 1,8050, Paderborn 1,8060, Detmold 1,8070, Bielefeld 1,8080, Münster 1,8090, Osnabrück 1,8100, Hamm 1,8110, Paderborn 1,8120, Detmold 1,8130, Bielefeld 1,8140, Münster 1,8150, Osnabrück 1,8160, Hamm 1,8170, Paderborn 1,8180, Detmold 1,8190, Bielefeld 1,8200, Münster 1,8210, Osnabrück 1,8220, Hamm 1,8230, Paderborn 1,8240, Detmold 1,8250, Bielefeld 1,8260, Münster 1,8270, Osnabrück 1,8280, Hamm 1,8290, Paderborn 1,8300, Detmold 1,8310, Bielefeld 1,8320, Münster 1,8330, Osnabrück 1,8340, Hamm 1,8350, Paderborn 1,8360, Detmold 1,8370, Bielefeld 1,8380, Münster 1,8390, Osnabrück 1,8400, Hamm 1,8410, Paderborn 1,8420, Detmold 1,8430, Bielefeld 1,8440, Münster 1,8450, Osnabrück 1,8460, Hamm 1,8470, Paderborn 1,8480, Detmold 1,8490, Bielefeld 1,8500, Münster 1,8510, Osnabrück 1,8520, Hamm 1,8530, Paderborn 1,8540, Detmold 1,8550, Bielefeld 1,8560, Münster 1,8570, Osnabrück 1,8580, Hamm 1,8590, Paderborn 1,8600, Detmold 1,8610, Bielefeld 1,8620, Münster 1,8630, Osnabrück 1,8640, Hamm 1,8650, Paderborn 1,8660, Detmold 1,8670, Bielefeld 1,8680, Münster 1,8690, Osnabrück 1,8700, Hamm 1,8710, Paderborn 1,8720, Detmold 1,8730, Bielefeld 1,8740, Münster 1,8750, Osnabrück 1,8760, Hamm 1,8770, Paderborn 1,8780, Detmold 1,8790, Bielefeld 1,8800, Münster 1,8810, Osnabrück 1,8820, Hamm 1,8830, Paderborn 1,8840, Detmold 1,8850, Bielefeld 1,8860, Münster 1,8870, Osnabrück 1,8880, Hamm 1,8890, Paderborn 1,8900, Detmold 1,8910, Bielefeld 1,8920, Münster 1,8930, Osnabrück 1,8940, Hamm 1,8950, Paderborn 1,8960, Detmold 1,8970, Bielefeld 1,8980, Münster 1,8990, Osnabrück 1,9000, Hamm 1,9010, Paderborn 1,9020, Detmold 1,9030, Bielefeld 1,9040, Münster 1,9050, Osnabrück 1,9060, Hamm 1,9070, Paderborn 1,9080, Detmold 1,9090, Bielefeld 1,9100, Münster 1,9110, Osnabrück 1,9120, Hamm 1,9130, Paderborn 1,9140, Detmold 1,9150, Bielefeld 1,9160, Münster 1,9170, Osnabrück 1,9180, Hamm 1,9190, Paderborn 1,9200, Detmold 1,9210, Bielefeld 1,9220, Münster 1,9230, Osnabrück 1,9240, Hamm 1,9250, Paderborn 1,9260, Detmold 1,9270, Bielefeld 1,9280, Münster 1,9290, Osnabrück 1,9300, Hamm 1,9310, Paderborn 1,9320, Detmold 1,9330, Bielefeld 1,9340, Münster 1,9350, Osnabrück 1,9360, Hamm 1,9370, Paderborn 1,9380, Detmold 1,9390, Bielefeld 1,9400, Münster 1,9410, Osnabrück 1,9420, Hamm 1,9430, Paderborn 1,9440, Detmold 1,9450, Bielefeld 1,9460, Münster 1,9470, Osnabrück 1,9480, Hamm 1,9490, Paderborn 1,9500, Detmold 1,9510, Bielefeld 1,9520, Münster 1,9530, Osnabrück 1,9540, Hamm 1,9550, Paderborn 1,9560, Detmold 1,9570, Bielefeld 1,9580, Münster 1,9590, Osnabrück 1,9600, Hamm 1,9610, Paderborn 1,9620, Detmold 1,9630, Bielefeld 1,9640, Münster 1,9650, Osnabrück 1,9660, Hamm 1,9670, Paderborn 1,9680, Detmold 1,9690, Bielefeld 1,9700, Münster 1,9710, Osnabrück 1,9720, Hamm 1,9730, Paderborn 1,9740, Detmold 1,9750, Bielefeld 1,9760, Münster 1,9770, Osnabrück 1,9780, Hamm 1,9790, Paderborn 1,9800, Detmold 1,9810, Bielefeld 1,9820, Münster 1,9830, Osnabrück 1,9840, Hamm 1,9850, Paderborn 1,9860, Detmold 1,9870, Bielefeld 1,9880, Münster 1,9890, Osnabrück 1,9900, Hamm 1,9910, Paderborn 1,9920, Detmold 1,9930, Bielefeld 1,9940, Münster 1,9950, Osnabrück 1,9960, Hamm 1,9970, Paderborn 1,9980, Detmold 1,9990, Bielefeld 2,0000, Münster 2,0010, Osnabrück 2,0020, Hamm 2,0030, Paderborn 2,0040, Detmold 2,0050, Bielefeld 2,0060, Münster 2,0070, Osnabrück 2,0080, Hamm 2,0090, Paderborn 2,0100, Detmold 2,0110, Biele



### Ein Salon für Picasso

be. - Tom Wolfe liebt es, heilige Kühe zu schlachten. Denn er ahnt den Trend ein wenig eher als die anderen. So folgen dem ersten Protestschrei stets die Nachbeter. Nicht anders war es, als er in New York ein Blutbad unter dem Motto „Die große Wende“ ankündigte.

Mit weißen Schuhen und weißem Regenschirm war Wolfe vor sein Publikum getreten und orakelte, am Ende des Jahrhunderts werde Picassos Bedeutung der des französischen Salonmalers Adolphe Bouguereau vergleichbar sein, der zu seiner Zeit, Mitte des vorigen Jahrhunderts, hoch geschätzt war, dann aber aus der Mode kam. Tom Wolfe meint, die Jahre, da alle Welt nur darauf veressen war, den Künstlern jegliche Bürgerlichkeit auszutreiben, wären nun vorbei. Jetzt seien wieder die bürgerlichen Elemente - Realismus, Inhalt, Struktur und Form - auf dem Vormarsch.

Tom Wolfe sagte voraus, daß es im nächsten Jahrhundert in allen Museen einen großen Saal geben werde, mit dem Namen „Salon de Picasso“. Dann werde man Kunststudenten herumführen, ihnen die einst bahnbrechenden Werke des Katalanen zeigen. Die Studenten würden, wie sich's gehört, hinter vorgehaltener Hand verächtlich kichern, und ihre Lehrer würden ihnen erklären: „Die meinten es ernst. Die meinten es wirklich ernst!“

Wolfe, der manch einen Kunsthändler und Sammler mit seiner Prognose die Hoffnung auf erstklassige Investment zerstört, sieht auch in der Architektur einen neuen Trend. Man stehe an der Schwelle zu einer Rückkehr zum Theatralischen. Das neue Telefonat an der New Yorker Madison Avenue sei, so Tom Wolfe, nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil es das erste große öffentliche Gebäude seit vierzig Jahren sei, das wieder eine richtige Haustür habe.

Sollte Tom Wolfe (wieder) einmal recht haben, müssen sich diejenige beileben, die noch nicht bei Picasso angekommen sind. Sonst ist der Zug schon wieder abgefahren. Aber auch Tom Wolfe muß aufpassen. Denn offensichtlich hat er noch nicht gemerkt, daß Bouguereau - nach der großen Ausstellung in Paris - stetig an Beliebtheit gewinnt.

## Ein Führer der Schwankenden: Zum 850. Geburtstag von Moses ben Maimon erschien sein „Codex Maimuni“ als Faksimile

# Was Affen in einem Talmud-Kommentar suchen

Daß Bücher ihre Schicksale haben und die Autoren, Sammler, Sachwalter derselben auch - wird so recht an dem Faksimile des „Codex Maimuni“ aus der Kaufmann Sammlung, die jetzt von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest bewahrt wird, deutlich. Es handelt sich um eine Abschrift der „Mishne Tora“ des Rahhi Moses ben Maimon, die 1296 vollendet, in den folgenden zwei Jahrzehnten illuminiert und um 1413 mit kommentierenden Glossen versehen wurde. Vom April 1295 bis zum August 1296 hat, wie das Kolophon verrät, Nathan, Sohn des Rahhi Shim'on Ha-Levi, diese wichtige Gesetzessammlung geschrieben.

Viele Einzelheiten deuten darauf hin, daß das in Frankreich geschah. Die Marginalien wurden dann ein gutes Jahrhundert später in Köln hinzugefügt, wie sich aus einem zweiten Kolophon ablesen läßt. Der Codex gelangte bald darauf nach Italien. Das verraten vier Verkaufskontrakte aus den Jahren 1482 bis 1520 auf der letzten Seite. Außerdem finden sich auf verschiedenen Blättern italienische Zensurmarken von 1592, 1597 und 1612.

Obwohl David Kaufmann nichts über die Herkunft des Manuskripts hinterlassen hat, besteht die Vermutung, daß er es - wie ein zweites illuminiertes Manuskript der Mishne Tora - von einem Paduaner Kloster erwarb. David Kaufmann, 1852 im mährischen Kojetin geboren und 1899 in Karlsruhe gestorben, war ein ungewöhnlich vielseitiger Gelehrter. Seit 1877 lehrte er an der Landesrabbinerschule in Budapest Geschichte, Religionsphilosophie und Homiletik. Er veröffentlichte daneben wichtige Werke zur jüdischen Familien- und Gelehrtengeschichte.

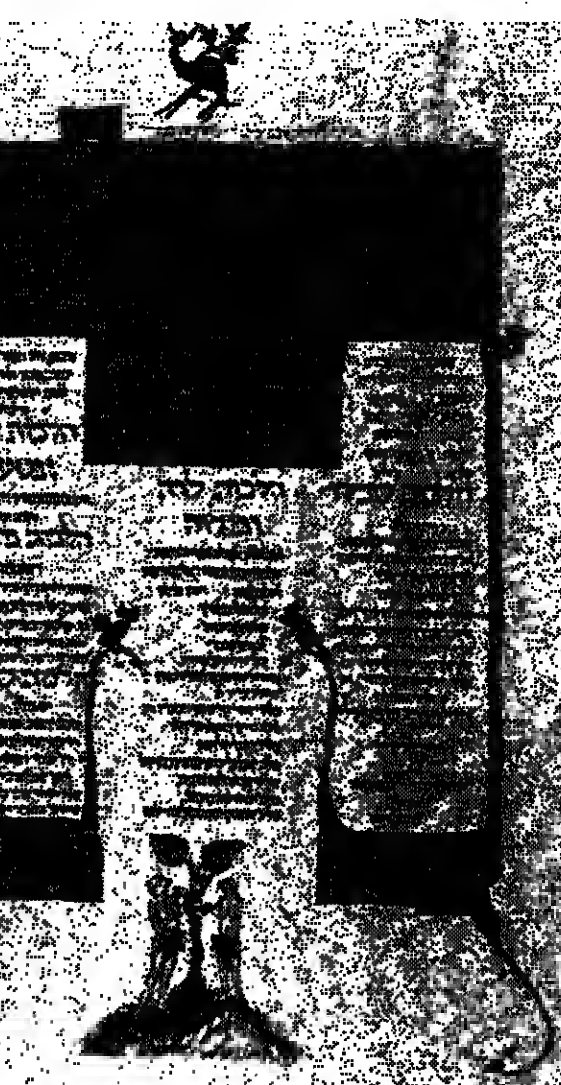
Um ist die Entdeckung der Memoiren der Glückseligen von Hameln, einer resoluten jüdischen Handelsfrau aus dem 17. Jahrhundert (s. WELT v. 21. 9. 82) zu verdanken. Und weil er sich schließlich der jüdischen Kunst zuwandte - er gründete die „Gesellschaft zur Sammlung und Bewahrung von Kunstgegenständen und historischen Denkmälern des Judentums“ in Wien - trug er eine erstaunliche Bibliothek zusammen, deren Glanzstück der jetzt faksimilierte Codex Maimuni ist.

Dieses Faksimile entstand auf Anregung von Bert W. Strassburger, einem Juden aus Arad in Rumänien, der an der Yeschiva in Budapest lernte, in Bukarest studierte, den Krieg überstand, nun als Geschäftsmann in Frankfurt lebt und der seit seiner Jugend von Maimonides fasziniert ist.

Es ist die älteste und - wie Kenner meinen - schönste illustrierte Ausgabe seiner Mishne Tora. Denn der Einleitung und den 14 Teilen des Werkes ist jeweils eine reichilluminierte Seite vorausgestellt.

In einem phantasievoll ornamentierten, blau-roten Feld stehen jeweils „Sefer“ (Buch) und die entsprechende Nummer des Buches in großen hebräischen Buchstaben, die seltsame Fabelwesen umfassen. Von diesem Feld gehen Ranken nach oben und unten aus, die in Pflanzen oder Phantasietieren enden. Sie bilden den Sockel für Szenen, die in Beziehung zu dem jeweiligen Buch stehen.

Da sieht man David und Goliath, Samson im Kampf mit dem Löwen, Adam und Eva, das Opfer Abrahams oder Moses, der den in einem Berg eingeschlossenen Israeliten die Gesetze bringt. Aber es gibt auch groteske Bilder, die sich nur schwer deuten lassen. Einen Affen, der auf einem von vielen Tierformen zusammengesetzten Fabelwesen reitet, einen Zentaur mit geschürztem Rock, die einen



Mit Adam und Eva fing alles an: Titelseite des „Buches der Gerichte“ aus dem „Codex Maimuni“

Fuchs verfolgt, der einen Hahn gestohlen hat, oder einen Mann, der mit dem Bogen auf eine Frau schießt, die ihm den nackten Hintern zeigt. Die Glossen und Marginalien sind häufig in symbolischen Formen geschrieben, als Krug, als Kette von Rhomben, als Schachbrettmuster, als heraldische Lilie. Und schließlich gibt es noch die Pläne des Tempels von Jerusalem. Die Faksimile-Ausgabe beschränkt sich auf die dekorativen Seiten, die auch dem, der den Text nicht lesen kann, eine Augenweide sind.

Darüber dürfen natürlich nicht die Bedeutung der Mishne Tora, des im

Mittelalter wohl am weitesten verbreiteten jüdischen Buches, und seines Autors, des Rambam, vergessen werden. Rabbi Moses ben Maimon wurde 1135 in Cordoba geboren. Er gehörte zu den hochgerühmten jüdischen Gelehrten, die meist nur mit den Initialen ihres Namens genannt werden. So der Raschi - Rabbi Salomon ben Isak aus Troyes, der besonders in Worms gelehrt wird - der Bescht - Rabbi Israel ben Elieser genannt Basl Schem tow, der Begründer des Chassidismus - und der Ramban - Rabbi Moses ben Nachman, ein Gegner des Rambam.

Moses ben Maimon wurde wahrscheinlich 1135, also vor 850 Jahren, in Cordoba geboren. Nach der Eroberung der Stadt durch die Almohaden 1148 mußten sich die Juden nach Ismail bekehren oder auswandern. Die Familie Maimonides zog durch Spanien, vielleicht auch Südrussland, ehe sie sich um 1160 in Fez niederließ. Doch nach fünf Jahren brach sie ins Heilige Land auf und fand schließlich in Fostat (Alt-Kairo) eine Wohnung auf Dauer.

Zuerst ernährten der Vater, der um 1165 starb, dann der jüngere Bruder David mit einem Juwelenhandel die Familie. Doch als der Bruder auf einer Reise nach Indien bei einem Schiffsuntergang um 1170 ums Leben kam, mußte Moses ben Maimon, der bis dahin nur studiert hatte, einen Beruf ergreifen. Da er sich neben

Naturwissenschaften, Mathematik und Logik auch intensiv mit Medizin beschäftigte, begann er eine ärztliche Praxis. Sie war so erfolgreich, daß Maimonides 1185 zum Leibarzt von Sultan Saladin und seinem Sohn und Nachfolger Alafal ernannt wurde.

Unter den Werken des Moses ben Maimon ragen drei besonders heraus. Zuerst der Mische-Kommentar, der zwischen 1185 und 1175 entstand, dann die Mishne Tora und schließlich More' newuchim, der „Führer der Schwankenden“, ein schwieriges philosophisches Werk, nur für einen Mann unter zehntausend verständlich, wie er selbst einmal schrieb, ein Buch, das Albertus Magnus, Thomas von Aquin, Duns Scotus, Leibniz und Spinoza beeinflusste.

Die Mishne Tora, das einzige Werk, das der Rambam, der sonst arabisch schrieb, in Hebräisch verfaßte, ist eine Kompilation der Regeln und Gesetze des Talmud nach Sachgruppen. Sie sollte denen, die nicht den Talmud in allen Einzelheiten studieren konnten, bei richterlichen und rituellen Entscheidungen helfen. Das erste Buch, das „Buch der Erkenntnis“, handelt von der Einheit Gottes und dem Götzendienst, das dritte ist das „Buch der Festzeiten“, das vierte das „Buch der Frauen“ (über die Ehe, die Scheidung, die Leviratshehe), das dreizehnte das „Buch der Gerichtsbarkeit“ usw. Dabei geht es immer um klare Regeln und Entscheidungen, also nicht um Ausdeutungen und Auslegungen.

Maimonides galt unter den sephardischen Juden als unbestrittene Autorität, während unter den Aschkenasim - vor allem nach seinem Tode 1204 - Widerspruch laut wurde. Aber das hat seine Wirkung nicht wesentlich beeinträchtigt. Davon zeugen nicht zuletzt die Sorgfalt, mit der seine Werke abgeschrieben, und die Mühe, die auf ihre Ausschmückung - wie die vorzüglich reproduzierten Tafeln in dem großformatigen Faksimile zeigen - verwendet wurde. Denn Rabbi Moses ben Maimon lehrte bereits vor 800 Jahren, was einer modernen, wissenschaftsorientierten Zeit gemäß ist: „Der Verstand ist der Träger des Glaubens.“ PETER DITTMAR

„Codex Maimuni“, Moses Maimonides, Code of Law, ed. Cassirer/Heilbrunn/Strassburger, 176 S., 88 Abb., 390 Mark, Vertice/Strassburger & Co., Rossetstr. 2, 6009 Frankfurt/Main.

### JOURNAL

#### Große Kollwitz-Sammlung wird in Köln aufgebaut

dpa, Köln  
Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich die Kölner Kreissparkasse eine der nach Umfang und Qualität größten internationalen Sammlungen von Arbeiten der Künstlerin Käthe Kollwitz (1867-1945) aufgebaut, die vom 22. April an erstmals vorgestellt werden soll. Die Sammlung - sie umfaßt fast 100 Handzeichnungen, 15 Bronzeplastiken sowie etwa 60 Graphiken - wird voraussichtlich von Anfang 1986 an in der Sparkassenverwaltung am Kölner Neumarkt einen permanenten Ausstellungsplatz erhalten.

#### Proteste gegen israelische Beteiligung an Buchmesse

dpa, Kairo  
Aus Protest gegen eine israelische Teilnahme an der 17. Kairoer Buchmesse, die heute beginnt, boykottieren mehr als 20 ägyptische Verlagshäuser die Messe und bereiten eine eigene Ausstellung vor. Israel ist erstmals seit zwei Jahren wieder auf der größten Buchmesse des Nahen Ostens vertreten; zu der sich 120 Verlage aus 48 Ländern angemeldet haben. Im Vorjahr hatten die Veranstalter Israel eine Beteiligung wegen angeblicher Überschneidung der Anmeldefrist verweigert.

#### Geschichts-Atlas für Hessen jetzt komplett

vm, Marburg  
Ein für die Geschichte des Landes Hessen wichtiges Sammelwerk, der „Text- und Erläuterungsband zum Geschichtlichen Atlas von Hessen“, ist jetzt komplett. Von 1960 bis 1978 erschienen in zwölf Lieferungen 79 großformatige und mehrfarbige Karten zur politischen und administrativen Geschichte, der Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung, der Kirchen- und Rechtsgeschichte sowie der Wirtschafts- und Sozialentwicklung, der Volkskunde, der Sprachwissenschaft und der Namenskunde. Dazu kam nun ein Handbuch (336 S., 85 Mark) mit den wissenschaftlichen Kommentaren heraus.

#### Londoner Kulturbetriebe von der Pleite bedroht

dpa, London  
Die Zukunft von rund 400 Londoner Kulturbetrieben könnte in Gefahr geraten, wenn der Stadtrat von Groß-London ihnen, wie angekündigt, die bisherigen Subventionen entzieht. Wie der Vorsitzende des Kulturausschusses im Groß-Londoner Stadtrat, Peter Pitt, sagte, werden die Folgen der Einsparungen wahrscheinlich „katastrophal für den Kulturbereich“ sein. Laut Pitt muß der Stadtrat im kommenden Finanzjahr 1985/86 bis zu 20 Millionen Pfund (73 Millionen Mark) einsparen, so daß eine Streichung sämtlicher Subventionen durchaus wahrscheinlich sei.

#### Zum dritten Mal Schülerfilm-Festival

dpa, Hannover  
Filme, die von Jugendlichen in eigener Regie gedreht wurden, werden beim „Dritten hundesweiten Schülerfilm-Festival“ vom 24. bis zum 27. Januar in Hannover gezeigt. Mehr als 400 Filme und mehr als 100 Videos sind aus dem Bundesgebiet und West-Berlin an das „Büro Schülerfilm-Festival“ gesandt worden. Der ausgesetzte Video-Preis soll vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung am Medienmarkt Jugendliche antizipieren. Video nicht passiv zu konsumieren, sondern kreativ damit umzugehen.

#### Auflagenhöhe der „Prager Volkszeitung“

rst, Prag  
Nach neuesten Prager Angaben hat die deutsch erscheinende Wochenzeitschrift „Prager Volkszeitung“ zur Zeit eine Auflage von 25 000 Exemplaren. Die Zeitschrift ist - wie es in der tschechoslowakischen Hauptstadt heißt - vor allem für die „60 000 tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität“ bestimmt. Ein Teil der Auflage wird jedoch auch in die „DDR“ vertrieben. Für Besucher aus der Bundesrepublik und Leser in westeuropäischen Ländern wird die „Prager Neue Presse“ herausgegeben.

#### Eric Voegelin †

dpa, Palo Alto  
Der Politologe Professor Eric Voegelin ist an seinem amerikanischen Wohnsitz Palo Alto in Kalifornien kurz nach seinem 84. Geburtstag gestorben. Der Wissenschaftler, in Köln geboren und in Wien aufgewachsen, war 1938 in die USA emigriert und begründete nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik im Jahre 1958 das Institut für Politische Wissenschaften an der Universität München (heute Geschwister-Schoff-Institut). Bekannt geworden ist Voegelin mit seinen Werken „Die Neue Wissenschaft der Politik“ (1952) und seinem mehrbändigen Hauptwerk „Order and History“ (1956/67).

#### Theateraustausch zwischen Saarbrücken und Tiflis: Brecht und Tolstoi

### Wenn ein Pferd einmal nachdenkt

Angenehm ist das Pferd des Menschen klügster vierbeiniger Genosse. Warum sollte also ein solches Tier nicht auf seinen Gedanken kommen, einmal über seinen merkwürdigen Herrn nachzudenken? Was dabei herauskommen könnte, hat Leo Tolstoi in seiner Novelle „Der Leinwandmesser“ aufs trefflichste dargestellt: Der Mensch ist ein ziemlich mieses Stück Schöpfung, lautet die Quintessenz.

Erstaunlicherweise scheint dieses Thema sowjetische Theaterregisseure besonders zu faszinieren. Vor vier Jahren gastierten die Leningrader mit einer Dramatisierung der Tolstoi-Novelle in Hamburg, und jetzt inszenierte der georgische Regisseur Alexander Mrevilshvili seine eigene Bearbeitung auf der Bühne des Saarländischen Staatstheaters in Saarbrücken.

Der seltene Fall, daß sich in Deutschland auch einmal ein Regisseur vorstellt, der nicht aus den Metropolen Moskau oder Leningrad kommt, sondern aus dem südlichen Tbilissi (Tiflis), ist in der Städtepartnerschaft zwischen Saarbrücken und der Hauptstadt der Sowjetrepublik Georgien begründet. Lothar Trautmann, der Theaterchef aus Saarbrücken, hat im vergangenen November in Tiflis Bert Brechts „Leben des Galilei“, von Mrevilshvili ins Georgische übersetzt, inszeniert. Im Gegenzug kam nun der Leiter des dortigen Metchi-Theaters in die Bundesrepublik.

Das Ergebnis ist durchaus des Anschauens wert. Alexander Mrevilshvili stellt sich als Regisseur ganz eigener Prägung vor. Sein Theater - so fern man das aus einer einzelnen Inszenierung überhaupt ablesen kann - zielt nicht so sehr auf psychologische Charakterisierung, sondern läuft als illustrierender Bilderbogen gleichsam parallel neben dem Text her. Das hat in diesem Fall zwei unbestreitbare Vorzüge. Erstens bleibt Tolstois Text weitgehend unangestastet. Und zweitens gewinnt das Geschehen eine Eigendynamik, mit deren Hilfe die beklemmende Klar wird, wie weit Handeln und Reflexion auseinanderfallen können.

Die Geschichte des Pferdes Leinwandmesser (so genannt wegen seiner präzisen Schrittlänge), das als Außenseiter nie zur Realisierung seiner eigenen Fähigkeiten kommt, sondern immer das wehrlose Opfer menschlicher Vorurteile und Launen bleibt - diese Geschichte wird in der

Interpretation des georgischen Regisseurs zu einer Tragödie der sprachlosen Kreatur. Selbst wenn dieses Pferd spricht, ist es stumm. Die Sprache teilt sich nicht mit, sie bleibt Monolog.

Daß dies in Saarbrücken so trefflich gelang, ist neben dem Regisseur wohl auch der außergewöhnlichen darstellerischen Leistung von Egon Reimers in der Rolle des Pferdes zu danken. Reimers schaffte es mühelos, das kreatürliche Leiden einerseits, das Staunen, die Güte und das Verstehen andererseits so bruchlos miteinander zu vereinen, daß die Tragödie ein Gesicht bekam: ein trauriges, liebevolles Pferdgesicht, in dem gerade das moralische Versagen der Menschen seine schärfste Anklage fand.

Zwischen den einfachen Holzbalken eines Pferdestalles (das Bühnenbild stammt ebenfalls aus Georgien, nämlich von Michail Tschawtschawadse) wurde die Menschenwelt zur Zirkusarena, in der das Opfer über seine Peiniger zu Gericht saß. Es gab einen langen, begeisterten Beifall mit vielen Bravos, für den Regisseur gleichermaßen wie für den Hauptdarsteller.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Massenet in Stuttgart: Ein hinreißender „Werther“ unter Leonard Slatkin

Als würde man auf Tristan zielen

Es ist nicht übertrieben, von einem Genuß zu sprechen, wenn es heißt, über die Premiere von Jules Massenets „Werther“ an der Stuttgarter Staatsoper zu berichten. Dieser Premierenabend entwickelte seine eigene Dynamik. Der Amerikaner Leonard Slatkin legte vom Dirigentenposten aus forsche Tempi vor und spornte das Orchester zu gewaltigen Lautstärken an, so daß einem anfangs angst und bange wurde. Man wurde hin und her gerissen zwischen der Dramatik, die der Orchestergraben schuf, und dem lyrischen Charakter des Werkes.

Doch Slatkin veredelte den Klang in der Mondscheinszene zu sphärischer Reinheit, durchdrungen von jenem feinsinnigen französischen Esprit, wie er beispielsweise in Ravels Allegro für Harfe in Reinkultur erscheint. Nell Wilson als Werther und Marilyn Schmieg als Charlotte betäubten das ganze Haus mit ihren schmerzhaften Kantilenen, bezauhernd wie Düfte aus einem Flakon der Coco Chanel.

Damit nicht genug: Slatkin griff auch noch nach den Sternen. Sänger und Orchester gerieten in einen wahren Taumel, berauschten sich an Massenets kunstfertiger Partitur. Alles schien den leidenden Werther hochlie-

ben lassen zu wollen. Marilyn Schmieg, die reizende Charlotte mit Konfektionsgröße 38, und der lockige, gutgewachsene Neil Wilson als hindend aussehender Werther waren in Hochform. Die Wechselbäder der Stimmen, aus ekstatischen Liebeskraftakten hinein in melancholische Verzweiflung, gingen spurlos an den beiden vorbei, als hätten sie Stimmänder aus superelastischem Kautschuk.

Yasuko Kozaki als Sophie, Tero Hannula, der griesisgung Albert, und Karl-Friedrich Dürr als pedantischer Amtmann standen den beiden hinreißenden Liebenden, Charlotte und Werther, in nichts nach. Die Begeisterungstürme des Publikums trieben die Darsteller zu Höchstleistungen an. Das Doping des Applaus gab die nötige Rückendeckung für einen wirklich großen Opernabend.

Dirigent Slatkin hat einen Jules Massenet entdeckt, der seinem Idol Wagner umgibt näher als seinem Lehrer Ambroise Thomas steht. Die Sforzati-Einwürfe des Orchesters domern, als trüge man einen Siegfried zu Grabe. Die Bögen im dritten und vierten Akt spannt Slatkin, als wären es englische Armbrüste, die auf Tristan gerichtet sind. Eine ün-

Die Flucht nicht ohne Knicke und Bisse überstanden: „Bildnis der Mutter Holden“ (um 1901) von Caspar David Friedrich

#### Was einst in Stettin zu sehen war: Mainz zeigt einzigartige Kunstwerke aus der Sammlung Pommern

### Nach Irrwegen konnte die Hälfte gerettet werden

Im Mittelrheinisches Landesmuseum Mainz sind rund 100 Aquarelle und Zeichnungen der Sammlung Pommern zu sehen. Das hohe Niveau dieser Ausstellung lenkt die Aufmerksamkeit auf die Sammlung Pommern überhaupt, die allgemein wenig bekannt ist und die nicht die verdiente Wertschätzung genießt. Es handelt sich um eine Stiftung des öffentlichen Rechts, bestehend aus Gemäldegalerie, Graphischer Sammlung und kulturgeschichtlichen Sammlungen, wozu auch die regional bezogene Bibliothek und ein etwa 10 000 Fotos zählendes Bildarchiv gehören. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, pommersches Kulturgut zusammenzutragen, wissenschaftlich auszuwerten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch ein Gesetz des schleswig-holsteinischen Landtags im Dezember 1966 ins Leben gerufen, fand die Stiftung Pommern vier Jahre später in dem sogenannten Rantzauhaus des Kieler Schlosses ihre würdige Unterkunft.

Im wesentlichen handelt es sich, zumal bei der Gemäldegalerie und den Zeichnungen, um die aus den Kriegswirren geretteten Bestände des Stettiner Stadtmuseums, die kurz

vor Kriegsende noch nach Coburg ausgelagert wurden. Bei der offenbar überhasteten Rettungsaktion wurde vermutlich nicht der gesamte Museumsbestand erfaßt; Aufstellungen über die Verluste gibt es nicht. Die Stettiner Kunstsammlungen hatten ohnedies unter den Nazis schon arge Einbußen zu beklagen; mehr als 300 Kunstwerke, Gemälde, Zeichnungen, Grafik und Klempplastik, fielen damals der „Säuberung“ zum Opfer und sind seitdem verschollen. Man wundert sich daher, in der Gemäldegalerie immerhin noch ein Pechstein-Gemälde vorzufinden; freilich hätte an diesem „Sonnenuntergang“ von 1926 auch der böswilligste NS-Kunstfunktionär nichts „Entartetes“ entdecken können. Aber was besagt das schon? Pechstein war Expressionist, und Expressionismus galt eo ipso als entartet.

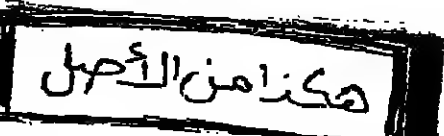
Mit Max Pechstein ist eine doppelte Ausnahme angesprochen, denn moderne Malerei spielt im heutigen Bestand kaum eine Rolle. Die Bedeutung der Sammlung beruht auf ihrem stattdessen Besitz an Werken älterer Kunst vom 17. bis zum frühen 20. Jahrhundert, mit Schwerpunkten im holländischen 17. Jahrhundert (z. B.

Frans Hals), in der deutschen Klassik, Romantik und dem Biedermeier (von Tischbein über Feuerbach bis zu Blechen und Koch) und vor allem natürlich bei den „zwei Großen“ aus Pommern: Caspar David Friedrich und Philipp Otto Runge. Für die Moderne stehen Derain, van Gogh, Utrillo oder Weisergerber; und aus Weisergerbers Pariser Freundeskreis vom Café du Dome ist die Malerin Augusta von Zitewitz mit einem bemerkenswerten Ensemble von rund dreißig Bildern vertreten.

Die Graphische Sammlung des Stettiner Museums, mit Blättern von Schongauer, Dürer, Rembrandt und mit den (in Auswahl) in Mainz gezeigten Zeichnungen und Aquarellen, wurde offenkundig als Ergänzung und zur mehr oder weniger notdürftigen Abrundung der Gemäldegalerie angelegt. Kleinere Museen können solcherart aus ihrer finanziellen Beschränkung eine Tugend machen. Das zeigt sich auch hier wieder, obwohl die Stettiner Sammlung noch vielerlei Lücken aufweist. Der Museumsmann mag verständlicherweise, wie es im Ausstellungskatalog geschrieben, den fragmentarischen Charakter der Sammlung - deren Vor-

kriegsbestand schätzungsweise zur Hälfte verlorenging - aus seiner Sicht beklagen, der Ausstellungsbesucher aber erwartet ja keine Vollständigkeit; er zeigt sich im Gegenteil auf angenehmste überrascht von der Qualität dieser umfangreichen Auswahl insgesamt und dem exzellenten Rang einzelner Blätter. Auch hier bilden Friedrich und Runge die Schwerpunkte. Auch die Brüder Jacob Philipp und Johann Gottlieb Hackert sind hervorragend vertreten, ebenso Adam Friedrich Oeser, bei dem Goethe gelernt hat, und Carl Blechen (mit neun kostbaren Blättern).

Die Ausstellung ist nach Kunstregionen gegliedert. Aus Berlin sieht man, neben Blechen, beispielsweise Menzel und Hertel, Hamburg ist natürlich durch Runge, Johann Joachim Faber und Friedrich Wasmann vertreten; Dresden durch Friedrich, Anton Gnaff und Johann Philipp Veith. Das Münchner Klima vermittelt Wilhelm von Kobell, Carl Rottmann, Schnorr von Carolsfeld und Spitzweg. Hans Thoma vertritt mit August Lucas, J. W. Schirmer, Steinle und Hausmann den süddeutschen Raum. (Bis Anfang Februar; Katalog 15 Mark.) EO PLUNJEN









WIRTSCHAFTLICHER ÜBERBLICK / Trotz schweren Erbes auf dem Weg nach oben

# Neuer Wirtschaftskurs bedeutet keinen Bruch mit der Vergangenheit

Von MAX THURN

Mit seinen 756 624 qkm (ohne die in der Antarktis beanspruchte Fläche miteinzubeziehen), hat Chile nur etwa ein Viertel der argentinischen und nicht einmal ein Zehntel der brasilianischen Fläche. Das Verhältnis der Einwohnerzahl mit diesen beiden Ländern ist ungefähr das gleiche. Was das Pro-Kopf-Einkommen betrifft, ist es laut Weltbankbericht 1983 mit 2460 Dollar nicht niedriger als das argentinische und brasilianische. Es ist aber nur ein Viertel des österreichischen und noch viel geringer im Vergleich zum deutschen.

Trotzdem wird die Entwicklung in Chile, seit Allende 1970 Präsident wurde, in ganz Europa mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Chile ist ein Reizwort geworden, mit dem man jederzeit Leidenschaften entfachen und eine Polemik auslösen kann. Einer Analyse und objektiven Beurteilung der Lage ist das nicht zuträglich.

## Ein leerer Sack war teurer als ein voller

Über die Wirtschaftspolitik des Präsidenten Allende kann nicht viel Gutes gesagt werden. Mit seinen Verstaatlichungen und Interventionen in Betriebe, mit seinen Preiskontrollen und üferösen staatlichen Ausgaben (das Defizit war 30 Prozent des B. N. P.) und der allgemeinen Willkür und Unsicherheit brachte er das Land an den Rand des Ruins. Ein Detail: 1973 war ein leerer Sack Mehl auf dem schwarzen Markt mehr wert als ein voller zum offiziellen Preis (unerträglich natürlich).

Die Übernahme der Macht durch die Militärs in diesem Jahr wurde allgemein als Erlösung empfunden. Sogar die Christdemokraten, die zwei Jahre vorher bei den Stichwahlen im Kongress für Allende gestimmt hatten, begrüßten sie.

1975 übergaben die Militärs die Wirtschaftsschicksale den vier sogenannten „Chicago Boys“, liberalen, bei Friedman in Chicago graduierten Ökonomen. Die von ihnen durchgeführten Reformen ließen an Radikalität nichts zu wünschen übrig. Schlagartig wurden alle Preis-, Miet- und Pachtkontrollen aufgehoben, der Zahlungsverkehr mit dem Ausland liberalisiert und die Zölle generell auf 10 Prozent gesenkt. Im weiteren Verlauf wurden die unter Allende enteigneten und intervenierten Unternehmen den Besitzern zurückgegeben und das Budget durch Ausgabenkürzungen ausgeglichen. Es waren das alles Maßnahmen, die sich, nach der herkömmlichen Theorie, ein Industrieland, aber kei-

nesfalls ein Entwicklungsland, leisten durfte und konnte.

Der Erfolg war durchschlagend. In den Jahren 1977 und 1980 wurden Wachstumsraten von rund 8 Prozent erzielt, dies bei gleichbleibenden Auslandsschulden. 1981, das erste Jahr der Rezession, waren es immer noch beachtliche 5,3 Prozent. Die Inflationsrate war 10 Prozent. Sie von 1000 Prozent im letzten Jahr der Präsidentschaft Allendes auf diesen Stand herunterzudrücken, ist bisher keinem südamerikanischen Land gelungen. Der Lebensstandard der Menschen, und nicht nur der Reichen, besserte sich in diesen Jahren rapide. Das Chicagoer Modell der wirtschaftlichen Freiheit fand damit seine volle Bestätigung.

1982 trat der Rückschlag ein. Er war von einer unerwarteten Heftigkeit. Die Wachstumsrate wurde mit -14 Prozent negativ und die Arbeitslosigkeit stieg auf 25 Prozent. Was ging da schief? Hatte „der Markt“ versagt? So wollten es die Planer und Dirigisten auf der ganzen Welt. In zahllosen Berichten und Kommentaren konnte man von einem Scheitern der extrem liberalen Wirtschaftspolitik lesen.

Die Ursachen waren andere. Obwohl intern in der Wechselkurs-, Kredit- und Lohnpolitik manche Fehler begangen wurden, muß man die externen Ursachen, nämlich den Verfall der Kupferpreise und die hohen Zinsen auf Dollarkredite als ausschlaggebend betrachten. Der Kupferpreis - Kupfer ist das Hauptexportprodukt Chiles - fiel von 1 Dollar das Kilo in den frühen siebziger Jahren auf 65 Cents. Gleichzeitig stiegen die Zinsen. Chile muß heute für Dollarkredite 12 Prozent mehr bezahlen. Es ist eigentlich erstaunlich, daß das Zusammentreffen dieser Faktoren nicht zu einem noch schwereren Einbruch geführt hat.

Was Chile 1982 traf, hat mit „Markt“ und „Liberalisierung“ überhaupt nichts zu tun. Es war eine Finanz- und Zahlungsbilanzkrise, erstere hervorgerufen durch Versäumnisse bei der Bankenaufsicht, letztere durch externe Faktoren, die sich der Beeinflussung durch chilenische Stellen entzogen. Hätte man die Liberalisierung auf den Devisenmarkt (durch Freigabe der Wechselkurse) ausgedehnt, hätte man sich den Rückschlag nicht erspart, er wäre aber weniger heftig gewesen.

Wie ist die derzeitige Wirtschaftslage Chiles und was sind die Perspektiven? Das Bruttoinlandsprodukt nahm im ersten Halbjahr 1984 gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um 8,9 Prozent zu. Löhne und Gehälter verzeichneten in dieser

Zeit einen realen Anstieg von 2,7 Prozent. Die Arbeitslosenrate ist von 25 Prozent am Höhepunkt der Krise auf 16 Prozent gesunken.

Was die Inflationsrate betrifft, war sie für die ersten 10 Monate 1984 20, im September nur noch 15 Prozent im jeweiligen Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Für europäische Verhältnisse ist das sehr hoch, für Südamerika aber extrem niedrig, besonders wenn man berücksichtigt, daß im September 1984 der Einheitszoll von 20 auf 35 Prozent erhöht und der Peso nochmals um 20 Prozent abgewertet wurde.

Die Handelsbilanz war in den ersten drei Quartalen 1984 mit 328 Mill. Dollar aktiv und die Währungsreserven nahmen gegenüber dem Vorjahr um 200 Mill. Dollar zu. Es geht somit wieder aufwärts in Chile. Die Erholung wird aber wegen Kapitalmangels eine langsame sein.

## Umschuldung mit amerikanischen Banken

Erwähnenswert ist das Umschuldungsabkommen mit US-Banken. Chile war das erste Land, das ein solches Abkommen abschloß. Es ergaben sich dabei ungleich anderen Ländern keine Probleme.

Zum Abschluß soll noch etwas über eine Maßnahme gesagt werden, die von Chile als bisher einzigem Land der westlichen Welt ergriffen wurde, um den Schwierigkeiten in der Finanzierung sozialer Leistungen zu begegnen. Das Sozialversicherungssystem in Chile beruhte bis 1980 auf dem Umlageverfahren. Es war auf die Dauer genauso unfinanzierbar wie in vielen anderen Ländern. Man begnügte sich aber in Chile nicht mit der Erhöhung der Beiträge und dem Stoppen von Löhnen, sondern reformierte das System von Grund auf. Zunächst wurden reine Transferzahlungen wie Familienbeihilfen aus dem System herausgenommen und vom Budget übernommen. Die Alters-, Invaliditäts-, Kranken- und Hinterbliebenenversicherung übertrug man an private, das Kapitalsammelverfahren anwendende, „Administradoras“ genannte Fonds.

Der Arbeitnehmer ist nach wie vor zwangsversichert, 10 Prozent werden ihm für seine Pensionen, 4 Prozent für Krankheit und 3 Prozent für Invalidität von seinem Lohn bzw. Gehalt abgezogen. Leistungen erfolgen nach Maßgabe der individuellen Beiträge, über deren Stand sich der Versicherte jederzeit informieren kann.

Der Staat garantiert lediglich eine Mindestpension (100 Dollar). Die Administradoras unter-

stehen der staatlichen Aufsicht. Verluste, die sie bei ihren Veranlagungen erleiden, übernimmt der Staat.

Der Beitritt zum neuen System ist völlig freiwillig. Ein Anreiz hierfür wurde in einem 6 Prozent geringeren Lohnabzug geboten. Bisher (Ende 1983) haben sich elf private Fonds konstituiert. Sie stehen miteinander in Konkurrenz, über die Hälfte der Arbeitnehmer sind dem neuen System beigetreten.

Bis Februar 1984 sind den Fonds Mittel in der Höhe von 1,1 Milliarden Dollar zugeflossen. Bis 1990 werden es schätzungsweise 4,6 Milliarden sein. Die Gelder wurden bisher zur Hälfte in Pfandbriefen angelegt. Die Administradoras sollen jetzt ermächtigt werden, auch Aktien zu kaufen.

Mit der Veranlagung in Schatzscheinen und anderen staatlichen Schuldverschreibungen werden die Ausfälle, welche die alten Sozialversicherungsinstitute dadurch erleiden, daß immer mehr Arbeitnehmer dem neuen System beitreten, die Pensionen aber im bisherigen Umfang weiter bezahlt werden müssen, zum Teil ausgeglichen. Die Ausfälle und damit die Mehrbelastung des Budgets sind aber temporär. Einmal wird das System nach seiner Konstruktion selbsttragend sein.

Das neue System wird im Laufe der derzeitigen Entwicklung seine Vorteile zeigen können. Es ist ein in seiner Art einzigartiger Versuch aus der Krise, in welcher sich die Sozialversicherungen fast überall befinden, herauszukommen. Leider genügt der Name „Chile“, um der Reform in Europa die Beachtung zu nehmen, die sie verdient. Auf der Suche nach einer Lösung wird man aber auch bei uns nicht umhinkommen, den von Chile beschrittenen Weg auf seine Gangbarkeit zu prüfen.

Es wird heute von einer völligen Abkehr der chilenischen Wirtschaftspolitik von den Grundsätzen der Chicagoer Schule der Nationalökonomie gesprochen. Das ist nicht wahr. An dem neuen Sozialversicherungssystem wurde nicht gerüttelt. Auch nicht an der Gewerbefreiheit. Die Preisbildung auf den Märkten ist nach wie vor frei. Die Einheitszölle auf Einfuhren wurden wohl auf 35 Prozent erhöht. Das bedeutet aber keinen Bruch mit der Vergangenheit. Die stufenweise Anpassung der Wechselkurse an das Inflationsdifferential zum Dollar ist auch keine dirigistische Maßnahme. All dies rechtfertigt die Annahme, daß es in Chile weiter aufwärts gehen wird.



Blick auf Santiago de Chile, die Hauptstadt des Landes

FOTO: CAMERA PRESS

# Wirtschaft in Text und Zahlen

## ALLGEMEIN

● Mit einer bedeutenden verarbeitenden Industrie gehört Chile zu den am stärksten industrialisierten Ländern Lateinamerikas. Herausragende Bedeutung kommt dem Reichtum an Bodenschätzen zu, insbesondere dem überwiegend verstaatlichten Kupferbergbau, der dem Land rund 50 Prozent der Exporteinnahmen bringt. Zu den weiteren im Lande vorhandenen Bodenschätzen zählen Molybdän, Eisen, Gold, Silber, Blei, Zink, Mangan und Uranerz. Chile verfügt darüber hinaus über Erdöl- und Kohlevorkommen. Auf dem Erdgassektor ist Chile Aushilfsland, während der Bedarf an Öl etwa zur Hälfte im Ausland gedeckt werden muß.

## Beitrag zum BIP 1983

Landwirtschaft	9,4 %
Bergbau	9,9 %
Industrie und Bau	25,0 %

Handel und Verkehr	22,8 %
Finanzsektor	16,2 %
Sonstige Dienstleistungen	17,7 %

● LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT  
● Von der Staatsfläche sind 7 Prozent Ackerland (= 5,5 Mill. ha, davon 1,3 Mill. ha bewässert), 16 Prozent Weideland, 21 Prozent Wald und 56 Prozent sonstige Flächen.

## INDUSTRIE UND BERGBAU

● Chile ist der größte Kupferexporteur der Welt und verfügt über rund 40 Prozent der Kupfervorkommen der Welt.  
● Von den rund 3,85 Mill. Erwerbstätigen (= 32 Prozent der Bevölkerung) sind rund 70 Prozent in Industrie, Gewerbe und Bergbau tätig.

## FINANZEN

Leistungsbilanz  
1.9.1984: 73 Mill. Dollar Überschuß  
1.9.1983: 691 Mill. Dollar Fehlbetrag  
● Die Umschuldung der 1983 und

1984 fälligen Verbindlichkeiten des öffentlichen und privaten Finanzsektors ist weitgehend abgeschlossen. 1985 benötigt Chile etwa 800 Mill. US-Dollar, um den Schuldendienst 1985 bedienen zu können.

## AUSSENHANDEL

Handelsbilanz in Mill. US-Dollar	
Einfuhren:	
1982	4094
1983	3178
Jan.-Sept. 1984	2532
Ausfuhren:	
1982	3706
1983	3631
Jan.-Sept. 1984	2659
Saldo:	
1982	-388
1983	+673
Jan.-Sept. 1984	+673

Hauptexportprodukte Anteil 1983 in %  
Kupfer 48  
Holz, Papier, Zellulose 8  
Fischmehl 8  
Obst 8

Von ERIK KÜHNHELT-LEDDIHN

# Rätselhafter Charakter eines nahen Landes

Was bedeutet Chile? Das kann sich wahrscheinlich nicht jeder leicht vorstellen. Es ist wie Norwegen ein gebirgiges Land am Meer, das sich mehr als 4000 Kilometer von Norden nach Süden erstreckt, auf unsere Verhältnisse bezogen wie vom Nordkap nach Kreta - und wenn man den Anteil an der Antarktis noch miteinbezieht, dann eben noch viel weiter. In westlicher Ferne liegen die zu Chile gehörenden Osterinseln mit ihren geheimnisvollen, aus Stein gemeißelten Riesenköpfen, und diese drücken symbolisch den rätselhaften Charakter dieses Landes aus, das aber mehr als die meisten Staaten Lateinamerikas unserem Kulturkreis wesentlich angehört, und dies, wenn es auch nicht immer vom typischen europäischen Klischeedenker leicht dechiffriert werden kann.

nur als Vizekönigtum eingestuft worden war.

Das war ein hartes und strenges Land, das mit Fleiß bebaut werden mußte und in dem man sich nicht durch Gold und Silber mühelos bereichern konnte - und zähmen ließen sich die Araukanier nicht leicht. Wo aber sind sie heute? Zum größten Teil fließt ihr Blut in den bäuerlichen Schichten, aber Chile ist leibhaftig kein „Indianerstaat“. Es ist mit seinen Superstraßen, Wolkenkratzern und Untergrundbahnen mindestens so „modern“ wie Argentinien und Uruguay.

## Finis Terrae und doch nicht

Chile liegt aber am Ende unserer Welt, am westlichsten und zugleich am südlichsten Rand. Finis Terrae war der Titel einer konservativen, recht „hispanisch“ orientierten Zeitschrift, die der verunglückte Jaime Eyzaguirre herausgegeben hatte. Und da Chile so organisch zur westlichen Welt gehört, nimmt es auch an unseren Problemen und Wirren, Sorgen und geistigen Kämpfen teil.

Wir leben zwar alle im 20. Jahrhundert, aber die Ideen des 19. Jahrhunderts mit seiner Nähe zur Französischen Revolution und seinen angelsächsischen Versuchungen, die bei uns stets teils durch Mißverständnisse, teils durch naive Nachahmungen

schmerzliche Folgen zeitigten, haben auch Chile nicht verschont.

Im benachbarten Argentinien sieht man die Jakobinermitze im Wappen und dies wiederholt sich auch in einer ganzen Reihe anderer lateinamerikanischer Staatssymbole - was um so erstaunlicher ist als die Unabhängigkeitskämpfe dieser Länder gegen die Madre Patria gegen Spanien, von einer aristokratischen Oberschicht ausgefochten wurden. Britische Propaganda und das Beispiel der USA wirken hier ansehnlich.

Lateinamerikanische Unreife? Das wäre ein sehr schnelles Urteil, das gerade uns nicht zusteht, denn wir haben auch in Europa gesehen, wie „westliche“ Ideale zwischen Portugal und dem Ural sich in ihr Gegenteil verkehrten.

Hatte uns doch schon der Sozialist Harold Laski gewarnt, daß der Parlamentarismus nur in einem echten Zweiparteiensystem mit gemeinsamem weltanschaulichem Nenner zu realisieren sei - was schon bei uns selten vorkommt, in Lateinamerika nie.

Zwar haben die Chilenen immer ehrliche Anstrengungen gemacht, nach anglo-amerikanischen Rezepten politisch zu leben, doch die Ideologien verhinderten dies in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts noch viel mehr als früher, als der konservativ-liberale Gegensatz eine friedliche Koexistenz mehr oder weniger möglich gemacht hatte - eine Chance, die es nach dem Zweiten Weltkrieg in keiner Weise mehr gab.

Da kamen die verschiedenen Marxisten ins Spiel, bei dem sich die Sozialisten noch arger gebärdeten als die Kommunisten, die wenigstens eine globale Erfahrung hatten und Allende zu bremsen versuchten.

Mit dem Klischeedenken ist uns eben im Falle Chile nicht gedient. Da hat es keinen Kampf zwischen „Arm und Reich“ gegeben, denn die verschiedenen roten Überzeugungen reichten bis in die höchsten sozialen Schichten hinauf und teilten ganze Familien, während Kleinbürger und selbst Arbeiter oft im „gegenrevolutionären“ Lager standen.

## Hausfrauen an der Spitze der Reaktion

An der Spitze der „Reaktion“ standen (wie in Brasilien anno 1964) die Hausfrauen. Die radikalen Agrarreformen, die die wirtschaftliche Krise so richtig vorbereiteten, fanden sogar noch vor Allende, unter dem Christdemokraten Frei statt.

Und das Eingreifen der Militärs in Chile, nach deutschen Muster stets so unpolitisch, wurde durch den totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch (den Allende freimütig zugab) bedingt.

Die Militärs sprangen völlig ideologielos und unvorbereitet in die Bresche. Zum Totalitarismus neigten sie ebenso wenig wie früher einmal der programmlose Franco. Auch heute kann man in fast jeder Buchhand-

lung die Werke von Pablo Neruda kaufen, der früher einmal dithyrambische Hymnen an Stalin geschrieben hatte.

Soviel über das Politische. Wie aber ist das Volk? Der Unterschied zwischen Reich und Arm, Gebildet und Ungebildet, ist hier sicherlich weniger sichtbar als anderswo in Lateinamerika. (Analphabeten im Landesdurchschnitt zählen weniger als 6 Prozent.)

Es gibt hier eine äußerst kultivierte Oberschicht mit vielen baskischen, deutschen, britischen ja auch französischen Elementen, die kosmopolitisch orientiert ist, Fremdsprachen ausgezeichnet spricht und ihre Kinder nicht in ausländische Universitäten zu schicken braucht, da es gute Hochschulen mit Tradition (wiewohl nicht frei von linksdralligen Verrückungen) auch im Inland gibt.

In Chile haben wir ein gebildetes Bürgertum und zugegebenermaßen auch große Armut, hauptsächlich aber durch einen differenzierten Fleiß verursacht. Wie überall in Lateinamerika gibt es auch in Chile Slums.

Aber um solche zu sehen, brauchen wir nur die Alpen und Pyrenäen zu überqueren, wo die Gesellschaften auch weniger acquisitiv sind als im Norden. Die feste Überzeugung, daß der Luxus der wenigen den Armen das Brot wegnimmt ist allerdings ein allgemein gegläutertes

volkswirtschaftlicher Unsinn. Verwandt mit diesem Aberglauben ist auch die Ansicht, daß wirtschaftliche Krisen ausnahmslos immer der Politik der Regierungen zuzuschreiben sind. Das kann der Fall sein. (Ebenso sind Regierungen manchmal auch am Wohlstand unschuldig.)

Die Wirtschaft Chiles ist in den letzten zwei Jahrzehnten durch alle möglichen Phasen durchgegangen. Sie ist zu gutem Teil von den Exporten abhängig, wobei viel weniger die Landwirtschaft als die Kupferproduktion und vor allem der Kupferpreis am Weltmarkt ausschlaggebend sind.

## Geographie stört die Wirtschaft

Die außerordentliche Ausdehnung des Landes mit schwierigen Verkehrsverhältnissen ist der wirtschaftlichen Entwicklung nicht gerade förderlich. Nicht ein (stets arbeitsfeindlicher) Sozialismus, sondern erstklassiges Management, großer Fleiß, Werkzeuge und ein gesteigerter internationaler Handel wie in Japan, Taiwan oder der Schweiz, alles ausgesprochene Bergländer mit wenig naturgegebenen Rohprodukten müssen hier als Modell dienen.

Der Einfluß der deutschen Einwanderung war in Chile zwar entscheidend, in der Politik spielte die deutschen Kolonisten nur selten eine führende Rolle, aber als landwirt-

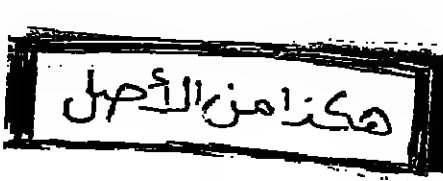
schaflich produktive (und sehr patriotische) Elemente sind Deutsche und auch Österreicher (besonders in der Landwirtschaft) nicht wegzudenken.

Im Meer begegnet man nicht zu oft deutschen Namen (eher in der Flotte), wohl aber waren deutsche Ingenieure im Aufbau der Armee von entscheidender Bedeutung. Daher hatte die Armee (anders als in Argentinien und Brasilien) politisch stets eine bescheidene Rolle gespielt und das Eingreifen der Generäle im Jahr 1973, zwar lange ersehnt, war dennoch unerwartet gewesen.

Erst als die wirtschaftliche Not am höchsten war und sich der Kongreß gegen Allende (der nur eine Minderheit hinter sich hatte) gewandt hatte, konnte sich die Exekutive von den Frauen nicht mehr weiter beschämen lassen.

Chile ist für den freien Westen ein Land von großer Bedeutung. Das weiß man selbst in den Vereinigten Staaten, wo man in der Geopolitik nicht immer sehr erfahren ist. Der Panama-Kanal ist höchst verwundbar und seine Alternative ist die Magellan-Straße, die wie das Kap Horn den Pazifik mit dem Atlantik verbindet: beide sind im chilenischen Besitz.

Chile ist tatsächlich für uns viel mehr als ein prächtiges Gefilde für den Skisport während des Sommers auf der nördlichen Erdhälfte, mit einem Mond, der dort „verkehrt“ am Himmel hängt. Es ist ein gastliches und offenes Land, das aber auch für die freie Welt in jeglicher Beziehung eine gewichtige Rolle zu spielen hat.





BERICHT EINES ZEUGEN / Der Rechtsstaat in Chile stand im Jahre 1973 vor dem Zusammenbruch

# Zur Daseinsberechtigung und Aufgabe der gegenwärtigen Regierung

Von W. THAYER-ARTEAGA

Am 10. September 1973 war die verfassungsmäßige, politische, wirtschaftliche und soziale Lage des Landes unhaltbar geworden. Er sei nicht „Präsident aller Chilenen, sondern der Volksfront (Unidad Popular)“, hatte das Staatsoberhaupt erklärt.

Ein von der Regierung eingereichter Verfassungstext war vom Kongreß für ungültig erklärt und zurückgewiesen worden; die Abgeordnetenkammer hatte geäußert, der Rechtsstaat stehe vor dem Zusammenbruch, der Oberste Gerichtshof protestierte gegen die Regierung, weil seine Beschlüsse unzählige (über 3000) Male nicht befolgt wurden. Die wachsende Inflation von jährlich 1000 Prozent drohte in eine Hyperinflation auszuarten; nur noch für drei Tage stehende Weizen zur Verfügung, der Präsident bekannt; die Reserven der Zentralbank waren erschöpft; Nahrungsmittel nur erhältlich, wenn die von der JAP (Preiskontrolle und Nahrungsmittelbeschaffung der Regierung) ausgegebenen Lebensmittelkarten vorgezeigt wurden; die Bevölkerung mußte nächtelang anstehen, um lebensnotwendige Artikel zu bekommen.

Das Land stand unmittelbar vor dem Schicksal, die erste kommunistische Diktatur auf dem südamerikanischen Kontinent zu werden und somit die demokratische Staatsform zu verlieren.

## Mehr als 16 000 Kubaner waren im Land

Die über 16 000 vorzugsweise kubanischen Aktivisten, die sich im Lande befanden, zerstreuten jeglichen Zweifel über den Abgrund, der sich aufat. Das Schicksal, seine Freiheit aufgeben zu müssen, akzeptierte das Land nicht. Die unmittelbare Gefahr eines - vom kommunistischen Ausland unterstützten - Bürgerkrieges hatte die chilenische Demokratie gelähmt und machte ein Eingreifen der Streitkräfte unabdingbar. Der Aufstand wurde von den meisten politischen Kräften unterstützt. Die Christdemokraten, die Sozialdemokraten, die Konservativen und die Radikale Partei sowie andere demokratische Parteien - die im April 1973 mit großer Mehrheit die Parlamentswahlen gewonnen hatten - im Verein mit mächtigen, über die Volksfrontregierung enttäuschten Gruppen erkannten ihn als einzige Möglichkeit, um einer unwiderruflichen Diktatur zu entrinnen.

Wir wußten alle, daß die vorübergehende Regierungsform eine Militärdiktatur sein würde; die einen wählten sie kürzer, andere länger, aber daß die Streitkräfte die Demokratie nicht vernichten, sondern retten wollten, darüber herrschte Einigkeit. Präsident Frei war davon überzeugt, daß mindestens drei Jahre Diktatur vonnöten seien, bevor man an die Wiederherstellung der Demokratie denken könne. Diejenigen, die ähnliche Auffassungen teilten, glaubten ebenfalls an einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren, wogegen Andrés Bello erklärte, das Land würde viele Jahre brauchen, ehe es sich wieder erhole.

Mit Gewißheit kann auch behauptet werden, daß die gewaltige Mehrheit der Christdemokraten den Aufstand unterstützte, obwohl sie als Partei weder Regierungsaufgaben übernahm noch dazu aufgefordert wurde. Sie ging sogar so weit, ihren Mitgliedern die Bekleidung von Re-

gerungsposten zu verbieten (insbesondere die Ämter eines Staatssekretärs, Bürgermeisters oder Botschafters), andere Aufgaben durften sie jedoch übernehmen. So wurde Andrés Zaldívar unter der Militärregierung Vizepräsident für das Bausparwesen. Máximo Pacheco Dekan der Fakultät für Sozial- und Rechtswissenschaften an der Staatsuniversität, und Juan Hamilton Hauptgeschäftsführer des Verlags Editorial Jurídica de Chile, Guillermo Videla Vial wurde „Director del Trabajo“ im Arbeitsministerium.

Frei richtete ein Schreiben an den internationalen Präsidenten der Christdemokraten, Mariano Rumor, in dem er die unausweichliche Notwendigkeit des Aufstandes vertrat.

Aylwin, seinerzeit Präsident der Christdemokratischen Partei, äußerte ähnliches, wobei er seiner Eigenschaft als wesentlicher Verfechter einer Verlautbarung der Abgeordnetenkammer vom 22. August, welche die Unrechtmäßigkeit der Regierung Allende feststellte und somit den Aufstand ermöglichte, nur gerecht wurde. An Einzelfällen kann man erinnern, daß Gonzalo Prieto Justizminister wurde, Max Silva Unterstaatssekretär des gleichen Amtes und Lamberto Cisternas Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium. Dessen ungeachtet gab es innerhalb der Christdemokratischen Partei eine Minderheit - Tomic, Fernando Castillo Velasco, Domingo Santa María, Bernardo Leighton und andere - die sich von Anfang an dem Aufstand widersetzt hatte und der Meinung war, ein Einvernehmen mit der Volksfrontregierung sei noch möglich.

Ich stand zu jenem Zeitpunkt diesem Minderheitssektor näher. Ich glaubte damals, daß man Allende zwingen könne, ein mit dem Rückhalt der Streitkräfte gebildetes Militärschicksal zu ernennen, was ein vorzeitiges Ende der Volksfrontregierung zur Folge gehabt hätte. Ich hielt es nicht für wünschenswert, eine Krise von außen her zu bewirken, sondern wollte Allende zu einer Stellungnahme für die Demokratie zwingen und dieses mit der Garantie einer Militärgierung. Mit anderen Worten: entweder gab er den Marxismus-Leninismus auf, oder er dankte ab.

Allerdings kam ich nach entscheidenden Unterredungen mit Kardinal Silva Henríquez, mit dem Innenminister Orlando Letelier und mit Carlos Briones - der jenem in diesem Amte folgte - zu dem Schluß, daß nichts mehr zu tun sei, als auf den Staatsstreik zu warten. Die Unterredung mit Kardinal Silva Henríquez bewirkte eine Zusammenkunft von Aylwin und Allende in einem letzten Versuch der Annäherung zwischen Regierung und Opposition. Mit Letelier und Briones erreichte ich eine Lösung in dem Konflikt mit dem Kanal 9 - dem Fernsehsender der Staatsuniversität - welche am 11. September noch in der Presse veröffentlicht wurde, während die Streitkräfte ihr Ultimatum an Allende richteten.

Ich entsinne mich einer am 8. September 1973 mit Patricio Aylwin geführten Unterredung, kurz nach meinem Gespräch mit Briones, in deren Verlauf ich ihm klarzumachen suchte, daß meiner Ansicht nach kein freundschaftlicher Vergleich mit der Regierung zu erwarten sei, etwa im Sinne einer Kompromißlösung. Er solle mich nicht zu jenen, die sich einer Stellungnahme enthalten, zählen. Ich rief ihm vielmehr, meiner damaligen Einstellung gemäß, er solle, in seiner Eigenschaft als Präsident der Christdemokratischen Partei, jegliche Initiative unterstützen, die Allende Regierung zu Fall bringen

könne. Allende wolle inzwischen nur noch Zeit gewinnen, fügte ich hinzu, denn meiner Ansicht nach habe er keine Gewalt mehr über das Land.

Ich kann mit absoluter Überzeugung behaupten, daß der Umsturz als ein legitimer Ausdruck historischer Notwendigkeit zu verstehen ist, als allgemeiner Wille des Volkes, politische Freiheit und Souveränität (seit 1810 Grundlagen unserer republikanischen Tradition) zu retten. So urteilten zumindest zwei Drittel des Landes, unter anderem das Parlament, die rechtsprechende Gewalt, der Rechnungshof, die Kirche - diese im besonderen wegen eines beabsichtigten Gesamtschulprojektes - und natürlich die Streitkräfte im Verein mit der Polizei. Alle fürchteten sich den unwiderruflichen Untergang Chiles im Schilde einer kommunistischen Diktatur.

Wie kommt es nun, daß eine Regierung mit solch klarem, demokratischem Willen und einem solchen Rückhalt von Seiten der Bevölkerung bis zum heutigen Tage 11 Jahre lang an der Macht blieb?

Die 1973 an die Macht gekommene Militärgierung hätte ahzudanken, sobald eine zivile Regierung jene zwei Gefahren zu beschwören in der Lage ist, die den Umsturz bedingt haben: Verlust der politischen Freiheit durch den Totalitarismus und Verlust des Selbstbestimmungsrechtes.

Inbegriff dieser Gefahren war die kommunistische Partei Chiles, die treu zu Moskau hielt. Mit nur 16 Prozent der Wählerstimmen war es ihr gelungen, an die Macht zu kommen, und zwar dank einer Reihe von Bündnissen mit den marxistisch gesinnten Sozialisten und mit Parteien, welche es vorzogen, Bündnisse mit den Marxisten als mit demokratischen Kräften konservativer oder gemäßigter Einstellung zu schließen.

Auf diese Weise wurde die Allianz zwischen Kommunisten, Sozialisten und anderen, kleinen Parteien ähnlich der Genesung mit etwas über einem Drittel der Wählerstimmen die führende politische Kraft Chiles, gefolgt von „Alessandrismo“, während die Christdemokraten bei den Präsidentschaftswahlen von 1970 auf den dritten Platz zurückfielen.

Es ist eine Sache elementarer Arithmetik, sich auszurechnen, daß allein eine Verständigung zwischen den zivilen Kräften, die den Aufstand gestützt haben - im wesentlichen jene, die ihrerseits für Alessandri und die Christdemokraten gestimmt hatten - es ermöglichen konnte, die Militärgierung durch eine demokratisch-zivile Regierung zu ersetzen.

## Bündnis mit der Rechten bot Chance für Einheit

Mit anderen Worten: Da die chilenische Linke vom Marxismus-Leninismus beherrscht wurde, war nur in einem Bündnis der demokratischen Rechten (Alessandri) mit dem Zentrum (Frei) und die radikale Partei) die Grundlage für die notwendige politische Einheit zu finden, die zu einer Abkürzung der Militärgierung führen konnte.

Zu jener Einigung kam es aber während dieser 11 Jahre nicht. Als es darum ging, den Aufstand selbst zu unterstützen, kam sie zwar zustande, nicht aber, um die Alternative einer Zivilregierung zu ermöglichen. Statt dessen sahen sich die Christdemokraten gespalten: einerseits Frei, der sich 1964 mit der Rechten geeinigt hatte, um Allende zu besiegen, andererseits Tomic, der in der Rechten „den gemeinsamen Gegner aller derer, die für Neuerungen sind“ sah.

Alle Versuche, das Militär dafür verantwortlich zu machen, es habe die Einigung zwischen der Rechten und den Kräften des Zentrums verhindert, sind unhaltbar. Ebensoviele kann ernsthaft aufrechterhalten werden, die Rechte hätte sich einer Verständigung mit dem Zentrum, um eine neue Regierung Freis als Alternative zur Militärgierung zu ermöglichen, widersetzt. Wenn dieses Bündnis nicht zustande kam, so liegt es vielmehr an dem starken Linksdrahl der Christdemokraten und an ihrer Abneigung gegen die Rechte.

Ein weiterer Faktor, der zu dieser Situation beigetragen hat und sowohl als Ursache als auch als Folge aufgefaßt werden kann, ist das in den Anfangsjahren dieser Regierung erfolgte Verbot jeglicher politischer Aktivität. Die Christdemokratische Partei hat den Aufstand zwar unterstützt, offiziell dazu bekannt hat sie sich aber nie. Die Verantwortung dafür hieß ausschließlich dem Militär vorbehalten. Und das an die Macht gekommene Militär wußte um die Zwistigkeiten innerhalb der Christdemokratischen Partei, die unbeugsame Opposition Tomics und Leightons und die Belastung, die es für die Partei bedeutet, bei den Präsidentschaftswahlen von 1970 ihre Kandidatur auf die Unmöglichkeit einer Verständigung mit der Rechten ausgerichtet zu haben. Folglich beschlossen sie, die antidemokratischen Parteien aufzulösen und den demokratischen ihre ordentliche Tätigkeit zu untersagen.

Dieses Verbot ist von den Christdemokraten niemals akzeptiert worden. Die Folge war ein zunächst wachsender Abstand und schließlich eine offene Feindschaft gegen die Militärgierung. Sie verbot, wie schon erwähnt, ihren Mitgliedern zehn Tage nach dem Aufstand am 21. September 1973, höhere Regierungsämter zu besetzen. Hiermit verweigerte sie der Regierung die politische und technische Erfahrung derer, die unter der letzten demokratischen Regierung Chiles gedient hatten.

Den Rückhalt der Militärgierung bildeten somit ausschließlich die Rechtsparteien, die unabhängigen, die antipolitisch eingestellten Körperschaften (Gremialismo), der politische Nationalismus, der Wirtschaftsliberalismus und die abtrünnigen Christdemokraten, deren Namen aus den Parteiregister gestrichen worden waren.

Meiner Ansicht nach hat die Christdemokratische Partei einen schweren Fehler begangen, als sie sich weigerte, vorübergehend ihre politische Tätigkeit einzustellen. Wenn sie Minister oder sonstige Funktionäre von hohem persönlichem Ansehen gestellt hätte, die ohne Parteiverantwortlichkeit, aber mit klarer christlich-sozialer Gesinnung der Regierung eine Ausrichtung zu geben in der Lage gewesen wäre, so hätte einer Wiederherstellung der Demokratie in dem Sinne, wie sie seinerzeit während der Kandidatur Frei vertreten wurde, nichts im Wege gestanden.

Denn Frei wäre kraft seiner staatsmännischen Größe notwendigerweise der demokratische Nachfolger einer militärischen Übergangsregierung geworden. Wäre Frei zusammen mit den ehemaligen Präsidenten Alessandri und Gonzalez Videla dem Staatsrat beigetreten, so wäre es leicht möglich gewesen, eine neue Verfassung einzuführen oder die Verfassung von 1925 zu reformieren. Auf diese Weise hätte man bereits vor 1980 über eine Verfassung verfügt. Ich wiederhole, Frei war dazu bestimmt, Erbe jener zwei Drittel der Bevölkerung, die der Ver-

fassung von 1980 zur Gültigkeit verholfen hatten, zu werden.

Weder Alessandri noch Gonzalez Videla wären gesundheitlich in der Lage gewesen noch hätten sie das Verlangen gespürt, Frei die Präsidentschaft streitig zu machen. Niemand hätte ihn aufhalten können. Einzig Voraussetzung hierfür wäre ein stabiles Bündnis der demokratischen Kräfte gewesen, daß der kommunistischen Partei den Weg hätte versperrt können.

Hätte besagtes Bündnis der Zentrums- und Rechtsparteien um Frei die kommunistische Gefahr gebannt, dann hätte man sogar mit einer gewaltigen Niederlage Pinochets rechnen dürfen. Allerdings halte ich diese Möglichkeit für reine Spekulation. Pinochet hätte die Streitkräfte niemals in einen politischen Wahlkampf dieser Ausmaße verwickelt.

Die übermäßig lange Zeitspanne bis zum endgültigen Inkrafttreten der Verfassung und die Tatsache, daß während dieser Jahre auf Ziele statt auf Fristen bestanden wurde, beruhen auf einem absichtlichen Hinausschieben der Machtübergabe von Seiten des Militärs, bis ein mehrheitlich völkischer, stabiler und demokratischer Volkswille dem Kommunismus in den Weg treten kann.

## Abgrenzungsprobleme von Zentrum und Rechten

Auch heute, nach einer Zunahme der politischen Freiheit, läßt die Entwicklung des politischen Alltags das bisher Gesagte augenscheinlich werden. Das größte Zugeständnis in diesem Zusammenhang ist eine Erklärung der Christdemokraten, keinen Pakt mit den Kommunisten einzugehen. Was die Rechte anbelangt, so hat sich die Christdemokratische Partei lediglich dazu bereit erklärt, sich mit der Rechten als eine Gruppe unter verschiedenen anderen zu verständigen, um ein Bündnis der zivilen Kräfte gegen die Regierung zu errichten. Jedoch hat Oktober 1984 hat sie sich nicht dazu bereit gefunden, eine Regierungsalternative zu bilden, die die Rechte mit einschließt. Im Grunde genommen fürchtet sie bis zum heutigen Tage, vor das Land als eine mit der Rechten gebildete Regierungskoalition zu treten.

Nach wie vor will sie nicht verstehen, daß die Verfassung von 1980 jeglicher Einzelpersonen oder Gruppe die Bildung einer totalitären Partei untersagt. Es handelt sich demzufolge hierbei nicht um ein diskriminierendes Verbot für eine bestimmte Gruppe, wie etwa die Kommunisten. Die Daseinsberechtigung und Aufgabe der heutigen Regierung besteht darin, Chile ein Fortbestehen im Rahmen der westlichen Demokratien zu sichern. Daraus folgt, daß die der kommunistischen Partei jegliche Möglichkeit nehmen muß, im Rahmen der Verfassung wieder an die Macht zu kommen, sei diese auf Grund einer Unterlassungssünde oder kraft der bewußten Einwirkung von Seiten demokratischer Gruppen. Für den Präsidenten Pinochet würde ein verfassungsmäßiger Sieg des Kommunismus als eine gleichwertige Alternative zur Demokratie bedeuten. Der Kampf für den Totalitarismus hätte den gleichen Wert wie der Kampf für die Freiheit. Ein Sieg des kommunistischen Totalitarismus würde außerdem den Verlust der politischen Unabhängigkeit bedeuten.

William Thayer-Arteaga war von 1964 bis 1968 Arbeits- und Sozialminister der Regierung Frei und ist nun Mitglied der Akademie für Sozialwissenschaften am Instituto de Chile.

### AUF EINEN BLICK

**GEOGRAPHISCHE LAGE**  
Chile liegt an der südwestlichen Küste Südamerikas, von der nördlichen Grenze mit Peru bis zum Südpol, ca. 8045,7 km lang; Breitengrad 1730° S - 5630° S

**BEVÖLKERUNG**  
11 435 000

**EINWANDERER**  
Spanier, Deutsche, Engländer, Italiener, Juden, Tschechen, Jugoslawen und Araber.

**VERWALTUNG**  
13 Regionen, davon jede in Provinzen aufgeteilt, diese wiederum in Kommunen.

**SCHULWESEN**  
Unsonst, bis zum 8. Schuljahr obligatorisch.

**ALPHABETISIMUS**  
94,4 Prozent.

**SCHULJAHR**  
März bis Dezember

**VORSCHULE**  
Kinderhort oder Kindergarten, für Kinder im Alter zwischen 1 und 5 Jahren.

**GRUNDSCHULE**  
Diese dauert 6 Jahre, für Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren.


**HAUPTSCHULE**  
Diese dauert 4 Jahre für Schüler im Alter zwischen 14 und 18 Jahren.

**UNIVERSITÄTEN**  
Es gibt 17 Universitäten, die sämtliche Studienmöglichkeiten bieten in der Dauer von 4 bis 7 Jahren.

**WICHTIGE ANSCHRIFTEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**  
Botschaft der Republik Chile; Kronprinzessallee 20, 5300 Bonn 2, Tel. 0228-363089, 363090, 365561  
Konsulat in Bundesplatz 12, 1000 Berlin 31, Tel. 030-8332193  
Honorargeneralkonsulate in Frankfurt und München.  
Generalkonsulat in München  
Wirtschaftsabteilung der Botschaft; Chilehaus 8, 2000 Hamburg 1, Tel. 040-335836/13

**IN ÖSTERREICH**  
Botschaft von Chile; Lugackg. 1 III/IX, 1010 Wien, Tel. 523370, 523253

**IN CHILE**  
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland; Casilla 9949, Calle Agustinas 785, Tel. 35031-35  
Konsulat in Concepcion, Casilla 41, Calle O Higgins 445, Tel. 25978  
Deutsch-Chilienische Handelskammer in Santiago de Chile; Casilla 9980, Alumada 131, Tel. 94494  
Österreichische Botschaft; Barrios Errazuris 1968, Casilla 16.196, Santiago de Chile 9, Tel. 234774, 2334281  
Büro des Handelsrates; Ismael Valdes Vergara 388, Casilla 163 - d, Santiago de Chile, Tel. 391151



## DEUTSCHE IN CHILE / Beginn einer Aristokratie

# Kolonisatorisches Werk

Rund 40 000 Chilenen zählt die Regierung, die ihre Muttersprache mit Deutsch angeben, obwohl sie einen Chile-Paß haben und ihren Namen nur auf spanisch angeben. Chilenen deutscher Abstammung mag es etwa 200 000 geben.

Bleibende Erinnerung an die deutschen Siedler ist ihr kolonisatorisches Werk, das aus einem Urwald die Speisekammer Chiles gemacht hat. Sie haben den Provinzen Cautin, Valdivia, Osorno und Llanquihue (65 317 Quadratkilometer groß) ihren Stempel aufgedrückt. Einer der ersten Deutschen kam aus Nürnberg; Bartholomäus Blum. Schnell erkannte der Zimmermann seine Chancen. 1530 heiratete er die Tochter des Arukaner-Häuptlings Talazente. Fortan nannte er sich Bartolome Flores, kümmerte sich um die Belange der Spanier in Chile, brachte Ordnung in die Verwaltung und stieg 1541 zum ersten Prokurator von Santiago de Chile auf.

Flores ließ nicht nur die erste Mühle in Vina del Mare bei Valparaiso anlegen, sondern auch den ersten Weinberg. Er gab ihm den Namen Anesta de Aleman - Anhang der Deutschen. Seine Tochter gab er einem (deutschen) Feldhauptmann. Aus dieser Ehe stammten eine Vielzahl von Kindern und Kindeskindern, die eine traditionsreiche Großfamilie, ihre eigene „Aristokratie“ begründeten. Aus dieser Familie stammten drei Präsidenten des Landes.

Südc Chile war bis 1890 fast ausschließlich von deutschen Kolonisten

besiedelt, woran Bernardo Philippi aus Berlin großen Anteil hatte.

Philippi war um 1840 als Beauftragter Preußens in Chile gewesen und hatte danach eine starke Auswanderung in dieses Land befürwortet. Er entschied sich selbst für Chile als seine zweite Heimat und wurde unter Präsident Bulnes Adjutant für Einwanderungsfragen. Mit seiner Hilfe kamen rund 3000 Deutsche aus Hessen, Hannover und Hamburg.

Einige Gründungsdaten der „Deutschen Schule“ geben Aufschluß über die Zeitfolge der Besiedlung: 1854 Osorno, 1858 Valparaiso, 1858 Valdivia, 1860 Puerto Montt, 1887 Concepcion, deutsche Siedlungen bestehen um 1880 in Los Angeles, Temuco, Villarrica und Rio Bueno.

Während Südc Chile vor allem landwirtschaftlich orientierte Bevölkerung anzog, siedelten in Mittele Chile vor allem Lehrer, Händler und Angestellte aus akademischen Berufen. Daneben kamen vermehrt Offiziere.

Nur zwei Jahre später kam eine andere Spezies aus deutschen Ländern nach Chile - die Bierbrauer! Das wurde lange Zeit die Hauptindustrie des Landes. 1890 gab es 63 deutsche Brauereien in 29 Gemeinden.

Mit dem Jahr 1933 wurde der deutsche Einfluß in Chile stark abgebaut. Erst nach 1945 gab es zaghafte Ansätze für eine stärkere Wiederbeachtung des deutschen Volksgutes in Chile. Aus der Industrie, dem Handel und dem Gewerbe sind die Deutschen weitgehend verdrängt worden oder haben sich gänzlich assimiliert.

## COMPANIA MANUFACTURERA DE PAPELES Y CARTONES S.A.



Das größte Privat-Unternehmen Chiles.

Seit 25 Jahren auf dem Weltmarkt der Forsterzeugnisse tätig.

Wir exportieren nach Deutschland: Sulfat-Zellstoffe aus Nadelholz (ungebleichte, halbgebleichte und vollgebleichte), Schnittholz

Agustinas 1343 Santiago Chile  
Telex 340482 CELPA CK 340443 CELPA CZ  
Allein-Vertreter für die BRD: G. Schuerfeld & Co.  
MONCKEBERGSTRASSE 31, 2000 HAMBURG 1, TELEX 2161228-GUS-D

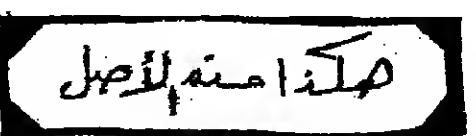
## KOMITEE FÜR AUSLÄNDISCHE INVESTITIONEN IN CHILE

— Chile bietet echte Anlagemöglichkeiten auf Gebieten, bei welchen, international verglichen, Vorteile gegeben sind.

Beispiele: Bergbau und Kupfermanufaktur, Eisen und Stahl, Gold, etc. Früchte, Forstwesen, Fischerei und Konserven von Krustentieren, Seetieren und Fischen, Zellulose, Holz, Werkzeugmaschinen, Finanz- und Dienstleistungskreise, Energie, etc.

— Für Auskünfte oder Kontakte mit amtlichen oder Privatkreisen steht das geschäftsführende Sekretariat des Komitees für ausländische Investitionen zu Ihren Diensten.

Anschrift: Agustinas 1180, Piso 3  
Telefon: 725941 oder 696.2281.  
Telex: 240569  
Santiago — Chile





NATIONALHELD / Bürger O'Higgins

# In Irland wäre er ein Bauer geworden

Amerika ist nun frei. Von heute an existiert General O'Higgins nicht mehr, er ist nur noch der Bürger O'Higgins. Diese Worte richtete der Befreier Chiles, der am 1. Januar 1819 die Unabhängigkeit seines Heimatlandes ausgerufen hatte, nach der Schlacht von Ayacucho an Simón Bolívar, der in ganz Südamerika als „Libertador“ verehrt wird.

Auf den Schlachtfeldern von Ayacucho trug General Antonio José Sucre am 9. Dezember 1824 den Endsieg über die Spanier davon. Mit der Kapitulation des spanischen Vizekönigs hörte ihre Herrschaft in Südamerika unwiderruflich auf. Bernardo O'Higgins konnte befriedigt feststellen: „Unser Werk ist vollendet.“

O'Higgins, Chiles Nationalheld, wurde am 20. August 1776 in der Stadt Chillán, rund 400 Kilometer südlich von Santiago, geboren. Sein Vater Ambrosio O'Higgins stammte aus Irland und war im Dienste der spanischen Krone zum Statthalter in Chile und zum Vizekönig von Peru aufgestiegen. Mit 52 Jahren heiratete er ein kaum 15jähriges Mädchen.

Aus dieser Verbindung ging Bernardo hervor. Der Vater, der später den Titel eines Marqués de Osorno trug, ließ ihn standesgemäß in England erziehen. Dort lernte er die revolutionären Gedanken der europäischen Geistesgrößen wie Bacon und Locke, Montesquieu und Rousseau sowie Voltaire kennen, die seine nationalen Gefühle erweckten.

## Schwärmend für die Revolution

Im Alter von 24 Jahren kehrte O'Higgins nach Chile zurück; er schwärmte für die französische Revolution. Begeistert schloß er sich 1810 der Freiheitsbewegung an. „Die göttliche Vorsehung hat unsere Unabhängigkeit vorausbestimmt“, erklärte der junge Mann aus Chillán, „und mein einziger Ehrgeiz ist es, ein eigenes Vaterland zu haben.“

Die Criollos - Chilenen spanischer Abstammung - waren damals in zwei Lager gespalten: Die einen hielten dem spanischen Königshaus die Treue, während die anderen den Umstand, daß Bonaparte den Thron usurpiert hatte, zum Anlaß für ihre Auflehnung nahmen. O'Higgins stellte sich auf deren Seite.

Während am 18. September 1810 in Santiago die erste Junta zusammentrat, bereitete O'Higgins auf seinem Landgut nahe Chillán den Aufstand gegen die spanischen Kolonialherren vor. Später bezeichnete er sich als einen „Gelegenheitsstrategen, der zu den Waffen gegriffen hat, um die Kämpfer für die Befreiung in gefahrloser Stunde anzuführen.“

Um ihn scharten sich hauptsächlich Leute vom Lande. Der Zulauf wurde von Tag zu Tag stärker. O'Higgins wurde zum General ernannt und erhielt 1813 den Oberbefehl über sämtliche Truppen. Nach einigen kleinen Siegen wurde er 1814 bei Rancagua von zahlenmäßig weit überlegenen spanischen Verbänden vernichtend geschlagen.

Selbst schwer verwundet, konnte O'Higgins mit einem versprengten Haufen seiner Befreiungskämpfer nach Argentinien flüchten. Gemeinsam mit dem argentinischen General José de San Martín stellte er das Anden-Heer auf, das später die Kordilleren überquerte und bei Chacabuco am 12. Februar 1817 den Spaniern den ersten schweren Schlag versetzte.

„Wenn ich in England oder Irland

zur Welt gekommen wäre, wäre aus mir sicherlich ein guter Bauer geworden, und ich hätte auf dem Lande gelebt“, sinnierte einmal der Feldherr. „Da ich aber meinen ersten Atemzug in Chile getan habe, fühle ich mich in der Schuld, meinem Vaterland zu seiner Freiheit zu verhelpen.“

## Nach Befreiung Director Supremo

Nach der Befreiung Chiles wurde O'Higgins zum „Director Supremo“ ernannt und mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet. Vier Monate nach der Proklamation der Unabhängigkeit sicherte er den Bestand der Republik endgültig mit seinem Sieg am Maipú. Die weiteren Feldzüge General San Martins in Peru unterstützte er durch die Entsendung einer chilenischen Flotte.

„Hätte ich tausend Leben, wären sie mir immer noch nicht genug, um sie für die Freiheit und für die Unabhängigkeit unseres Volkes zu opfern“, erklärte O'Higgins emphatisch. „Aber ich habe die große Genugtuung, daß der Großteil der Söhne Araukanians genauso denkt und handeln würde.“ Die Araukaner sind die Ureinwohner Chiles, die den Spaniern bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts im Gebiet südlich des Bio-Bio-Flusses trotzten.

Die Regierung des „Obersten Direktors“ stand unter keinem guten Stern. An den Reformen, die O'Higgins im Staate vornehmen wollte, schied sich die Geister. Als sich zwei unversöhnliche Parteien entgegenstrelten und der innere Frieden gefährdet schien, wich der Nationalheld dem Druck des Generals Freire und zog sich auf das Landgut Montalván im Süden Perus zurück.

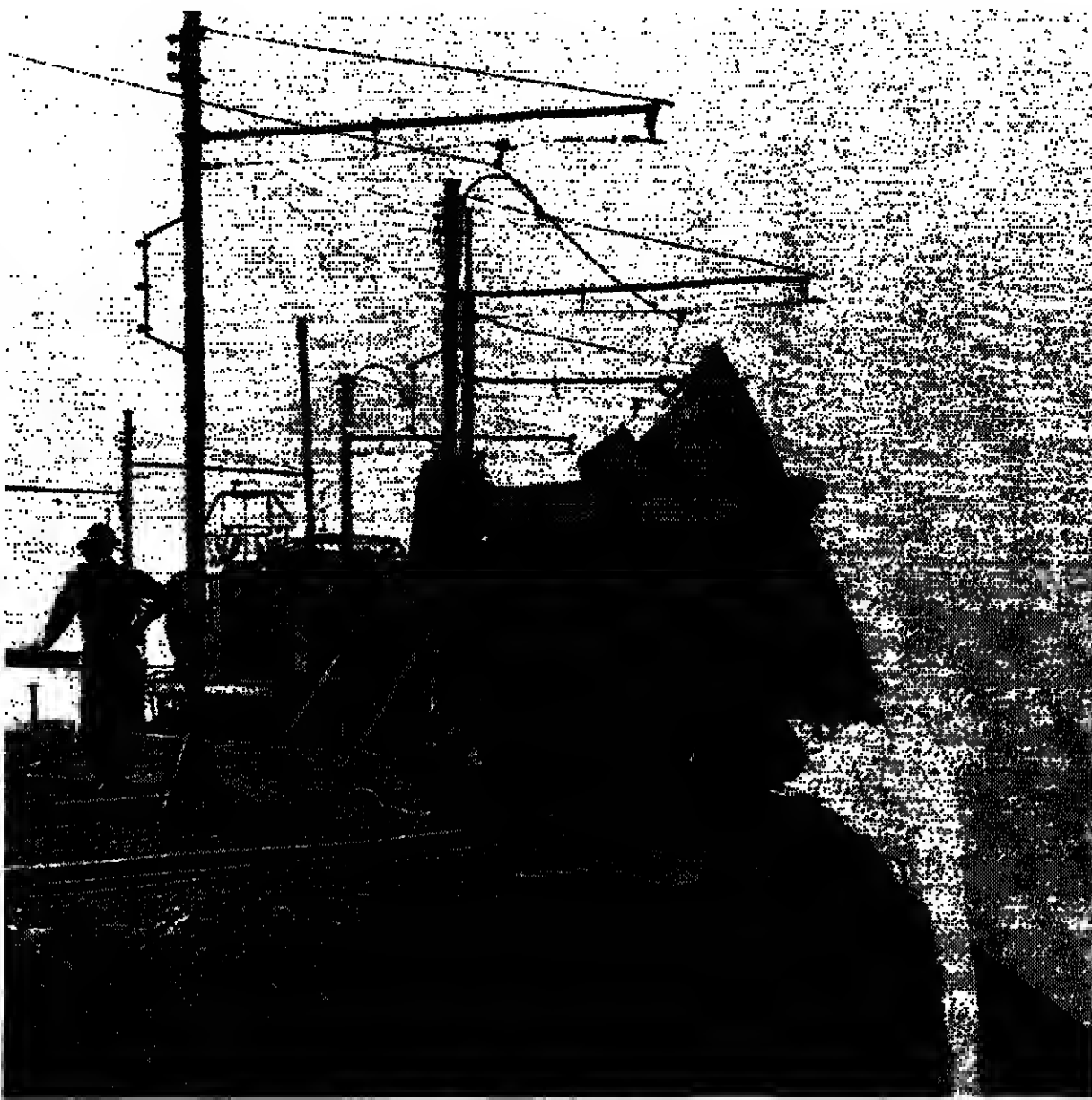
Dort lebte er vereint mit seiner Mutter und Schwester, die während des Unabhängigkeitskrieges zeitweilig in die Hände der Spanier gefallen waren, und mit seinem Sohne Demetrio. Historiker haben seinen Rückzug aus der Politik als ein Opfer gewürdigt, das seinem militärischen Ruhm gleichsteht. Er selbst dürfte es anders empfunden haben, wie aus Tagebüchern hervorgeht.

Im Alter ließ sein Gesundheitszustand immer mehr zu wünschen übrig. O'Higgins träumte noch auf dem Sterbebett von einer Heimkehr nach Chile, nachdem dort in der Zwischenzeit der Streit um seine Person und seine Politik abgeklungen war und seine geschichtliche Rolle gewürdigt wurde. Seiner Schwester Rosita diktierte er eine Ansprache, die er nach der Ankunft in Valparaiso halten wollte. Sechs Stunden vor der Einschiffung starb er am 24. Oktober 1842.

Wie andere große Männer, die selbstlos ihre Ideale verfolgten und nicht nach materiellen Gütern strebten, litt O'Higgins in den letzten Jahren seines Lebens ziemlich Not. Auch auf der Flucht nach Argentinien hatten Mutter und Schwester sich eines Entgeltes wegen verdingen müssen. Das Landgut bei Chillán hatte er verloren, als die Spanier das Gebiet noch einmal zurückerobert hatten.

O'Higgins lebte zuletzt auf dem Landgut Montalván als Gast der Regierung in Lima. Seine Verbitterung wurde jedoch von dem Stolz darüber erhallt, daß er zur Freiheit und Unabhängigkeit Südamerikas seinen Teil beigetragen hatte.

MANFRED NEUBER



Nach wie vor eine Säule der Wirtschaft, die Kupferindustrie

FOTO: CAMERA PRESS

## SOZIALPROGRAMM / Ein Kampf gegen die Armut

# Hilfe vor allem für diejenigen, die sie auch wirklich am nötigsten haben

Von PATRICIA MATTE

Eine „Karte der extremen Armut“ als erste Annäherung an die wahren Ausmaße dieses Problems wurde 1975 fertiggestellt. Es zeigte sich, daß sich über 21 Prozent unserer Bevölkerung in dieser Situation befand.

Seit 1925 hatte Chile verschiedene Anstrengungen hinsichtlich der sozialen Probleme gemacht. Es wurde in diesem Zusammenhang als eines der fortschrittlichsten Länder Lateinamerikas angesehen. Sowohl das Erziehungssystem als auch jenes für soziale Sicherheit galten mit als die modernsten Lateinamerikas. Es fiel schwer, sich vorzustellen, daß Regierungen, die vorgaben, sich den Armen verschrieben zu haben und die einen wichtigen Teil der gesamten Ausgabe für soziale Zwecke bestimmten, so wenig Erfolg vorweisen konnten.

Die Karte der extremen Armut ermöglichte es nicht nur, die Notleidenden innerhalb der Gemeinden und Regionen zu finden, sondern zeigte auch zwei sehr wichtige Tatsachen auf, die zu Richtlinien für spätere Analysen wurden. Einerseits hob sie hervor, daß der größte Prozentsatz der Notleidenden sich im schulpflichtigen Alter befand und daß von diesen 47 Prozent nicht die Schule besuchten oder sie aufgegeben hatten, nachdem sie ein oder zwei Jahre in die Schule gegangen waren.

Andererseits zeigte sie, daß die Eltern dieser Kinder nicht Arbeiter oder Handwerker waren, sondern selbstständig arbeiteten und somit keine Nutznießer dieses gewaltigen Apparates, der 25 Prozent aller Ausgaben des Staates verschlang; das soziale Versicherungssystem, welches die Rentenversicherung und das Gesundheitswesen mit einschloß. Nach einer umfassenden Analyse kam man

zu dem Schluß: Die Unterstützung begünstigte nicht diejenigen, die es am nötigsten hatten.

Zudem stellte sich heraus, daß die Finanzierung der Sozialprogramme nicht von den Steuern der Wohlhabenden stammte, sondern von der „Inflationsteuer“ und den Abgaben für die Rentenversicherung getragen wurde, die insbesondere jene Leute belastete, die von einem Gehalt oder Lohn lebten.

Das heißt, die Sozialausgaben des Staates wurden nicht nur nicht mit dem Geld der Vermögenden im Sinne einer gerechten Verteilung des Einkommens geleistet, sondern hatten obendrein zur schlechten Lage der Nichtbegünstigten beigetragen, indem ein System von Beihilfen und Zuschüssen geschaffen worden war, welches nur den Leuten half, die schon in den Entwicklungsprozess einbezogen waren.

In dem Maße, in dem der wirtschaftliche Aufschwung nachließ, wurde der Kampf um die geringen Mittel immer bitterer und heftiger. Andererseits versprach man nach wie vor alle Vorteile, die eine moderne Gesellschaft zu bieten hatte.

Was 1973 geschah war mithin auch die Folge eines wirtschaftlichen und politischen Systems, daß immer weniger leistungsfähig und immer ungerechter wurde.

Aufgrund dieser Diagnose erstrebte die Sozialpolitik der Regierung die Beseitigung dieser Diskriminierung. Mit besonderem Nachdruck achtete man darauf, die Bedürftigsten mit direkten Beihilfen zu unterstützen. Dies beinhaltete die Schöpfung eines Systems zur Erfassung und Auswahl der Nutznießer einerseits, zur Verfolgung der im Programm festgelegten Ziele andererseits. In ersterem sind

die größten Fortschritte erzielt worden, da es nunmehr systematisch möglich ist, Vor- und Nachnamen sowie die Adresse der hilfsbedürftigsten Einwohner einer Gemeinde festzustellen.

Es werden aber nicht nur mehr Kinder dank diesem Programm versorgt, auch die Qualität der gereichten Nahrung ist gestiegen. Außerdem wurde Reis und Öl an die von Unterernährung bedrohten Kinder und übermäßig abgemagerten Schwangeren verteilt. Das andere wichtige Programm im Gesundheitsbereich ist die Kontrolle des gesunden Kindes.

Dieses Programm erfaßt 87 Prozent der bedürftigen Bevölkerung unter 6 Jahren; in den ärmeren Vierteln sogar bis zu 90 Prozent. Dies hatte einen starken Rückgang der Sterblichkeitsziffer aufgrund verbreiteter Todesursachen zur Folge. Ein Vergleich der Jahre 1972 und 1982 zeigt: Die Todesfälle wegen Durchfall bei Kindern unter einem Jahr sind von 2997 auf 330 zurückgegangen, wegen Lungenerkrankung von 5097 auf 685.

Die Kindersterblichkeitsrate (Kinder unter 1 Jahr) ist in diesem Zeitraum ebenfalls stark zurückgegangen: von 71,1 Promille der lebendig Geborenen im Jahre 1972 auf 21,8 im Jahre 1983.

Auch der Prozentsatz der stark unterernährten Kinder hat kraft der durch diese Programme aus dem Gesundheitswesen geleisteten Anstrengungen einen Wandel erfahren. So hatte Chile im Jahre 1975 0,7 Prozent stark unterernährter Kinder und jetzt sind es nur 0,1 Prozent. Ähnliche Erfolge sind im Bezug auf die Sterblichkeit bei Müttern zu verzeichnen. Sie ist von 1,88 Promille der lebendig geborenen Kinder im Jahre 1970 auf 0,45 Promille gesunken.

## KUPFER / Mit aggressiver Strategie

# Verknappung bringt das Land nicht weiter

Mit einer offensiven Verkaufspolitik auf dem Weltmarkt ist Chile in den vergangenen Jahren zum größten Kupferproduzenten der Erde aufgestiegen. Dieser Expansionskurs soll auch in Zukunft fortgeführt werden, sofern das Steuer in der Wirtschaftspolitik nicht herumgerissen wird.

Die chilenische Regierung verfährt seit 1976 nach der Devise, den höchstmöglichen Nutzen aus den Bodenschätzen des Landes zu ziehen. Das öffentlich erklärte Ziel lautet, „in der kürzestmöglichen Zeit die größtmögliche Menge an Kupfer zu produzieren“.

So macht das rote Metall heute wieder mehr als die Hälfte aller chilenischen Exporte aus, wodurch die Abhängigkeit Chiles vom Weltmarktpreis für Kupfer zunimmt. In den siebziger Jahren war versucht worden, davon abzukommen, indem der südamerikanische Staat seine Ausfuhr diversifizierte.

Im Jahre 1981 produzierte Chile 1,1 Millionen Tonnen Kupfer; das waren 17 Prozent der gesamten Welt-Erzeugung. Im Jahre 1983 stieg die Produktion auf 1,3 Millionen Tonnen, und damit wurden die Vereinigten Staaten als bis dahin größter Erzeuger übertroufen.

In diesem Jahr sank der Ausstoß infolge produktionstechnischer Probleme geringfügig, jedoch hält Chile noch seinen Anteil von 20 Prozent an der Kupfer-Produktion der westlichen Welt. Die staatliche Holding Codelco, die knapp 80 Prozent der Gran Minería kontrolliert, will die führende Position weiter ausbauen.

Im Aufsichtsrat der Codelco sitzen sieben Mitglieder, von denen fünf von der Regierung berufen sind. Es handelt sich um den Bergbau- und um den Wirtschaftsminister sowie um drei hohe Offiziere, die vom Staatschef, General Augusto Pinochet, ernannt wurden.

Sowohl der Vorsitzende des Aufsichtsrates als auch der geschäftsführende Direktor sind Militärs. Das unterstreicht, welche hohe strategische Bedeutung der Kupferbergbau für die Junta in Santiago hat. Offenbar hat Pinochet in allen Entscheidungen des staatlichen Bergbau-Unternehmens das letzte Wort.

Auf Solidarität mit den anderen Kupfer-Produzenten, vor allem mit Peru, Sambia, Zaïre und den Philippinen aus der Dritten Welt, die in dem Erzeuger-Kartell Cipeco zusammengeschlossen sind, legt man gegenwärtig keinen Wert. Vielmehr versucht Chile, seine Stellung auf dem Weltmarkt zu verbessern.

## Produktionskosten sind hier niedrig

Das ist ohne Verluste möglich, weil Chile relativ niedrige Produktionskosten ausweist. Mit 40 Cents pro Pfund liegen sie um die Hälfte günstiger als in den USA. Anscheinend setzt die Codelco auf einen Verdrängungswettbewerb mit den internationalen Konkurrenten.

Nachdem der Kupferpreis zu Anfang der achtziger Jahre vergleichsweise günstig notiert worden war, ist er seither aus unerfindlichen Gründen trotz steigender Nachfrage zurückgegangen. Gemessen am Dollarkurs sind heute die 60 Cent pro Pfund nur noch halb soviel Erlös wie beim Stande vom Januar 1980.

Nach Angaben des Londoner Wirtschaftsmagazins „The Economist“ nahm die Nachfrage nach Kupfer im Jahre 1984 um etwa acht Prozent zu. An der Londoner Metal Exchange fielen die Vorräte binnen zwölf Monaten von 435 000 Tonnen auf 133 000 Ton-

nen, und die Nachfrage insgesamt übertraf das Angebot um 30 000 Tonnen.

Um einen weiteren Preisverfall auf dem Weltmarkt zu verhüten, hoffte man auf Produktionsbeschränkungen in Chile. Doch diese Rechnung dürfte nicht aufgehen. Santiago kann es sich wegen der gespannten sozialen und politischen Lage im Lande nicht leisten, die Produktion herunterzufahren und einen Teil der 26 000 Kumpel zu entlassen.

Amerikanische Konkurrenten hatten im Juli bei der einheimischen International Trade Commission (ITC) die Festsetzung von Einfuhrquoten für Kupfer verlangt. Die USA hatten 1983 insgesamt 600 000 Tonnen importiert, von denen 250 000 aus Chile kamen. Jetzt sollten nur noch 353 000 Tonnen mit einem chilenischen Anteil von 121 000 Tonnen zugelassen werden.

## Der Verbrauch steigt kaum noch

Zur Verteidigung des freien Warenverkehrs führte der chilenische Verhandlungsführer, der ehemalige Bergbauminister Enrique Valenzuela, folgendes an: Die US-Unternehmen leiden nicht unter den Importen, sondern an schlechten Erzen der eigenen Förderung und hohen Produktionskosten. Dafür könne Chile aber nicht bestraft werden.

Dennoch wurde dem Ersuchen von elf amerikanischen Firmen, die chilenischen Einfuhren zu begrenzen, von Präsident Ronald Reagan nicht stattgegeben. Die Codelco wies auch die Unterstellung zurück, daß staatliche Unternehmen werde durch Steuervergünstigungen und günstige Kredite des Staates gegenüber anderen bevorzugt.

Während die Codelco in ihren Unternehmen bei einem Erzeuger-Preis von 40 Cent pro Pfund gegenwärtig noch Gewinne erwirtschaftet, schafften die anderen chilenischen Produzenten gerade noch einen Ausgleich zwischen Produktionskosten und Verkaufspreis. Ob Chile seine Auslandsschulden abtragen kann, hängt letztlich vom Anstieg des Kupferpreises ab.

Das alte Rezept, durch eine Verknappung eines Rohstoffes den Erlös auf dem Weltmarkt in die Höhe zu treiben, würde wenig nutzen: In Chüquibambuta, dem größten Kupfererz-Tagebau der Welt, kletterten die Produktionskosten pro Tonne bei sinkender Förderung. Dort wurde 1958 fast soviel (558 000 Tonnen) gefördert wie Sambia, der viergrößte Erzeuger der Erde, auswies.

Alle Kupferproduzenten stehen vor dem Phänomen, daß der Kupferverbrauch in den Industrienationen zwar 1978 den Stand vor dem Erdölchock von 1973 wieder erreicht, seither jedoch kaum weiter zugenommen hat. Um so heftiger wird auch die Konkurrenz der Aluminium-Erzeuger, die große Geldsummen für Marktforschung und Absatzförderung aufwenden. Allein die beiden größten Aluminium-Konzerne geben 150 Millionen Dollar aus.

Um die expansive Marktpolitik durchhalten zu können, will die Codelco von 1985 an vier Jahre hindurch jährlich 400 Millionen Dollar in chilenischen Kupferbergbau investieren. So soll die Kupfer-Produktion bis zum Ende der achtziger Jahre auf mehr als 1,14 Millionen Tonnen erhöht werden. Bis zum Jahre 1993, so verlautete in Santiago, soll das Volumen sogar auf 1,5 Millionen gesteigert werden. Chile setzt auf das rote Metall, will aber zugleich seine Monokultur brechen.

F. M.



Die Vereinigung der Hersteller von Fischmehl und Fischöl setzt sich aus folgenden chilenischen Fischerei-Unternehmen zusammen:

- Empresa Pesquera Eperva S.A.
- Empresa Pesquera Tarapacá S.A.
- Sociedad Pesquera Guanaye Ltda.
- Presquera Indo S.A.
- Pesquera Iquique S.A.
- Sociedad Pesquera Coloso S.A.

Allein-Vertreter für den Export von Fischmehl und Fischöl:

Ahumada 370, of. 301  
Telefon: 714083 — 6960520  
Kabel: CORPESCA  
Telex: 440020 CORPE CZ  
Postfach: Clasificador 1231, C.C.  
Santiago, Chile

## CHILE - IHR LEISTUNGSFÄHIGER LIEFERANT IN SÜDAMERIKA

HANDELS-GESCHÄFTSSTELLEN CHILES IN EUROPA (BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND):

- Herr Victor Oettinger  
Chile Haus 8, IV Etage  
Fischertwiete 1  
2000 Hamburg  
Telefon: (040) 335813  
335835
- Herr Alfredo Hermann  
Kronprinzenstr. 20  
53 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0228) 363661  
363089
- Frau Ilse Carstanjen  
Leopoldstr. 87/3 St.  
8000 Muenchen 40  
Telefon: 335000  
Telex: 523203 ETEAM D  
BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND

Handelsauskünfte können auch bei den chilenischen Botschaften angefordert werden



PROCHILE  
Direktion der Exportförderung



OSTERINSELN / Die Sage von Hotu Matu'a

# Ao in der Rechten, Tahonga an der Brust

Eines Tages hat der erzürnte Uoke von der Ferne aus beginnend den Grund der polynesischen Meere aufgewirbelt, dabei Inseln zerstört, Stürme und Erdbeben verursacht. Mit Hilfe eines gigantischen Hebers hob er Erdklumpen und ließ die dann ins Meer zurückfallen. Aber der Heber brach bevor er die Ufer von Rapa Nui erreichte, und somit wurde die Osterinsel vor der Zerstörung bewahrt. Gleichzeitig flüchteten König Hotu Matu'a zusammen mit seiner Frau Vakai, Verwandten und vielen Freunden vor dieser Überflutung in zwei Booten, da sie durch die Träume eines gewissen Hau Maka gewarnt worden waren. Eines Morgens segelten sie in den ruhigen Gewässern, die die kleine Insel Motu Nui umgeben. Während sie nach einem guten Landeplatz Ausschau hielten, erreichten sie den schönen Strand von Hanga Morie Roa. Heute bekannt als Anakena; seine klaren Gewässer sind ideal zum Schwimmen. Mit ihren bunten Gewändern und Federmützen sprangen sie freudig von ihren hundert Fuß langen Booten auf den weißen Sand des Strandes. Singend und tanzend trugen sie Werkzeuge, Haushaltsgegenstände, Körbe voll mit Pflanzen wie Name, Taro, Ti, Süßkartoffel, Bananen und Zuckerrohr mit sich.

auf Fundamente aus geschliffenen Steinen. Ihre Häuser bedeckten die ganze Insel. Man erzählt, daß eines Tages eine neue Einwanderung von kräftigen Männern in die Akahanga-Region der Insel einbrach. Diese Tangata Hanau Gepe waren physisch anders als die Tangata Hanau Momko (dünne Rasse), die die ersten Ariki begleitet hatten.

Nach kurzer Zeit begannen beide Rassen unter der Führung von Hanau Gepe - große Erbauer von Grabdenkmälern - mehrere Ahu, Zeremonientempel, zu erbauen auf dem Umkreis der Insel. Archäologen haben nicht weniger als 102 Ahu-Plattformen verstreut auf der ganzen Insel gezählt. Gleichzeitig haben sie gigantische Figuren „Moai“ aus Stein gehauen, welche später über die Ahu gehoben wurden zum Andenken an ihre Geliebten. Viele von diesen Portraits hatten eine Art Ha'u Mori auf dem Kopf, aus rotem Bimsstein von dem Punapau Steinbruch.

### Frage nach dem Transport der Kolosse

Die berühmte Moai-Skulpturen-Werkstatt befindet sich auf der Südostseite des Rano Raraku, eines der drei erloschenen Vulkane auf der Insel, wo der geeignete Lapilli-Stein einst zu Moai geschliffen wurde. Von den 276 Steinstatuen, die gefunden wurden, sind 193 fast oder ganz fertiggestellt, und 83 verblieben im Anfangsstadium der Erbauung. Archäologen haben noch nicht ausfindig gemacht, wie diese Kolosse, die mehrere Tonnen wiegen, 15 Kilometer weit bewegt werden konnten mit Seilen, Baumstämmen und menschlicher Muskelkraft als einzigen Hilfsmitteln.

Offensichtlich endete dieses Unternehmen ganz plötzlich um 1680, als ob eine große Katastrophe über die Insel hereingebrochen wäre. Moai-Statuen wurden von den Zeremonientempeln heruntergerissen. Aber heute hat man viele dieser Momente wiederhergestellt, wie Tahai, das ist der Ahu nördlich von Hanga-roa, wo fünf Ahu sind und viele Moai und wunderbare Exemplare monumentaler Skulpturen. Andere große Werke befinden sich in Vinapu, Hekes Ahu in Hanga Hooru oder La Perouse Bay; der Tongariki Ahu in Hoto Ju; der Tepeu, Akahanga und Vahai Ahu; der Aktivi Ahu mit seinen sieben Moai - der einzige, der im Inneren der Insel errichtet wurde - und der Te Pito Kura Ahu, in der Nähe von Anakena.

Zusätzlich zu diesen Monumenten hat die Insel eine große Anzahl von Relikten, wie Tupa oder Unterkünfte, Höhlen, Ana, Hühnerställe, Feuerplätze, Petroglyphen, Häuserruinen und den beeindruckenden Orongo, ein Zeremonientempel. All diese kann man leicht besuchen.

Menschen von allen Erdteilen und Sparten haben über die Osterinsel geschrieben. Unter ihnen können wir Peter Sebastian Englert, Arne Skjold-vod, Rodolfo A. Philippi, Alfred Metraux, William Mulloy, Katherine Routledge, Pierre Loti, Gonzalo Figueroa, Thor Heyerdahl, Sergio Rapu, und andere, nennen. Durch ihre Erforschungen haben viele Wissenschaftler versucht die Geheimnisse um diese Insel zu lüften. Aber das ist nicht genug. Denn es gibt noch viel mehr zu entdecken über diesen Schatz von Mensch und Erde.

Chile verfügt insgesamt über fünf Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Das entspricht rund sieben Prozent der Gesamtfläche des langgestreckten Landes. Die heißen



Ihre Geheimnisse haben die Osterinseln bis heute nicht preisgegeben FOTO: MANFRED GROHE

### LANDWIRTSCHAFT / Erhebliche Investitionen aufgrund des Dreijahresplans

# Günstige Kredite für in- und ausländische Investoren

Äpfel, Aprikosen, Nektarinen aus Chile gehören seit Jahren zu den landwirtschaftlichen Exportartikeln des südamerikanischen Landes. Ebenso wie Shrimps, Hummer und Krabben, die die große Flotte Chiles aus den Meeren holt.

Chiles Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft genießt hohes Ansehen, national und international. Die Regierung verstärkt diese Stellung durch finanzielle Anreize.

So ist die Saatfläche für die traditionellen Produkte (Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln, Reis, Mais, Raps) um 20,6 Prozent auf 1,5 Millionen Hektar ausgeweitet worden. Für 1985 erwartet die Regierung einen weiteren Zuwachs von rund 13 Prozent.

Chile verfügt insgesamt über fünf Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Das entspricht rund sieben Prozent der Gesamtfläche des langgestreckten Landes. Die heißen

Wüsten im Norden und die kalten Regionen im Süden lassen kaum Ackerbau und Viehzucht zu.

In den übrigen Landesteilen ist dagegen jede Art von Landwirtschaft und Viehzucht möglich.

Im Sommer 1984 gab die Regierung ihren Dreijahresplan für die Agrarwirtschaft bekannt. Er sieht eine Produktion von 1,46 Millionen Tonnen Weizen im Jahre 1986 vor, die 75,5 Prozent des internen Bedarfs decken würde.

Diese Produktion wird durch ein Anwachsen der Anbaufläche erreicht, die im Zeitraum 1984 bis 1985 schätzungsweise einen Umfang von 600 00 Hektar und im Zeitraum 1984 bis 1986 einen Umfang von 730 000 Hektar einnehmen wird. Die Prognose rechnet auch mit einem Ertrag von 20 000 Kilogramm je Hektar.

Weitere Ziele des Dreijahresplans hängen mit der Höhe der

in diesem Bereich geplanten Investitionen zusammen. Sie erreichen in diesem Jahr 10,5 Millionen Pesos, 11,2 Millionen Pesos im nächsten Jahr und 11,7 Millionen Pesos im Jahre 1986.

Es handelt sich dabei um längerfristige Investitionen, die den Zeitraum der zwei Jahre überdauern, wie Baum- und Obstplantagen, Weidegebiete, Ent- und Bewässerungsanlagen und den Zuwachs der Vieh- und Geflügelzucht.

Die realen Wachstumsraten für die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft, die Viehzucht zusammen werden für dieses Jahr auf 8,7 Prozent, für das Jahr 1985 auf 5,8 und für das Jahr 1986 auf 4,1 Prozent geschätzt.

Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate wird auf 6,2 und für die drei Jahre auf 19,7 Prozent geschätzt.

Rund 410 000 Chilenen arbeiten gegenwärtig im Agrarsektor.

Bis 1986 sollen 73 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ähnlich große Erwartungen knüpft die Regierung an die Steigerungen im Agrarexport. Er soll in den nächsten zwei Jahren auf rund 44 Prozent anheben werden.

Dies will man durch eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 12,9 Prozent im landwirtschaftlichen Bereich, 13,9 im forstwirtschaftlichen Bereich und 18,6 Prozent im Bereich der Viehzucht erreichen.

Die Schätzungen sagen, daß die Exporte insgesamt in diesem Bereich von 749 Millionen Dollar in diesem Jahr auf 945 Millionen Dollar in zwei Jahren steigen werden. Die Importe werden dagegen abnehmen, und zwar von jetzt 427 Millionen Dollar auf 308 Millionen in zwei Jahren.

Das bedeutet, daß der Bereich der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht einen Handelsbilanzüberschuß von 638 Millio-

nen Dollar in zwei Jahren produzieren würde.

Um die Exporttätigkeit zu fördern, wird unter anderem die Politik des hohen Wechselkurses aufrechterhalten. Ebenso werden Verringerungen beim Export angestrebt.

Eine Reihe von Maßnahmen soll dazu beitragen, daß die Ziele des Dreijahresplans erreicht werden können. Unter anderem soll eine staatliche Preisregulierung verhindern, daß monopolistische Tendenzen die optimale Verteilung der Mittel verhindern.

Eine vernünftige Zollpolitik soll aufrechterhalten werden, die auch den Interessen der nationalen Produktionen gerecht wird. Im Agrarsektor werden günstige Kredite für die Investoren vergeben.

Weiterhin wird der Staat bei seinen Einkäufen im Agrarbereich besonders die nationale Produktion berücksichtigen.

### Entdeckung zu Ostern

Erst am Ostersonntag 1722, als ein holländischer Seemann, Jacob Roggeveen, seinen Fuß auf diese Insel setzte, entdeckte die Welt eine berühmte Kultur, die geheimnisvoll aus der Mitte des Pazifiks hervorgegangen war. Während jahrhundertelanger Isolation, hatten die Bewohner eine einzigartige Lebensweise entwickelt, reich an Geschichten, Mythen, Legenden, Musik, Tänzen, Sport, Schriften, Architektur, feiner Handarbeit und gigantischen Skulpturen. Heute füllen diese und andere Dinge tausende Seiten von Dissertationen und wissenschaftlichen Arbeiten in der ganzen Welt.

1935 wurde die Osterinsel durch die chilenische Regierung zum Freilichtmuseum erklärt, weil viele ihrer Ansichten durch die Zeiten unverändert geblieben sind, damit alle, die die Insel besuchen, sie frei bewundern können.

Die primitiven Bewohner der Insel stellten ihre Häuser, die Hare Paenga,

### WEIN / Impulse kamen aus Frankreich

# Paradies, das die Rebläuse verschonten

Bereits um das Jahr 1550 beginnt in Chile eine der traditionellsten landwirtschaftlichen Aktivitäten. Damals entwickelte sich auf diesem, vom milden Klima und sanft übergehenden Jahreszeiten liebkosten Boden die Weinbaukultur.

In diesem von der Natur geschützten Land, welches umrandet wird von Meer, Gebirge und Wüste - unüberwindbare Schranken für die Rebläus, die 1873 die feinsten Reben Europas und Amerikas zerstörte -, wurde die Weisheit des alten Kontinents mit der Güte des chilenischen Bodens und Klimas vereint, um aus seinen Weinbauarten und seinen Weinkellereien ein delikates Produkt hervorzubringen. Heute genießt Wein aus Chile Weltruf. Man findet ihn ebenso in den Spitzenrestaurants von Paris wie in denen New Yorks. In seinem Heimatland bildet er einen selbstverständlichen Bestandteil der Küche. Im Restaurant des Hotels Carrera beispielsweise, berüht für seine Meeresschnecken, würde man einen Hummer mit ohne einen trockenen Weißwein servieren.

„La Ermita“, „Canto Gallo“ und „Pollo Dorado“.

Den entscheidenden Impuls für die Weinbaukultur Chiles gab der Weiblick der Landesväter und Unternehmer, die Techniker und Spezialisten aus Europa und hauptsächlich aus Frankreich suchten, die mit edlen und feinen auserwählten Rebsorten ihrer Herkunftsländer nach Chile kamen und die Grundlage der heutigen Weinbauaktivitäten festigten.

Das alles geschah zur Hälfte des 19. Jahrhunderts. Heutzutage kommen die chilenischen Weine hauptsächlich aus den Rebsorten Cabernet (Francis Sauvignon), Cot, Semillon, Pinot, Chardonnay und Riesling.

### Die edelsten Reben plus Luft und Sonne

Die edelsten Reben der Welt bringen mit Hilfe von Luft und Sonne Weintrauben hervor, die, wenn sie rein und reif sind, behutsam in die Kellerei gebracht werden, wo ihr langer Prozeß der Unwandlung und Zucht beginnt, bis zu dem Zeitpunkt, wo der Wein seine Eigenschaften klar zum Ausdruck bringt; er wird in Eichenfässern gelagert, wo er Farbe, Blume und Körper annimmt.

Bis jetzt war die Rede von edlen Weinreben, von idealem Klima, von edlen Hälzern. Diesem Ganzen muß die Jahrhunderte dauernde Tradition, die Erwerbung von moderner und entwickelter Technologie, die Fähigkeiten der Techniker und ihr ständiges Forschen in harmonischer Gestaltung zugefügt werden, um dann mit Stolz behaupten zu können, daß Chile einer der bedeutendsten Erzeuger von hochqualitativen Weinen in der Welt ist.

Heutzutage ist es so, daß sich auf allen fünf Kontinenten irgendeine der verschiedenen chilenischen Weinsorten, durch Köstlichkeit und Qualität auszeichnet, finden läßt. Rotweine, Weißweine, Roséweine und Schaumweine - anerkannt und prämiert durch Weinkostler aller Welt - sind das erhellende Resultat der chilenischen Weinerzeugung.

### Paila Marina mit kräftigem Rotwein

Zu den Empanadas, den mit gewürztem Fleisch, Meeresschnecken oder Käse gefüllten Teigtaschen, serviert man gerne einen frischen Roten. Die Humitas und die Paila Marina, das ist ein Eintopf aus Fisch und Meerestüchten zubereitet und serviert in einem irdenen Topf, vertragen beide einen kräftigen Rotwein. Porotos Granados, halbreife Bohnen mit Mais und Basilikum zusammengekocht, gereicht zu Tomaten und Braten oder die Cazuela, das ist ein Eintopf aus Rind- und Hühnerfleisch, der mit vielen kräftigen Kräutern gewürzt wird, schmecken am besten mit einem trockenen, nicht zu leichtem Rotwein.

Restaurants, in denen man diese Gerichte probieren kann, gibt es überall im Lande. Ein Zentrum der chilenischen Ekukultur ist natürlich die Hauptstadt Santiago. Die bekanntesten sind „El Alero de los de Ra-

Anzeige

# Die Entwicklung zur vollkräftigen Demokratie

Am 11. September 1973 erhoben sich die Streitkräfte Chiles, um die Konsolidierung eines totalitären Regimes zu verhindern. Angesichts derartiger, akuter Gefahr und der chaotischen eines Bürgerkriegs nahen Lage des Landes, entschlossen sie sich den immer dramatischeren Auflösungen der Bevölkerung endlich Folge zu leisten, nachdem Beschlüsse des Parlaments, des Obersten Gerichtshofes und des Obersten Rechnungs-Verwaltungscholes den Bruch der verfassungsrechtlichen Rechtsordnung durch die damalige Regierung verkündet hatten.

Doch war das 1970-1973 bestehende Unrechtsregime keine oberflächliche oder zufällige Erscheinung, deren ledigliche Beseitigung wieder normale demokratische Verhältnisse zulassen würde. Im Gegenteil, muß sein Zustandekommen und verhängnisvolles Wirken als Endphase eines sich schon seit längerer Zeit abwickelnden Verfallsprozesses der chilenischen Demokratie betrachtet werden. Das damalige demokratische Regime erwies Wehrlosigkeit gegenüber totalitären Kräften, die - paradoxerweise - die auch ihnen uneingeschränkt zugesagten Freiheiten zur Zerstörung dieser Demokratie geschickt auszunutzen. Andererseits hatten - hauptsächlich als Folge von Demagogie und Intoleranz - parteipolitische Mißbildungen zugenommen, die allmählich zu Abwertung und Verzerrung der demokratischen Ordnung führten.

Die Chilenen erkannten am 11. September 1973, daß die tiefe Erschütterung ihres institutionellen Gebäudes eine mühevoll, langfristige Wiederherstellung bedingte. Einige damals führende Politiker schätzten in Jahrzehnten, die dazu notwendige Zeit ihrer Verantwortung zur Erreichung dieses Zieles konnte sich die neue Regierung nicht entziehen, sodas sie den Auftrag gewissenhaft übernahm.

Erst mußten aber die unmittelbaren Folgen der schwersten

Katastrophe der chilenische Geschichte aufgehoben sowie unerläßliche Reformen in verschiedenen Bereichen des nationalen Lebens durchstudiert und eingeleitet werden, um bessere Voraussetzungen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes zu schaffen. Solche Reformen - die insbesondere einkommensschwache Schichten begünstigen - waren früher immer wieder vertagt worden, weil sie irgendwelche Interessen beeinträchtigen.

Heute befindet sich nun Chile auf dem sicheren Weg eine erneuerte, ständkräftigere Demokratie vollends zustande zu bringen.

Grundlage des sich im Aufbau befindlichen demokratischen Systems ist die Verfassung von 1980. In ihr wird auch der gegenwärtig ablaufende Übergangsprozeß zur vollkräftigen Demokratie geregelt. Dieses Grundgesetz wurde von 67% der Stimmen eines Referendums, in dem die frei und ausgiebig informierte Bevölkerung geheim wählen konnte, am 11. September 1980 bejaht. Schon am 11. März 1981 wurde es inkraft gesetzt.

Gemäß den Verfassungsbestimmungen, erstreckt sich der Übergangszeitraum zum vollkräftigen demokratischen Regime bis 1989, in dem ein neuer Präsident der Republik sowie die Abgeordneten des Parlaments gewählt werden und ihre Ämter antreten sollen. In dieser Periode müssen die in der Konstitution vorgesehenen Verfassungsgesetze, sowie andere wichtige, ein gewisses hohe Quorum zu ihrer Annahme erfordernde Gesetze, verabschiedet werden, damit sie - samt dem entsprechenden Institutionen - schrittweise inkrafttreten können.

Diese Übergangszeit erlaubt ein grundliches, behutsames Vorgehen in der Gestaltung einer ständkräftigen demokratischen Struktur, sodas sie - auf soliden Fundamenten errichtet - in

der Lage sein soll, sich entgegen Zersetzungs- oder Zerstörungsgefahren zu behaupten. Indem solches Verfahren jegliche Voreiligkeit, die zu einem Rückfall in katastrophale, 1973 ähnliche oder vielleicht schlimmere Verhältnisse führen könnte, vermeidet, gewährleistet es einen methodischen Ablauf des institutionellen Aufbauprozesses.

Manche der früher erwähnten, die Verfassung ergänzenden Gesetze, sind schon herausgegeben worden. Andere werden heuer bearbeitet, wie z.B. die Gesetzesentwürfe über politische Parteien, über das Wahlsystem oder über das Wahlprüfungsgericht.

Obwohl - wie vorher erläutert - die neue Demokratie ihre Vollkräftigkeit am Ende der derzeitigen verfassungsmäßigen Entwicklung erreichen wird, besteht heute schon wesentlich in Chile ein demokratisches Regime. In dieser Hinsicht dürfte man folgende Tatsachen ins Auge fassen:

- Die chilenische Gerichtsbarkeit ist vollkommen unabhängig. Gerichtsurteile weisen nicht selten Anklagen bzw. Berufungen der Regierung ab oder widerrufen eingeleitete Maßnahmen der Exekutive.

- Die meisten Dekrete und Verordnungen aller Reglerungsbehörden sind die Überprüfung eines selbständigen Organs - der „Contraloria General de la Republica“ (Oberster Rechnungs- und Verwaltungshof) - unterworfen. Beanstandete Bestimmungen oder Handlungen dürfen nicht inkraftgesetzt bzw. müssen rückgängig gemacht werden. Bei erkannten Straftaten oder Überschreitungen werden Untersuchungen sowie Gerichtsverfahren eingeleitet.

- Obwohl noch kein gewähltes Parlament tätig ist, wird die gesetzgebende Gewalt von der Regierungsjunta, unabhängig von der Exekutive ausgeübt. Dieses Gremium, dem auch eine hohe Anzahl angesehenen Persönlichkeiten und Fechtleuten

angehören, bearbeitet die Gesetzesentwürfe in genau geregelten, gründlichen Verfahren. Einem Staatsrat - aus unabhängigen Persönlichkeiten verschiedener Berufs- und Tätigkeitsbereiche zusammengesetzt - werden zur Stellungnahme die wichtigsten Gesetzesentwürfe zugeleitet.

- alle Organe und Amtsträger der Regierung und der Verwaltung - der Präsident der Republik selbstverständlich einbezogen - üben ihre Aufgaben in dem begrenzten - und meist engen Spielraum, mit den genau vorgeschriebenen Befugnissen, die ihnen die Verfassung und Gesetze zusagen, aus.

- In der neuen Verfassung werden nicht nur die bis jetzt geltenden Grund und Freiheitsrechte bestimmter als früher ausgerufen, sondern diese mit neuen, den heutigen Lebensbedingungen angemessenen Rechten ergänzt.

Diese Rechte sind durch weitere, wirkungskräftigere Maßnahmen vor Bedrohungen oder Ausschreitungen geschützt.

- der derzeit eich vollziehende Demokratisierungsprozeß ist in Übergangartikeln der Verfassung eindeutig geregelt, sodas sich die Regierung genau daran halten muß.

Nach einhalb Jahrhunderten Erfahrung, wissen die Chilenen viel über Demokratie, natürlich was ihre eigenen Gegebenheiten und Bedürfnisse betrifft. Auch vor 80 Jahren - wieder mit Hilfe der Streitkräfte, die immer eine bedeutende Rolle in der Bewahrung der Demokratie gespielt haben - konnten sie eine Krise des Systems erfolgreich überwinden, indem sie eine neue Verfassung und tiefgreifende Reformen mutig einführten.

Auch heute, nach Abwendung des ärgsten totalitären Verfalls ihres demokratischen Systems - unwiderruflich - abzuschließen, haben die Chilenen einen sicheren Weg zum vollkräftigen Wiederaufbau der Demokratie eindeutig gewählt und entschlossen eingeschlagen.

ملكا من لاجل